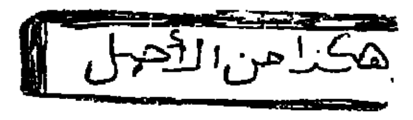
Mittwoch, 22. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 90,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND



Nr. 142 - 25.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG. Postf.10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

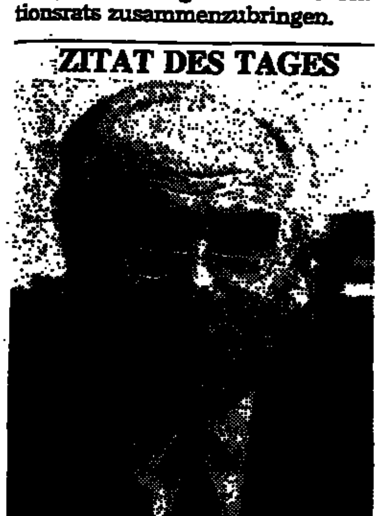
POLITIK

Kämpfe in der PLO offen ausgebrochen

dpa, Damaskus

In der palästinensischen Untergrundorganisation Al Fatah sind die Kämpfe zwischen Anhängern und Gegnern von PLO-Chef Yassir Arafat jetzt offen ausgebrochen. Mit einem Großangriff gelang es den Rebellentruppen, den strategisch wichtigen Nachschubweg für die Al Fatah zwischen Syrien und dem syrisch-kontrollierten Teil des libanesischen Bekaa-Tals in ihre Gewalt zu bringen. Nach ihrem erfolgreichen Angriff veröffentlichten die Rebellen eine Stellungnahme, in der „die irregeführte rechtsgerichtete Führungsschicht um Arafat" beschuldigt wurde, den Konflikt mit militärischen Mitteln beenden zu wollen, ohne auf Forderungen nach Reformen einzugehen. Arafats Stellvertreter im Fatah-Kommando, Abu Jihad, erklärte nach einer Nachtsitzung des Revolutionsrats der Fatah in Damaskus: „Alle Vermittlungsversuche sind in einer Sackgasse gelandet. Die Sitzungsteilnehmer haben dem Zentralkomitee völlige Handlungsfreiheit gegeben, die Meuterei mit den geeigneten Mitteln zu bekämpfen." Nur unter Schwierigkeiten war es Arafat gelungen, das notwendige Quorum von 45 der 76 Mitglieder des Revolutionsrats zusammenzubringen.

ZITAT DES TAGES



„Das Problem Kernenergie ist so etwas wie ein Schreckgespenst für die im linken Bereich des gesellschaftlichen Spektrums angesiedelten Mitbürger."

Hans-Otto Bäumer, zurückgetretener Landwirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens, in einem WELT-Interview (Seite 8) FOTO: DPA

Tudeh-Chef hingerichtet

AP, London

Der Generalsekretär der von der iranischen Regierung verbotenen kommunistischen Tudeh-Partei, Nureddin Kianuri, soll, wie die Londoner Tageszeitung „Daily Telegraph" gestern meldete, hingerichtet worden sein. Kianuri sei am Montag im Evin-Gefängnis exekutiert worden. Der Generalsekretär, der seit Februar in Haft war und im iranischen Fernsehen öffentlich bekannte, für die Sowjetunion spioniert zu haben, hatte 20 Jahre lang im Exil in der „DDR" und in der Sowjetunion gelebt. Er war erst nach dem Sturz des Schahs vor vier Jahren in seine Heimat zurückgekehrt.

Appell an Taiwan

AFP, Peking

Einen weiteren Appell, über eine „friedliche Wiedervereinigung" Nationalchinas mit der Volksrepublik zu verhandeln, hat der neugewählte chinesische Staatschef Li Xiannian an Taiwan gerichtet. Zum Abschluß der Tagung des Volkskongresses wiederholte Li gestern die Vorschläge seines Landes, die Macht zwischen Kommunisten und Nationalisten zu teilen und Taiwan große Autonomie einzuräumen.

Waffenhilfe für IRA?

SAD, Belfast

Nordirische Terroristen der IRA sollen durch sowjetische U-Boote mit Waffen, Munition und Sprengstoff beliefert werden. Wie der Führer der nordirischen Official-Unionist-Partei, James Molyneux, vor Parteifreunden in Belfast erklärte, würden die Waffen in Spezialbehältern an einsam gelegenen Atlantikstränden der Republik abgesetzt werden.

WIRTSCHAFT

Länder sollen eine Milliarde mehr erhalten

HH. Bonn

Die Bundesregierung will den Länderanteil an der Umsatzsteuer von 1984 an um rund eine Milliarde Mark erhöhen, um damit deren Steuerausfälle zu kompensieren. Dieses Angebot von Finanzminister Stoltenberg scheint im Kreis der Länder, deren Forderungen zunächst, wie gestern berichtet, mit bis zu 2,5 Milliarden Mark deutlich höher lagen, inzwischen mehrheitsfähig. Am 1. Januar 1983 war eine auf drei Jahre befristete Verteilung der Umsatzsteuer in Kraft getreten. Danach beträgt der Länderanteil in der Mehrwertsteuerverteilung 33,5 Prozent. Da ein Prozentpunkt etwa einer Milliarde Mark entspricht, dürfte der Länderanteil für 1984 und 1985 auf 34,5 Prozent erhöht werden. Vor den Kabinettsbeschlüssen am 29. Juni ist kein Gespräch Stoltenbergs mit den Ländern mehr geplant. Die Länder können sich daher erst in der Stellungnahme des Bundesrats zum Haushaltsentwurf '84 auch zu diesem Angebot äußern. Stoltenbergs Absicht ist es, trotz der Milliardeneinbuße die Neuverschuldung des Bundes 1984 deutlich unter die bei den Eckwertbeschlüssen am 18. Mai festgelegte Grenze von 39 Milliarden Mark zu senken.

IWF-Prognose: Belebung

dpa, Washington

Für die Bundesrepublik rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) in diesem Jahr mit einer leichten wirtschaftlichen Erholung. Das nach der IWF-Prognose erwartete reale Wirtschaftswachstum für 1983 von 0,5 Prozent werde jedoch nicht ausreichen, um die Arbeitslosenrate zu reduzieren. Für 1984 wird ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent erwartet. Die Inflationsrate soll noch im laufenden Jahr auf durchschnittlich 3,5 Prozent und für 1984 auf unter drei Prozent zurückgehen. Seite 9

Arbeitsmarkt konstant

dpa, Hamburg

Auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland ist für Juni keine nennenswerte Bewegung zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen hält sich nach Informationen der Deutschen Presse Agentur auf dem Stand der zuletzt für Ende Mai gemeldeten 2,148 Millionen Arbeitslosen. In den beiden Vorjahren hatte es im Juni jeweils eine leichte Zunahme der Arbeitslosigkeit gegeben. Seite 9

Getreideabkommen

AFP, Moskau

Zu Sondierungsgesprächen über ein neues langfristiges Getreideabkommen sind Vertreter der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Moskau zusammengetroffen, nachdem US-Präsident Ronald Reagan im April Verhandlungen vorgeschlagen und die UdSSR im Mai zugestimmt hatte. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington hat die Sowjetunion im vergangenen Jahr 13,9 Millionen Tonnen Getreide aus den USA eingeführt. Seit Beginn dieses Jahres beliefen sich ihre Importe auf 6,2 Millionen Tonnen.

Nullwachstum erwartet

DW./dpa/VWD, Paris

Mit einem erwarteten Nullwachstum für 1983 hat der französische Wirtschafts- und Finanzminister, Jacques Delors, die bisherigen optimistischen Prognosen der französischen Regierung zum Wirtschaftswachstum für das laufende und das kommende Jahr nach unten revidiert. Erst für 1984 sagte Delors einen Wiederaufschwung mit einem Prozent Wirtschaftswachstum voraus. Seite 10

Aktien uneinheitlich

DW. Frankfurt

Nach freundlichem Beginn entwickelten sich die Aktienmärkte uneinheitlich. Der Rentenmarkt war wenig verändert. WELT-Aktienindex 138,3 (137,8). Dollarmittelkurs 2,5530 (2,5525) Mark. Goldpreis pro Feinunze 414,75 (415,75) Dollar.

WETTER

Örtlich Wärmegewitter

DW. Essen

Im Norden und Osten sonnig und trocken, bei Temperaturen bis 30 Grad. In den übrigen Gebieten teils Schauer und Wärmegewitter bei Werten um 26 Grad.

Heute in der WELT

Breslau: Papst ruft Polen und Deutsche zur Versöhnung auf

Er tritt trotz der Drohungen Warschaus für die Ziele der „Solidarität" ein

DW. Breslau

Papst Johannes Paul II. hat gestern in Breslau zur Versöhnung zwischen Polen und Deutschen aufgerufen. In der niederschlesischen Stadt, aus der nach 1945 die deutsche Bevölkerung ausgewiesen wurde, stellte der Papst während einer Messe vor mehr als einer Million Menschen die Heilige Hedwig, die Schutzpatronin Schlesiens, als ein Beispiel für Gemeinsamkeit zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk heraus. Johannes Paul II. benutzte dabei das Wort „Versöhnung" auch in deutscher Sprache.

Das Oberhaupt der katholischen Kirche ging ausführlich auf die Person und die Bedeutung der Schutzpatronin Schlesiens ein: Sie verkündige seit sieben Jahrhunderten „das gegenseitige Verständnis und die Versöhnung in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des Rechts der Nation, der internationalen Gerechtigkeit und des Friedens." Und er fügte hinzu: „Man kann sagen, daß der Apostolische Stuhl auch durch ihre Fürbitte die kirchliche Normalisierung auf diesen Gebieten vollziehen konnte, die nach dem Zweiten Weltkrieg nach vielen Jahrhunderten erneut wie zu den Zeiten der Piasten ein Teil des polnischen Staates wurden. Wir erinnern uns,

SEITE 4:
Sonderthema Papst-Besuch

daß Breslau als Bistum seit dem Jahre 1000 zur Erzdiözese Gnesen gehörte und dieser Zustand bis zum Jahre 1821 dauerte."

Ausdrücklich wies der Papst darauf hin, daß „diese Idee des gegenseitigen Verständnisses und der Versöhnung bekanntlich auch auf deutscher Seite viele Bekenner hat." Er erinnerte daran, daß er 1978, kurz vor seiner Wahl zum Papst, zusammen mit dem verstorbenen Kardinal Stefan Wyszynski die Bundesrepublik Deutschland besucht hatte.

In Breslau traten allerdings auch antideutsche Ressentiments hervor. Schon bei der Ankunft von Johannes Paul II. stimmten die rund 600 000 versammelten Polen ein altes Lied an, das mit den Worten beginnt: „Wir werden unsere Erde niemals hergeben." In dem Text heißt es weiter: „Der Deutsche wird uns nicht ins Gesicht spucken können und unsere Kinder nicht germanisieren." Zu beiden Seiten des Altars auf der Breslauer Pferderennbahn waren riesige Schilder mit den Wappen von unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Städten aufgestellt, als ob man demonstrieren wollte, daß der Papst, wie der Warschauer Regierungssprecher Urban vor der Visite erklärt hatte, mit seinem Schlesienbesuch eine Geste der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie bezwecke. In großen Lettern waren auf den Schildern die Namen Zielona Gora (Grünberg), Gorzow Wilpk (Landsberg),

● Fortsetzung Seite 4

Spionage hilft sowjetischer Rüstung

Jane's Jahrbuch 1983 / UdSSR kann sich fast alles im Westen beschaffen

SAD, London

Die Sowjetunion hat im Bereich des militärischen Kommunikationswesens vor allem mit Hilfe illegal beschaffter westlicher Technologie beunruhigende Fortschritte erzielt. Zu diesem Schluß kommt das gestern veröffentlichte Jane's-Jahrbuch der Militärkommunikation 1983.

Die meisten Fortschritte der UdSSR gingen auf westliche Technologie zurück, die sich Moskau auf illegale Weise beschafft habe. Es gebe Beweise für eine „erhebliche Steigerung" der illegalen Transaktionen in die Sowjetunion, heißt es in dem Standardwerk. Zahlreiche westliche Hersteller von hochmodernen und geheimem Material hätten direkte Kopien ihrer Produkte in sowjetischem Rüstungsmaterial identifiziert.

„Je moderner die westliche Technologie wird, desto leichter wird es der Sowjetunion, sie sich anzueignen" – teils legal, teils durch Industriespionage. „Es scheint heute so zu sein, daß sich die Sowjetunion fast jedes Stück elektronischer Hardware beschaffen kann, das es haben will, vorausgesetzt, sie ist bereit, den entsprechenden Preis zu zahlen", schreibt Herausgeber Bob Raggett im Vorwort.

Allein der Trend zu immer leistungsstärkeren Computern von immer geringerer Größe führt laut „Jane's" dazu, daß „es viel leichter geworden ist als noch vor ein paar Jahren, illegal in den Besitz von Plänen und Mustern moderner Computer zu gelangen. Jüngste Indizien zeigen einen großen Anstieg im illegalen Handel.

Wie schon im Vorjahr drängt „Jane's" die westlichen Militärplaner, die elektronische Technologie nicht auf Kosten der Kernwaffenentwicklung zu vernachlässigen. „Auf Grund von Kürzungen in entscheidenden Befehls-, Kontroll-, Kommunikations- und Nachrichtenprogrammen und, wichtiger noch, der inakzeptablen Zeitspanne zwischen Entwicklung und Indienststellung von Operationshardware, werde der technologische Vorsprung gegenüber dem Osten stetig unterhöhlt. Wenn der Westen seinen technologischen Vorsprung zugunsten des Versuchs aufgebe, im nuklearen Wettrüsten mitzuhalten, könnte das katastrophale Folgen für das gesamte Ost-West-Kräftegleichgewicht der Zukunft haben", warnt Raggett.

Der Westen stehe vor der Möglichkeit, technologische Systeme zu entwickeln, die „einen Nuklearangriff von feindlicher Seite praktisch unmöglich machen könnte". Wenn einem solchen Programm die nötige Vorrangigkeit erteilt würde, könnte dieses Ziel zur Jahrhundertwende erreicht sein, schreibt Raggett.

USA betonen Entschlossenheit in Mittelamerika

SAD/dpa, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat vor einem Vordringen des Kommunismus in Mittelamerika gewarnt und indirekt an den amerikanischen Kongreß appelliert, die Anforderungen nach höherer Militärhilfe für El Salvador zu bewilligen. Bei einer Rede vor Republikanern in Jackson im Bundesstaat Mississippi sagte Reagan: „Wir können nicht zulassen, daß eine sowjetisch-kubanisch-nicaraguanische Achse Mittelamerika an sich reißt." Amerika müsse den Willen aufbringen, die Herausforderungen eines Gegners anzunehmen, der ständig „unsere Entschlossenheit auf die Probe stellt, unsere lebenswichtigen nationalen Interessen zu verteidigen".

Reagan warf den Gegnern seiner Mittelamerikapolitik vor, sie versuchten, „unsere Freunde in Mittelamerika" zu entwaffnen, so daß sich dort „eine Kette von antiamerikanischen marxistischen Diktaturen" entwickeln könnte. Zuvor hatte US-Sonderbotschafter Richard Stone den Präsidenten über seine mehrtägige Informationsreise durch alle Länder Mittelamerikas unterrichtet.

Seite 6: Kuba will „retten"

Etat-Niederlage Reagans

US-Kongreß beschließt Kürzung der Verteidigungsausgaben

dpa/rtr, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan muß damit rechnen, daß der Kongreß zum ersten Mal während seiner Amtszeit wesentliche Punkte seiner Budgetforderungen abändert. Ein Vermittlungsausschuß von Senat und Repräsentantenhaus hat in der Nacht zu Dienstag einen Etatentwurf für das Jahr 1984 vorgelegt, der deutlich reduzierte Ausgaben für die Verteidigung, Steuererhöhungen und mehr Mittel für soziale Zwekke und Arbeitsplatzbeschaffung vorsieht.

Nach vierzehntägigen Verhandlungen verständigten sich die Haushalts- und Finanzexperten darauf, Ausgaben in Höhe von 859 Milliarden Dollar anzusetzen, denen 680 Milliarden Dollar an Einnahmen gegenüberstehen. Dies würde eine Neuverschuldung von 179 Milliarden Dollar bedeuten. Damit wurde die von Präsident Reagan geforderte Anhebung der Rüstungsausgaben in einer Größenordnung von real zehn Prozent genau um die Hälfte gekürzt. Außerdem sieht der Vorschlag des Vermittlungsausschusses für 1984 höhere Steuern in Höhe von zwölf Milliarden Dollar und für die kommenden drei Jahre in Höhe von insgesamt 73 Milliarden Dollar vor. Bereits im Vorfeld hatte Reagan sein Veto gegen die von ihm abgelehnten Steuererhöhungen angekündigt, da er darin eine Gefährdung des Wirtschaftsaufschwungs sieht. Die oppositionellen Demokraten streben außerdem an, die am 1. Juli 1983 fällige Steuersenkung von zehn Prozent, ein Kernstück der Reagan-Politik, auf 700 Dollar pro Jahr zu begrenzen.

Auch über die Einkommensentwicklung der Regierungsangestellten gibt es erhebliche Differenzen: Während Reagan die Gehälter einfrieren will, um auch auf diesem Feld die Staatsausgaben zu begrenzen, sollen die Staatsdiener nach dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses Einkommenserhöhungen um vier Prozent erhalten.

Der Vermittlungsausschuß geht davon aus, daß beide Häuser des Kongresses den Eckdaten seines Kompromißvorschlages zustimmen. Damit wären allerdings scharfe Auseinandersetzungen mit dem Präsidenten vorgezeichnet. Reagans Veto gegen die noch notwendigen Beschlüsse der Bewilligungsausschüsse könnte vom Kongreß nur mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden.

Neuer Biedenkopf erobert die Basis

DW. Dortmund

Knapp zwei Wochen vor dem Landesparteitag der westfälischen Union am 2. Juli in Hagen ist der Führungskampf im zweitstärksten CDU-Landesverband zugunsten von Kurt Biedenkopf faktisch entschieden. Sein von einer Mehrheit des Landesvorstands nominierter Herausforderer Wolfgang Brüggemann hat kaum noch eine Chance, Biedenkopf als Parteichef abzulösen. Denn die Parteitagsdelegierten von drei der vier westfälischen CDU-Bezirke haben sich mit überwältigender Mehrheit für die Wiederwahl Biedenkopfs zum Parteichef ausgesprochen. Damit ist offenbar geworden, daß die gegen Biedenkopf gerichteten Aktionen im Landesvorstand der westfälischen CDU keine Zustimmung an der Parteibasis finden.

*

WILM HERLYN, Wattenscheid

Kurt Hans Biedenkopf kommt, sieht und siegt. Das klingt nach Phrase – und dennoch stimmt es. 1977 hatten ihn die Westfalen-Lipper als ihren Vorsitzenden geholt, als Paradiesvogel, um mit ihm zu brillieren. Jetzt – im Kampf um den Vorsitz – macht er „die Tour von oben nach unten".

Wattenscheid, im Herzen des Ruhrgebiets, wo er 1976 die Filzokratiedebatte vom Zaune brach, wurde jetzt zum Markstein des Erfolges. Der entscheidende Bezirk Westfälisches Industriegebiet hob ihn auf den Schild und ließ den vom Landesvorstand nominierten Gegenkandidaten Wolfgang Brüggemann abblitzen.

Nach Wattenscheid kommt der pünktliche Biedenkopf am Abend ganz gegen seine Gewohnheit zehn Minuten zu früh in die Stadthalle. Er schaut auf die Uhr, stutzt, strebt dem Stehtresen zu, trinkt erst einmal ein Helles. Natürlich im Ruhrgebiet ist das so üblich – aber wieso kann er, der stets nüchterne, kühle Professor, sich plötzlich so ungewohnt locker geben?

Wer sah ihn sich je so leutselig unters Volk mischen? Überall schüttelte er frohgemut Hände, läßt sich feiern, umjubeln, spricht mit den Mitgliedern – und hört auch zu. Ein Sieger im Wahlkampf Biedenkopf für Biedenkopf.

Die Stimmung an der Basis ist längst umgeschlagen. Die CDU-Mitglieder haben das Gezeter hinter den Kulissen satt. Biedenkopf schwimmt auf einer Welle der Zustimmung.

Nach der Kandidaten-Vorstellung die Abstimmung in Wattensche: Von 137 Stimmen erhält Biedenkopf 110, Brüggemann nur 25. Zwei enthalten sich. Das Ergebnis gleicht der Abstimmung des Bezirks Münsterland vor einer Woche. Der Zorn der Basis richtet sich gegen die Vorständler, die glücklos die Abwahl Biedenkopfs betreiben. „Auf kaltem Wege", kommentiert ein Delegierter, „wird das gemacht." Zu spüren bekommen den Unmut die bisherigen Vertreter Biedenkopfs: der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, und die Bundestagsabgeordnete Agnes Hürland. Sie fallen bei der Stellvertreter-Wahl durch, ihnen wird nicht einmal die Option als Beisitzer im Landesvorstand gegönnt.

Fast hundert Kilometer entfernt, in Olpe, stimmen die Sauer-Siegerländer ab: Wieder 80 Prozent für Biedenkopfs Wiederwahl. Die Stimmung ist so gereizt wie in Wattenscheid: „Was eigentlich ist denn Biedenkopf genau vorzuwerfen?" Theo Schwefer verschanzt sich hinter der Stillhalte-Erklärung des Landesvorstands. Doch die Siegerländer geben ihm bei der Wahl des Bezirksvorsitzenden mit nur 53 Prozent Zustimmung einen Denkzettel mit auf den Weg – vor zwei Jahren sonnte er sich in knapp 90 Prozent.

Ergebnisse in Prozenten interessieren Biedenkopf indes nicht – für ihn zählt allein, daß er es allen seinen Kritikern beweisen kann: „Und ich schaffe es doch."

Seite 2: Das Comeback

DER KOMMENTAR

Breslau

CARL GUSTAF STRÖHM

Breslau war für den polnischen Papst eine nicht ganz unproblematische Station während seiner so ereignisreichen und die Menschen ergreifenden zweiten Reise durch sein Heimatland. Das Warschauer Regime mag gehofft haben, Johannes Paul II. würde sich auf dem Boden der einstigen deutschen Ostgebiete, hier in der Hauptstadt Schlesiens, auf den allgemein üblichen polnischen Patriotismus beschränken. Vielleicht hofften manche sogar, der polnische Papst würde vom Genius loci dazu veranlaßt, auf dieser Station Stellung gegen die Deutschen, gegen die westlichen Nachbarn Polens und damit gegen den Westen zu beziehen.

Das Gegenteil geschah: Der Papst, der tags zuvor in Posen die Zugehörigkeit seines Landes zu den Werten und Traditionen Westeuropas unterstrichen hatte, forderte in Breslau seine Landsleute zur Versöhnung mit den Deutschen auf. Er erinnerte dabei an die Schutzpatronin Schlesiens, die von polnischen und deutschen Katholiken gleichermaßen verehrte heilige Hedwig, welche als Tochter des bayerischen Grafen Berthold von Andech geboren wurde. Sie war eine Nichte der Elisabeth von Thüringen. Hedwig ist bereits wenige Jahrzehnte nach ihrem Tod im Jahre 1267 heiliggesprochen worden.

Hier zeigt sich, daß Johannes Paul II. in all seiner bewegenden Liebe zu seinem polnischen Volk weit über nationale Begrenzungen hinaus denkt. Die Geschichte zwischen Deutschen und Polen böte genug Anlaß zu Streit und bitteren Worten. Der Papst hat indessen versucht, einen neuen Anfang zu setzen – und er fand diesen Anfang, was auf den ersten Blick paradox erscheinen mag, wiederum in der Geschichte: in der Gestalt einer deutschen Heiligen, die von den Polen als polnische Heilige verehrt wird.

Ähnlich wie zuvor mit seinen Gedenkworten an den polnischen König Johann Sobieski und die Befreiung Wiens von den Türken im Jahre 1683 wirkte Johannes Paul II. auf Gegenwart und Zukunft ein, indem er scheinbar weit entfernte Symbole und Ereignisse aufgriff. In einer Zeit, da die Tagespolitik Worte wie Aussöhnung und Verständigung durch Überstrapazierung abzuwerten droht, hat Johannes Paul II. diesen Begriffen ihren ursprünglichen Sinn zurückgegeben.

Ost-Kritik am Treffen der Schlesier

DW. Warschau/Bonn

Die polnischen Medien haben gestern scharf auf das Schlesier-Treffen in Hannover reagiert. Das Parteiorgan „Trybuna Ludu" vertrat die Auffassung, die Kundgebung müsse „in größerem Zusammenhang" gesehen werden. Es sah eine „Irritierung der Chauvinisten über die Tatsache, daß der Reiseweg von Johannes Paul II. in Polen auch die Westgebiete einschließt". Auf der anderen Seite, so „Trybuna Ludu", müßten die „Töne" von Hannover als Ausdruck zunehmenden Selbstvertrauens der „revanchistischen Bewegung betrachtet werden, als Beweis der vermehrten Bedeutung, die dieser Bewegung nach dem Regierungswechsel in Bonn in der politischen Struktur der Bundesrepublik gegeben wird". In Hannover hatte erstmals seit 1969 wieder ein Bundesminister zu den Schlesiern gesprochen: Heinrich Windelen.

Die polnische Presse versuchte gestern Äußerungen von Hannover als „Provokation für Polen und den Papst" zu bewerten. Die in Tschenstochau erscheinende Zeitung „Zycie Czestochowy" berichtete auf der Titelseite über das Schlesier-Treffen. Zitiert wurde der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Herbert Hupka (CDU), mit der Bemerkung, der Papst reise nicht nur in seine Heimat, „sondern in unsere Heimat".

Minister Windelens Erklärung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands eine historische Notwendigkeit sei, wurde gestern auch von der „DDR"-Nachrichtenagentur ADN attackiert. ADN stufte diese Bemerkung als „offenen Revanchismus" ein.

Generalstreik: Herausforderung für Pinochet

DW. Santiago de Chile

Der für morgen angekündigte unbefristete Generalstreik in Chile wird von vielen Beobachtern als bislang ernsteste Herausforderung an die seit 1973 herrschende Militärregierung von Staatspräsident Augusto Pinochet gewertet. Das aus mehreren Gewerkschaftsführern bestehende Nationalkommando der Arbeiter (CNT) und der Vorstand des Verbandes der selbständigen Transportunternehmer hatten gestern den Ausstand beschlossen.

Der Streik soll eine Solidaritätskundgebung mit dem inhaftierten Chef der Kupferarbeiter-Gewerkschaft, Rodolfo Seguel, und mit allen anderen verhafteten Gewerkschaftern sein. In dem Streikaufruf heißt es: „Wir rufen die gesamte Bevölkerung auf, sich dieser großen nationalen Protestbewegung anzuschließen, bis die Regierung grundsätzlich ihre gegenwärtige Haltung korrigiert." Unruhen der Kupferarbeiter und der Transportunternehmer gingen 1973 unmittelbar dem Militärputsch von General Pinochet voraus.

Seit 1979 versucht die Regierung, durch eine Reihe von Gesetzen, die Rechte der Arbeitnehmerorganisationen einzuschränken. Die Bauerngewerkschaften wurden zur Auflösung gezwungen, Tarifverhandlungen auf Einzelbetriebe beschränkt und die Streikdauer auf höchstens 60 Tage begrenzt. Den Arbeitgebern wurde das Recht eingeräumt, nach 30 Streiktagen die Arbeiter auszusperren.

In vielen Gewerkschaften stellen Christdemokraten die Mehrheit. Für die Regierung Pinochet bedeutet das Übergewicht bürgerlicher Kräfte in der gegenwärtigen Streikfront eine ernste Bedrohung.

USA: Pazifisten kündigen „heißen Sommer" an

Mehr als 1000 Demonstranten festgenommen

dpa/SAD, Washington

Die Gegner der Rüstungspolitik Präsident Reagans meldeten sich am Montag an vielen Orten Amerikas mit Demonstrationen zu Wort. In gezielten Aktionen, von Neuengland bis nach Kalifornien suchten die „Friedensfreunde" Rüstungsstätten, Werften und militärische Stützpunkte durch Sitzstreiks lahmzulegen. Nach Angaben der Organisatoren sollte mit diesen Demonstrationen ein „internationaler Tag der nuklearen Abrüstung" begangen werden. Insgesamt wurden mehr als tausend Demonstranten vorübergehend von der Polizei festgenommen.

Eine der größten Protestkundgebungen fand in Kalifornien statt, wo sich mehr als 2500 Demonstranten an den Händen hielten und die Tore des „Lawrence Livermore National Laboratory" in Livermore blockierten. Dieses Labor ist das größte Atomwaffen-Forschungszentrum der USA.

Nach Angaben der Polizei wurden dort 798 Menschen festgenommen. Rund hundert Demonstranten wurden vor der Werft „Electric Boat Shipyard" in Groton (Connecticut) von der Polizei abgeführt. Hier werden die Atom-Unterseeboote der „Trident"-Klasse gebaut. Ferner wurde in Albuquerque (Neu-Mexiko) unweit des Luftstützpunktes Kirtland und im Bundesstaat Illinois vor dem Sitz der Northrop-Werke demonstriert. Die amerikanischen Pazifisten protestieren insbesondere auch gegen die beabsichtigte Stationierung von amerikanischen Atomraketen in Westeuropa.

Verglichen mit den Hunderttausenden, die vor zwei Jahren zu den „Friedensdemonstrationen" in die amerikanischen Großstädte kamen, war die Zahl der Demonstranten diesmal klein – insgesamt kaum mehr als zehntausend. Die Organisatoren, unter ihnen der bekannte Kinderarzt Benjamin Spock, sahen den 20. Juni nur als einen Beginn, als den Auftakt neuer, weit größerer Demonstrationen im weiteren Verlauf des Sommers. Den diversen amerikanischen Organisationen, die sich zum „Aktionstag für Abrüstung" zusammengetan hatten, geht es darum, den „Widerstand" gegen die Verteidigungspolitik der Regierung Reagan zu mobilisieren.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Comeback

Von Herbert Kremp

Mit seinem Siegeszug durch die Bezirke des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe erweist sich Kurt Biedenkopf genau als das, wofür er immer gehalten wurde: als brillanter Einzelkämpfer, Ein-Mann-Stoßtrupp in eigener Sache. High noon.

Was nun? Zweifellos wird Biedenkopf mit großer Mehrheit in dem ihm verbliebenen Amt des Vorsitzenden Westfalen-Lippe bestätigt werden, wenn am 2. Juli in Hagen die Entscheidung fällt. Die Vorständler, die den Professor abschütteln wollten, sollen dann sehen, wo sie bleiben.

Damit endet einer der seltsamsten Vorgänge, die in der CDU je zu verzeichnen waren. Sicher gab es Gründe, den Kandidaten (für die nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 1985) Worms dem Kandidaten Biedenkopf vorzuziehen. Aber daraus hatte sich eine Kampagne entwickelt, eine Verfolgungsschlacht bis vor die Stadtmauern. Das hat niemand mehr verstanden – von den Initiatoren vielleicht abgesehen.

Biedenkopf profitierte am Ende nicht vom Kopfnikken der Zustimmung, sondern vom Kopfschütteln der Verständnislosigkeit. Die „Basis", bei der er Hilfe fand, akzeptierte ihn weder aus Mitleid noch wegen der intellektuellen Schärfe. Sie reagierte einfach so, wie anständige Leute reagieren, die zwischen politischem Umgang und einer Jagdszene zu unterscheiden vermögen.

Das wirkt sehr sympathisch, hilft aber Kurt Biedenkopf nicht allzuviel. Der wird nun auf dem schmalen Sattel von Westfalen-Lippe sitzen mit dem Gefühl, das Rodeo überstanden zu haben. Das ist etwas, aber nichts auf Dauer. Sitzfleisch ist kein Ziel und bestimmt nicht Biedenkopfs erste Tugend. Der Politiker hat einen schweren Kampf hinter sich, nicht die Zukunft. Es wird interessant sein zu beobachten, wie er sich jetzt den Weg nach Bonn bahnt.

In die Tasche gucken

Von Heinz Heck

Darf das Parlament dem Souverän, nämlich dem Staatsbürger, in die Tasche gucken? Soll im konkreten Falle für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß das Steuergeheimnis nicht mehr gelten? Geht man zunächst formal an die Frage heran, so gilt, daß nach dem Gesetz das Steuergeheimnis nur bei staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen aufgehoben werden darf.

Der Gesetzgeber – das ist ebenfalls das Parlament – hatte sicher gute Gründe für diese restriktive Handhabung. Wäre es nicht so, hätte er also etwas übersehen, so könnte ihn niemand daran hindern, geltendes Recht zu ändern. Davon ist in der bisherigen Diskussion, soweit bekannt, allerdings nirgends die Rede.

Schon diese Diskussion bringt ein hohes Unsicherheitsmoment für jeden Staatsbürger/Steuerzahler ins Spiel, das sich nicht nur – aber auch – an die Anwesenheit der Grünen im Parlament knüpft. Da diese bereits in anderem Zusammenhang öffentlich erklärt haben, sie seien nicht bereit, sich an bestimmte Geheimhaltungsauflagen zu halten, hätte eine Unterrichtung des Untersuchungsausschusses, dem der Grüne Schily angehört, einen recht bedenklichen Charakter.

Pragmatische Erwägungen kommen hinzu: Im Zeichen der elektronischen Datenverarbeitung wandelt manchen Steuerzahler das beklemmende Gefühl an, seine Daten könnten auch in falsche Kanäle rutschen, ohne daß man ihn gleich der Hysterie zeihen sollte. Auch Betriebsgeheimnisse könnten verletzt werden. Der Hang zu Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft, durch die immer stärker anziehende Steuerschraube ohnehin sehr ausgeprägt, bekäme durch eine wie immer begründete Einschränkung des Steuergeheimnisses gewaltigen Auftrieb. Es sei grundsätzlich an die Diskussion über die Todesstrafe erinnert: Man sollte nicht unter dem Eindruck eines Einzelfalles eine gut begründete Rechtsbestimmung aufheben.

Die Angst und ihre Macher

Von Enno von Loewenstern

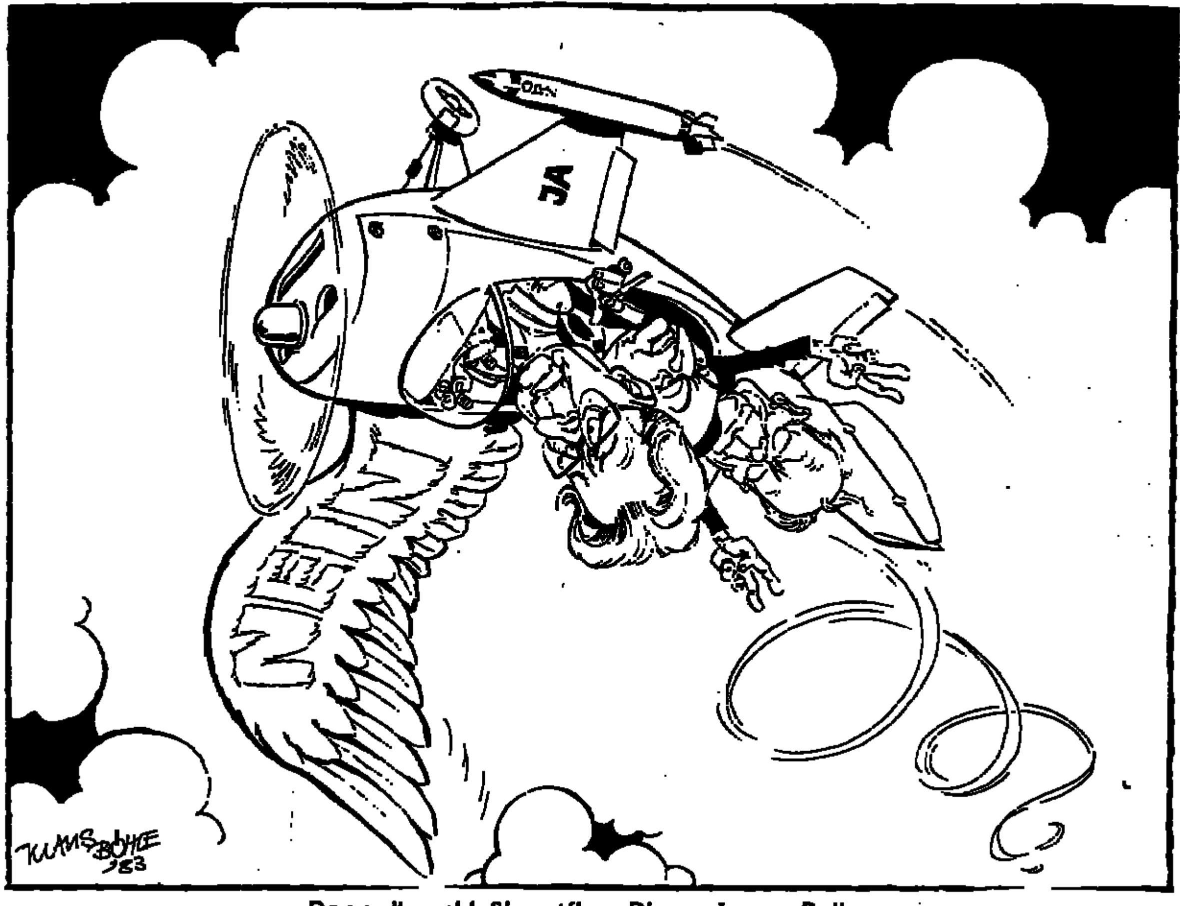
Während in der Bundesrepublik Deutschland gerade die Volksbefragung zum neuen Fetisch der Basisdemokraten erhoben wird, hat das Volk von Zürich und Umgebung eben diesen Kreisen tiefes Weh verursacht. „Zürichs Polizei darf jetzt nach Gutdünken Telefone abhören und Briefe öffnen", erklingt es aus gepreßter Brust eines Frankfurter Fortschrittsorgans. Das stimmt zwar so nicht, aber was macht das schon: Eine Volksabstimmung im Kanton Zürich hat mit Mehrheit von 97 161 Ja-Stimmen zu 77 404 Nein-Stimmen die Polizei ermächtigt, natürlich nicht nach Gutdünken, wohl aber, „wenn ein Verbrechen oder Vergehen verfolgt wird, dessen Schwere oder Eigenart den Eingriff rechtfertigt", Briefe zu öffnen und Telephongespräche abzuhören.

Der mündige Bürger in einem Land, das uns allemal als Musterdemokratie empfohlen wird, hat sich somit erstmals mit einem Thema befassen dürfen, von dem in der Bundesrepublik behauptet wird, es versetze den Bürger in Angst und Schrecken vor dem „Überwachungsstaat".

Nun muß man Volksbefragungen nicht für der Weisheit letzten Schluß halten. Hier aber ist es doch ganz interessant, welchen Ausdruck die angebliche Angst fand.

Nicht nur ergab sich eine klare Mehrheit für die Überwachung Verdächtiger. Sie war auch gleichmäßig über Stadt und Umgebung verteilt; es war also nicht an dem, daß etwa die „Aufgeklärten" an der „Provinz" scheiterten.

Die Mehrheit war für das Gesetz, obwohl viele Einzelheiten noch zu regeln sind; sie hielt es nicht für nötig, erst einmal deren Klärung abzuwarten. Und die Sprecher der Minderheit waren nicht einmal ausdrücklich gegen das Abhören; sie hielten lediglich den Rechtsschutz für ungenügend. Vielleicht am eindrucksvollsten war die, wie es in Zürich hieß, „miserable" Beteiligung von nur 25,8 Prozent aller Stimmberechtigten: So sieht es mit der „Angst" und ihrer Mache wirklich aus.



Doppelbeschlußkunstflug: Die gerissene Rolle ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Stadt, die zum Modell wurde

Von Dankwart Guratzsch

Als sich vor wenigen Tagen mehr als tausend Kommunalvertreter der Bundesrepublik zur Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Frankfurt trafen, kam es zu ungeahnten spontanen Ovationen für diese Stadt. Vom Städtetagspräsidenten und Stuttgarter Oberbürgermeister bis zum Abgeordneten aus Lüdenscheid, vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland bis zum Schweizer Ehrengast, dem Stadtpräsidenten von Winterthur, äußerten sich die Gäste entzückt über die wundersame Verwandlung dieser Stadt, von der sie bisher überwiegend Schlechtes gehört hatten.

Oberbürgermeister Walter Wallmann hatte die Gäste in einem Beitrag für die Zeitschrift des Städtetages sogar ausdrücklich an diesen schlechten Ruf seiner Stadt erinnert, die mit ihren Hochhäusern zu einer „unwirtlichen Stadt" geworden war. Nun aber erkor der Städtetag ausgerechnet Frankfurt unter dem Beifall des großen Plenums und von Vertretern aller Parteien zum Anlaß seiner „großen Freude", wie der weißhaarige Herr aus Winterthur sagte. Vom „Modell Frankfurt" wurde gesprochen – wie konnte es dazu kommen?

Frankfurt hat die große Wende im Städtebau der Nachkriegszeit modellhaft vollzogen – und genau diesem Wandel galten die Lobeshymnen vor dem höchsten Vertretungsorgan der kommunalen Verwaltungen. So, wie die alte Freie Reichs- und Krönungsstadt schon einmal, in der Weimarer Republik, mit Pioniersiedlungen des sozialen Wohnungsbaus die Entwicklung vorweggenommen hatte, so hatte sie nach 1945 radikal wie kaum eine andere mit den Ruinenresten der Vergangenheit aufgeräumt. Trabantensiedlungen, Wolkenkratzer, Betonsilos und Straßendurchbrüche – das war die Philosophie dieses Städtebaus, die bald wie ein Fieber in den Städten grassierte, in Frankfurt aber besonders denkwürdige Blüten trieb. Symbolisch für den Verfall der Stadtkultur ist der Ausspruch des SPD-Politikers Rudi Arndt, eines Vorläufers von Wallmann im Amt des Oberbürgermeisters, er wolle demjenigen eine Million zahlen, der auch noch die Ruine der Alten Oper, für deren Wiederaufbau die Bürger seiner Stadt eine stattliche Anzahl Millionen gesammelt hatten, in die Luft sprenge.

Die Alte Oper ist inzwischen wieder aufgebaut, und sie ist zum Symbol des „neuen Frankfurt" geworden. Dieses neue Frankfurt besteht zum guten Teil aus alten, untergegangenen Bauten, die ins Leben zurückgerufen werden: Römerberg, Leinwandhaus, Patriziervillen am Main, die sich in Museen verwandeln. Hinzu kommen spektakuläre Neubauten, an denen internationale Stararchitekten beteiligt sind: im Bereich der Frankfurter Messe, am Museumsufer, im Freizeit- und Sportstättenbau. Schneisen des Hauptverkehrs wie die „Zeil" wurden in Fußgängerzonen verwandelt, mit neuen Brunnen und Bäumen geschmückt.

Das ist nichts anderes als das Leitbild von der „menschlichen Stadt", der „Heimatstadt", die wieder zum Inbegriff des Stolzes ihrer Bürger wird. Dieses Leitbild wurde auf dem Städtetag nicht nur von Helmut Kohl, sondern von allen Rednern aller Parteien, auch von Hans-Jochen Vogel, beschworen, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion. Er hatte als Münchner Oberbürgermeister und Städtetagspräsident Anfang der siebziger Jahre mit dem Ruf „Rettet die Städte jetzt" die Umkehr zur „menschlichen Stadt" gefordert. Das war in der Zeit der „roten Rathäuser" gewesen, und auch in Frankfurt berufen sich Sozialdemokraten noch heute darauf, daß Walter Wallmann, der CDU-Bürgermeister, die Pläne für das „Modell Frankfurt" doch nur von ihnen übernommen habe.



Menschlicher leben: Frankfurter Oper FOTO: ROLAND WITSCHEL/DPA

Aber ist es wirklich ein Zufall, daß die Verwirklichung dieser Pläne und der Übergang der Macht an die neue Bürgermeistergeneration der CDU in so vielen Städten zeitlich zusammenfielen? Die Spätzeit sozialdemokratischer Stadtherrschaft war ja gekennzeichnet durch Organisationsmodelle zentralistischer Planung, bei der parteipolitisch „reinrassige" Verwaltungen mit ebenso „reinrassigen" Großunternehmen des Wohnungsbaus nach dem Muster einer nahezu „sozialistischen Planwirtschaft" bei der Flächensanierung und Umkrempelung ganzer Städte Hand in Hand arbeiteten. An den Plätzen des radikalsten Vorgehens, Frankfurt und Berlin, hatten (auch und gerade unter Vogel!) alsbald Bürgerinitiativen, Studentenrevolten und Hausbesetzungen Hochkonjunktur wie an keinem anderen Ort. Hamburgs SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose sprach sein Wort von der „Unregierbarkeit der Städte".

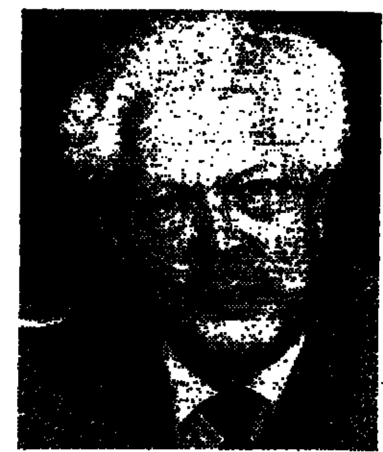
Im Modell Frankfurt, das ist das Signal des Städtetages 1983, sind diese Sorgen überwunden. Fast ist es ein Symbol, daß gerade gegen dieses Modell, an dem übrigens zwei Sozialdemokraten im Magistrat mitarbeiten, die gesamte übrige, inzwischen arg dezimierte Frankfurter SPD heute Sturm läuft. So, wie es ein Symbol ist, daß in den zwei Wochen seit Eröffnung der neu gestalteten „Zeil" mehr als 500 000 Frankfurter durch die Baumallee strömten – eine Prozession des Bürgerstolzes, der sich auch von der Finanznot, die Frankfurt mit allen anderen Großstädten teilt, nicht niederdrücken läßt. Er ist das Pfand für die wieder gefundene Lebenskraft der Stadt.

IM GESPRÄCH Egon Hölder

Von der Bildung zur Zählung

Von Eberhard Nitschke

Wenn es ein Bundes-Kultusministerium gäbe, dies wäre seine Basis: die „Unterabteilung für kulturelle Angelegenheiten des Bundes und politische Bildung" im Bundesinnenministerium. Ihr Leiter, Ministerialdirigent Egon Hölder, ist soeben mit einer neuen Aufgabe versehen worden – als Nachfolger von Franz Kroppenstedt, den Innenminister Friedrich Zimmermann als seinen neuen Staatssekretär bestellte, wird Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.



Neuer Chef des Statistischen Bundesamtes: Hölder FOTO: PETER POPP / DPA

Die Umzugskartons in Hölders Büro nehmen schon mehr Platz ein als die Möbel. An der Wand fehlt ein großes Bild: Jan Peter Tripps eindringliches Porträt eines glatzköpfigen Mannes mit großen Ohren und dem Titel „Jakob, seine Stimme und die Natur" aus den Ankäufen des Bundes für die geplante Kunsthalle in Bonn ist eben nach Moskau ausgeliehen worden. Auf Hölders Schreibtisch steht noch das erste Bronzemodell jenes Adenauer-Kopfes des Münchner Bildhauers Hubertus von Pilgrim, dessen Ausführung seit einem Jahr vor dem Bundeskanzleramt Diskussionsstoff vor allem für die vielen Besuchergruppen ist.

Daß dies nach endlosem Gerangel hinter den Kulissen zustande kam, geht auf Hölders in 28 Bonner Jahren erworbene Fähigkeit zurück, im rechten Augenblick das richtige Gespräch zu führen. Mit dem nicht gerade üppigen Etat von rund zweihundert Millionen Mark (davon allein jährlich 80 Millionen für die von der Bonner Unterabteilung mit betreute Stiftung Preußischer Kulturbesitz) ist das „Bundes-Kultusministerium" auf solche Talente angewiesen.

Der Volljurist Egon Hölder aus Pforzheim, Jahrgang 1927, begann seine Bonner Jahre 1955, als er in das Bundesministerium des Innern als Assessor eintrat und sich zunächst bis 1960 mit Fragen des allgemeinen Verfassungsrechts, der Verfassungsgerichtsbarkeit und der Neugliederung des Bundesgebietes zu beschäftigen hatte. Das dauerte bis 1960, unterbrochen durch ein Jahr wissenschaftlicher Arbeit beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin. 1963 wurde Hölder Leiter des Referates für Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes im Innenministerium. 1967 übernahm er ein Referat für „Fragen der Organisation der Bundesregierung und der Bundesbehörden". Die gleichzeitige Betreuung einer Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform war eine Aufgabe, die ihn in größere Nähe mit seinem neuen Wiesbadener Wirkungskreis brachte. Denn 1970 wurde er Leiter einer Unterabteilung, die sich mit Fragen der rationellen Datenverarbeitung und dem Entwurf eines Bundes-Datenschutzgesetzes beschäftigte, und Vorsitzender der interministeriellen Arbeitsgruppe „Informationsbanksystem".

Hölders letzte Kulturaufgabe in Bonn ist die Vergabe des Deutschen Filmpreises 1983. Seine Frau, Juristin im Bundesverkehrsministerium, und drei schulpflichtige Kinder bleiben zunächst in Bonn.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die erstaunlichen Auftritte des Papstes werden weiterhin in den Medien mit größter Anteilnahme verfolgt:

THE NEW YORK TIMES

Die Reden des Papstes haben das Regime in Warschau offenbar überrumpelt. Noch mehr Gedanken müssen sich die Machthaber jedoch über den riesigen Zulauf machen, der Johannes Paul II. in den vergangenen Tagen zuteil wurde. In einigen Tagen wird der Papst Polen wieder verlassen. Zurück bleibt jedoch ein Volk, das auch nach 18 Monaten Kriegsrecht dem Regime von General Jaruzelski jegliche Legalität abspricht... Die Sowjets und ihre polnischen Handlanger kontrollieren die Institutionen des Staates. Ihnen ist es jedoch nicht gelungen, Kontrolle über ein Volk auszuüben, das sich nach einer besseren Gesellschaftsordnung sehnt.

The Daily Telegraph

Wenn der Papst in Kattowitz seinen Zuhörern aus der Arbeiterklasse darlegt, daß das Recht zur Bildung von Gewerkschaften nicht von irgend jemandem verliehen, nicht vom Staat gegeben werde, sondern daß es „ein angeborenes Recht" sei, dann sagt er das, was jeder Pole weiß, was zu sagen aber jedem Polen außer ihm verboten ist. Auf diese Weise macht er sich zum Sprecher seines Volkes. **(London)**

LE FIGARO

Was Lech Walesa seit zwei Jahren nicht mehr sagen darf, ist nicht mehr so wichtig. Johannes Paul II. sagt es täglich mit mehr und mehr Kraft... Es ist unmöglich, noch weiter zu gehen, ohne die polnischen Behörden zu zwingen, eine Reise brutal abzubrechen, von der sie einen Beitrag zur „Normalisierung" erhofften und die statt dessen jeden Tag klarer zeigt, wie unnatürlich ihre vom ganzen Volk verabscheute Politik ist... Man kann schon jetzt sagen, daß nach den Phasen der Resignation, der Verweigerung und gelegentlicher hoffnungsloser Revolten von nun an die große polnische Bewegung des spirituellen Widerstands begonnen wurde. **(Paris)**

LE PROGRES

Wenn Johannes Paul II. sich so vorbehaltlos auf die Seite der „Solidarität" stellt, dann deshalb, weil er eine vorsichtigere Haltung nicht mehr für angebracht hält. Für ihn ist die Zeit des Kompromisses vorbei, weil der Kompromiß zu nichts führt... (Er ist) davon überzeugt, daß die Herrschenden wie ihre Vorgänger nur eine harte Sprache verstehen und die Kirche ihre Rolle in Polen nur dann weiter spielen kann, wenn sie sich stark zeigt. **(Lyon)**

KRONENZEITUNG

Die Worte des Papstes werden jedoch noch lange nachwirken. Die Priester werden sie in ihren Predigten wiederholen. Denn was der Papst öffentlich, ja zum Teil vor den staatlichen Fernsehkameras ausgesprochen hat, das kann niemand mehr verbieten... Ein demoralisiertes, resignierendes Volk hatte diesen Zuspruch dringend nötig. Er mußte aus einem Mund kommen, dem alle glauben. **(Wien)**

SÜDKURIER

In dem Gebet, das Johannes Paul II. bereits am Wochenende in Tschenstochau sprach, findet sich das Leitmotiv seiner Reise durch sein Heimatland, findet sich aber auch die Erklärung für die Angst, die das Regime Jaruzelski hat. Der Satz des polnischen Papstes, wonach der Staat vor allem durch die Unterstützung des Volkes stark sei, enthüllt, warum der polnische Staat schwach ist: weil er eben diese Unterstützung nicht hat. **(Konstanz)**

Wenn die Schule hinter der Tagesmode herzulaufen hat

Joist Grolles seltsame Begründung für einen Dissens / Von Joachim Neander

Daß die Kultusminister sich über die „Friedenserziehung in den Schulen" nun doch nicht einigen können, ist beklagenswert; bemerkenswert aber ist darüber hinaus, wie der Hamburger Schulsenator Professor Joist Grolle (SPD) dieses durch seinen Brief an die Kollegen besiegelte Scheitern begründet. Man habe, so schreibt er, damals zu Beginn der gemeinsamen Beratungen die Entwicklung und Zuspitzung der „rüstungspolitischen Kontroverse, die gegenwärtig in unserer Gesellschaft geführt wird", noch nicht absehen können. Diese Entwicklung erschwere zunehmend die Konsensfindung.

Zu deutsch heißt das: Die Definition von Erziehungszielen der Schule, hier zum Thema Frieden und Verteidigung, wird in direkte Abhängigkeit vom jeweiligen tagespolitischen Diskussionsstand gebracht. Konkret: Eine KMK-Vereinbarung, wäre sie im Dezember 1980 zustande gekommen, müßte also von den Sozialdemokraten heute auf Grund der Entwicklung der öffentlichen Diskussion wieder aufgekündigt werden.

Dabei sollten die Bildungspolitiker der SPD doch eigentlich gewarnt sein. Sie sind gebrannte Kinder. Was ist aus den Bergen von Rahmenrichtlinien, Curricula und Erziehungsdefinitionen geworden, die Anfang der siebziger Jahre nicht nur in sozialdemokratisch regierten Bundesländern emporwuchsen? Golo Mann sprach damals von einem „Wettlauf unter den Liebedienern der Stunde". Im Rückblick erweist sich ein großer Teil dieser hektischen Bemühungen – ob in Kraft gesetzt oder nicht – als ein Müllproblem, sieht man einmal von gewissen schwer abbaubaren Schadstoff-Rückständen in den Hinterköpfen betroffener Lehrer und Schüler ab.

Die Urfassung der hessischen Rahmenrichtlinien beispielsweise (wer sie noch besitzt, sollte sie zur Erbauung seiner Enkel unbedingt aufheben) liest sich inzwischen über weite Strecken fast wie eine Parodie. Ihre direkt an der damaligen politischen Tagesmode orientierten neomarxistischen Erklärungsmuster für Gott und die Welt wären heute selbst in Sponti-Blättern nur noch Ziel des Gespötts.

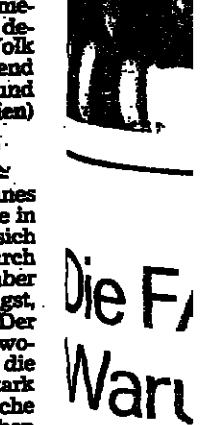
Daß Schulunterricht, speziell in Fächern wie Sozialkunde (Gesellschaftslehre), Geschichte oder Deutsch, auf die eine oder andere Weise den jeweiligen Tagesstand der politischen Diskussion widerspiegelt, ist eine fast banale Tatsache, die jeder Vater mehrerer Kinder aus eigener Erfahrung bestätigen kann. Das ist legitim und wäre selbst dann nicht zu verhindern, wenn man es verhindern wollte.

Um so mehr müßten die Bildungspolitiker, die der Schule langfristige Zielvorgaben vermitteln wollen, nach anderen Bezugspunkten suchen. Der Text des Grundgesetzes, wie ihn Bundespräsident Carstens bei seinen Vermittlungsversuchen in Sachen Friedenserziehung anvisierte, wäre da sicher keine schlechte Position gewesen. Überhaupt scheinen Bescheidenheit und Zurückhaltung bei der Formulierung von Erziehungszielen nicht das Schlechteste zu sein. Golo Mann, um ihn noch einmal zu zitieren, hat als höchsten Zweck des Geschichtsunterrichts einmal die Vermittlung von „ein wenig Weisheit" bezeichnet.

Aber das scheint den Sozialdemokraten – oder, um es genauer abzugrenzen, einem ganz bestimmten Flügel der SPD – nicht aktuell, nicht konfliktbewußt, nicht konkret genug. Da scheint die uralte Gewohnheit der Sozialisten mitzuschwingen, aus jedem Irrtum möglichst gleich eine Theorie oder sogar eine Doktrin zu machen. Konservative und Liberale, gegen Irrtum keineswegs gefeit, haben darauf zu ihrem eigenen und zum Nutzen der Menschheit meist verzichtet. Das erleichtert ihnen den Umgang mit den eigenen Erfahrungen. Ihnen wird nur selten passieren, was dieser Tage den hessischen Sozialdemokraten widerfuhr: daß nämlich zwei Tage, nachdem die hessische SPD sich auf einem Wahlparteitag begeistert auf das einstige fortschrittliche Hessen unter dem großen Georg August Zinn einschwören ließ, eben dieser Georg August Zinn im Fernsehen ausgiebig bei einer Rede gezeigt wurde, in der er vor fünfzehn Jahren das Frankfurter Nordweststadtzentrum mit hochtönenden Worten als weltweit beachtetes Symbol einer neuen progressiven Städtebaupolitik feierte. Jetzt ist es pleite, baufällig, ein allgemein anerkanntes Symbol einer gescheiterten Betonpolitik. Und baufällig wirkte plötzlich das Denkmal Zinn.

So geht es dem kurzen Atem. Daß der Sexualkundeunterricht nicht die Befreiung des Menschen von Herrschaft und die Mengenlehre nicht den Ausgleich schichtenspezifischer Milieuunterschiede gebracht hat, weiß man nun. Daß dem Wesen des Friedens schon derjenige nahe sei, der das Wort „Pershing" buchstabieren gelernt hat, ist zumindest extrem unwahrscheinlich. Es ist wohl der Fluch der „SPD der achtziger Jahre", daß sie es sich zur Aufgabe gestellt hat, zugleich den Weltuntergang und den menschlichen Fortschritt zu verkünden.






Ob Salzsäure oder Natron – dem Bier drohen viele Gefahren

Von HANS BAUMANN

Da soll es doch vorgekommen sein, daß ein gestandenes Mannsbild seine Rückreise aus Amerika vorzeitig antrat, weil sein Durst auf frisches deutsches Bier ihn überwältigte. Kulinarisches Heimweh hatte ihn gepackt, nachdem er eine Woche lang amerikanisches Bier trinken mußte, das im Angelsächsischen auch auf den Namen Ale hört, was in deutschen Ohren wiederum semantisch an landwirtschaftliche Bodenkultur erinnert.

Kurzum. Im Mutterland der Freiheit ist auch das Brauen von Bier liberaler. Und nicht nur dort. Überall in der Welt sind Zusätze zum Bier gestattet – frei nach der Praxis der Lebensmittelproduktion: Ein Händchen voll hiervon, ein Händchen voll davon. Einmal um den Schimmel vom Brot fernzuhalten, um den Fisch zu desodorieren, der Marmelade ein langes Leben zu schenken oder irgendwelchen Getränken ein frisches Make-up zu geben. Chemie, wohin die Zunge schmeckt, natürlich auch im Bier.

Nur zwei Länder dieser Erde machen da eine Ausnahme: Griechenland und die Bundesrepublik Deutschland. Hier wird Bier nach dem Reinheitsgebot von 1516 gebraut, das Wilhelm IV., Herzog von Bayern, erließ, und das besagt, daß für die Herstellung von Bier nur Wasser, Hefe, Gerste (Malz) und Hopfen verwendet werden dürfen. Man mag bezweifeln, ob der Wilhelm vor 467 Jahren wirklich die Reinheit des Bieres im Sinne hatte, oder ob er seinen Bauern Absatz garantieren wollte, wovon er den Zehnten kassierte. Zweifelsfrei ist aber, daß er – ob gewollt oder ungewollt – das älteste Lebensmittelgesetz der Welt erlassen hatte, und daß dieses Gebot bis heute im deutschen Biersteuergesetz fest verankert ist.

Doch das soll nicht so bleiben. Die Hohe Kommission in Brüssel hat den Artikel 30 des EG-Gesetzes gelesen und gefolgert, daß das alte Reinheitsgebot den neuen Vorstellungen von freizügigem Handel widerspreche. Denn dieser Artikel 30 sagt (verkürzt), daß mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft verboten sind. Das Resultat solcher Überlegung war eine Demarche an die Bundesregierung, die deutschen Grenzen auch für solche Biere zu öffnen, die nicht nach dem Reinheitsgebot gebraut worden sind.

Da brach der Sturm im Bierglas aus. Wer Hand an das Reinheitsgebot legen will, der öffnet den Pantschern Tür und Tor. Deutsches Bier? Gilt das nicht als das reinste und feinste der Welt? Steigt sein Export nicht unaufhaltsam? Will Brüssel diese Exportflut lahmlegen, indem die Hohe Behörde die Einfuhr von „unreinem" Bier in die Bundesrepublik erzwingt – und auch im Land des Reinheitsgebots diesen oder jenen Brauer (und mit der Zeit immer mehr) verleitet, die Kostenvorteile mitzunehmen, die das Brauen ohne Reinheitszwang verheißt?

Die Bonner Antwort war ein striktes „Nein!". Franz Josef Strauß ging auf die Barrikaden, der FDP-Ertl nannte es ein „Ansinnen", Anke Fuchs meinte, „Chemie hat im Bier nichts verloren", die CDU sagte „Niemals!" und Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle schrieb an Brüssel: „Politiker sollten dem Volk auch hin und wieder aufs Maul schauen und die Entscheidung über die reine Freude am Gerstensaft nicht den Gerichten, sondern den Verbrauchern überlassen."

Und was der Verbraucher über das Reinheitsgebot denkt, das filterte der Deutsche Brauerbund heraus, dessen Geschäftsführer, Peter Stille, die Brüsseler Attacke schlicht „hirnrissig" nennt. Eine repräsentative Untersuchung ergab, daß mehr als 95 Prozent der Bürger keine Zusatzstoffe im Bier wollen. 92 Prozent sehen Gefahren für „die absolute Spitzenstellung des deutschen Bieres in der Welt".

Und wo Brüssel den Finger auf den Artikel 30 des EG-Vertrages legt, da zeigt die deutsche Brauindustrie auf Artikel 36, der (verkürzt) sagt, daß Artikel 30 dann nicht gilt, wenn der Schutz der Gesundheit nicht mehr gewährleistet ist oder wenn nationales Kulturgut geschützt werden muß.

Manche mögen deutsches Bier zu den nationalen Kulturgütern zählen, denn im Wort „Germane" schwingt für jeden Deutschen der Gedanke an Met mit. Nimmt man aber einmal das Kulturargument aus der Debatte, dann bleibt die Frage nach der Gesundheit. Und spätestens hier steht die liberale Philosophie des Artikels 30 vor einer wohl nicht überwindbaren Hürde.

Bier ist in der Bundesrepublik ein Grundnahrungsmittel. Der Lebensmittelchemiker Professor Rudolf Thalacker, Gießen, stellt fest, daß Bier im statistischen Durchschnitt der männlichen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland über 25 Prozent der täglichen Nahrungsaufnahme ausmacht.

Der Schweizer Professor G. Zbinden vom Institut für Toxikologie bei Zürich stellt sich auf den Standpunkt des Joint FAO/WHO Expert Committee on Food Additives (ein Spezialorgan der Welt-Gesundheitsbehörde), wonach Nahrungsmittelzusätze nur verwendet werden dürfen, wenn sie für den Konsumenten einen Vorteil bringen. Wie Professor Thalacker kommt auch Professor Zbinden zu dem Schluß, daß die toxikologischen Wirkungen von Zusatzstoffen nicht mit letzter Sicherheit erkannt sind, daß man nichts über ihr Wirken miteinander im menschlichen Körper weiß und daß die Gefahr einer gesundheitlichen Schädigung wächst, wenn die mit dem Nahrungsmittel zugenommene Menge wächst.

Und da die Deutschen die kräftigsten Biertrinker der Welt sind, können sich sehr wohl chemische Zusätze zum Bier über längere Zeit „genossen" zu gesundheitlichen Nachteilen addieren. Es macht also einen bedeutsamen Unterschied, ob ein Italiener, der es im Jahresdurchschnitt pro Kopf der Bevölkerung auf 30 Liter Bier bringt, „Zusatzstoffe" trinkt, oder ein Deutscher, der pro Einwohner im Jahr mehr als 146 Liter genießt.

Die Kernfrage lautet: Muß Zusatzstoff verwendet werden? Die Antwort ist unmißverständlich: Nein. Denn seit Jahrhunderten wird in Deutschland Bier ohne Chemie gebraut und als eines der saubersten Nahrungsmittel gepriesen.

Und schaut man in die Liste, die Lebensmittelchemiker aufgestellt haben, nachdem sie ausländische Biere unter die Lupe genommen haben, dann wird auch dem Laien sofort klar, daß dies kein Bier im deutschen Sinne mehr ist. Statt Malz aus der Gerste werden da Zucker, Dextrose, Saccarose, Glucosesirup, Glycyrrhizin, Reis, Mais und andere sogenannte Rohfrucht als Rohstoff verwendet. Kostenvorteil: bis zu 20 Prozent.

Um bei diesen Rohstoffen aber Glanz ans Bier zu bringen, seinen Schaum zu stabilisieren und es haltbar zu machen, werden Chemikalien zugesetzt. Deutsche Chemiker fanden bisher in diesen Bieren 52! Nennen wir einige: Tartrazin, Tannin, Salzsäure, Formalin, Schwefelsäure, Salpetersäure, Calciumdinatrium-EDTA (das dringend verdächtig ist, karzinogen zu sein), Gummiarabicum, Ferrosulfat, Natronlauge und so weiter und so weiter.

Ob sich der Sturm im Bierglas legt, ob die Kommission in Brüssel trotz der ihr vorliegenden schwerwiegenden Gutachten den Weg zum Europäischen Gerichtshof antritt? Niemand weiß es zur Zeit. Gewiß ist nur, daß 2,5 Millionen Deutsche in einer Unterschriftenaktion für das Reinheitsgebot votierten. Gewiß ist auch, daß ausländische Brauer nach dem Reinheitsgebot für die Bundesrepublik brauen, vom Pilsener Urquell über Carlsberg bis hin zu Kronenbourg.

Fällt die Brüsseler Bürokratie aber das Reinheitsgebot, so werden sich auch deutsche Brauer den Kostenvorteil des Chemie-Biers nicht entgehen lassen, schließlich sind sie nicht schon deshalb Engel, weil sie ein himmlisches Getränk herstellen. Dann aber ist die Zeit nicht mehr fern, daß der durstige Deutsche von einer riesigen Bierpalette wählen kann. Darf's ein Pils mit Schwefelsäure sein, ein Weizenbier mit Ferrosulfat, oder gar ein Alt mit Gummiarabicum?



Jeder Deutsche trinkt – statistisch gesehen – pro Jahr 146 Liter Bier FOTO: WEDOPRESS

Über 450 Jahre deutsches Reinheitsgebot für Bier ★ 80 DEUTSCHE BUNDESPOST

Wilhelm IV., Herzog von Bayern, erließ 1516 das Reinheitsgebot für Bier. Nach diesem ältesten Lebensmittelgesetz der Welt dürfen nur Wasser, Hefe, Gerste und Hopfen zum Brauen verwendet werden. FOTO: AMW

Filipinos zwischen Morden und Säuberungsaktionen

Von R. ALEXANDER

Mord am hellichten Tage ist in Davao, der drittgrößten Stadt der Philippinen, nichts Außergewöhnliches. Einer geschah vor dem Postamt, wo jetzt noch ein kleines Holzkreuz und Blumen am Bordstein stehen.

Ein Motorradfahrer fuhr an den Polizisten heran, der dort täglich Dienst tat, als wollte er etwas fragen. Plötzlich hatte er eine 45er in der Hand und schoß. Ehe jemand ihn hindern konnte, raste er davon – die Kommunisten hatten erneut einen „Volksfeind" exekutiert.

Der Polizist war berüchtigt dafür, daß er Geld von Taxifahrern erpreßte. Man hatte ihn zweimal „gewarnt". So wird es immer gemacht. Jede Woche gibt es so einen Fall.

Seit Anfang des Jahres lebt Davao in der Furcht vor Fememorden – und vor nicht minder gewaltsamen „Säuberungsaktionen" der Polizei.

„Verdächtige" werden abgeholt, verschwinden spurlos oder die Angehörigen werden später ins Leichenhaus bestellt: „Beim Fluchtversuch erschossen", heißt es dann.

„Sie umstellten unser Viertel und holten uns aus den Häusern", erzählt ein Slum-Bewohner in Davao. „Drei schleppten sie zu dem Feld dort drüben und erschossen sie vor unseren Augen – ohne zu sagen warum."

Solche Aktionen sind in den Philippinen unter dem euphemistischen Namen „Salvaging Operations" – Bergungs-Operationen – bekannt.

Davao und die umliegenden Provinzen auf der Insel Mindanao sind heute der Brennpunkt des Guerillakriegs, der auf immer größere Gebiete der Philippinen übergreift. In den letzten Jahren hat die kommunistische „Neue Volksarmee" (NPA) in einer Volksfront-Allianz mit anderen „Progressiven" ihre Zellen auf fast allen Hauptinseln des Landes aufgebaut.

Neuerdings gehen sie auch zu größeren Aktionen über: Da besetzten ein paar hundert Guerrillas am hellichten Tage für zwei Stunden eine kleine Stadt nördlich von Davao, entwaffneten die Polizei und umzingelten eine Armeekompanie, die sich nicht aus ihrer Kaserne rührte, bis alles vorbei war.

In vielen Dörfern auf Mindanao, am anderen Ende des Archipels auf Luzon, wie auch im Zentrum, auf Samar, Panay und Negros bewegen sich die Guerrillas wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser.

In Libay-Libay – ein paar Bambushütten, 15 Kilometer von der Küstenstraße in Davao del Norte – gibt man offen zu, daß die Kommunisten regelmäßig durchkommen. Ein Bauer sagt: „Unserer Beziehungen zur NPA sind gut."

Drei Kilometer von Libay-Libay kam es zu einem blutigen Zwischenfall: „Auf diesem Hügel lagen NPA-Guerrillas zwischen den Bananenpalmen im Hinterhalt, als morgens eine Armeepatrouille vorbeikam. In zehn Minuten war alles vorbei. Von 20 Soldaten kamen nur 8 lebend durch", erzählt unser Begleiter.

Die Soldaten waren zum „Peace Talk" in Libay-Libay, um Gegenpropaganda für die Regierung zu machen. Die Dörfler wußten angeblich nicht, daß NPA in der Umgebung war: „Wir hatten sie seit längerem nicht gesehen", behauptet der Besitzer eines Kramladens.

Nach dem Überfall schickte die Armee 3000 Mann Verstärkung und zehn Hubschrauber und kämmte die Umgebung durch. Seitdem sind 1500 Familien aus den Bergen um Libay-Libay an die Küste geflohen.

„Weil sie Angst vor den Kommunisten haben", behauptet der Bürgermeister im Küstenort.

„Weil sie Angst haben, zwischen zwei Feuer zu geraten. Weil die Armee willkürlich Verdächtige verhaftet und jeden, der in den Bergen bleibt, als Sympathisanten behandelt", widerspricht eine Ordensschwester, die für die Flüchtlinge sorgt. In anderen Gebieten hat man bereits Tausende Bauern gezwungen, ihre verstreut liegenden Höfe zu verlassen und sie in „strategischen Weilern" konzentriert.

„Wenn die Armee abzieht, gehen wir zurück", sagt ein Bauer. „Vor der NPA haben wir keine Angst." Ähnliches hört man am anderen Ende des Landes in der Abra-Provinz: „Die Bauern trauen der NPA mehr als den Regierungsbeamten. Die Armee schikaniert die Leute. Die NPA hilft ihnen", heißt es dort. In Abra schlossen sich sogar vier katholische Geistliche den Rebellen an.

In Abra üben die Kommunisten Feme-Justiz: „Der Schatzmeister unseres Dorfes wurde mehrfach gewarnt, nichts vom Gemeindegeld abzuzweigen. Es half nichts. Eines Tages erschossen sie ihn vor seinem Haus", erzählt der Fahrer unseres Jeeps.

Fünf Bürgermeister der Provinz fühlen sich in ihren Dörfern so unsicher, daß sie in die Provinzhauptstadt umgesiedelt sind. Aus gutem Grund: Darüber, daß Millionen Peso für den Straßenbau in Bürgermeistertaschen verschwunden sind, spricht jedes Kind. Und alle Bürgermeister haben sich in der Stadt schöne Villen gebaut.

Korruption, Machtmißbrauch und soziale Ungerechtigkeit in einem Land, wo die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer als anderswo in Südostasien ist, sind für die Kommunisten dankbare Themen. Ihre Agitprop-Teams – oft ehemalige Studenten – predigen Revolution. Alle gewaltlosen Reformversuche seien gescheitert, erklären sie.

Zehn Jahre Regierung Marcos geben ihnen anscheinend recht: Der Präsident, der ein Ende der Korruption und wirtschaftlichen Ausbeutung und mehr Wohlstand für die Massen versprach, hat seine Versprechen nicht gehalten.

Selbst die offizielle Statistik weist heute mehr Armut als vor zehn Jahren aus. Der Reallohn der Arbeiter ist auf die Hälfte gesunken. 80 Prozent aller Familien haben weniger als zehn Peso (DM 2,50) am Tag, nur 2,5 Prozent haben 30 Peso oder mehr.

„Das Volk ist zynisch gegenüber allem geworden, was die Regierung sagt. Der kleine Mann geht nicht zu den Behörden, wenn er Hilfe sucht. Er weiß, daß er gegen den Staat und gegen die Reichen kein Recht bekommt", sagt ein katholischer Dorfgeistlicher.

Wenn in Mindanao Tausende kleiner Pächter ihr Land verlieren, wo große Bananenplantagen als „Joint Ventures" von Grundbesitzern und US-Konzernen entstehen, ist das für die Kommunisten guter Nährboden: „Die Slums von Davao sind voll mit vertriebenen Pächtern", berichtet ein Missionar.

„Wir sitzen auf einem sozialen Vulkan, der jederzeit ausbrechen kann", warnt Bischof Fortich, der seit Jahren vergeblich an das christliche Gewissen der „Zuckerbarone" auf der Insel Negros appelliert, ihren Plantagenarbeitern (knapp 2 Mark Tagelohn) menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu bewilligen.

Die Stärke der NPA wird von westlichen Beobachtern auf 6000 bewaffnete „Reguläre" und 25 000 unbewaffnete Helfer geschätzt. Ihre Waffen holen sie sich meist von den Regierungstruppen. Aber sie erhalten auch Nachschub per Schiff, unter anderem über die PLO. Ideologisch sind sie Marxisten, aber sie bekennen sich weder zu China noch zur Sowjetunion.

Noch sieht niemand die Stabilität des Marcosregimes durch die NPA bedroht. Diese Stabilität erscheint von erheblicher strategischer Bedeutung für das nichtkommunistische Asien. Die USA haben auf den Philippinen ihre wichtigsten Luftwaffen- und Flottenstützpunkte zwischen Japan und dem Indischen Ozean. Doch viele fürchten, daß sich die Situation weiter zuspitzen wird. Wenige glauben, daß das Marcos-Regime zu den sozialen Reformen imstande ist, die den Kommunisten den Wind aus den Segeln nehmen könnten.

„Die herrschende Schicht dieses Landes sägt den Ast ab, auf dem sie sitzt", warnt ein irischer Missionar.



Polizei soll vor Überfällen der Guerrillas schützen; doch Angst haben die Filipinos auch vor Vergeltungsaktionen der Polizei. FOTO: AP

Johannes Paul II. verteidigt das Recht der Arbeiter auf Bildung von Gewerkschaften / „Hunger nach Gerechtigkeit"

Polen als Teil der westeuropäischen Kultur

Von CARL G. STRÖHM

Das Denken und Handeln des polnischen Papstes vollzieht sich in eine Art Dialektik. Hatte er sich 1979, während seiner ersten Reise durch Polen, als „Papst der Slawen", ja als Papst aus dem Osten bezeichnet, so würdigte er jetzt in Posen die Zugehörigkeit Polens zur Kultur Westeuropas. Beides mag auf den ersten Blick als Widerspruch erscheinen – und doch ergibt es einen tieferen Sinn.

Es war und ist der Stolz nicht nur der Polen, sondern fast aller osteuropäischer Nationen, geistig, kulturell, auch religiös eigentlich ein Teil des Westens zu sein. Diese innere Lebenshaltung zieht sich von den baltischen Nationen an der Küste der Ostsee mit ihrer Affinität zu Skandinavien und den deutschen Hansestädten bis zu den Rumänen am Schwarzen Meer, die ihre Zugehörigkeit zum roman-

DIE ● ANALYSE

tisch-lateinischen Kulturkreis betonen. Mit einer oft an Verzweiflung grenzenden Mühe graben die Ungarn – ein seiner Herkunft nach ursprünglich asiatisches Volk –, die vom Türkensturm übriggebliebenen gotischen Mauerreste aus der Zeit ihres Königs Matthias Corvinus aus, um sich selbst und der Welt zu beweisen, daß sie schon damals ein Teil des Westens gewesen sind. Tschechen und Slowaken, Kroaten und Slowenen, ja sogar die konfessionell zur Ostkirche gehörenden Serben kann man heute nicht tiefer kränken, als wenn man sie als Völker des Ostens bezeichnet.

Erst vor wenigen Wochen hat die sowjetische außenpolitische Zeitschrift „Neue Zeit" wütend darauf reagiert, weil in der Warschauer Regime-Wochenzeitung „Polityka" – einem Blatt Rakowskis und damit des Militärregimes – die Formel publiziert worden war, wonach die Polen „Lateiner unter den Slawen und Slawen unter den Lateinern seien". Sogar die polnischen Kommunisten und das Jaruzelskiregime können sich also diesem „lateinischen", also dem westlichen Erbe nicht entziehen.

Polen, das sich im Lauf der Jahrhunderte zu einer Adelsrepublik und einem Wahlkönigtum entwikkelt hatte, vereinigte in seinen Grenzen schon an der Schwelle vom Mittelalter zur Neuzeit einige Elemente persönlicher Freiheit und Liberalität. Im alten polnischen Reichstag – dem Sejm – gabe es das „Liberum Veto": Ein einziges Mitglied dieser Versammlung, die sich zumeist aus dem polnischen Kleinadel, der „Szlachta", zusammensetzte, konnte mit seiner Nein-Stimme eine Entscheidung des Königs oder der Mehrheit zu Fall bringen. Natürlich hatte das seine Kehrseite. Aus der polnischen individuellen Freiheit entwickelte sich auch das polnische Chaos, die Unfähigkeit, zu Entscheidungen zu gelangen. Das wiederum hat nicht unwesentlich zum Scheitern der alten Adelsrepublik beigetragen, die im 18. Jahrhundert dreimal von mächtigen und handlungsfähigen Nachbarn – Rußland, Preußen, Österreich – geteilt wurde.

Ein Jahr vor der dritten Teilung Polens wurde am 3. Mai 1791 die in diesen Tagen von Papst Johannes Paul II. gepriesene polnische Verfassung verkündet: ein Dokument, das sich im wesentlichen an den Prinzipien der europäischen Aufklärung und den Freiheitsidealen der amerikanischen Verfassung orientierte.

Diese westlichen Prinzipien wurden sogar in die Zeit nach den Teilungen hinübergerettet: „Kongreß-Polen" – jener Teil der einstigen Rzeczpospolita, der nach den napoleonischen Kriegen dem russischen Zarenreich zugesprochen worden war, erhielt eine liberale Konstitution.

Hier zeigte sich eine gewisse Parallele zur Gegenwart: Der russische Zar Alexander war zugleich König von Polen. Als Zar war er ein autokratischer Selbstherrscher – als König von Polen aber war er ein konstitutioneller Monarch, der einem Parlament Rechenschaft schuldig war. Schon damals herrschte bei führenden Militärs und Beamten des Zarenreichs die Furcht, „polnische Ideen" könnten sich nach Rußland ausbreiten und auch dort zu demokratisch-konstitutionellen Entwicklungen führen.

Zar Nikolaus I. hob nach einem großen Aufstand der Polen 1830 die Verfassung auf und verwandelte Kongreß-Polen in ein „Generalgouvernement" (diese russische Bezeichnung wurde ironischerweise von Hitler 1939 wieder zum Leben erweckt).

Daß Polen auch heute im Zeichen des Kriegszustandes und einer schweren ökonomischen Krise „westlich" wirkt, wenn man aus dem „großen Osten" kommt, wird jeder Reisende bestätigen, der einmal die sowjetische Grenze überschritten hat.



Breslau, sechster Tag der Polen-Reise des Papstes: Mehr als 600 000 Gläubige hatten sich auf der Pferderennbahn versammelt, wo Johannes Paul II. eine Messe feierte. Breslau war nach Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 Schauplatz besonders erbitterter Auseinandersetzungen zwischen Polizei und protestierenden Arbeitern. Bis vor kurzem gab es dort noch eine verhältnismäßig gut funktionierende Ortsvereinigung der „Solidarität".

In Kattowitz erinnert der Papst an „Solidarnosc" und Lech Walesa

Von F. MEICHSNER

Mit immer größerer Entschiedenheit bekennt sich Johannes Paul II. auf seiner Polen-Rundreise zu den Forderungen des polnischen Volkes nach Gerechtigkeit und nach voller Verwirklichung der Menschenrechte. Mit ständig zunehmender Nervosität reagiert das herrschende Militärregime auf die dadurch ausgelösten Demonstrationen des Protestes gegen die respressive Regierungspolitik seit dem 13. Dezember 1981. Mit wachsender Sorge und immer deutlicheren Dämpfungsbemühungen versucht der polnische Episkopat der Gefahr zu begegnen, daß der Rausch, in den der Papst – überall, wo er auftaucht – die Massen zu versetzen scheint, ins Politische übergreift. Das war die Situation am drittletzten Tag des päpstlichen Pastoralbesuches in seiner Heimat – nach den Massenmessen von Posen, Kattowitz und Breslau.

Sein bisher deutlichstes Bekenntnis zu den prinzipiellen Zielen der aufgelösten Gewerkschaft „Solidarität" legte Karol Wojtyla unter dem stürmischen Beifall seiner Zuhörer am Montagabend in seiner Predigt in Kattowitz ab. Er erinnerte an sein Treffen im Vatikan mit einer „Solidarität"-Delegation unter Führung von Lech Walesa, verteidigte das Recht der Arbeiter auf Bildung von Gewerkschaften und verwies auf den „tiefen moralischen Sinn" der Frage, die sich in den letzten Jahren in Polen gestellt habe. Diese Frage könne nur durch einen „wahren Dialog der Staatsautorität mit der Gesellschaft gelöst werden".

In Breslau sprach der Papst dann gestern – immer wieder vom Beifall unterbrochen – vom „Hunger und Durst nach Gerechtigkeit, die sich besonders während der letzten Jahre manifestiert" hätten. „Ich möchte", so fügte er hinzu, „diesen gerechten Hunger und Durst einer großen Menge meiner Landsleute vor alldem bewahren, was sich deformierend und schwächend auswirken könnte. Aber gleichzeitig möchte ich diesen Hunger und Durst auch gegen alle ungerechten Einwände und Anklagen in Schutz nehmen – von welcher Seite sie auch kommen mögen."

Der Pflicht zur Arbeit stünden die Rechte des arbeitenden Menschen gegenüber, sagte Johannes Paul II. in Kattowitz und zitierte dann aus seiner Sozialenzyklika „Laborem exercens", in der er die Gewerkschaften als „unverzichtbares Element des Soziallebens" bezeichnete, sowie aus einer Rede des verstorbenen Kardinal-Primas Wyszynski, in der es hieß, das Recht der Menschen, sich zusammenzuschließen, sei nicht ein zugestandenes, sondern ein dem Menschen angeborenes Recht. „Deshalb ist uns dieses Recht nicht vom Staat gegeben. Dieser hat nur die Pflicht, es zu schützen und darüber zu wachen, daß es nicht verletzt wird."

Wie nervös die staatlichen Autoritäten auf die durch die Papst-Predigten ausgelöste Massenstimmung reagieren, zeigte sich am Montagnachmittag in Posen. Dort hatte der Papst bei der Meßfeier im Kulturpark das aus zwei riesigen Steinkreuzen bestehende Denkmal für die Opfer des antistalinistischen Volksaufstandes von 1956 erwähnt und gesagt, daß auch er vor diesem Denkmal niederknien wolle – „im Geiste", wie es in der gesprochenen Predigt hieß, ein Zusatz, der in den bereits in Rom angefertigten italienischen, englischen und französischen Übersetzungen des vorbereiteten Redetextes nicht enthalten war.

Nach Abschluß der Messe nahmen Tausende von Menschen ihren Heimweg über den zentralen Mackievicz-Platz, auf dem das Denkmal steht. In Gruppen verharrten sie kurz vor den Kreuzen, legten Blumen nieder, beteten. Immer mehr Milizpolizisten tauchten auf dem Platz auf. Wer länger vor dem Denkmal verharrte, wurde aufgefordert weiterzugehen. Aus einem tieffliegenden Hubschrauber wurde diese Aufforderung mehrmals über Lautsprecher wiederholt.

Plötzlich lag vor den Kreuzen inmitten der Blumen auch ein kleines „Solidaritäts"-Papierfähnchen, und in einer Gruppe stimmte jemand summend das „Solidaritäts"-Lied an. Die Töne wurden aufgegriffen und steigerten sich zum lauten Gesang. Wie bei einer Kettenreaktion hoben sich, als einer den Anfang gemacht hatte, fast alle Hände zum V-Zeichen. In Warschau vor der St.-Anna-Kirche hatte sich die Miliz zu Beginn des Papst-Besuches um Manifestationen dieser Art noch nicht weiter gekümmert. Hier in Posen griff sie massiv ein. Zunächst stießen „Überfallkommandos" von jeweils drei bis vier Mann blitzartig zum Denkmal vor. Eine solche Gruppe riß das „Solidaritäts"-Fähnchen an sich. Andere griffen sich Leute aus der Menge. Während ein starkes Polizeiaufgebot die Verbindungsstraße vom Kulturpark zum Makkievicz-Platz hermetisch abriegelte, wurden mindestens sieben Personen – darunter der römische dpa-Korrespondent – abgeführt. Der deutsche Journalist kam nach zwei Stunden und nach der Belehrung, daß in Polen nach wie vor Kriegsrecht herrsche, wieder frei.

> „Es geht um das Recht, das die Menschen haben, sich zusammenzuschließen. Dieses Recht wurde nicht von irgend jemandem gewährt. Es ist ein angeborenes Recht. Es wurde uns also nicht vom Staat gegeben, der nur die Pflicht hat, dieses Recht zu schützen und darüber zu wachen, daß es nicht verletzt wird. Dieses Recht wurde vom Schöpfer verliehen, der aus dem Menschen ein soziales Wesen machte."

Der Tatsache, daß dieses Kriegsrecht offiziell suspendiert worden ist, wurde dabei ebenso wenig Rechnung getragen, wie in der letzten Erklärung des Regierungssprechers Urban, der als „bedeutungsvoll" hervorhob, daß der Papst als Staatsoberhaupt seinen Besuch in Polen „während der Periode des Kriegsrechts" mache.

Von den kirchlichen Stellen wird in dieser Atmosphäre, die eine Eskalierung der Spannung vor allem nach Beendigung des Papst-Besuches ankündigen könnte, alles versucht, um die aufkommenden Leidenschaften zu dämpfen. Die Tatsache, daß die Zahl der bei den Messen gezeigten „Solidaritäts"-Transparente zurückgegangen ist, läßt auf schärfere Kontrollen des kirchlichen Ordnungsdienstes schließen. Der Papst selbst mahnt gelegentlich nach seinen Predigten, von deren vorbereiteten Texten er bei den bedeutungsvollsten Stellen mit keinem Wort abweicht, in extemporierten Abschiedsworten zu Ruhe und Besonnenheit. Er dämpft neuerdings der bei allen politisch und sozial bezugreichen Stellen seiner Reden aufbrausenden Beifall dadurch ab, daß er nach nur kurzer Pause sofort weiterspricht.

Aber es hat den Anschein, als ob die meisten Zuhörer Mahnungen gar nicht mehr hören oder hören wollen. Für sie zählt vor allem das, was sie zuvor vernommen haben.

In seiner Predigt bei der Messe auf dem Gelände der Breslauer Pferderennbahn stellte Johannes Paul II. die auf die aktuelle Lage der polnischen Gesellschaft bezogenen Ausführungen unter das Motto des gegenseitigen Vertrauens. Von der Wiederherstellung dieses gegenseitigen Vertrauens hänge die „Zukunft des Vaterlandes" ab. „Auf all das, was der gerechte Hunger und Durst nach Gerechtigkeit im Leben der Nation ist, muß so geantwortet werden, daß die ganze Nation das gegenseitige Vertrauen wiedergewinnt." Das Vaterland sei „eine große gegenseitige Verpflichtung", sagte er.

Zum Schluß gedachte der Papst derjenigen, die ihr Leben während der Ereignisse der letzten Jahre gelassen haben. Er endete unter starkem Beifall mit der Zitierung der biblischen Seligpreisung: „Selig sind die, die hungern und dürsten nach Gerechtigkeit, denn sie werden gesättigt werden."

Der Annaberg – Symbol einer Teilung

Der Annaberg, die höchste Erhebung Oberschlesiens (385 Meter über dem Meer), Wallfahrtsort und Sitz eines Franziskanerklosters, hat in der jüngsten Geschichte der Polen und Deutschen besondere Bedeutung erlangt. Am 21. Mai 1921 stürmten Angehörige des deutschen „Selbstschutzes Oberschlesien" und des „Freikorps OS" den von polnischen Aufständischen (Insurgenten) verteidigten Berg.

Die Insurgenten waren am 2. Mai 1921 in die damals als Folge des Ersten Weltkrieges zwischen Polen und Deutschland umstrittene preußische Provinz Oberschlesien eingedrungen. Führer des polnischen Aufstandes war Wojciech Korfanty, viele Jahre Abgeordneter des Deutschen Reichstages und des Preußischen Landtages und später christlich-demokratisches Mitglied des polnischen Sejm. Korfanty und seine Anhänger wollten die Angliederung ganz Oberschlesiens an Polen erzwingen. Eine durch den Versailler Vertrag vorgesehene Volksabstimmung in dem sowohl von Deutschen als auch von Polen besiedelten Gebiet hatte im westlichen Bereich der Provinz und zum Teil darüber hinaus eine Mehrheit für Deutschland erbracht. Nach der Schlacht am Annaberg kam es zur Teilung Oberschlesiens: Die östlichen Gebiete mit dem überwiegenden Teil der Schwerindustrie und des Bergbaus – Kattowitz und Königshütte – wurden Polen angegliedert. Der Westen und Nordwesten mit Beuthen, Hindenburg und Gleiwitz verblieben beim Deutschen Reich.

Korfanty, der für die Vereinigung Oberschlesiens mit Polen gekämpft hatte, wurde 1930 vom Regime des Marschalls Pilsudski – dessen scharfer Gegner er war – verhaftet, er mußte 1934 aus Polen emigrieren. Nach seiner Rückkehr 1939 – kurz vor Kriegsausbruch – wurde er abermals von der polnischen Regierung verhaftet. Korfanty starb kurz darauf. Die Unterstellung ganz Ober- und Niederschlesiens unter polnische Verwaltung, die seine kühnsten Träume weit übertraf, hat er nicht mehr erlebt.

CARL GUSTAF STRÖHM

Breslau: Papst ruft zur Versöhnung auf

● Fortsetzung von Seite 1

Gdansk (Danzig), Leszno (Lissa), Szczecin (Stettin), Opole (Oppeln), Legnica (Liegnitz), Klodzko (Glatz) und manche andere zu lesen.

In seiner Begrüßungsansprache bekräftigte der Erzbischof der Stadt, Henryk Gulbinowicz, die Haltung des polnischen Episkopats, daß diese Gebiete als Bestandteil Polens nicht mehr zur Disposition stünden. An Johannes Paul II. gewandt, sagte Gulbinowicz: „Wir sind glücklich, den Papst auf dem Boden empfangen zu können, den wir nach vielen Jahrhunderten mit unserem eigenen Blut wiedererobert haben und den wir nach dem Zweiten Weltkrieg mit großen Opfern wiederaufgebaut haben." Er erinnerte auch an den Anteil des ehemaligen Krakauer Erzbischofs Karol Wojtyla an der von Paul VI. vollzogenen Diözesan-Neuregelung. Der Kirchenbezirk Breslau war bis 1972 von direkt dem Heiligen Stuhl unterstehenden Apostolischen Administratoren verwaltet worden. Erst dann, nach dem deutsch-polnischen Vertrag wurde ein ordentlicher Bischof eingesetzt.

Ungeachtet der unüberhörbaren Drohungen der Warschauer Regierung trat Johannes Paul II. auch am sechsten Tag seines Polenbesuchs für die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" ein.

Immer wieder von Beifall unterbrochen sagte er: „Die ganze polnische Nation muß in gegenseitigem Vertrauen leben, und dieses Vertrauen gründet sich auf die Wahrheit. Die ganze polnische Nation muß dieses Vertrauen im weitesten Umfang seiner gesellschaftlichen Existenz wiedererlangen. Das ist eine grundlegende Angelegenheit. Ich zögere nicht zu sagen, daß gerade davon und vor allem davon, von dem auf der Wahrheit aufgebauten Vertrauen, die Zukunft des Vaterlandes abhängt. Zentimeter für Zentimeter und Tag für Tag muß man dieses Vertrauen bauen, wiederaufbauen und vertiefen ... Selig sind, die nach der Gerechtigkeit hungern und dürsten. Es gibt hier in Breslau, hier in Niederschlesien, in ganz Polen viele Menschen, unendlich viele Menschen, die nach Gerechtigkeit hungern und dürsten."

Das Oberhaupt der katholischen Kirche versprach, diesen „gesunden Hunger und Durst der großen Masse meiner Landsleute" vor all dem zu schützen, „was sie entstellt und schwächt". Und: „Gleichzeitig möchte ich sie befreien und sie vor allen verletzenden Vorwürfen und Unterstellungen schützen, woher sie auch immer kommem."

Am Rande des Papstbesuchs in Breslau kam es gestern zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten. Starke Polizeieinheiten versuchten die Menschenmenge von der Innenstadt fernzuhalten, wo offenbar eine Protestversammlung in der Nähe der früheren Zentrale der „Solidarität" geplant war. Über der Innenstadt kreisten Hubschrauber.

Zum ersten Male hatte am Dienstagabend die polnische Regierung Kritik an dem Inhalt der Papstreden geäußert. Der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski verurteilte in einem von der Presse des Landes gestern ausführlich zitierten Interview die Verbreitung der Ansicht, daß die polnische Jugend keine Zukunftsperspektiven haben. Johannes Paul II. hatte sich im Wallfahrtsort Tschenstochau an die jungen Polen gewandt und gesagt, er wisse von ihrem Leiden, dem Gefühl des Unrechts und der Erniedrigung sowie von ihrem Mangel an Zukunftsperspektiven.

Rakowski sagte in dem Interview, ohne den Namen des Papstes zu erwähnen: „Aufhetzen der Jugend gegen den eigenen Staat, also gegen die eigenen Eltern, die in großer Mühe die Volksrepublik Polen aufgebaut haben, ist nicht nur ein politisches, sondern auch ein moralisches Verbrechen." Bisher hatte die Warschauer Führung noch keine der Papstreden, die immer wieder auf die aktuelle Entwicklung Polens seit dem Sommer 1980 bezug nahmen, kommentiert, sondern nur vor weiteren Demonstrationen gewarnt.

Arbeiterführer Lech Walesa erhielt gestern für sein geplantes Treffen mit dem Papst drei Tage Sonderurlaub von der Danziger Leninwerft.

Intercity auch nach Berlin?

Bonn schlägt Ost-Berlin Projekte bis in die neunziger Jahre vor

HANS-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Die Bundesregierung wird der „DDR" in absehbarer Zeit neue Angebote für Gespräche über gemeinsame Projekte anbieten, die von 1985/86 an finanziert werden sollen, und deren Fertigstellung bis in die neunziger Jahre reicht. Dazu zählen nicht nur die Elektrifizierung der Strecke Berlin–Helmstedt, sondern auch die der Hamburg-Route, die Werra-Entsalzung, finanzielle Hilfen für den Bau einer Abwasseranlage für den thüringischen Fluß Röden, der Schmutz nach Coburg trägt, sowie langfristig auch die Renovierung defekter Abschnitte der Autobahn Berlin–München zwischen dem Hermsdorfer Kreuz und der Grenze.

Andeutungen dieser neuen Initiativen hatten kürzlich nicht nur die FDP-Politiker Hans-Günter Hoppe und Wolfgang Mischnick in Berlin, sondern auch Bundeskanzler Kohl vor dem CDU-Bundesvorstand gemacht.

Am weitesten ging dabei FDP-Fraktionschef Mischnick auf einem Informationsabend der Berliner FDP. Er sprach von „mittel- bis langfristigen Perspektiven", die es möglich machen könnten, Berlin beispielsweise an das Intercity-Netz anzuschließen. Dies setze jedoch eine Elektrifizierung der Strecke Berlin–Helmstedt voraus. „Außerdem müßte ein solcher Schritt auch auf der Strecke nach Hamburg erfolgen, denn eine schnellere Verbindung zwischen den beiden Städten ist nicht durch den Bau der Autobahn erledigt", sagte Mischnick. Er fügte hinzu: „Vielleicht sind solche Projekte sogar ein Mittel, das Interesse der anderen Seite zu wecken."

Neuer Gesprächsstoff

Derartige Unternehmungen ließen sich jedoch sicherlich noch nicht im Haushalt 1985 berücksichtigen: „Ich denke da an die Zeit von 1986 bis 1990." Vor allem komme es darauf an, für die „Sprachlosigkeit" der Zeit nach einer Raketenstationierung in der Bundesrepublik neue Gesprächsstoffe mit der „DDR" bereitzuhalten.

Eine Bestandsaufnahme der innerdeutschen Projekte lehrt, daß zur Zeit nur an drei Stellen gearbeitet wird:

● Zwischen Eisenach-West und dem Kontrollpunkt Wartha entsteht eine neue Autobahn samt Brücke. Für das knapp acht Kilometer lange Stück und das Brückenbauwerk (das westdeutsche Spezialfirmen im Auftrag der „DDR" errichten) zahlt Bonn 268 Millionen an Ost-Berlin. Zum Jahresende 1984 ist das Vorhaben fertig.

● Rund 90 Millionen Mark kostet Bonn der ebenfalls 1984 abgeschlossene Bau eines zweiten Ferngleises auf der Strecke Berlin–Helmstedt zwischen Potsdam und Werder sowie dem Grenzbahnhof Griebnitzsee und dem Westberliner Bahnhof Wannsee.

● Um einen Abschnitt des Mittellandkanals zu erweitern, trägt Bonn seit dem vorigen Jahr 150 Millionen Mark von 200 Millionen Mark Gesamtkosten. Die Arbeiten sollen ebenfalls 1984 beendet werden.

Bis zur Stunde gibt es folglich 1985 keine innerdeutschen Projekte mehr, falls nicht bald neue Folgevereinbarungen geschlossen werden. Konkret zeichnen sich zwei ab:

Zum ersten Mal seit der Absage des Besuchs von Erich Honecker in der Bundesrepublik und erstmals unter der neuen Kanzlerschaft von Helmut Kohl treffen sich am kommenden Mittwoch und Donnerstag (22./23. Juni) in Leipzig west-östliche Umweltschutzexperten, um über die Kosten von Rauchgasentschwefelungsanlagen in den Riesen-Braunkohlekraftwerken der „DDR" zu sprechen. Für den 4. und 5. Juli ist ein Gegenbesuch in Niederaußem bei Köln vorgesehen.

Die Bundesregierung ist außerdem gegenüber Ost-Berlin im Wort, „bis Ende Juni" mit den jüngst im Kabinett abgesegneten S-Bahn-Verhandlungen zu beginnen. Dabei werden Staatssekretär Hans Otto Bräutigam und Honeckers Chef-Devisenexperte Alexander Schalck-Golodkowski aus dem Finanzministerium die erste Runde bestreiten. In der Berlinhilfe 1984 des Bundes sind bereits 37 Millionen Mark Betriebskostenzuschuß für die „neue" West-S-Bahn enthalten.

Hohes S-Bahn-Defizit

Erich Honecker hatte zuletzt am 28. Mai seinem Westberliner Gast Hans-Jochen Vogel dringendes Interesse der östlichen Seite bekundet, endlich die S-Bahn abstoßen zu können. Gelänge hier bald eine Übereinkunft, blieben der „DDR" jährliche Ausgaben von rund 100 Millionen Mark Defizit erspart.

Werra-Entsalzung: Unter allen innerdeutschen Verabredungen wäre eine Verständigung über die „tote" Weser am dringlichsten: Die thüringischen Kaliwerke schütten täglich rund 35 000 Tonnen Salz in die Weser. Eine regelrechte unterirdische Pipeline von der Grenze bis zur Nordsee würde zwei Milliarden Mark kosten.

Blut in der Röden: Die thüringische Spielzeugwarenstadt Sonneberg leitet die Abfälle ihres Schlachthofs und eigene Abwässer in das Flüßchen Röden, das durch Coburg fließt. Bayern wäre bereit, mindestens 50 Millionen Mark als Beitrag für eine Sanierung der Sonneberger Verhältnisse zu leisten.

Elbeverschmutzung: Über dieses Thema werden voraussichtlich noch im Juni mehrere Gespräche auf Expertenebene beginnen.

Kulturaustausch: Ost-Berlin bot bisher noch keinen verbindlichen Termin an; nachdem die grundsätzliche Bereitschaft dazu, ein Kulturabkommen abzuschließen, schon im September 1982 von Erich Honecker dem damaligen Staatsminister Hans-Jürgen Wischnewski mitgeteilt worden war.

Hauptproblem der „DDR" ist hierbei die Frage, wieweit sie Devisen für Gastspiele bedeutender Orchester, Bühnen und Künstler der Bundesrepublik auszugeben in der Lage ist, und wie die Einbeziehung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in West-Berlin geschieht.

Kommentator von Radio Moskau interniert

AFP, Moskau

Der frühere Kommentator von Radio Moskau, Wladimir Dantschew, der die sowjetische Intervention in Afghanistan kritisierte, ist in einer psychiatrischen Klinik in Taschkent interniert worden. Wie Journalisten von Radio Moskau gestern gegenüber AFP erklärten, ist diese Affäre immer noch Mittelpunkt aller Gespräche. Bislang sei zwar nur Dantschew gemaßregelt worden, doch seien weitere Entlassungen von Kollegen immer noch möglich.

Dantschew hatte zwischen dem 18. und 25. Mai im Auslandsdienst von Radio Moskau fünfmal die „sowjetischen Eindringlinge" in englischer Sprache verurteilt (WELT vom 25. 5.). Nach diesem Vorfall wurde er vor eine Disziplinarkommission gestellt, aus seiner Stellung entlassen und in seine Heimatstadt Taschkent übergeführt. Dantschew, so seine Kollegen, zeigte keine Reue und wollte keinen Psychiater aufsuchen. Er habe die Afghanistan-Invasion als „persönliches Drama" empfunden – Usbeskistan und Afghanistan sind Nachbarn – und seine kritischen Erklärungen noch bekräftigt.

Jerusalem ehrt Axel Springer

SAD, Jerusalem

Der Jerusalemer Stadtrat hat einstimmig beschlossen, dem Berliner Verleger Axel Springer in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt den Ehrentitel „Freund Jerusalems" zu verleihen. Diese Auszeichnung war vor einem Jahr geschaffen worden, um ausländische Persönlichkeiten auszuzeichnen. Bürgermeister Teddy Kollek erhielt das Recht, jährlich drei Empfänger für den Titel vorzuschlagen, Axel Springer war sein erster Kandidat. Er wurde von Kollek telefonisch über den Stadtratsbeschluß unterrichtet.

Axel Springer hat viel zur kulturellen und medizinischen Entwicklung Jerusalems, auf dem jüdischen wie auch auf dem arabischen Sektor, beigetragen.

Strauß sagt den Beamten, was mit ihren Pflichten unvereinbar ist

PETER SCHMALZ, München

Den heißen Nachrüstungs-Herbst erwartend und und die Bilder vor Augen, wie sich schon jetzt Demonstranten durch Polizeibeamte von der Straße tragen lassen, will Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß zumindest sicherstellen, daß sich nicht auch Beamte demonstrativ auf dem Asphalt niederlassen. „Ich verstehe den öffentlichen Dienst nicht so", sagte der um ein farbiges Bild nie verlegene Landesvater, „daß die eine Hälfte sich hinlegt und die andere Hälfte sie wegträgt."

Solcher beamtenschaftlicher Wechselwirkung soll eine Bekanntmachung entgegenwirken, die unter dem Aktenzeichen „FM-21-P 1006-1/14-14547" im Bayerischen Staatsanzeiger zwischen den Verlautbarungen über die „Zulassung von Lernmitteln" und den „Vollzug des Bundeskindergeldgesetzes" stand. Nur 35 Zeilen lang, entwickelte sich das knappe Staatspapier zu einem Sprengsatz, der nicht nur SPD und Gewerkschaften gegen die CSU und die von ihr gestellte Staatsregierung aufbringt, sondern auch die bisher als eher gemäßigt bis konservativ geltenden Beamtenverbände. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft DAG fordert von der Staatskanzlei schriftlich, den Erlaß zurückzunehmen, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW droht mit Klage und eine politische Splitterpartei namens „Bayerische Staatspartei" sowie der starke Bayerische Beamtenbund haben bereits Popularklage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht.

Aufregung herrscht seither unter den 160 000 Beamten des Freistaats. Denn die Bekanntmachung der bayerischen Staatskanzlei und sämtlicher bayerischer Ministerien verpflichtet die Beamten nicht nur, „bei Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit die allgemeinen Richtlinien der Vorgesetzten zu befolgen" und „bei politischer Betätigung Mäßigung und Zurückhaltung zu wahren", sondern stellt auch fest: „Unvereinbar mit diesen Pflichten, ist auch eine Kritik an den Verfassungsorganen in gehässiger agitatorischer und aufhetzender Weise."

Der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus Warnecke kramte daraufhin den Nazi-Erlaß vom 29. Dezember 1934 heraus, dessen Wortlaut im Reichsgesetzblatt veröffentlicht war: „Wer öffentlich gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen über leitende Persönlichkeiten des Staates oder der NSDAP, über ihre Anordnungen oder die von ihnen geschaffenen Einrichtungen macht, die geeignet sind, das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben, wird mit Gefängnis bestraft." Ohne sich um solche Petitessen zu kümmern, daß dieser Erlaß aus dem Dritten Reich die Meinungsfreiheit der gesamten Bevölkerung drastisch einschränkte und die Ergebenheitspflicht gegenüber dem Staat wie einer Einheitspartei verankerte, verlas Warnecke die betreffende Passage im Landtag, woraufhin die CSU den Saal verließ.

Landesbericht Bayern

Keinem Beamten, so betonte Tandler, sei es verwehrt, frei seine Meinung zu äußern. Gelegentlich sei es aber notwendig, darauf hinzuweisen, daß Beamte neben Rechten auch Pflichten haben und daß es Staatsdiener und Staats- und Verfassungsfeinde in Personalunion nicht geben kann.

Die Notwendigkeit dieses Hinweises war aber innerhalb der Münchener Regierung nicht unumstritten. Zwar wurde sie von dem in Bayern für Beamtenfragen zuständigen Finanzministerium ausgearbeitet, der Anstoß dazu aber kam aus der Staatskanzlei und soll bei Finanzminister Max Streibl keine überschwengliche Begeisterung hervorgerufen haben. Er bringt allerdings auch wie Strauß wenig Verständnis dafür auf, daß beispielsweise im oberpfälzischen Schwandorf die Bürgerinitiative zur Verhinderung der von der Regierung nachdrücklich gewünschten Wiederaufarbeitungsanlage atomarer Brennelemente ausgerechnet von einem Richter angeführt wird.

Der gewünschte Hinweis auf die Beamtenpflichten wurde von sämtlichen bayerischen Ministerien unterzeichnet. Die Betroffenen aber reagierten wütend. Das Wort vom „Maulkorberlaß" machte die Runde. Die GEW sah gar ein „präventives Zwangsinstrumentarium, um die Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu Multiplikatoren einer Politik zu erpressen, die rational nicht mehr zu begründen ist". Demgegenüber meinte der Sprecher des Finanzministeriums, Ministerialrat Elmar Stelzer: „Wer in der freien Wirtschaft offen und gar noch in Bürgerinitiativen Entscheidungen seines Betriebes bekämpft, wird bald seinen Hut nehmen müssen. Warum soll man nun den Beamten, die kein Arbeitsplatz-Risiko kennen, die Pflicht nehmen, Entscheidungen eines demokratischen Staates zu tragen."

Nun werden aber die Gerichte zu prüfen haben, wie keß eine Beamtenlippe sein darf. Das Bundesverfassungsgericht hat schon 1975 festgelegt, der Beamte dürfe an Erscheinungen des Staates Kritik üben und für Änderung der bestehenden Verhältnisse innerhalb des Rahmens der Verfassung und mit verfassungsrechtlich vorgesehenen Mitteln eintreten. Unverzichtbar sei aber, „daß der Beamte den Staat – ungeachtet seiner Mängel – und die geltende verfassungsrechtliche Ordnung bejaht, sie als schützenswert anerkennt, in diesem Sinne sich zu ihnen bekennt und aktiv für sie eintritt".

Libanon: Falange-Partei nicht belastet

AP/DW. Beirut

Der libanesische Ausschuß zur Untersuchung der Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatilla im September 1982 hat gestern die militärische und politische Führung der christlichen Falange-Partei, der auch Staatspräsident Amin Gemayel angehört, von jeder Verantwortung an dem Blutbad freigesprochen. In einem Bericht von Militärstaatsanwalt Assad Germanos an Staatspräsident Gemayel heißt es, die ganze rechtliche Verantwortung laste auf der israelischen Armee, die die Lager zur Zeit des Massakers umstellt hatte. Am Blutbad selbst hätten „bewaffnete Elemente" teilgenommen, die möglicherweise aus dem Grenzgebiet stammten. Beobachter sahen in der letzten Formulierung einen klaren Hinweis auf die Miliz des von Israel unterstützten abtrünnigen Majors Saad Haddad.

Zur Rolle der Falange-Partei bemerkt der Bericht, es gebe keinen Beleg dafür, daß die Führung der Partei oder ihrer Miliztruppe „libanesische Streitkräfte" im voraus von den Massakern Kenntnis gehabt hätten. Eine Grenze zwischen militärischen Operationen und individuellen Handlungen in den Lagern sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu ziehen. Der Ausschuß empfahl daher, in der nächsten Zeit keine juristischen Schritte gegen mutmaßliche Täter einzuleiten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Dissens unauflösbar"

Schulsenator Grolle (SPD) zur „Friedenserziehung"

J. NEANDER, Frankfurt

Drei Tage, bevor die Kultusminister der Länder in Kiel zusammenkommen, muß ihre seit zweieinhalb Jahren geführte Diskussion über die „Friedenserziehung" in den Schulen endgültig als gescheitert gelten. In einem Brief an seine 10 Kollegen hat der Hamburger Schulsenator Professor Joist Grolle (SPD) eine Einigung in der Kultusministerkonferenz als „nicht aussichtsreich" erklärt und vorgeschlagen, den politischen Dissens als „unauflösbar" festzustellen. Dies wird mit großer Wahrscheinlichkeit unterschiedliche Richtlinien in den Unions- und den SPD-Ländern für den Schulunterricht zum Thema Frieden und Bundeswehr nach sich ziehen.

Die entscheidenden Passagen des Grolle-Briefes, der als Reaktion auf ein am 13. Juni in Bonn vorgestelltes Papier der Kultusminister der CDU/CSU gedacht ist, lauten:

„Es ist zweifellos zu begrüßen, daß damit die Positionen in der KMK offen auf dem Tisch liegen. Ebenso deutlich ist allerdings auch, daß die inhaltlichen Vorstellungen und methodischen Ansätze beider Seiten nach wie vor so weit voneinander entfernt sind, daß eine Einigung in der KMK nicht aussichtsreich erscheint. Diese Feststellung kann um so weniger überraschen, als die rüstungspolitische Kontroverse, die gegenwärtig in unserer Gesellschaft geführt wird, unvermeidlich ihre Rückwirkungen auf die Einigungschancen in der KMK hat. Diese Entwicklung war auf der am Beginn unserer Beratung stehenden KMK-Sitzung in Freiburg im Dezember 1980 noch nicht mit gleicher Deutlichkeit absehbar. Es wäre aber realitätsfern, wollte man die Augen vor der Tatsache verschließen, daß seit Dezember 1980 die sicherheitspolitische Diskussion weltweit an Brisanz und Konfliktträchtigkeit zugenommen hat. Diese Umstände haben naturgemäß die Konsensfindung in der KMK zunehmend beeinträchtigt."

Es sei der Zeitpunkt erreicht, „wo es geboten ist, die Unauflösbarkeit, aber auch die Legitimität eines Dissenses in einer derart komplexen Frage festzustellen". Andernfalls laufe die KMK Gefahr, als Institution schwer reparablen Schaden zu nehmen.

Auf der bevorstehenden KMK-Sitzung in Kiel am Donnerstag und Freitag sollte ursprünglich noch ein letzter Versuch gemacht werden, einen Kompromiß zwischen den beiden Entwürfen (die SPD-Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Hamburg und Bremen hatten ihr Papier am 24. Januar 1983 vorgelegt) zu erzielen. Strittig war bei diesen, seinerzeit vom damaligen Bundesverteidigungsminister Apel (SPD) angeregten Bemühungen um eine Vereinbarung der Kultusminister, bis zuletzt vor allem die Rolle der Bundeswehr als Instrument der Friedenssicherung. Wie verlautet, waren Nordrhein-Westfalen und Hessen noch gesprächsbereit. Hamburg und Bremen jedoch lehnten ab. Der Brief von Schulsenator Grolle besiegelt diese Haltung. In seiner ersten Stellungnahme erklärte der rheinland-pfälzische Kultusminister Georg Gölter (CDU) gegenüber der WELT, er finde die Eindeutigkeit des Grolle-Briefes „beeindruckend". Nun werde in Kiel wohl gar nicht mehr verhandelt werden.

Über die Konsequenzen muß noch beraten werden. Minister Gölter jedenfalls beabsichtigt, die als Entwurf für die KMK-Vereinbarung vorgesehene Erklärung der CDU/CSU-Kultusminister über „Bundeswehr und Friedenssicherung im Unterricht" vom 13. Juni in eigener Verantwortung und begleitet von einem persönlichen Brief an alle Schulen des Landes zu schicken.

Seite 2: Begründung für Dissens

Rasch lernen die Vietnamesen Deutsch

C. GRAF SCHWERIN, Hannover

Die niedersächsische Landesregierung hat sich – wie berichtet – bereit erklärt, weitere 100 vietnamesische Bootsflüchtlinge aufzunehmen. Diese Zusage, die Ministerpräsident Ernst Albrecht in einem Brief an Außenminister Genscher mitteilte, kann vom Auswärtigen Amt gegenüber der französischen Regierung als geforderte Garantie für das deutsch-französische Rettungsschiff „Goelo/Cap Anamur II" eingebracht werden, das am 10. Juli vom französischen Hafen Caen aus zu einer neuen Rettungsaktion ins Südchinesische Meer aufbrechen soll.

Daß sich Ernst Albrecht noch einmal bereit erklärt hat, vietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen, ist nicht nur die Folge eines moralischen Impulses, sondern reiflich durchdacht. In persönlichen Gesprächen mit dem Leiter der zentralen Beratungsstelle für Vietnamflüchtlinge in Norden-Norddeich, Sievert, mit den Bürgermeistern von Gemeinden, die Erfahrungen mit den vietnamesischen Mitbürgern gesammelt haben, und vor vierzehn Tagen mit einer Kolonie von Vietnamesen in Georgsmarienhütte, konnte der Ministerpräsident sich von der starken Integrationsfähigkeit der Flüchtlinge ein Bild machen.

Gegenwärtig leben 3750 Flüchtlinge aus Südostasien in Niedersachsen. Ende Mai gab Albrecht bekannt, daß das Land bereit ist, 1000 weitere Vietnamesen im Rahmen der Familienzusammenführung aufzunehmen. In Hannover wird davon ausgegangen, daß diese erwarteten Familienangehörigen innerhalb von 10 Jahren hier eintreffen werden. 1600 Vietnamesen werden gegenwärtig noch in der Heimstätte Nazareth von Norden-Norddeich von einem deutschen Sozialarbeiter und einem Vietnamesen betreut. Nachdem die Flüchtlinge das Auffanglager Friedland verlassen haben, wo sie eine erste medizinische und soziale Hilfe erhalten, beginnt die psychische und soziale Integration der Flüchtlinge in Norden-Norddeich. Es handelt sich bei ihnen nicht um Asylanten, wie oft ungenau berichtet worden ist. Die Flüchtlinge haben den Status von politisch Verfolgten, die das Anrecht auf finanzielle Unterstützung haben und nicht nur auf Sachleistungen. Nach acht Monaten, in denen sie die deutsche Sprache erstaunlich rasch erlernen, werden die Vietnamesen in Gruppen zu 50 in ihre neue Heimatgemeinde entlassen.

Wachsende Arbeitslosigkeit in Deutschland bringt die Gefahr unkontrollierten Fremdenhasses. In Zeitungsberichten vor einem Jahr wurde die Vermutung laut, daß mit diesem Problem auch die Vietnamesen in zunehmendem Maße konfrontiert werden könnten. Die Erfahrungen des vergangenen Jahres in Niedersachsen zeigen jedoch, daß es zwischen Vietnamesen und Deutschen zu keinen Integrationsschwierigkeiten gekommen ist, daß die Gefahr einer Gettoisierung in einer Umgebung, die ihrer Kultur fremd ist, weit geringer erscheint, als angenommen worden war.

Ministerpräsident Albrecht hat mit seiner Hilfsbereitschaft ein Signal gegeben. Die niedersächsischen Erfahrungen können als Modell gelten für andere Länder. Das Komitee „Cap Anamur" in Troisdorf bei Bonn äußerte deshalb auch die Hoffnung, daß sich noch andere Bundesländer bereitfinden werden, Bootsflüchtlinge aufzunehmen, die mit dem deutsch-französischen Rettungsschiff nach Europa gelangen werden.

Kuba will Nicaraguas Revolution „retten"

General Ochoa organisiert angeblich militärisches Engagement / Erfahrung schon in Angola gesammelt

WERNER THOMAS, **Miami**

Die Schlagzeile der „New York Times" gab den Diskussionen über den Mittelamerika-Konflikt eine neue Dimension: „Kubas oberster Frontgeneral soll in Nicaragua dienen." Gemeint ist General Arnaldo Ochoa Sánchez, Fidel Castros stellvertretender Verteidigungsminister, der einst die kubanischen Truppenverbände in Angola und Äthiopien kommandierte.

Ochoas Nicaragua-Mission dramatisiert eine Entwicklung, die bisher kaum registriert worden war: Mit der wachsenden Bedrohung des Sandinisten-Regimes wächst auch der Einfluß Kubas. Immer mehr Kubaner kommen nach Nicaragua, um die Revolution zu retten und zu stabilisieren.

Über die genaue Rolle des Generals Ochoa herrschen Meinungsverschiedenheiten. Die „New York Times" zitierte einen amerikanischen Geheimdienstbericht, wonach Ochoa „ein massives (militärisches) Engagement in Nicaragua" organisieren soll. Einige Beobachter vermuten sogar, daß er das Kommando aller nicaraguanischen und kubanischen Soldaten übernehmen wird, wenn sich die Kämpfe mit den konterrevolutionären Brigaden ausweiten.

Ein Vertreter der Reagan-Regierung sagte zu dem „New York Times"-Bericht lediglich, Ochoa sei in letzter Zeit öfters nach Nicaragua gereist.

Der General, zwischen 45 und 50 Jahre alt, war 1976 in Angola, als die kubanischen Streitkräfte von 3000 auf 20 000 Mann verstärkt wurden. Ein Jahr später überwachte er den kubanischen Truppenaufbau in Äthiopien von 2000 auf 17 000 Soldaten. An dieser Zahl hat sich bis heute nichts geändert. In Angola befinden sich mit gegenwärtig 25 000 Kubanern noch mehr als Ende der siebziger Jahre.

Die militärische Situation in Nicaragua läßt sich schwer einschätzen, weil beide Seiten widersprüchliche Berichte über die Kampfhandlungen verbreiten. Die Konterrevolutionäre („Contras") verkünden, sie würden bis Ende 1983 in Managua einmarschieren. Die Sandinisten geben ihnen keine Chance. Sie haben allerdings Ende vergangener Woche zum ersten Mal reguläre Truppen eingesetzt. Bisher kämpften lediglich Miliz-Brigaden.

Einfluß von Anfang an

Am meisten sind die Comandantes über die wachsende Stärke der feindlichen Truppen besorgt, die von dem amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützt werden. Die letzten Schätzungen bewegen sich zwischen 8000 und 10 000 Mann, fast 3000 mehr als Anfang des Jahres. Die sandinistische Armee verfügt über 25 000 Soldaten. 80 000 Personen sollen den Milizen angehören.

Fidel Castro konnte die Entwicklungen im sandinistischen Nicaragua von Anfang an beeinflussen. Er hatte in der Endphase der Somoza-Diktatur die drei rivalisierenden Fraktionen der sandinistischen Bewegung unter einen Hut gebracht und die Zusammensetzung des „nationalen Direktoriums" bestimmt. Dieses Gremium, dem neun marxistische Comandantes angehören, weist die revolutionäre Richtung. Eden Pastora, ein sozialdemokratisch gesinnter Comandante, der nicht in das Direktorium aufgenommen wurde und heute gegen die ehemaligen Kampfgefährten vorgeht, sagte einmal: „Im Grunde genommen befiehlt Fidel."

Die Schätzungen der in Nicaragua tätigen Kubaner gehen weit auseinander. Nicaraguanische Regierungskreise nennen die Zahl 4000. Der amerikanische Geheimdienst CIA vermutet 8000. Mindestens 2000 sollen Militärberater sein, der Rest Lehrer, Ärzte, Techniker und Bauarbeiter. Etwa 800 Kubaner bauen eine strategisch wichtige Straßenverbindung zwischen der Atlantik- und Pazifik-Küste.

Miguel Bolanos Hunter, ein Anfang Mai desertierter Beamter des sandinistischen Sicherheitsdienstes, berichtete der „Washington Post", daß kubanische Militärs in der Nähe von Managua eine Kommando-Gruppe der salvadorianischen Guerrilla ausgebildet haben, die im Januar 1982 den Luftwaffenstützpunkt Ilopango bei San Salvador überfielen. In Kuba sollen 80 sowjetische MiG-Jäger für Nicaragua bereitstehen. 400 Kubaner würden den Staatssicherheitsdienst des Comandante Lenin Cerna beraten.

Wayne Smith, einst Leiter der diplomatischen Vertretung Washingtons in Havana, glaubt nicht, daß die Kubaner Kampftruppen schicken. Aber: „Angesichts des Drucks auf die Sandinisten wäre es überraschend, wenn sie (die Kubaner) nichts unternehmen würden." Ein Vertreter einer westlichen Mission in San José (Costa Rica) meinte: „Castro war in letzter Zeit auffallend still."

Gegenmaßnahmen prüfen

Wenn General Ochoa in Nicaragua bleibt, und sich die Kubaner tatsächlich militärisch massiv engagieren, erreicht der Konflikt in Mittelamerika das bisher gefährlichste Stadium. Die Reagan-Regierung könnte sich zu einer drastischen Reaktion gezwungen sehen – und dann auch die Rückendekkung des Kongresses finden. Wie die „New York Times" berichtete, ist Reagan vor zwei Wochen über die neuen Aufgaben Ochoas unterrichtet worden. Er habe sofort „mögliche Gegenmaßnahmen" prüfen lassen. (SAD)

Protest in der „DDR" gegen Autobahnbau

rtr, **Berlin**

Eine Gruppe von Schweriner Bürgern hat nach Angaben informierter Kreise in Ost-Berlin eine Protestkampagne gegen den geplanten Bau einer Autobahn durch ein Naturschutzgebiet im Norden der „DDR" eingeleitet. Die Umweltschützer beklagten sich bei den örtlichen Behörden darüber, daß die 30 Kilometer lange Autobahntrasse zur Ostseestadt Wismar ein Gebiet außerordentlicher Naturschönheit durchschneiden und in Mitleidenschaft ziehen werde.

Etwa hundert Umweltschützer in Schwerin hätten für den 5. Juni eine Radtour zu der Trasse unternehmen wollen, um mit Anwohnern zu sprechen, verlautete weiter. Die Behörden hätten für diesen Tag jedoch ein Radfahrverbot in der Gegend ausgesprochen und somit die Aktion verhindert. Umweltfragen werden in den Medien der „DDR" praktisch nicht diskutiert.

Japan weist Sowjetspion aus

dpa/SAD, **Tokio**

Die japanische Regierung hat gestern den sowjetischen Diplomaten Arkadij Winogradow (41) wegen Industriespionage ausgewiesen. Wie es in einer offiziellen Erklärung des Außenministeriums heißt, soll der erste Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Tokio versucht haben, sich technische Daten von einem nicht genannten japanischen Computer-Hersteller bei Tokio zu verschaffen. Nach Angaben des Ministeriums wurde die Ausweisung von Winogradow bereits am Freitag vergangener Woche angeordnet. Der Diplomat habe Japan am Sonntag verlassen.

Der Verdacht auf eine aktive sowjetische Spionage-Tätigkeit vor allem im Bereich von Spitzen-Technologien hatte sich in jüngster Zeit durch Aussagen des in die USA geflüchteten ehemaligen Spions des sowjetischen Geheimdienstes KGB, Stanislaw Lewtschenko, verstärkt. Lewtschenko hatte von 1974 an bis zu seiner Flucht im Jahre 1979 als Journalist getarnt in Tokio gearbeitet und sich dabei angeblich rund 200 japanischer Mittelsmänner bedient. Da Japan kein Gesetz gegen Spionage hat, zögerte die Regierung bisher in ähnlichen Fällen, überführte Agenten auszuweisen.

Prag inszeniert Moskauer Parolen

Bürgerrechtler dürfen am Weltfriedenskongreß nicht teilnehmen / Deutsche Grüne dabei

R. STRÖBINGER, **Köln**

Etwa dreitausend Delegierte aus rund 150 Ländern – so die Erfolgsmeldung der tschechoslowakischen Massenmedien – erlebten gestern die Eröffnung des „Weltkongresses für Frieden und Leben, gegen den Atomtod" im Prager Palais der Republik, unter ihnen auch eine Abordnung der Bundestagsfraktion der Grünen. Organisatoren dieser Propagandashow für die sowjetische Abrüstungspolitik sind die Nationale Front und der Weltfriedensrat, der seinen Sitz in Helsinki hat.

Staats- und Parteichef Husak gab gleich zu Anfang den Ton an, als er den USA vorwarf, die Vorherrschaft in der Welt anstreben zu wollen, während die sozialistischen Länder „fest für den Frieden stehen".

Bei den Prager Veranstaltern wird Stillschweigen über die Kosten der Mammutveranstaltung bewahrt. Diese müssen erheblich sein, denn keiner der Delegierten bezahlt Anreise, Unterkunft noch Verpflegung. Alle sind „Gäste des tschechoslowakischen Volkes", wie es in der Parteizeitung „Rude Pravo" heißt. Das Volk wurde auch pausenlos zu Geldsammlungen für den „Fonds des Friedens" ermuntert. Wenige Tage vor Beginn gab man schließlich bekannt, daß mehr als 55 Millionen Kronen gespendet woden seien. In den Massenmedien wurden Betriebe, Schulen und auch einzelne Bürger lobend erwähnt, so das Ehpaar Gajdosik aus Rosic bei Brünn, weil es aus Freude über die Geburt ihres Urenkels 500 Kronen an den Friedensfonds geschickt hatte. Geradezu gefeiert wurde ein namentlich nicht genannter Rentner. Der Unbekannte hatte dem Weltfriedenskongreß seine gesamten Ersparnisse gewidmet.

Verschwiegen wird auch, daß zu den eigentlichen Regisseuren und Veranstaltern nicht nur die von den Sowjets gelenkten Funktionäre des Weltfriedensrates gehören, sondern auch die des ebenfalls kommunistisch beeinflußten Weltgewerkschaftsbundes, des Internationalen Studentenbundes, der Internationalen Demokratischen Frauenföderation und auch des Internationalen Journalistenverbandes.

Vier führende Vertreter der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" – unter ihnen der Außenminister der Dubcek-Ära, Professor Jiri Hajek, und der Schriftsteller Vaclav Havel – hatten die Teilnahme ihrer Organisation beantragt. Wenn die Veranstaltung für Kräfte aller politischen Richtungen, wie es offiziell heißt, offen sei, dann habe die Charta 77, die sich immer für den Kampf gegen den Krieg und die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt habe, auch das Recht, am Kongreß teilzunehmen. Gleichzeitig appellierte die Bürgerrechtsbewegung an die Regierung in Prag, die Menschenrechte und Freiheiten aller Bürger des Landes zu achten, da dies ein Kriterium für die Aufrichtigkeit des Friedenswillens sei. Die Antwort lieferte der stellvertretende Vorsitzende der Nationalen Front, Tomas Travnicek, als er erklärte, die Bürgerrechtsbewegung dürfe an dem Kongreß nicht teilnehmen. Der Grund: Sie sei keine offiziell registrierte Vereinigung.

Vom Staatssicherheitsdienst wurde führenden Vertretern der Charta 77 bei Verhören „empfohlen", während des Kongresses die Hauptstadt zu verlassen. Der 32 Jahre alte ehemalige Sprecher der Bewegung, der katholische Geistliche Vaclav Maly, wurde vorsichtshalber zu einer mehrtägigen Militärübung einberufen.

Nicht verhindern konnte Prag jedoch einen leidenschaftlichen Dissidentenbeitrag aus der Tschechoslowakei, der unter der Überschrift „Kein Frieden ohne Freiheit" gestern in der Londoner Times veröffentlicht wurde. Der Autor, der nur als „ein Prager Bürger" zeichnet, ruft darin die westlichen Teilnehmer auf, sich nicht von den Prager Behörden irreführen zu lassen. „Hier ist eine Friedensbewegung undenkbar", heißt es in dem Text, „abgesehen von der gut vom Staat finanzierten, von Staatsbürokraten organisierten und von der Polizei überwachten Friedensbewegung, die mit den Bürgern aber nichts zu tun hat".

Kamerun ist Mitterrand eine Reise wert

A. GRAF KAGENECK, **Paris**

Frankreichs Präsident Mitterrand kehrt heute von einem zweitägigen Besuch Kamerun nach Paris zurück. Begleitet wurde er von den Ministern für Äußeres und Entwicklungshilfe, aber auch vom neuen Stern am internationalen Tennishimmel, Yannick Noah. Noah ist Sohn eines Kameruners und einer Französin.

Wie wichtig Kametun für Frankreich ist, zeigt sich daran, daß der Präsident diesem relativ kleinen Land einen Extrabesuch machte und es nicht, wie sonst üblich, in eine Rundreise durch mehrere afrikanische Staaten einbezog. Kamerun hat eines der stabilsten staatlichen Gefüge unter der frankophonen Völkerfamilie Afrikas. Zwanzig Jahre lang stand es unter der milden und klugen Führung Ahmadou Ahidjos, von keinem Militärputsch und keiner wirtschaftlichen Krise erschüttert, ehe der heute 62jährige Moslem aus dem Norden die Führung an seinen von ihm bestimmten, zehn Jahre jüngeren Nachfolger Paul Biya abgab, der, wie sein Name ausweist, Katholik ist.

Paul Biya hat allerdings kurz vor Eintreffen Mitterrands mit einer überraschenden Regierungsumbildung gezeigt, daß er nicht bedingungslos in die Fußstapfen seines Vorgängers treten will. Vier Minister, vier Vertrauensleute Ahidjos, wurden über Nacht ausgebootet. Dieser Vorgang und die Tatsache, daß Ahidjo die Führung der Einheitspartei behielt und nicht an Biya abgab, könnte auf potentielle Krisen in der Zukunft hinweisen.

Kamerun ist für Frankreich strategisch wie wirtschaftlich gleich wichtig. Im Nordosten grenzt der Sieben-Millionen-Einwohner-Staat an den nur etwa 3,5 Millionen Menschen zählenden, aber flächenmäßig doppelt so großen Tschad, der in den zwanzig Jahren seiner Unabhängigkeit nie ganz zur Ruhe gekommen ist. Ein neuer Bürgerkrieg droht, seit der von Libyen unterstützte, im Dezember 1979 aus der Hauptstadt N'Djamena verjagte Gukuni Weddeie eine neue Offensive aus dem Norden gegen seinen Erzwidersacher Hissen Habré gestartet hat.

Frankreich hat in Kamerun nicht, wie in der benachbarten zentralafrikanischen Republik, permanent Soldaten stehen. Aber auf vertraglicher Basis kann es jederzeit Einheiten seiner luftmobilen Eingreifstreitkräfte in ein Land verlegen, das wie andere die Expansionsgelüste des Libyers Khadhafi fürchtet. Im Vordergrund der Mitterrand-Reise stand jedoch die Zusage französischer Hilfe für ein neues Entwicklungsprojekt zur Förderung eines Erdgasvorkommens, das französische Forscher im Süden und Norden des Landes entdeckten.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Schreckende Vorbilder

„Andropows Rechnung": WELT vom 15. Juni

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

Ihrer so klaren Analyse möchte ich eine „historische Erfahrung" anfügen. In den 30er Jahren verfügten die damaligen „peace-people" in England und Frankreich über einen derartigen Einfluß, daß sie die Rüstung der Westmächte „geistig" und damit auch praktisch blockierten. Für Hitlers gleichzeitige Aufrüstung „zum Schutze der Grenzen des Deutschen Reiches" zeigten sie hingegen Verständnis. Sie beflügelten damit nicht nur Hitlers Aggressionspläne, sondern verführten ihn zu der verhängnisvollen Annahme, die „schwachen und degenerierten Demokratien" seien zu keiner Gegenwehr mehr fähig.

Obwohl Kants These, daß der Friede kein Naturzustand, sondern das Ergebnis des Gleichgewichtes der Macht sei, in den 38 europäischen Nachkriegsjahren eindrucksvoll bestätigt bleibt, steuern die Pazifisten unbeirrt wieder das Unheil von 1939 an.

Wo ist der Unterschied zwischen dem Münchener Abkommen von 1938 und unserem anschließenden Einmarsch in die Tschechei einerseits, und dem KSZE-Abkommen und dem anschließenden Einmarsch der Sowjets in Afghanistan andererseits? Wo ist der Unterschied zwischen Chamberlains Appeasement und seinem „peace in our time" und Willy Brandts Entspannung und seinem „wir werden den Frieden sicherer machen"?

Die Mitläufer der Friedensbewegung werden doch regelrecht „verepplert"! Wieso wundern sich diese Leute guten Willens nicht, daß sie erst in dem Moment auf die Straßen geputscht werden, in dem die Sowjets ihre Rüstungsüberlegenheit einbüßen könnten? Als ob die seit Jahrzehnten in Ost und West lagernden Vernichtungswaffen nicht schauderhaft genug gewesen waren, und Anlaß für die Friedensbewegten in den 60er und 70er Jahren angstschreiend durch die Straßen zu laufen? Aber nein – in diesen Jahren war man ja noch beauftragt, für Ho-Chi-Minh oder Allende auf die Straße zu gehen.

Die „Macher" der kommenden Herbstdemonstrationen sollten sich uniformieren lassen. Für die Mitläufer aber bleibt Adenauers philosophischer Seufzer treffend: „Des Menschen Klugheit ist begrenzt, seine Dummheit jedoch nicht, und das finde ich ungerecht."

Mit freundlichen Grüßen
H.-W. Frhr. v. Bischoffshausen,
Wentorf b. Hamburg

So einfach ist das . . .

„Leserbrief: Patentlösung": WELT vom 16. Juni

Es ist eine prachtvolle Idee, die Leser Droppelmann zur Arbeitszeitverkürzung entwickelt.

Über die praktische Durchführung haben wir uns den Kopf zerbrochen. Es ginge vielleicht so: Unser Betrieb besteht aus vielen kleinen Abteilungen mit spezialisierten, langjährig ausgebildeten Mitarbeitern. Da gibt es eine Telefonistin, zwei Fahrer, drei Leute im Versand, zwei in Abnahme, Einkauf und Rohstofflager, vier im Zuschnitt, vier in der Gradierung, drei in der Musterabteilung usw. usw., zusammen sind es fünfzig Menschen.

Wenn alle fünf Stunden weniger arbeiten, können etwa sieben neue Leute eingestellt werden. Diese werden sorgfältig und nach Einholung der Zustimmung der Gewerkschaft in kleine handliche Stückchen zerteilt, die gerecht und proportional auf die Abteilungen verteilt werden. Denn der Betrieb soll ja nach dreißig Jahren auch in Zukunft gut funktionieren, Löhne und Sozialabgaben, Gewinne und Steuern erbringen.

Sonderregelungen erfordern die achtzehn Näherinnen, weil sie fast ohne Ausnahme nur halbtags arbeiten, und die neun Lehrlinge mit ihren zwei Ausbildern. Aber vielleicht werden die Lehrlinge klüger, wenn sie nur 23 Stunden im Betrieb sind statt der 28 bisher.

Herrn Droppelmanns Vorschläge können enorme Auswirkungen in der mittelständischen Wirtschaft haben. Einmal einen riesigen Heiterkeitserfolg bei denen, die in der wirtschaftlichen Praxis stehen. Zum anderen können sie bewirken, daß es Betriebe wie uns und zahllose andere in Bälde nicht mehr gibt.

Studio-Dress GmbH,
Eitorf

Im Konjunktiv

„Leserbrief: Schul-Desaster": WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn ich Herrn Gymnasiallehrer W. R. Thorwirth, Gummersbach, kennte, so fühlte ich mich persönlich beleidigt. Ich gehöre zu diesen „reformiert" erzogenen Abiturienten und lasse mir nicht unterstellen, meine Allgemeinbildung habe darunter gelitten.

Was soll eigentlich dieses Gejammer? Es ist Herrn Thorwirths Generation, die diese Oberstufenreform zustande gebracht hat. Die alte Oberstufe war auch nicht besser, wenn auch nicht schlechter. Warum also eine Selbstanklage?

Ich bin ein Zögling der „Fernseh- und Comic-Generation". Wer den ersten Satz meines Briefes aufmerksam liest, der bemerkt, daß ich den deutschen zweiten Konjunktiv noch anzuwenden in der Lage bin. „Goethe- und Schiller-Gebildete" gebrauchen leider fast nur den Infinitiv plus „würde". Und das, während ich begeistert Comics zu lesen pflog, und heute noch pflege.

Mit freundlichen Grüßen
Axel Menges,
Stud. med. dent.,
Hamburg 60

Auch anderswo

„Richter, Staatsanwälte und Notare stellen sich den Fragen der Bürger": WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

mit Interesse haben wir obigem Bericht entnommen, daß die Hamburger Justizbehörde in der Zeit vom 13. bis 15. Juni 1983 dem Bürger Gelegenheit geben will, die Justiz durch Vorträge, Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen und Besichtigung von Amtsstuben näher kennenzulernen und Schwellenängste abzubauen.

In diesem Zusammenhang vermerkt der Bericht, die „Hamburger Justiztage" seien „ein in dieser Form in der Bundesrepublik einmaliger Versuch, dem Bürger Verständnis für die vielfach mit Mißtrauen betrachtete Rechtspflege zu vermitteln". Diese Feststellung ist jedoch nicht ganz richtig. Vielmehr hat die Justizverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz bereits am 23. Oktober 1982 beim hiesigen Amtsgericht (es ist in einem Schloß mitten in der Stadt untergebracht) einen „Tag der offenen Tür" veranstaltet.

Das Programm war von völlig gleicher Zielsetzung getragen wie die „Hamburger Justiztage". Diese Veranstaltung fand in der gesamten Bevölkerung, vor allem auch bei der Jugend, ein sehr lebhaftes Echo. Weitere solche Tage sollen daher folgen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. Koch,
Amtsgericht Alzey

Wort des Tages

„Wer viel reist, lernt die Menschen schonen und läßt sie in dem inneren Haushalte ihres Lebens gewähren, der sich nicht aufschließt, wenn es nicht freiwillig ist."

Adalbert Stifter, österr. Dichter (1805–1868)

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Ein „persönliches Politiker-Archiv" interessiert heute weit über Bonn hinaus. Es handelt sich um „Aufzeichnungen und Erinnerungen", die Abgeordnete des Deutschen Bundestages verfaßt haben. Bundestagspräsident Dr. **Rainer Barzel** hat gestern im Hotel Steigenberger in Bonn persönlich für die beiden Bände geworben, die jetzt der interessierten Leserschaft zugänglich sind. Sie erschienen im Harald Boldt Verlag in Boppard am Rhein. Solche politischen Erinnerungen zu verfassen beschlossen 1966 drei Parlamentarier, Professor **Carlo Schmid**, Dr. **Thomas Dehler** und Dr. **Hans Dichgans**. Der frühere Parlamentspräsident Dr. **Eugen Gerstenmaier**, die damalige Gesundheitsministerin **Elisabeth Schwarzhaupt** und der CDU-Politiker Dr. **Curt Becker** gehörten zum großen Gästekreis, die beiden letzteren auch zu den Autoren, die jetzt nach Bonn kamen. Erinnerungen können amüsant sein: Das bewies die älteste noch lebende frühere Bonner Parlamentarierin und ehemalige Reichstagsabgeordnete **Emilie Kiep-Altenloh**, die inzwischen 95 Jahre alt ist. Die Mitgründerin der FDP in Hamburg beschrieb, wie ihre Wahl 1961 in den Bundestag ihr eher als Zufall vorkam: Auf Listenplatz drei, angeblich ohne „Chance", waren dann am Wahlabend die Ergebnisse so, daß ihr Mann feststellte: „Das geht schief. Du wirst in den Bundestag müssen." Eher nur Ernstes aus der Politik präsentierte zur gleichen Uhrzeit gestern im Bonner Presseclub Verleger **Heinrich Seewald** aus Stuttgart: Er stellte das Buch „Machtverlust" – oder „Das Ende der Ära Brandt" vor. Autor ist der Bonner FAZ-Korrespondent **Helmut Herles**. Fünf ehemalige Minister der SPD kamen, der heutige Oppositionsführer **Hans-Jochen Vogel**, **Egon Bahr**, **Egon Franke**, **Hans Apel** und **Herbert Ehrenberg** sowie Ex-Regierungssprecher **Klaus Bölling**. Die derzeit Regierenden ließen sich durch CSU-Landesgruppenchef **Theo Waigel** und Staatssekretär Dr. **Alois Mertes** vertreten. Warum der Machtverlust? Herles zitiert Brandt, der die SPD inzwischen „als eine Partei des Sowohl-Als-auch" charakterisierte – für den Bundeskanzler Schmidt als auch gegen ihn, für den NATO-Doppelbeschluß als auch gegen ihn, sowohl für die friedliche Nutzung der Kernenergie als auch gegen sie . . .

*

Der SPD-Parlamentarier und Ex-Minister **Hans-Jürgen Wischnewski** hat am Dienstag vor dem Bundeshaus eine verlorene Wette mit „Bild am Sonntag" eingelöst. Im Januar 1982 hatte „Ben-Wisch" in einer Wette erklärt, die SPD/FDP-Koalition werde, wie vorgesehen, bis 1984 halten. Jetzt mußte Ben-Wisch 1000 von ihm gestiftete Liter Bier an den Mann bringen. „Bild am Sonntag" legte 1200 Buletten hinzu.

EHRUNG

Giesbert Poensgen, Botschafter und Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Die Auszeichnung überreichte am Dienstag, kurz vor der Ministerratstagung in Luxemburg, Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**.

BMW 524td. Sonderausstattung: Nebelscheinwerfer, Beifahreraußenspiegel, Kopfstützen im Fond.

Nach fast 90 Jahren gewinnt der Diesel jetzt noch etwas ganz Entscheidendes hinzu: BMW Triebwerks-Know-how.

Der neue BMW 524td Turbo-Diesel: Nennt sich Diesel. Und fährt sich BMW.

Mit weltberühmten Triebwerks-Qualitäten haben wir uns einen Namen gemacht. Jetzt ist der erste Diesel gut genug für diesen Namen: Keine vergleichbare Diesel-Limousine bietet soviel Leistungsfähigkeit bei so niedrigem Verbrauch.

Der Diesel hat im Teillastbereich gegenüber dem Ottomotor Verbrauchsvorteile. Mit dem 524td bieten wir deshalb den Fahrern einen ganz besonders effektiven BMW, die ihr Automobil z.B. überwiegend im Stadtverkehr oder in geringen und mittleren Geschwindigkeitsbereichen nutzen.
Die aber nicht auf die Sicherheit durch hohes Beschleunigungsvermögen beim Überholen oder auf den Komfort höherer Autobahn-Geschwindigkeiten verzichten möchten.

BMW 524td Turbo-Diesel – eine Herausforderung an alle, die schon aus Gründen der aktiven Sicherheit Diesel-Automobile für Fahrzeuge zweiter Klasse halten.

Das Triebwerks-Know-how von BMW führt zu immer neuen, überzeugenden Problemlösungen.
Der Turbo-Diesel ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Innovationsfähigkeit von BMW überall dort eindrucksvolle Ergebnisse erzielt, wo sie gefordert wird.
Der neue 524td bietet die bekannt günstigen, dieseltypischen Verbräuche im Teillastbereich mit einem für Diesel-Automobile ganz ungewöhnlichen Temperament und mit kultivierten 6-Zylinder-Laufeigenschaften.
Wie groß der mit dem 524td erreichte Fortschritt ist, zeigt der Vergleich mit den Modellen des Wettbewerbs.
Während der Verbrauch klar unter dem Durchschnitt der Diesel-Limousinen dieser Klasse liegt, reicht die Leistungsfähigkeit – also die Beschleunigungskraft und die Höchstgeschwindigkeit – weit über den Durchschnitt der Vergleichs-Fahrzeuge hinaus.

Der 524td bietet noch eine überzeugende Steigerungsmöglichkeit: durch die auf Wunsch lieferbare BMW 4-Gang-Automatic mit Wandlerüberbrückungs-Kupplung und Schongang-Charakteristik.

Der 524td mit Automatic nimmt nicht nur bei der Leistung, also bei Beschleunigungskraft und Höchstgeschwindigkeit, sondern auch beim DIN-Verbrauch in seiner Klasse eine absolute Spitzenstellung ein.
Die Kombination Turboaufladung mit Automatic ergibt ein besonders harmonisches Laufverhalten im unteren Drehzahlbereich – die beste Voraussetzung für hohe Ansprüche an den Fahrkomfort.
Durch die Wandlerüberbrückungs-Kupplung ist der Leistungsabstand zur Schaltvariante sehr gering (z.B. Höchstgeschwindigkeit 175 km/h zu 180 km/h).

524td	5-Gang-Getriebe	4-Gang-Automatic
Leistung kW/PS	85/115	85/115
Beschleunigung 0-100 km/h in s	12,9	13,2
Höchstgeschwindigkeit km/h	180	175
Verbrauch nach DIN 70 030 l Diesel/100 km		
bei 90 km/h	5,2	5,2
bei 120 km/h	7,0	7,0
Stadtverkehr	9,0	9,5

Der BMW 524td wird dazu beitragen, daß das Diesel-Prinzip auch dort akzeptiert wird, wo es bisher abgelehnt wurde. Denn seine Laufruhe hat wenig mit Diesel, aber viel mit BMW zu tun.

Der 524td bietet auch bei Laufkultur und Geräuschniveau ein neues Diesel-Erlebnis. Mit Ausnahme von Warm- und Leerlauf erreicht der 524td das bekannte 6-Zylinder-Innengeräusch-Niveau.
Die Voraussetzung dafür:
die grundsätzlich höhere Laufkultur des BMW 6-Zylinders und sehr aufwendige Dämmungsmaßnahmen an wesentlichen Teilen der Karosserie.

BMW 524td: Besonders attraktiv für Fahrer, die bewußt an hoher Gesamtwirtschaftlichkeit interessiert sind.

Die BMW der 5er-Reihe sind für ihre vorbildliche Langzeitqualität bekannt.
Bei der Entwicklung der 5er-Karosserie stand für uns Solidität im Vordergrund – und nicht extremer Leichtbau.
Die neue 5er-Reihe wurde zudem von Anfang an konsequent auch auf die Bedingungen des Diesel-Betriebs hin konstruiert.

Alle relevanten technischen Systeme und Detailkonstruktionen wurden auf die höheren Anforderungen des Dieselmotors und auf maximale Lebensdauer und Zuverlässigkeit ausgelegt.
Und umfassende Korrosionsschutz-Maßnahmen sichern die hohe BMW Qualität auf Dauer und damit dem BMW Fahrer optimale Werterhaltung.
Zu der ausgereiften Qualität der Karosserie kommt die systembedingte Langzeitqualität des Diesel-Triebwerks – ergänzt durch den Vorteil der gerade bei Dieselmotoren ebenso wirksamen wie bewährten Turboaufladung.
Der neue BMW 524td stellt so eine hervorragende Investition dar – in exklusive Qualität, hohen Nutzwert, außerordentliche Ökonomie und problemlose Freude am Fahren.

Steigen Sie also um zum Diesel auf BMW Niveau. Der BMW 524td entspricht nicht nur Ihrer zeitgemäßer Einstellung, sondern auch Ihrem technischen Anspruch.

Der neue BMW 524td Turbo-Diesel.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.

BMW auf BTX ★ 209 #



„Man wollte mich hier ins Abseits drängen“

WELT-Interview mit dem früheren Minister Bäumer

DW. **Düsseldorf**

Der zurückgetretene nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Hans-Otto Bäumer hat in einem WELT-Interview angekündigt, die SPD-Basis jetzt für seine Ziele zu „mobilisieren“. Mit Bäumer sprach Wilm Herlyn.

WELT: Ziehen Sie sich nach Ihrem Rücktritt aus dem Kabinett Rau in die innerparteiliche Emigration zurück?

Bäumer: Nein. Ich werde keine innerparteiliche Opposition betreiben, sondern eine Mobilisierung an der Basis und keine Querschlägerei versuchen, damit wir schneller und zielgerechter nach vorne kommen.

WELT: Regierungschef Rau und SPD-Fraktionschef Denzer bezeichnen Ihren Schritt als „sachlich unbegründet“?

Bäumer: Das sehe ich grundlegend anders – aber ich verstehe diese

INTERVIEW

Bekundung so, daß man vor dem Landesparteitag am Samstag nach Möglichkeit unnötig eskalierende Diskussionen vermeiden möchte – so daß die Schadenfreude in der Öffentlichkeit oder sogar oppositioneller Gruppierungen in Grenzen gehalten werden kann.

WELT: Rau hat Sie gewarnt, es gebe eine Grenze, das „Ansehen vieler führender Sozialdemokraten dürfe nicht herabgesetzt“ werden.

Bäumer: Das ist eine ganz natürliche Empfindung. Ich bin da voll und ganz einer Meinung mit Johannes Rau. Wir müssen darauf achten, daß wir bei einem Streitgespräch – oder sagen wir ruhig bei einer als Schlagabtausch empfundenen Kontroverse – dem einen oder anderen zwar Schrammen beibringen dürfen, aber es darf nicht zu Verletzungen oder irreparablen Rufschädigungen kommen. Allerdings wird mich das Wort „Grenze“ nicht sprachlos in den nächsten Tagen und Wochen machen.

WELT: Können Sie Ihre Politik ohne Mandat durchsetzen – oder wollen Sie am Samstag eine Kampfkandidatur wagen?

Bäumer: Je mehr man in Schlüsselpositionen beteiligt wird, die so etwas wie Schaltstellen sind, desto größer ist die Möglichkeit, wirksam zu beeinflussen. Aber auch eine Zeit des Zuwartens kann in Wahrheit eine Beschleunigung dessen ermöglichen, was man fortbewegen will.

WELT: Steht denn Ihre grüne Umweltpolitik der Kohle-Vorrang-Politik der SPD entgegen?

Bäumer: Das sehe ich genau umgekehrt. Kohle-Vorrang-Politik hat nur eine Chance, über die Runden zu kommen, wenn sie umweltverträglich gestaltet wird.

WELT: Sie haben einmal vom Bündnis der Vernunft gesprochen ...

Bäumer: ... da nehme ich gerne auf, was ich vor Naturschützern in meiner Partei in Gelsenkirchen sagte, nämlich: Wie können wir eine vernünftige Konfliktlösung erreichen zwischen den Bedürfnissen des Bergbaus und den Sorgen der Naturschützer. Ich habe dort gesagt, wir müßten uns als SPD in dieser Sache notfalls sogar bereit finden, uns mit den Kollegen der IG Bergbau anzulegen. Unsere „politischen Blutsverwandten“ müssen sich anstrengen, die Interessen anderer Gruppen richtig einzuschätzen, um mit ihnen gemeinsam, in einem Bündnis der Vernunft, diese Konflikte glaubwürdig zu bewältigen.

WELT: Schwebt Ihnen also eine konzertierte Aktion für das Ruhrgebiet vor?

Bäumer: Es kommt auf den Schulterschluß in NRW an. Wir müssen so eine Art Revier-Fraktion zustande bringen. Nicht nur für Kohle, sondern für eine grundlegende Umstrukturierung des Reviers.

WELT: Nun werfen Ihnen Kritiker in Ihrer Partei vor, Sie redeten mit Ihrem Kampf um saubere Luft der Kernenergie das Wort?

Bäumer: Das ist eine zum Teil aus Unwissenheit erklärliche, zum Teil mit großem Raffinement zustande gebrachte Legende, die schon bei oberflächlicher Betrachtung keinerlei Grundlagen besitzt. Steinkohle wird nämlich im Gegensatz zu Braunkohle und Kernkraft überwiegend im Mittellastbereich eingesetzt und kann deshalb nur dort von der Kernenergie verdrängt werden, wo die Steinkohle noch im Grundlastbereich zu finden ist. Dazu reichen die bereits im Bau befindlichen Kernkraftwerke aus.

Das Problem Kernenergie ist so etwas wie ein Schreckgespenst für die im linken Bereich des gesellschaftlichen Spektrums angesiedelten Mitbürger. Ich glaube, man wollte hier einen „rechten“ Sozialdemokraten und respektablen Umweltschützer Bäumer ins Abseits drängen, weil er mehr und mehr Beifall von Grünen bis Linken bekam.

Bonn will bei Rückkehr ins Ausland helfen

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung wird in der heutigen Kabinettssitzung ein Gesetz über die Gewährung von Rückkehrhilfen beschließen, das arbeitslose Ausländer zum Verlassen der Bundesrepublik ermuntern soll. In dieser Frage hatten sich die Minister Blüm, Lambsdorff und Stoltenberg bereits in einem ihrer letzten Dreiergespräche im Grundsatz geeinigt, nachdem klargestellt war, daß dem Bundeshaushalt hieraus keine zusätzlichen Belastungen erwachsen sollen.

Bonn will Rückkehrwilligen, die zwischen dem 1. Oktober 1983 und dem 30. September 1984 arbeitslos werden, eine Prämie von 10 500 Mark je Arbeitnehmer zuzüglich 1500 Mark je Kind zahlen. Dieses Angebot gilt allerdings nicht für Staatsangehörige aus der EG, da die hier herrschende Freizügigkeit dies verbietet. Es zielt vielmehr vor allem auf Türken, die die größte Ausländergruppe stellen.

Bonn erwartet zusätzliche Lasten für die Rentenversicherung für 1983 von 160 und 1984 von 580 Millionen Mark, die wegen deren angespannter Finanzlage von der Lastenausgleichsbank zwischenfinanziert werden sollen.

Börner fordert Kurskorrektur

gur. **Wiesbaden**

Der hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) hat eine Kurskorrektur für den Ausbau der Kernenergie in der Bundesrepublik gefordert. Vor dem Hessischen Landtag erklärte Börner gestern in Wiesbaden, die Entsorgungsgrundsätze seien nach „heutigen Erkenntnissen“ nicht mehr tragfähig. Er wolle mit der Bundesregierung über eine Neufassung verhandeln.

Bei seinem Plädoyer für eine „energiepolitische Neuorientierung“ nannte Börner die von der Energieversorgungsunternehmen gemachten Zuwachsprognosen für den Energieverbrauch „völlig überzogen“. Zwar könne auf bestehende Kernkraftwerke nicht verzichtet werden. Die Energieversorgungsunternehmen könnten jedoch „von Glück reden, daß die viel beklagten Hemmnisse und die Verzögerung bei der Genehmigung neuer Kraftwerke“ den Ausbau der Kernenergie verzögert hätten. Die tatsächlichen Kosten des Atomstroms ließen sich im Hinblick auf die ungeklärten Entsorgungskosten heute sowieso noch nicht abschätzen.

An Steuerakten hängt der Erfolg

Schwierigkeiten für Flick-Untersuchungsausschuß: Welche Unterlagen werden ihm geöffnet?

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der Untersuchungsausschuß des Bundestages, der die Spendenpraxis und politischen Querverbindungen des Flick-Konzerns überprüfen soll, steht schon unmittelbar nach seiner konstituierenden Sitzung vor erheblichen Schwierigkeiten. Sie sind vor allem darin begründet, daß sich die Bundesregierung im Hinblick auf die Preisgabe von Akten an das Steuergeheimnis gebunden fühlt. Gleichzeitig aber laufen die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Die Justiz dürfte wenig Neigung zeigen, ihr Wissen schon jetzt – vor der Entscheidung über mögliche Anklageerhebungen – preiszugeben.

Der Ausschuß unter Vorsitz des CDU-Bundestagsabgeordneten Manfred Langner wird heute in nichtöffentlicher Sitzung den Leiter der Staatsanwaltschaft Bonn, Eulencamp, und den zuständigen Abteilungsleiter bei der Staatsanwaltschaft, Ihrsfeld, vor allem zu der Frage hören, ob deren Verfahren durch die parlamentarischen Untersuchungen behindert werde. Dabei dürfte auch das Anliegen des Ausschusses eine Rolle spielen, ob ihm Kopien der bei der Staatsanwaltschaft vorliegenden Akten überlassen werden können. Immerhin sind die Verteidiger der Personen, die in die Ermittlungen einbezogen sind, im Besitz dieser Akten.

Zeugen sollen nicht „kaputtgemacht“ werden

Der Staatsanwaltschaft, so hört man, liegt daran, daß ihre Zeugen – falls sie sich zur Anklageerhebung entschließen sollte, was bislang noch nicht feststeht – nicht vorab durch Anhörungen im Untersuchungsausschuß „kaputtgemacht“ werden. Andererseits aber kann der Untersuchungsausschuß bei der gegebenen Ausgangslage nur mit Hilfe der Staatsanwaltschaft einordnen, wer im Sinne seines Untersuchungsauftrages „Betroffener“ ist und somit geladen werden soll. Nur die Staatsanwaltschaft kann Aufklärung darüber geben, ob der „Anfangsverdacht“ bei einzelnen oder sogar allen „Betroffenen“ ausgeräumt ist und die Ermittlungsverfahren somit hinfällig werden. Dies gilt natürlich auch für die Frage, ob sich dieser „Anfangsverdacht“ im Zuge der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen verdichtet hat.

Die Bundesregierung hat angedeutet, daß sie bei der Überlassung von Steuerakten sehr restriktiv vorgehen wird. Unentschieden ist bislang sogar, ob sie überhaupt Aktenteile herausgeben wird. Regierungssprecher Peter Boenisch meinte, das Steuergeheimnis sei ein Wert, der auch vor dem Untersuchungsausschuß „Bestand“ haben sollte. Dies ergebe sich aus der „historischen Erfahrung“ der Republik bereits in der Weimarer Zeit. Erst in der NS-Zeit sei das Steuergeheimnis aufgehoben worden.

In der Tat fragen sich viele Parlamentarier, warum aus Datenschutzgründen die Volksbefragung verhindert worden sei, aber in diesem konkreten Fall das Steuergeheimnis preisgegeben werden soll. Aus Steuerakten sind auch Daten abzulesen, die in die Intimsphäre einzelner Personen hineinreichen. Hier hat allerdings der Ausschußvorsitzende Langner klargestellt, daß er an die Überlassung solcher Daten überhaupt nicht denke. Diese gingen den Ausschuß nichts an.

Falls sich die Bundesregierung doch noch zur Überlassung von Akten entschließen sollte, hätten die betroffenen Personen die Möglichkeit, dagegen vor dem Verwaltungsgericht oder dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Außerdem steht ihnen das Zeugnisverweigerungsrecht zu. Eine weitere Schwierigkeit für den Untersuchungsausschuß besteht darin, daß er ohne Akteneinsicht keine konkreten Beweisbeschlüsse fassen kann. Keinesfalls aber kann sich der Ausschuß bei der Formulierung von Beweisbeschlüssen auf einseitige Presseberichte wie die im „Spiegel“ stützen. Als letzter Ausweg böte sich deshalb das im Untersuchungsausschuß zum Fall Rauschenbach praktizierte Verfahren an, daß man dem Ausschußvorsitzenden Langner und dessen Stellvertreter Penner (SPD) Einsicht in Aktenteile ermöglicht. Angesichts der politischen Dimension des Falles wäre damit aber den beiden Parlamentariern eine außergewöhnlich große Verantwortung zugeschoben.

Als Nachteil erweist sich in diesem Zusammenhang, daß das Bundesverfassungsgericht die Streitfrage, ob und in welchem Umfang die Bundesregierung geheimhaltungsbedürftige Akten einem Untersuchungsausschuß überlassen muß, nicht entschieden hat. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, damals noch in der Opposition, hatte Klage gegen die Bundesregierung erhoben, weil diese die Herausgabe dieser Akten verweigert hat.

In dem vorliegenden Fall geht es konkret um die Handhabung von Paragraph 30 der Abgabenordnung, in dem das Steuergeheimnis, ein herkömmlich starkes Recht, verankert ist. Danach können Steuerakten bei Steuervergehen oder gravierenden Wirtschaftsstraftaten an die Justiz übergeben werden. Aber auch dann, wenn es dem „Ansehen der öffentlichen Verwaltung dient“, mit der Akteneinsicht also ungerechtfertigte Vorwürfe ausgeräumt werden können. Auf diese Passage hebt der Untersuchungsausschuß in seinem Begehren ab.

Aussagen könnten politisch mißbraucht werden

Dagegen steht die Sorge, daß möglicherweise Betriebsgeheimnisse verletzt werden oder Zeugenaussagen, auch wenn sie in vertraulichen Sitzungen erfolgen, zum politischen Kampf mißbraucht werden könnten. Das Mißtrauen gegenüber den Grünen, die durch den Abgeordneten Otto Schily in dem Gremium vertreten sind, ist weit verbreitet. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, daß der Ausschuß parallel zur Spendenpraxis natürlich prüfen soll, ob damit Einflußnahme in der Politik – bei Flick also Steuerbefreiung – erreicht worden ist. Schon die Definition von „Einflußnahme“ bereitet Schwierigkeiten, weil es naturgemäß nur um „rechtswidrige Einflußnahme“ gehen kann. Jeder Bürger, der zum Beispiel gegenüber der Verwaltung etwas erreichen will, muß aktiv werden, muß Einfluß nehmen können. Hier wird die Unterscheidung zwischen legaler und rechtswidriger Einflußnahme nicht unproblematisch sein.

Weit hergeholt scheint die Mutmaßung zu sein, im Ausschuß könnten einige der Versuchung unterliegen, „persönliche Rechnungen“ begleichen zu wollen. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß die FDP, in dem Gremium durch den früheren Bundesinnenminister Gerhart Baum vertreten, und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, ein parteiinterner Widersacher Baums, mit früheren Ministern wie Hans Matthöfer oder Manfred Lahnstein im Mittelpunkt der Ausschußtätigkeit stehen dürften.

Bundestag debattiert über Geißler-Worte

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Der Bundestag wird morgen über die Aussagen von Bundesminister Heiner Geißler (CDU) über einen Zusammenhang zwischen Pazifismus und Auschwitz debattieren. Die SPD hat gestern einen Antrag angekündigt, in dem sie Bundeskanzler Kohl auffordern will, Geißler zu entlassen. Oppositionsführer Vogel warf Geißler vor, er habe Pazifismus und Auschwitz in einen „unzulässigen Zusammenhang“ gebracht. Wahrscheinlich wird sich im Parlament auch der Kanzler zu Wort melden. Anlaß für die Auseinandersetzungen war die Aussage Geißlers, der Pazifismus der dreißiger Jahre unterscheide sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem, was man in der Begründung des heutigen Pazifismus zur Kenntnis zu nehmen habe. Dieser Pazifismus habe Auschwitz erst möglich gemacht. Diese Aussage Geißlers war eine Antwort auf den zuletzt von dem grünen Abgeordneten Fischer erhobenen Vorwurf, der Westen bereite ein „atomares Auschwitz“ vor. Geißler sprach von einem politisch-moralischen „Kampfbegriff“, der die freiheitlichen Demokraten in ihrer Verteidigungspolitik auf eine Stufe mit den NS-Verbrechern stelle. Natürlich habe er nicht den deutschen Pazifismus eines Carl von Ossietzky gemeint, sondern die pazifistischen Strömungen in England und Frankreich und die darauf beruhende Appeasement-Politik der 30er Jahre.

Dem SPD-Abgeordneten Walthemate, dessen Großvater als Pazifist in Auschwitz umkam, hat Geißler in einem Brief versichert, es tue ihm leid, wenn er ihn und andere Pazifisten in ihren Gefühlen verletzt haben sollte.

Differenzen über Parteifinanzierung

gba. **Bonn**

Bei der Neuregelung der Parteifinanzierung wird es kein gemeinsames Vorgehen der Bundestagsparteien geben. Die Sozialdemokraten lehnen die zwischen CDU/CSU und FDP erkennbare Kompromißlinie ab. Vor allem wendet sie sich nach Angaben des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel gegen die Gleichbehandlung der Spenden juristischer Personen an Parteien mit den Spenden an gemeinnützige Vereine. Die SPD will hier die Festschreibung von Mark-Höchstbeträgen und nicht – wie die Koalition – bestimmte Prozentsätze des Umsatzes als Obergrenze.

Überzogene Erwartungen

Mk. – Die Stimmung bei den Firmen, die besonders stark im Export engagiert sind, hat sich in den vergangenen Wochen wieder verschlechtert. Daran mögen überzogene Erwartungen in einem erheblichen Maße schuld sein. Sicher, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, signalisieren auch die Statistiken einen kräftigen Rückgang. Aber in den ersten Monaten des vergangenen Jahres lagen die deutschen Ausfuhren noch im Aufwind. Danach bröckelten die Auslandsaufträge ab.

Gegenüber den letzten Monaten 1982 hat sich die Situation inzwischen stabilisiert. Dieses gilt sowohl für die Ausfuhren als auch für die Aufträge. Allerdings werden die Orderbücher dünner, weil mehr ausgeliefert wird, als an Bestellungen hereinkommt. Aber daraus darf nun keineswegs gefolgert werden, daß über kurz oder lang überhaupt keine Auslandsaufträge mehr vorhanden sind.

Im Gegenteil. Das Umfeld hat sich gebessert. Zwar dürften die hochverschuldeten Staaten der Dritten Welt und des Ostblocks weiter als Kunden ausfallen. Auch einige zuvor reiche Ölstaaten haben kein Geld mehr. Bei dem größten Abnehmer deutscher Waren – Frankreich – sind die Chancen nicht größer geworden. Aber all dieses ist nicht neu.

Dagegen haben sich die konjunkturellen Aussichten in den USA weiter verfestigt. Auch in Japan und Großbritannien sieht es jetzt günstiger aus. Dieses strahlt auf die Weltmärkte aus, wo die deutsche Position nach wie vor hervorragend ist. Es wird zwar noch etwas dauern, bis sich dieses konkret in Aufträgen niederschlägt. Unter dem Strich ist im Export die Lage jedoch besser als die Stimmung.

Präzedenzfall

J. Sch. (Paris) – Die sozialistische Regierung in Paris läßt sich durchaus von kapitalistischen Überlegungen leiten, wenn sie glaubt, damit dem nationalen Interesse zu dienen. So wurden Saudi-Arabien, als es nach der Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten mit dem Abzug seiner Petro-Dollars aus Frankreich drohte, beträchtliche staatliche Zinszuschläge geboten. Nunmehr kommen die Amerikaner in den Genuß einer Vorzugsbehandlung. Soweit sie in Frankreich steuerpflichtig sind, sollen sie von der Vermögenssteuer für mindestens fünf Jahre befreit werden. Diese zwischen Paris und Washington vereinbarte Ergänzung des französisch-amerikanischen Doppelbesteuerungsabkommens könnte ein Muster, wenn auch kein Präzedenzfall für die Revision anderer Doppelbesteuerungsabkommen sein, einschließlich dem französisch-deutschen. Denn im internationalen Steuerrecht gibt es keine eigentliche Meistbegünstigung. Was den Amerikanern aus nicht definierten Gründen recht ist, braucht also den Deutschen nicht unbedingt billig zu sein.

Das riskante Urlaubsgeschäft

Von GERD BRÜGGEMANN

In einem Land wie der Bundesrepublik, deren Bevölkerung über hohe Realeinkommen und überdurchschnittlich lange Urlaubsansprüche verfügt, besitzt die Ferienreise naturgemäß in der Prioritätenliste des Bedarfs eine Spitzenstellung. Nicht ohne Grund werden die Deutschen Weltmeister im Reisen genannt. So kann es denn nicht verwundern, daß es lange dauerte, bis dieser an ständiges Wachstum gewöhnte Wirtschaftszweig von der ökonomischen Realität einer langanhaltenden Rezession eingeholt wurde.

Dennoch wird auch das Jahr 1983, soweit es bisher zu überblikken ist, nicht so schrecklich, wie viele Urlaubsmanager fürchteten, als ihnen im Januar und Februar, in früheren Jahren die wichtigsten Buchungsmonate überhaupt, die Kunden scharenweise ausblieben. [illegible] Prozent weniger Urlaubswillige suchten den Weg in die Reisebüros und Buchungsstellen. In manchen Chefetagen wurde die Angst zum schlechten Ratgeber, mit dem Ergebnis, daß panikartige Reaktionen die abwartenden Kunden zu weiterer Zurückhaltung veranlaßten.

Inzwischen hat sich das Bild etwas aufgehellt. Vor allem im Mai hatten die Tourismusverkäufer Konjunktur. Zweistellige Zuwachsraten sorgten dafür, daß sich das Minus gegenüber dem Vorjahr insgesamt bei sechs bis acht Prozent einpendeln wird. Das gilt allerdings nur für die Kundenzahl. Der Umsatz der Ferienverkäufer wird wohl um eine zweistellige Prozentzahl niedriger liegen als [illegible].

[illegible] Entwicklung beim Geschäft mit dem vorfabrizierten Urlaub deckt sich nicht mit den Urlaubswünschen der Bevölkerung schlechthin. Die Reiseabsicht ist trotz hoher Arbeitslosigkeit und [illegible]mäßiger konjunktureller Aufwärtsbewegung zwar niedriger als in den Jahren zuvor, alles in allem aber erstaunlich stabil. Auf keinen Fall erklärt der geringe Rückgang das schlechte Veranstaltergeschäft.

Insgesamt gesehen, so scheint inzwischen festzustehen, hat sich das Urlaubsverhalten geändert. So werden kürzere Reisen gebucht als in früheren Jahren, eine einfachere Hotelkategorie gewählt oder gleich die Ferienwohnung. Viele Urlaubswillige meiden die Reiseveranstalter ganz und basteln sich den Urlaub selbst zusammen, wobei durchaus offen bleibt, ob das immer preiswerter ist.

Für die Veranstalter von Reisen ist diese Entwicklung in mancherlei Hinsicht bedrohlich, denn ihr Geschäft ist ohnehin riskant genug. Das hängt damit zusammen, daß sie mit einer sehr verderblichen Ware handeln, die nicht lagerfähig ist. Ein Sitz in einem Flugzeug, der beim Abflug leer bleibt, ein Hotelbett, in dem niemand schläft, können nicht noch einmal belegt werden. Wurden sie nicht beizeiten abbestellt, müssen sie verlustreich bezahlt oder in Sonderangeboten mit ähnlichem Ergebnis losgeschlagen werden.

Wird indes zu früh Kapazität zurückgegeben und kommen dann doch mehr Spätbucher als erwartet, muß entweder auf Umsatz verzichtet oder Kapazität wieder teuer zugekauft werden. Hinzu kommt, daß die knappe Kalkulation im Reisegeschäft nur aufgeht, wenn die Kapazitäten hoch ausgelastet sind, so daß schon eine geringe Veränderung der Buchungszahlen über Gewinn oder Verlust entscheidet.

Es ist verständlich, daß die Reiseveranstalter die Zeiten zurücksehnen, in denen durch frühes Buchen das Geschäft des Jahres schon Ende März gelaufen war. Aber wer damit rechnet, wird bald überhaupt nichts mehr zu rechnen haben. Abgesehen einmal von sich ändernden Gewohnheiten haben die Reiseanbieter selbst viel dazu beigetragen, daß spät gebucht wird. Allzu oft nämlich haben sie ihre treuesten Kunden, die frühen Bucher, im Laufe des Jahres hängen gelassen, indem sie durch Sonderangebote ihre Kataloge und die darin gedruckten Preise zur Makulatur machten.

Inzwischen hat sich herumgesprochen, daß auch der Spätbucher immer noch ein Urlaubsplätzchen findet. Und die Familien, die sich früher beizeiten ihr Quartier und die Flugsitze für die Sommerferien sichern wollten, wenden sich zunehmend von den Veranstaltern ab. Für sie sind die Preise der Veranstalter selbst für einen mittelmäßigen Urlaub an mediterranen Stränden zu hoch geworden.

Bisher ist nicht auszumachen, ob die Reiseveranstalter aus den Veränderungen des Marktes und der Kundenwünsche gelernt haben und Konsequenzen ziehen. Man kann durchaus den Eindruck gewinnen, als gehe eine Mehrheit davon aus, nach Überwindung der Rezession würden sich die alten Zustände schon wieder einstellen. Dies wäre jedoch ein Fehlschluß.

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS / Warnung vor Haushaltsdefiziten

Der Schlüssel für einen weltweiten Aufschwung liegt bei den USA

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Große Vorsicht ist geboten, wenn die Anfang dieses Jahres in einigen Industriestaaten begonnene wirtschaftliche Erholung gekräftigt und ausgeweitet werden soll, schreibt der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem Bericht über die weltweiten Konjunkturaussichten. Er empfiehlt den Regierungen das Festhalten an einer Geldpolitik, die den Stabilitätsfortschritt konsolidiert und die inflationären Erwartungen weiter drückt.

Für sich allein reiche eine monetäre Zurückhaltung jedoch nicht aus. „Eine adäquate Kontrolle der fiskalischen Situation ist zusätzlich notwendig, damit die staatliche Kreditnachfrage nicht mit dem privaten Geldbedarf konkurriert und so ein erneutes Anziehen der Zinsen vermieden wird", fährt der Fonds fort. Beseitigt werden müßten zudem Starrheiten und strukturelle Ungleichgewichte in den einzelnen Volkswirtschaften. Der IWF: „Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine höhere, aber inflationsfreie Produktion durch steigende Nachfrage."

Mit großer Deutlichkeit macht der Fonds klar, daß der Schlüssel für einen kräftigen und auch breiten globalen Konjunkturaufschwung bei den USA liegt. Für ihn sind die Rekordhaushaltsdefizite das Damoklesschwert. Sie könnten nach 1984 die Erholung durchaus abwürgen, wird betont. Bei der Einschätzung des amerikanischen Wachstumspotentials ist der IWF denn auch viel zurückhaltender als die Reagan-Administration. So sagt er für 1983 eine reale Zunahme des US-Bruttosozialprodukts um vier Prozent voraus. Im kommenden Jahr verlangsamt sie sich bereits auf 3,5 Prozent.

„Solche Defizite (von 1983 an mindestens 200 Milliarden Dollar jährlich) erhöhen die staatliche Verschuldung, zehren die Ersparnisse auf und halten die Realzinsen hoch. Sie wirken sich negativ auf die Kapitalbildung und die Produktivität aus und schaffen Unsicherheit hinsichtlich des Antiinflationskurses der Regierung", meint der Währungsfonds.

Im Außenbereich plädiert die multinationale Organisation für eine größere internationale Kooperation. Nur so lasse sich der Protektionismus in Schach halten, eine größere Wechselkursstabilität erreichen und die Verschuldung in einigen Entwicklungsländern meistern. Verstärkt werden müßten Umfang und Qualität der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Mit einer Zunahme des Welthandels rechnet der IWF in diesen Monaten, im Gesamtjahr 1983 wird das mengenmäßige Plus aber dennoch nur ein Prozent betragen. 1984 nimmt jedoch das Tempo schneller zu. Zum Vergleich: 1981 stagnierte der Welthandel, 1982 sank er mengenmäßig um 2,5 Prozent und fiel damit auf das Niveau von 1979 zurück. Außer Importbeschränkungen wirken Kreditmangel und schlechte Terms of Trade in der Dritten Welt als Bremse.

Auf der Basis der letzten zwölf Monate wagt der Fonds für 1983 diese Prognosen: In allen Industriestaaten wächst die Wertschöpfung real um durchschnittlich 1,6 (1982: minus 0,3) Prozent. In Japan macht die Zunahme 2,8 (3,0), in den USA 2,4 (minus 1,7) und in Deutschland 0,5 (minus 1,1) Prozent aus. Gemessen am Bruttosozialprodukt steigen die Preise (Deflator) in der industrialisierten Welt um 5,6 (7,2); in Japan um 1,7 (2,0), in Amerika um 4,1 (6,0) und in der Bundesrepublik um 4,0 (4,8) Prozent. In den ölimportierenden Entwicklungsländern soll die wirtschaftliche Wachstumsrate 2,3 (1,4) Prozent betragen, während die Verbraucherpreise um 34 (32,8) Prozent steigen.

Wieder ins Plus kommt in diesem Jahr die zusammengefaßte Leistungsbilanz der Industriestaaten. Insgesamt summiert sich ihr Überschuß auf 16 (1982: minus 1,2) Milliarden Dollar. In den USA erreicht der Passivsaldo 20 (minus 2,7) Milliarden Dollar. Deutschland und Japan erwirtschaften einen Überschuß von 15 (9,9) und 18,5 (8,2) Milliarden Dollar. Das zusammengefaßte Defizit der Ölexportländer der Dritten Welt nimmt von 2,2 auf 27 Milliarden Dollar zu; dagegen schrumpfen die Fehlbeträge der übrigen Entwicklungsländer von 86,8 auf 68 Milliarden Dollar.

Folgt man dem IWF, dann hat sich die Schuldensituation in der Dritten Welt zwar stabilisiert, als Problem besteht sie jedoch weiter. Die Kreditvergabe der Privatbanken wird sich 1983 auf 15 bis 20 (1981: 50) Milliarden Dollar verringern.

ENERGIEMARKT

Forscher schließen Kollaps beim Ölpreis nicht mehr aus

HANS BAUMANN, **Köln**

Der Ölmarkt ist zur Zeit derart labil, daß „ein tiefer Einbruch in der Preisentwicklung des Rohöls nicht mehr ausgeschlossen werden kann". Dies ist einer der Kernsätze, die Heinz Jürgen Schürmann vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln gestern in einem Seminar in Köln formulierte. Die arabischen Ölstaaten könnten sich nur relativ kurz die derzeitigen Fördereinbußen leisten. Nur wenn die „Absatzdurststrecke ganz kurzfristig" sei, könnte ein weiterer deutlicher Preiseinbruch „auf erheblich unter 25 Dollar je Barrel" (159 Liter) vermieden werden.

Nach Schürmann gilt es jetzt abzuwarten, inwieweit es der Opec-Förderkoordinierung gelingt, einen Ölpreiskollaps zu verhindern – vor allem mit Saudi-Arabien als Swing-Lieferant, der jedoch seine Förderung auf das technische Minimum heruntergefahren hat. Dies alles sei aber kaum möglich ohne das Wohlverhalten wichtiger Nicht-Opec-Anbieter, allen voran Nordsee, Mexiko und die Sowjetunion. Die Gefahr des Kollaps werde auch dadurch erhöht, daß jene Opec-Anbieter mit sehr hohem Kapitalbedarf (Iran, Irak, Venezuela, Nigeria) versuchen könnten, Marktanteile über den Preis zurückzuerobern.

Von den Förderkosten her gesehen ist noch beim Preis für Rohöl ein erheblicher Spielraum nach unten gegeben. Die laufenden Kosten aus bereits erschlossenen Feldern liegen im Mittleren Osten bei 0,5 bis drei Dollar je Faß, zwischen zwei und acht Dollar in der übrigen Opec, bei drei bis zehn Dollar in den USA und zwischen acht und zehn Dollar in den großen Nordseefeldern. Demnach, so Schürmann, erscheine sogar ein Preissturz auf bis zu zehn Dollar je Faß möglich.

Das aktuelle Ergebnis des Seminars: Die Entwicklung am Ölmarkt bleibt auch in den nächsten Monaten kritisch, denn die konjunkturelle Belebung in der Welt gehe auch als Resultat sinkender Ölpreise nur sehr behutsam vonstatten. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) hat ermittelt, daß in diesem Jahr gegenüber 1979 der Ölkonsum weltweit (ohne Ostblock) um 14 Prozent und innerhalb der OECD um 19 Prozent zurückgeht. Der Rückgang in der Bundesrepublik beträgt ein Viertel. Interessant ist, daß der Rückgang nur in den Industrienationen stattfindet, die Entwicklungsländer aber ihren Bedarf sogar noch etwas erhöht haben. Die freien Förderkapazitäten werden zur Zeit weltweit auf 20 Prozent des Weltölbedarfs geschätzt – ausschließlich zu Lasten der Opec-Länder, denen 50 Prozent der Förderung verlorengingen, während gleichzeitig Mexiko und Großbritannien die Förderung erhöhten und neben Nigeria sogar zu Preisführern wurden.

Die pessimistischeren Wachstumsraten und der rationellere Ölverbrauch haben die Forscher zur Korrektur ihrer längerfristigen Prognosen gezwungen, die zum Teil 1981 noch von Ölpreisen um 70 Dollar je Faß zum Ende des Jahrhunderts sprachen. Heute glaubt man eher an eine komfortable Versorgungslage für mehrere Jahre auf einem Preisniveau von 25 Dollar je Faß und an Preise von etwa 40 Dollar in Werten von 1982 in den neunziger Jahren.

AUF EIN WORT



„Als Ursache für strukturelle Arbeitslosigkeit werden häufig Rationalisierung und Vernichtung von Arbeitsplätzen durch technischen Wandel angeführt. Zu wenig wird dabei oft bedacht, daß Rationalisierung einen Arbeitsplatz gefährden kann, die Arbeitsplätze insgesamt aber sichern hilft."

Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
FOTO: WERNER SCHÜRING

Sozialprodukt leicht gewachsen

dpa/VWD, **Frankfurt**

Das Bruttosozialprodukt als umfassendster Begriff für die wirtschaftliche Leistung der Bundesrepublik ist im 1. Quartal 1983 gegenüber dem Vorjahreszeitraum preisbereinigt um 0,5 Prozent auf 312,2 Milliarden Mark gestiegen. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank erhöhte sich dabei der private Verbrauch um 1,5 Prozent auf 173,6 Milliarden Mark, während der Staatsverbrauch um 0,5 Prozent auf 62,8 Milliarden Mark zurückgegangen ist. Die Ausrüstungsinvestitionen stiegen um 3,5 Prozent auf 25,6 Milliarden Mark, die Bauinvestitionen nahmen dagegen um 9,5 Prozent auf 33,9 Mrd. Mark ab.

MITTELSTAND

Firmen-Umfrage bestätigt verbesserte Stimmungslage

DANKWART SEITZ, **München**

Mit durchschnittlich rund 2,45 Millionen Arbeitslosen im kommenden Jahr rechnet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl. Dies bedeutet gegenüber dem für 1983 erwarteten Jahresdurchschnitt von etwa 2,35 Millionen trotz leichter Konjunkturbelebung einen weiteren Anstieg um rund 100 000. In den Wintermonaten könnte sich diese Zahl sogar auf etwa 2,8 Millionen erhöhen.

Wie Stingl vor der Mitgliederversammlung der Vereinigung Mittelständischer Unternehmen (VMU) in München erklärte, werden die Firmen die zaghaften Ansätze der Konjunkturbelebung noch nicht zu Neueinstellungen nutzen können. Zusätzliche Aufträge würden vorerst dazu führen, brachliegende Kapazitäten wieder auszulasten. Doch selbst wenn das Wachstum in diesem Jahr stärker ausfallen sollte, als bisher mit 2,5 Prozent angenommen, dürfte dies „vielleicht gerade ausreichen, um die vielen jungen Menschen, die erstmals eine Arbeit suchen, zu beschäftigen".

In der mittelständischen Industrie herrscht vorsichtiger Optimismus über die weitere Entwicklung. Wie VMU-Präsident Walter Bergerhoff erläuterte, hat eine Umfrage bei repräsentativen Mitgliedsunternehmen ergeben, daß inzwischen 9,3 Prozent der mittelständischen Firmen die Wirtschaftslage als gut bezeichneten, während es im November 1982 nur 2,9 Prozent waren. 75 (46,5) Prozent der Befragten gaben ihr die Note „mäßig" und nur noch 15,3 (50,7) Prozent bezeichneten sie als „schlecht". Von den Problemen die die Unternehmer heute am meisten drükken, seien die Einengung des unternehmerischen Handlungsspielraums durch bürokratische Erschwernisse, der Preiswettbewerb, der Eigenkapitalmangel, und die sinkende Nachfrage zu nennen.

STAHL

Die meisten EG-Länder verlangen höhere Quoten

W. HADLER, **Luxemburg**

Unter ungünstigen Vorzeichen standen gestern die Verhandlungen des EG-Ministerrates über den künftigen europäischen Stahlkrisenmechanismus. Einerseits verlangen die meisten Regierungen eine beträchtliche Aufstockung ihres bisherigen Quotenanteils. Auf der anderen Seite hatten die Italiener von vornherein angekündigt, daß sie sich wegen der bevorstehenden Wahlen zu keinen Entscheidungen in der Lage sähen.

Als Ausweg bot sich daher nur an, in der nächsten Woche noch einmal zusammenzukommen. Als wahrscheinlicher galt, daß das bisherige Produktionsquotensystem um zunächst einmal einen Monat verlängert wird.

Die Kommission hatte eine Verlängerung der zum 30. Juni auslaufenden Quotenregelung bis Ende 1985 anvisiert. Dieser Vorschlag wurde von Bonn unterstützt, fand aber bei mehreren Partnerländern keine Gegenliebe.

Italien zum Beispiel will sich nur noch für höchstens sechs Monate in die bisherige Produktions-Disziplin einbinden lassen. Es weist auf die gewachsene Stahlnachfrage im eigenen Land hin und ist auch gegen die Einbeziehung von Grobblechen und schweren Profilen in das obligatorische Quotensystem.

Eine Verlängerung der gegenwärtigen Regelung um einen so kurzen Zeitraum hält die Kommission für sinnlos, weil das Quotensystem als flankierende Maßnahme zur Umstrukturierung der Stahlindustrie gedacht ist. Auf der anderen Seite brauchen die Unternehmen die Möglichkeit, wenigstens über eine Frist von mehreren Monaten disponieren zu können.

Die Wünsche nach zusätzlichen Quoten summieren sich auf etwa fünf Millionen Tonnen im Jahr bei einer Gesamtproduktion unter dem Krisensystem von 64,3 Millionen Tonnen im Jahre 1982.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Deutsch-japanischer Dialog „einzig sinnvoller Weg"

Düsseldorf (dpa/VWD) – Der Dialog zwischen Europa und Japan ist nach Auffassung von Hans-Günther Sohl, dem Ehrenpräsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), der einzig sinnvolle Weg, um Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand beider Länder kontinuierlich zu sichern. Japan erkenne immer stärker das außenpolitische Gewicht seines herausragenden wirtschaftlichen Erfolges und sei bereit, im Konzert der Weltwirtschaftsnationen Verantwortung zu übernehmen, stellte Sohl gestern in Düsseldorf zum Abschluß des zweitägigen Wirtschaftssymposiums „Japan – Partner Europas" fest. Taiyu Kobayashi vom japanischen Wirtschaftsverband Keidanren hob die Vorteile einer technischen Zusammenarbeit hervor. Erst die Kooperation ermögliche es beiden Seiten, gemeinsame Marktchancen auszunutzen.

Butterexporte in die UdSSR

Luxemburg (dpa/VWD) – Die Europäische Gemeinschaft hat der Sowjetunion zum ersten Mal seit Jahren wieder rund 30 000 Tonnen Butter geliefert. Wie aus unterrichteten Kreisen verlautete, erhält Moskau damit wieder hochsubventionierte Butter aus den Lagerhäusern der Gemeinschaft. Im vergangenen Jahr hatte die UdSSR dreimal ein entsprechendes Angebot der EG ausgeschlagen. Die Butterberge in der Gemeinschaft erreichen mittlerweile eine neue Rekordhöhe von über 400 000 Tonnen.

Direktinvestitionen nötig

Bonn (DW.) – Die deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer (ICC) ist der Auffassung, daß die Entwicklungsländer zur Bewältigung ihrer Schuldenprobleme alles tun müssen, um ausländische Direktinvestitionen in ihren Ländern zu fördern. In einer Zeit, in der nur begrenzte Mittel staatlicher Entwicklungshilfe zur Verfügung stünden und die Zahl neuer Kreditengagements der internationalen Bankenwelt nachlasse, komme ausländischen Direktinvestitionen eine außerordentliche Bedeutung zu, heißt es in einer Erklärung zur Unctad-Konferenz in Belgrad.

EG-Arbeitsmarkt entspannt

Brüssel (rtr) – Die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Europäischen Gemeinschaft (EG) hat sich im Mai entspannt, doch ist dies nach Auffassung des Statistischen Amtes der Gemeinschaft (Eurostat) noch nicht als Zeichen für eine grundlegende Besserung zu werten. Nach Angaben des Eurostat belief sich die EG-Arbeitslosenquote im Mai auf 10,4 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen stellte sich auf 11,6 Millionen nach 11,9 Millionen im Vormonat. Die höchste Quote verzeichneten im Mai weiter Irland mit 15 Prozent, Belgien mit 13,4 Prozent und Italien mit zwölf Prozent. Die Bundesrepublik Deutschland nahm mit 8,1 Prozent einen Mittelplatz ein.

Opec-Staaten zahlen in Öl

New York (rtr) – Immer mehr Staaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) begleichen ihre Auslandsschulden in Öllieferungen. Wie die Fachzeitung Petroleum Intelligence Weekly (PIW) berichtete, ist dieser Trend zwar momentan noch relativ schwach, doch ansteigend und ein Indiz dafür die zunehmend schwierigere Finanzlage der Ölstaaten. Besonders häufig werde diese Praxis von Irak geübt, doch Libyen und Algerien hätten das in jüngster Zeit ebenfalls praktiziert.

EBM-Industrie noch schwach

Düsseldorf (VWD) – Die eisen-, blech- und metallverarbeitende Industrie der Bundesrepublik ist nach wie vor in schwacher Verfassung. Vereinzelt waren im Mai jedoch Anzeichen für eine Belebung des Inlandsgeschäfts und Besserungstendenzen im Export zu erkennen. Die Umsätze waren gegenüber dem April nicht nennenswert verändert und gegenüber dem Mai vor einem Jahr überwiegend schwächer.

Manager-Beamten-Austausch

München (AP) – Bundesweites Interesse hat nach Angaben eines Sprechers des bayerischen Wirtschaftsministeriums der bereits zweimal durchgeführte Austausch von Managern und Ministerialbeamten in Bayern ausgelöst. Bei diesem „Austausch-Volontariat" wurden jeweils etwa ein Dutzend Manager aus großen Industrieunternehmen und Banken für einige Wochen durch die bayerischen Staatsministerien geschleust, um die Arbeit der Ministerialbeamten kennenzulernen. Im Gegenzug kamen die Ministerialbeamten als „Volontäre" in Industrieunternehmen, um modernes Management kennenzulernen.

KONKURSRECHT / Paris plant Reform

Zu viele Liquidationen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat zwei Gesetzesprojekte zur Reform des Konkursrechtes beschlossen, die bis zum Jahresende von der Nationalversammlung verabschiedet werden sollen. Ihr erklärtes Ziel besteht darin, in Schwierigkeiten geratenen Unternehmen die Fortsetzung ihrer Aktivität und damit die Erhaltung der Arbeitsplätze zu erlauben.

Justizminister Robert Badinter, der für das Projekt federführend ist, erklärte zwar, daß nur „wirtschaftlich lebensfähige" Unternehmen durch die Reform geschützt würden. Bei den Oppositionsparteien dagegen befürchtet man, daß auch liquidationsreife Unternehmen zur Verhinderung von Entlassungen künstlich am Leben gehalten werden sollen, was für die Gesamtwirtschaft sehr gefährlich sei.

Das aus dem Jahre 1967 stammende derzeitige französische Konkursrecht ist allerdings besonders einseitig auf die Interessen der Gläubiger abgestellt. Im Falle der Liquidation wird weder die Unternehmensverwaltung noch die Belegschaft konsultiert. Auch hat der allmächtige Konkursverwalter ein persönliches (finanzielles) Interesse daran, den Fall so schnell wie möglich abzuwickeln anstatt sich um eine Sanierung zu bemühen.

Künftig soll durch ein besonderes Frühwarn- und Präventionssystem, das von den Rechnungsprüfern ausgelöst wird, versucht werden, die Schwierigkeiten der Unternehmen zu überbrücken. Gelingt das nicht, dann kommen eine Reihe neuer Verfahren zur Anwendung, die für drei bis sechs Monate (ausnahmsweise ein Jahr) eine Weiterführung des Betriebes sichern. Erst dann entscheidet das Konkursgericht über die Fortsetzung, Einstellung oder Liquidierung des Unternehmens.

Daneben wird das Vergleichsverfahren, das bisher in Frankreich eine untergeordnete Rolle spielte, aufgewertet. Auch sollen neue spezialisierte Schiedsgerichte gegründet und das Corps der Zwangs- und Vergleichsverwalter erweitert sowie besser ausgebildet werden. Andererseits wird die Rolle des Unternehmenschefs in allen Stufen des neuen Verfahrens stark eingeschränkt.

Die Zahl aller Insolvenzen (Konkurse, Zwangsvergleiche, Liquidationen) hat sich in Frankreich während der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt auf 20 386 (1982). Etwa 90 Prozent aller Verfahren führen zur Liquidation.

FRANKREICH / Die Regierung mußte ihre Wachstumsprognose revidieren

Die Erholung wird erst 1984 einsetzen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung hat die von ihr im Haushaltsplan für 1983 aufgestellte Wachstumsprognose von zwei Prozent auf Null herabgesetzt. Dies erklärte Wirtschafts- und Finanzminister Delors der nationalen Rechnungskommission, nachdem diese für 1982 einen zweiprozentigen Zuwachs des Bruttosozialprodukts festgestellt hatte. Noch Ende März war von Delors trotz seines Austerity-Plans mit einem Wachstum von einem halben Prozent gerechnet worden.

Die neue Prognose, die eine – teilweise bereits vorgenommene – Revision des Einnahmevoranschlags im Staatshaushalt notwendig machen könnte, geht insbesondere davon aus, daß der Verbrauch der privaten Haushalte nur um real 0,8 statt 1,6 Prozent zunehmen wird (1982 war er um 2,8 Prozent gestiegen).

Die Investitionstätigkeit, die 1983 um 0,8 Prozent steigen sollte, wird nach Delors' Angaben um real 2,1 Prozent zurückgehen, die produktiven Investitionen der Industrie um 2,3 Prozent. Die gegenwärtig noch stärker gekürzten Investitionsprogramme der Unternehmen könnten aber bei Besserung der Weltkonjunktur wieder etwas aufgestockt werden, meint der Minister.

Im Export rechnet er jetzt mit einem Realzuwachs von nur noch 2,5 statt 5,3 Prozent, während die Importe um 0,1 Prozent zurückgehen sollen. Der Haushaltsplan hatte eine Einfuhrzunahme von 3,8 Prozent unterstellt. Das Defizit der Handelsbilanz würde danach von 93 Milliarden Franc 1982 auf 59 Milliarden Franc 1983 reduziert werden und soll laut Delors 1984 nicht mehr als fünf Milliarden Franc erreichen. Weniger präzise war der Minister in seiner Prognose über die Preisentwicklung. Von Mitte dieses Jahres an würde die jährliche Preissteigerungsrate zunächst auf sechs und später auf fünf Prozent reduziert werden. Bis Mai waren die französischen Konsumentenpreise um 4,6 Prozent gestiegen, was einer Jahresrate von 11 Prozent entsprach.

Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit hüllte sich Delors in Schweigen. Rein rechnerisch müßte ein Null-Wachstum die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Mai saisonbereinigt 2,03 Millionen erreicht hatte, bis zum Jahresende auf mindestens 2,20 Millionen ansteigen lassen. Dies ist jedenfalls die jüngste Schätzung des Nationalinstituts für Statistik (INSEE).

Die Erholung der französischen Wirtschaft brauche Zeit, sagte der Minister vor der Rechnungskommission. Aber in einigen Monaten werde der Stabilisierungsplan bereits erste signifikative Ergebnisse zeigen. Und im Verlauf des ersten Halbjahres 1984 könnte es dann durchaus zu einem Wiederaufschwung kommen.

Dieser Aufschwung würde nach Delors zunächst von den Exporten getragen, die von der internationalen Konjunkturbelebung – vor allem in der Bundesrepublik als dem größten Auslandskunden – profitieren sollten. In der Folge werde sich die Investitionstätigkeit und – dank des fühlbaren Rückgangs der Inflationsrate – auch der private Verbrauch beleben. Eine Wachstumsziffer für 1984 nannte Delors allerdings nicht.

EG / Schutz gegen unlautere Handelspraktiken

Neue Beratungen im Herbst

WILHELM HADLER, Luxemburg

Meinungsverschiedenheiten über den Außenschutz der EG blockieren noch immer substantielle Fortschritte bei den Bemühungen um eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes. Auch in einer vierten Beratungsrunde der zuständigen Minister und Staatssekretäre konnte gestern in Luxemburg trotz ausdrücklicher Aufforderung durch den Stuttgarter EG-Gipfel kein Durchbruch erzielt werden.

Es ging wieder um die sogenannte Gemeinschaftsbescheinigung für Waren aus Drittländern, mit der ein einheitliches Verfahren für die technische Zulassung von Erzeugnissen im gesamten EG-Gebiet ermöglicht werden soll. Umstritten ist, unter welchen Voraussetzungen diese Genehmigung versagt werden darf. Dabei ist vor allem offen, ob im Zweifelsfall die EG-Kommission oder der Rat (mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit) über die Zulässigkeit autonomer Zulassungsbeschränkungen entscheiden soll.

Die Streitfrage ist von erheblicher politischer Bedeutung, weil mit einer Lösung des Problems der Gemeinschaftszulassung ein Bü[...]del von etwa 20 Richtlinien z[...] Erleichterung des innergemei[...]schaftlichen Warenverkehrs vera[...]schiedet werden könnte, die se[...] Jahren entscheidungsreif sin[...] Frankreich koppelt seine Kompr[...]mißbereitschaft mit der Forderun[...] nach einem Ausbau des handelsp[...]litischen Instrumentariums der E[...] zur Abwehr unlauterer Praktike[...] Auch hier geht es um die Entsche[...]dungsprozeduren für eventuel[...] nationale oder gemeinschaftlich[...] Gegenmaßnahmen.

Bonn hält es für unerläßlich, de[...]artige Ermächtigungen von der p[...]litischen Rückendeckung des R[...]tes abhängig zu machen. Offenb[...] fürchtet die Bundesregierung, da[...] die Kommission sich allzu leich[...] protektionistischen Wünsche[...] mancher Mitgliedsstaaten beuge[...] würde. Die deutsche Haltung wir[...] weitgehend von Dänemark, Ho[...]land und Großbritannien unte[...]stützt. Dagegen befürwortet Fran[...]reich in diesem Fall eine politisch[...] Aufwertung der EG-Behörde. Di[...] Kommission will jetzt ihren Vo[...]schlag nochmals überdenken. I[...] Herbst soll dann eine neue Ber[...]tungsrunde folgen.

POLEN / Zloty-Abwertung ist überfällig

Langer Weg aus der Krise

dpa/VWD, Posen/Berlin

Der mühsame Weg aus der polnischen Wirtschaftskrise wird bis Ende dieses Jahrzehnts dauern, dessen sind sich die Verantwortlichen in Polen bewußt. Die polnische Führung hat ein ganzes Bündel von Maßnahmen eingeleitet, die die Basis für eine Wiedergesundung der polnischen Wirtschaft bilden sollen: Aufnahme in den Internationalen Währungsfonds (IWS) als Beitrag zur Konsolidierung der hohen Auslandsverschuldung, Abwertung des Zloty wahrscheinlich im Herbst, um die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft zu erhöhen. Der Export soll gefördert werden durch freie Devisenverfügbarkeit für die Betriebe, Vergabe von Exportlizenzen an ausfuhrorientierte staatliche Unternehmen, aber auch an Niederlassungen polnischer Firmen im Ausland sowie an private Handwerksbetriebe und Genossenschaften, Ausbau der Kooperation mit westlichen und sozialistischen Partnern zur Nutzung brachliegender Industrie- und Handwerkskapazitäten.

Die anhaltende Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage mit einer im Vergleich zum Vorjahr entscheidenden Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung stellt für die polnische Führung eine Gratwanderung dar. Die überfällige Zloty-Abwertung scheiterte bisher am Einspruch der Importwirtschaft. Der jetzt geplante Abwertungssatz von etwa 20 Prozent erscheint Exporteuren und westlichen Beobachtern viel zu niedrig. Der Wechselkurs beträgt derzeit 85 Zloty je US-Dollar und 34 Zloty je D-Mark.

Polen braucht aber beides; höhere Exporte zur Entspannung der Devisensituation und dringende Importe, um die Produktion in vielen Bereichen überhaupt aufrechterhalten zu können. Eine Spaltung des Wechselkurses kommt aber – wie der stellvertretende Außenhandelsminister Antoni Karas erklärte – nicht in Frage.

Von der Aufnahme in den IWF, die – das weiß die polnische Führung – erst nach der Aufhebung des Kriegsrechts in Polen aktuell werden kann, verspricht man sich eine Entlastung in der Verschuldungsfrage. Eine Umwandlung teurer Marktkredite in niedrigverzinsliche und langfristige IWF-Kredite käme auch den polnischen Gläubigern zugute, meinte Karas. Zu hohe Rückzahlungen könne die polnische Wirtschaft gegenwärtig nicht leisten, andererseits müsse Polen ein glaubwürdiger Partner sein, der das leistet, wozu er sich in den Umschuldungsverhandlungen verpflichtet.

Karas zeigte sich zuversichtlich, daß 1983 das Westexportziel von sechs Milliarden Dollar (rund 15 Milliarden Mark) erreicht wird. Diese Exporterlöse in konvertibler Währung sind auch erforderlich, um den vereinbarten Schuldendienst und die notwendigen Importe zu finanzieren. Westliche Technik – in den 70er Jahren in großem Maße eingekauft – bedeutet Abhängigkeit von westlichen Zulieferungen. Dabei ist man sich bewußt, daß die eingekaufte Technologie noch einige Jahre halten muß, denn für Neuinvestitionen stehen nur sehr begrenzte Mittel bereit.

Tokio kritisiert die hohen US-Zinsen

dpa/VWD, Tokio

Die japanische Regierung hat die übrigen westlichen Industrieländer und insbesondere die USA zu einer konzertierten Aktion für ein stabileres internationales Währungsgefüge aufgefordert. In dem am Dienstag vom Kabinett gebilligten Weißbuch zum internationalen Handel 1983 wird erneut auf die hohen US-Zinsen als Hauptursache für die unkontrollierten Wechselkursschwankungen sowie auf die dadurch mitverursachte Unterbewertung des Yen hingewiesen.

Das Weißbuch, das jährlich vom japanischen Handels- und Industrieministerium (MITI) vorgelegt wird, gibt einen Rechenschaftsbericht über die Entwicklung des japanischen Handels im Vorjahr und untersucht die weltwirtschaftlichen und monetären Rahmenbedingungen. Für 1983 bewerten die Verfasser den Rückgang der Inflation in den westlichen Industrienationen als einen von mehreren positiven Faktoren; das Bild wurde aber durch hohe Arbeitslosenzahlen, niedriges Wachstum in den Ländern ohne eigenes Öl sowie durch die Verschuldung der kommunistischen Staaten [illegible]düstert.

Der Beri[illegible] nach dem Eindruck vo[illegible]tern bei der Behandlung [illegible]sprobleme Japans mit [illegible] der Europäischen G[illegible]ft sehr allgemein. „Vo[illegible]punkt des Freihandels ist es [illegible]wendig, daß Japan in geordneter Weise exportiert und dabei Markttrends in den Einfuhrländern berücksichtigt", heißt es. Der hohe japanische Handelsüberschuß von 20 Milliarden Dollar (49 Milliarden Mark) im Haushaltsjahr 1982/83 wird vor allem den verringerten Ölimporten zugeschrieben.

ITALIEN / Umfrage bei Börsianern

Impulse für den Aktienmarkt

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mailänder Börsenkreise erwarten nach den Parlamentswahlen vom 26. Juni einen Aufschwung am Aktienmarkt. Die Hauptantriebskräfte dürfen nach Meinung der Experten nicht nur technische Marktfaktoren liefern, sondern vor allem auch die Konsolidierung der politischen Verhältnisse und die Besserung der internationalen Konjunktur. Wie eine Umfrage der Mailänder Wirtschafts-Wochenzeitung „Il Mondo" bei Maklern und Finanzchefs großer Unternehmen ergeben hat, erwartet die Mehrzahl der Börsianer den Aufschwung im September/Oktober. Einige der Befragten schließen nicht aus, daß die Trendumkehr schon im August beginnt. Beobachter verweisen hierbei auf die Erfahrung, daß in den vergangenen Jahre nach einem sehr schwachen Frühjahr der August oftmals ein Börsenhoch gebracht hat.

Die von „Il Mondo" befragten Makler stimmen darin überein, daß das für Ende Juli vorgesehene Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen des Investmentfondsgesetzes, die Stabilisierung der innenpolitischen Situation unmittelbar nach der Wahl und die Aufhellung des wirtschaftlichen Horizonts die seit einigen Monaten dauernde Phase des Abwartens schnell beenden werden. Alle Beobachter sind sich darin einig, daß der internationale Konjunkturaufschwung die Tendenz zur Verbesserung von Produktivität und Rentabilität bei den meisten Unternehmen verstärken wird.

Auftriebschancen für die Börse erblicken die Befragten auch i[...] dem geringen Erfolg, den die i[...] den letzten Monaten auf den Mar[...] gebrachten neuen Anlagetitel w[...] Sparbriefe und Immobilienzerti[...]kate gehabt haben. Die meiste[...] Beobachter geben auch der Erwa[...]tung Ausdruck, daß die Zinse[...] deren Rückgang im Augenblic[...] gestoppt zu sein scheint, mittelfr[...]stig wieder sinken werden. A[...] Hinweis darauf gilt unter andere[...] die für Anfang Juli vorgesehen[...] Emission von Schatzamtszertifik[...]ten, deren Laufzeit erstmals v[...] zwei bzw. vier auf drei bzw. fü[...] Jahre verlängert und der Effekti[...]zinssatz herabgesetzt wird.

Für die Mehrzahl der Makl[...] steht die Börse vor der Wiederen[...]deckung, „weil zum ersten Mal a[...] Interessen des Staates, der Bank[...] und der Unternehmen an ein[...] Heranziehung des Risikokapita[...] zur Finanzierung von Investition[...] und Innovationen zusammentre[...]fen". Ebenso positiv drücken si[...] der Finanzchef des Fiat-Konzern[...] Francesco Paolo Mattioli und d[...] Finanzchef des staatlichen Ene[...]giekonzerns ENI, Mario Gabbriel[...] aus.

Für Mattioli sind alle Vorausse[...]zungen vorhanden, um selektiv [...] den Aktienmarkt wieder einzust[...]gen, laut Gabbrielli wird ENI [...] den nächsten Monaten sein „ind[...]ferentes Verhältnis" gegenüber d[...] Börse aufgeben. Dazu wird unt[...] anderem die Börsennotierung v[...] zwei ENI-Töchtern gehören, Nu[...]vo Pignone und Saipem, die d[...] vor Jahren vom Kurszettel gest[...]chenen ENI-Töchter Laneros[...] und Anic ersetzen werden.

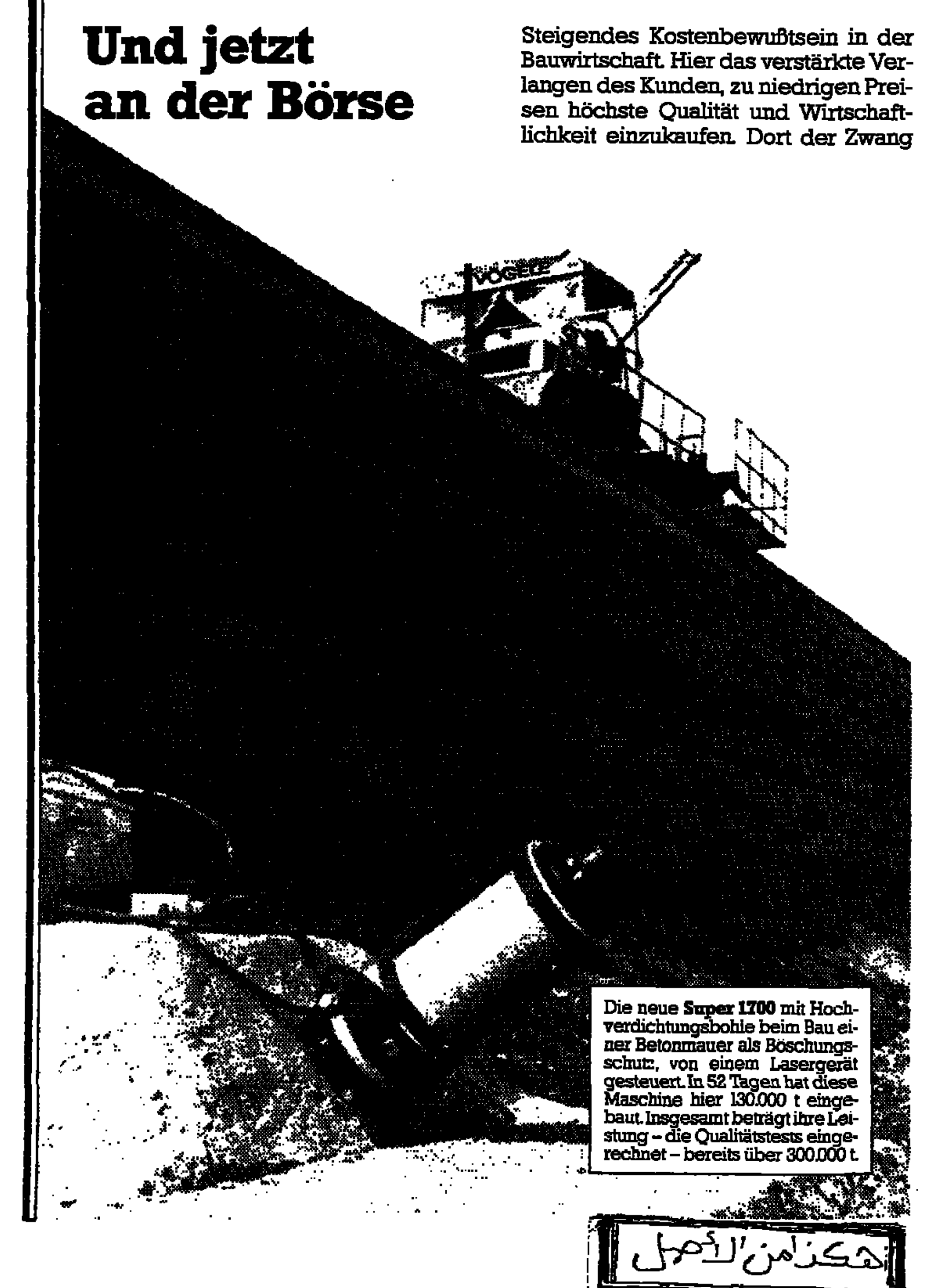
KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Wessoly Sanitär- u. Heizungsbau GmbH; **Bergisch Gladbach:** Gerhard Kuhn, Leverkusen, Betriebssitz: Wermelskirchen; **Bonn:** Harald Raddatz; **Essen:** Alfred Bredenfeld (Bauklempnerei u. Bedachungen); **Gelnhausen:** Friedrich Meyer, Installateurmeister, Inh. d. Meyer-Sanitär-Klima-Elektro; **Hannover:** Nachl. d. Lisbeth Schulz geb. Beckmann; Heidorn KG; **Heilbronn:** Werner Peiseler, Oedheim; **Herford:** Nachl. d. Günter Jonas; **Köln:** Nachl. d. Karl Lehmann; **Mosbach:** PSM-Spezialmaschinen GmbH, Haßmersheim-Hochhausen; **München:** Robert Koehler-Druck GmbH & Co. Buch- u. Offsetdruckerei KG; FfG Finanzierungsberatung f. d. Gastronomie GmbH; Josef Durdulov; Nachl. d. Uwe Hähnsen, kfm. Angestellter; **Neu-Ulm:** Ing. Peter Saar, Metallverarbeitung; **Offenburg:** Nachl. d. Erna Frieda Wendling; **Remscheid:** Werner Gürschner, Inh. d. Gürschner Heizung-Klima-Sanitär, Solingen 11; **Stuttgart:** USD Unternehmensberatung f. Datenverarbeitung u. Software GmbH, Filderstadt 4; **Wesel:** Nachl. d. Franz Josef Heuer, Gartengestalter, Hamminkeln; **Wolfenbüttel:** Nachl. d. Wwe. Marie Emma Anna Heitefuß geb. Ringel, Hornburg; **Wolfratshausen:** Nachl. d. Klara Wilhelmine Planer, Putzmachermeisterin, Bayrischzell; **Wuppertal:** Nohner Bekleidungs-GmbH, Heiligenhaus.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bad Berleburg: Ernst Klingspor GmbH & Co. KG; **Bad Kreuznach:** Heinrich Baacke KG, Maschinen- u. Getriebefabrik, Kirn; **Wolfenbüttel:** Carl-Heinz Müller, Bauingenieur u. Zimmermeister.

Vergleich eröffnet: Köln: Markisen-Hertel KG; Rolladen- u. Jalousiebaumeister u. Maschinenbaumeister Hans Dieter Hertel.

Vergleich beantragt: Bad Homburg: Steingraf GmbH & Co. KG, Rauchwarengroßhandlung.



Die neue **Super 1700** mit Hochverdichtungsbohle beim Bau einer Betonmauer als Böschungsschutz, von einem Lasergerät gesteuert. In 52 Tagen hat diese Maschine hier 130.000 t eingebaut. Insgesamt beträgt ihre Leistung – die Qualitätstests eingerechnet – bereits über 300.000 t.

Bilanz

AKTIVA	31. Dezember 1982 TDM	31. Dezember 1981 TDM
Anlagevermögen	17.609	18.602
Umlaufvermögen	37.472	36.672
Vorräte	(22.217)	(23.620)
Geleistete Anzahlungen, Forderungen, Wechsel, liquide Mittel und sonstige Vermögensgegenstände	(15.255)	(13.052)
Rechnungsabgrenzung	77	112
Bilanzsumme	55.158	55.386

PASSIVA	31. Dezember 1982 TDM	31. Dezember 1981 TDM
Grundkapital	8.000	6.000
Rücklagen	4.351	6.300
Sonderposten mit Rücklageanteil	1.452	355
Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	386	317
Rückstellungen	30.532	31.969
Langfristige Verbindlichkeiten	3.743	2.259
Verbindlichkeiten gegenüber dem Unterstützungsverein J. Vögele e.V. Mannheim	300	300
Andere Verbindlichkeiten	5.391	7.128
Bilanzgewinn	1.003	758
Bilanzsumme	55.158	55.386

Gewinn- und Verlustrechnung

	31. Dezember 1982 TDM	31. Dezember 1981 TDM
Umsatzerlöse	95.721	101.382
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	./. 481	+ 1.496
	95.240	102.878
Andere aktivierte Eigenleistung	17	1
Gesamtleistung	95.257	102.879
Materialaufwand	25.378	27.214
Rohertrag	69.879	75.665
Verschiedene Erträge	1.528	1.739
Personalaufwand und Altersversorgung	49.663	54.563
Abschreibungen und Abgang aus Anlagevermögen	2.286	2.350
Wertminderung und Abgang aus Umlaufvermögen	160	327
Zinsaufwand	889	769
Steuern	1.467	1.041
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	1.097	165
Übrige Aufwendungen	14.829	17.465
Jahresüberschuß	1.016	724
Einstellung in gesetzliche Rücklage	51	–
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	38	34
Bilanzgewinn	1.003	758



DKB / Bauherrenmodelle sollten beibehalten werden

Kreditzusagen gesteigert

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Trotz der allenthalben spürbar werdenden Belebung in der Bauwirtschaft wird es 1983 nach Ansicht der Deutschen Kreditbank für Baufinanzierung AG (DKB), Köln, erheblicher Anstrengungen bedürfen, das Vorjahresergebnis im Wohnungsbau wieder zu erreichen. Die Tochtergesellschaft der Deutschen Bank ist jedoch zuversichtlich, daß sich der begonnene Aufschwung fortsetzen wird, zumal eine Reihe von administrativen Förderungsmaßnahmen im Wohnungsbau sowie das niedrige Zinsniveau gute Voraussetzungen dafür sind.

Nach Meinung der DKB sollte auf absehbare Zeit nicht auf das Bauherrenmodell, über das 1982 rund 30 000 Wohnungen mit einem Investitionsvolumen von 8 Mrd. DM errichtet worden sind, verzichtet werden. Es habe sich unter wohnungsbau- und beschäftigungspolitischen Aspekten als Stütze des Mehrfamilienhausbaus bewährt.

Einen stärkeren Preisauftrieb sieht die DKB solange nicht, wie die Nachfrage im Wohnungsbau nicht primär vom Wohnbedarf und nicht von Geldwertüberlegungen bestimmt wird. Weniger die nur zu gut 50 Prozent ausgenutzten Sachkapazitäten als der unflexible Facharbeiterbestand erwiesen sich zeitweilig als preistreibender Produktionsengpaß.

Trotz der konjunkturellen Schwächephase hat die DKB 1982 ihren Marktanteil erneut ausgebaut. Die Kreditzusagen wurden um 22 (14,7) Prozent auf 1,55 Mrd. DM erhöht. Auf Grundstückskauf- und Erschließungskosten sowie Bauträger- und Bauzwischenkredite entfielen 1,17 (1,01) Mrd. DM. Die Kundenforderungen nahmen um 46 (17,3) Prozent auf 1,82 Mrd. DM zu. Dafür war neben einer gewissen Verlagerung aus der Position „durchlaufende Kredite" – dort schlagen sich die von befreundeten Instituten übernommenen Anteile an den langfristigen Finanzierungen nieder – das gute Neugeschäft maßgebend. Die Bankeneinlagen stiegen auf 1,93 (1,23) Mrd. DM, die Kundeneinlagen auf 706 (589) Mill. DM.

Zum Ertrag aus dem Geschäftsvolumen von 76,8 (58,9) Mill. DM kam 1982 ein Provisionsüberschuß von 14,1 (19,9) Mill. DM. Nach „umfassender Risikovorsorge" wurde aus dem Jahresüberschuß von knapp 6,7 (8,3) Mill. DM eine Dividende von 12 (10) Prozent ausgeschüttet. Seit der letzten Kapitalerhöhung um 28 auf 70 Mill. DM machen die Eigenmittel mit 140 (92) Mill. DM 3,3 (2,5) Prozent der auf 4,27 (3,71) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme aus.

HOLZMANN / Der wieder glänzende Abschluß ermöglicht Vorsorge für Aufträge aus Risikoländern

Das Baugeschäft im Ausland verliert seine Dynamik

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Es wird enger im Auslandsbaumarkt, der der deutschen Bauindustrie in den vorangegangenen Jahren einen Ausgleich für das schwache Inlandsgeschäft brachte. Die bekannten Finanzierungsprobleme einiger Länder, das Abebben der Opec-Kapitalschwemme und auch die schärfer gewordene internationale Konkurrenz sorgen dafür, daß die Aufträge aus dem Ausland spärlicher fließen.

Auf allenfalls 5 bis 6 Mrd. DM schätzt Hermann Becker vom Vorstand der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, die ausländischen Neuaufträge für die deutsche Bauindustrie in diesem Jahr. 1982 waren es noch 8 Mrd. DM, 1981 sogar 12 Mrd. DM. Die Konsolidierung im Auslandsbau auf weitaus niedrigerem Niveau zeichnet sich schon in den Auftragseingängen der ersten fünf Monate dieses Jahres deutlich ab: Insgesamt erhielt die deutsche Bauindustrie 1,3 Mrd. neue DM Aufträge aus dem Ausland (davon Holzmann 0,99 Mrd. DM), in der entsprechenden Vorjahreszeit waren es noch 3 Mrd. DM.

Zwar ist nach wie vor Saudi-Arabien größter Auslandskunde von Holzmann, aber auch der Frankfurter Bauriese hat Aufträge aus Risiko-Ländern in seinem Bestand, der Ende Mai dieses Jahres im Konzern 9,6 Mrd. DM ausmacht, knapp 6 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Davon entfallen 2,18 Mrd. DM auf das Inland, fast ein Viertel mehr als ein Jahr zuvor und gut 18 Prozent mehr als zu Jahresbeginn.

Die USA (J. A. Jones), die bei Holzmann mit einem Anteil von 45 Prozent an der leicht auf 7,5 (7,67) Mrd. DM gesunkenen Bauleistung des Vorjahres als „Binnenmarkt" gesehen werden, partizipieren daran mit 3,2 Mrd. DM, gut 19 Prozent weniger als vor einem Jahr. Auf das übrige Ausland entfallen 4,22 Mrd. DM des Auftragsbestandes, etwa 5 Prozent weniger als vor Jahresfrist.

Das risikobehaftete Volumen (aus den Ländern Irak, Libyen und Nigeria) veranschlagt der Vorstand auf rund 600 Mill. DM. Der traditionell vorsichtige Holzmann-Vorstand reagiert darauf mit der Bildung einer Rücklage für Auslandsrisiken, in die nach Zustimmung der Aktionäre auf der Hauptversammlung am 10. August in Frankfurt gut 20 Mill. DM eingestellt werden sollen. Vorab fließen aus dem mit 56 (43) Mill. DM nochmals kräftig gestiegenen Jahresüberschuß 18 (21,5) Mill. DM in die freie Rücklage. Die Aktionäre partizipieren mit wiederum 10 DM Dividende je 50-DM-Aktie, wofür 18 (16,5) Mill. DM benötigt werden.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres steigerte Holzmann seine Bauleistung im Konzern gegenüber den ersten fünf Monaten 1982 um knapp 4 Prozent auf 2,88 (2,78) Mrd. DM. Davon entfielen 830 Mill. DM auf das Inland, woher mit einem Plus von gut 59 Prozent auf 1,16 Mrd. DM auch das stärkste Auftragsplus kam. Die Leistung in den USA fiel dagegen um knapp ein Fünftel zurück (die Neuaufträge um 45 Prozent). Die Leistung im übrigen Ausland schnellte durch das Anlaufen eines saudiarabischen Großauftrags um 52 Prozent auf gut 1 Mrd. DM nach oben, während die Neuzugänge um gut 58 Prozent unter den entsprechenden Vorjahreswerten blieben.

In seiner Prognose bewertet der Vorstand das Inland angesichts der immer noch „schlechten Preise" nur vosichtig optimistisch. Trotz der Unsicherheiten im internationalen Geschäft geht er aber davon aus, auch 1983 „ein zufriedenstellendes Gesamtergebnis erzielen zu können".

Weltweit arbeiteten für Holzmann Ende Mai 37 144 Mitarbeiter, 4 Prozent mehr als am Jahresende. Dahinter stecken ein leichter Anstieg im Inland auf 14 577 Mitarbeiter, ein kräftiger Abbau in den USA um gut 10 Prozent auf 6915 Beschäftigte und eine kräftige Zunahme um gut 16 Prozent auf 15 652 Mitarbeiter im übrigen Ausland.

Becker wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, wie schwierig es in der Bundesrepublik immer noch ist, Nachwuchs für den Bau zu bekommen: Auch 1982 konnten nicht alle der 900 (700) Ausbildungsplätze besetzt werden.

Noch nicht weitergekommen sind Gespräche, wie das Problem der 20prozentigen Hochtief-Beteiligung an Holzmann „elegant" zu lösen sei (die Deutsche Bank hält unverändert eine Schachtel).

ARBED SAARSTAHL

Neue Finanznot bestätigt

dpa/VWD, **Saarbrücken**

Die Ende 1982 nur mit einer dramatischen Rettungsaktion von Bund und Land vor dem Konkurs bewahrte Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, hat erneut Zahlungsschwierigkeiten. Vor der Landespressekonferenz in Saarbrücken bestätigte Ministerpräsident Werner Zeyer: „Es gibt Liquiditätsprobleme." Nach einer Sitzung des interministeriellen Ausschusses in Bonn, bei der Arbed Saarstahl letzte Woche einen neuen Finanzplan vorgelegt hatte, war am Montag im Saar-Landtag ein zusätzlicher Finanzbedarf von 160 Mill. DM für das Unternehmen mit seinen knapp 18 000 Beschäftigten genannt worden.

Diese Summe wollte Zeyer „weder bestätigen noch dementieren". Bundes- und Landesregierung müßten sich jedoch erneut mit Arbed Saarstahl beschäftigen und „bis zur Sommerpause Klarheit schaffen". Das Saarland sehe keine Möglichkeit, weitere Kosten für Arbed Saarstahl allein zu übernehmen. Das könne nur zusammen mit dem Bund geschehen.

Seit Beginn der Stahlschwierigkeiten im Saarland haben Bund und Land Bürgschaften und Zuschüsse von insgesamt 2,2 Mrd. DM gewährt. Für 1983 wurden bereits 250 Mill. von den zur Verfügung stehenden 312 Mill. DM öffentliche Hilfen an Saarstahl ausgezahlt.

Moninger: Vorrang für Ertragskraft

nl. **Stuttgart**

Die Brauerei Moninger AG, Karlsruhe, eine Tochter der zum Reemtsma-Konzern gehörenden Henninger Bräu AG, hat zwar in 1982 einen Rückgang des Bierausstoßes um 2,8 Prozent auf 513 000 Hektoliter hinnehmen müssen, doch bezeichnet sie das Ergebnis als „durchaus zufriedenstellend". Eine im Februar dieses Jahres durchgezogene Preiserhöhung habe ebenso zur Verbesserung der Ertragslage beigetragen wie Rationalisierungserfolge aus der Produktionsverlagerung in den Brauereineubau in Karlsruhe-Grünwinkel.

Durch den Verkauf von Immobilien wurden kurzfristige Schulden vollständig abgebaut und die Zinsbelastung gemildert. Gleichwohl schließt die Jahresrechnung mit einem ausgeglichenen Ergebnis nach 0,12 Mill. DM Jahresüberschuß im Vorjahr. Die Umsatzerlöse von Moninger waren im Berichtsjahr leicht um 0,9 Prozent auf 67,7 Mill. DM angestiegen. Dazu trug neben der Bierpreiserhöhung bei, daß sich der Ausstoß alkoholfreier Getränke um 10,6 Prozent auf 36 500 Hektoliter steigerte.

Zur Geschäftspolitik im Biersektor heißt es, daß die Brauerei Absatzmöglichkeiten im Einweg- und Dosenbiermarkt angesichts nicht akzeptabler Preisvorstellungen einiger Handelspartner nicht wahrgenommen habe.

Landesbank hat Ergebnis verbessert

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Mit einer Steigerung des Betriebsergebnisses um 80 Prozent auf 106 Mill. DM wartet die Landesbank Stuttgart im Geschäftsjahr 1982 auf. Einerseits hatten die deutlich gesunkenen Geldbeschaffungskosten und die Normalisierung des Zinsniveaus, andererseits die Rationalisierungserfolge, die sich in einer Verminderung des Personal- und Sachaufwandes auf 89 (94) Mill. DM ausdrückten, das Ergebnis positiv beeinflußt. Der Zinsüberschuß erhöhte sich auf 167 (127) Mill. DM. Nach Steuern von 20 (13) Mill. DM beläuft sich der Jahresüberschuß von 10 (15) Mill. DM. Er wurde in voller Höhe den Rücklagen zugeführt. Die Landesbank habe nach Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Gerhard Volz auf die verschärfte Risikosituation an den Märkten mit einer selektiven Geschäftspolitik reagiert. Auf Geschäfte mit nicht ausreichenden Margen habe man verzichtet. Die Bilanzsumme verringerte sich um 4 Prozent auf 23 Mrd. DM.

Dabei entwickelte sich das Kreditgeschäft unterschiedlich. Während Kommunalkredite um 430 Mill. auf 7,2 Mrd. DM abnahmen, gab es bei Industriekrediten trotz abgeschwächter Investitionsneigung der Wirtschaft eine Bestandserhöhung um 340 Mill. auf 3,7 Mrd. DM. Forderungen gegenüber Kreditinstituten wurden um 1,6 auf 8 Mrd. DM zurückgenommen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kartell zugelassen

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt hat das Spezialisierungs-Kartell der Halbergerhütte GmbH, Brebach/Saar, und der Luitpoldhütte AG, Amberg/Oberpfalz, für gußeiserne Druckrohre und Formstücke zugelassen. Die Unternehmen haben eine Spezialisierung der Produktion, den gemeinsamen Vertrieb sowie eine einheitliche Werbung und Kundenberatung vereinbart. Nach Ansicht des Amtes werden dadurch Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmen gefördert, ohne den Wettbewerb wesentlich zu beschränken.

Milliarden-Investitionen

Düsseldorf (dpa) – Die Bochumer Produktionsstätte der Opel-Werke soll bis 1986 mit einem Aufwand von 1,3 Mrd. DM modernisiert und „den neuen technologischen Erfordernissen der Automobilproduktion gemäß umgerüstet werden". Dazu gehört auch der Einsatz modernster „Produktionsroboter". Das teilte der Düsseldorfer Wirtschaftsminister Prof. Reimut Jochimsen mit.

Agrob: Keine Dividende

München (sz.) – Die Aktionäre der Agrob AG, Ismaning, werden für 1982 keine Dividende erhalten. Der Hauptversammlung am 27. Juli wird die Verwaltung des Fliesen- und Klinker-Herstellers vorschlagen, den Bilanzgewinn von 0,047 Mill. DM auf neue Rechnung vorzutragen. Für 1981 waren noch aus 1,92 (1,99) Mill. DM auf die Stammaktien 9 (8) DM und die Vorzugsaktien 11 (14) DM je 100-DM-Aktie bei einem Grundkapital von 11,57 Mill. DM ausgeschüttet worden.

Südkurier-Unabhängigkeit

Stuttgart (nl.) – Beim Zeitungsverlag Südkurier GmbH, Konstanz, in dem die Tageszeitung „Südkurier" erscheint, laufen Bemühungen um eine volle finanzielle Unabhängigkeit. Wie von seiten der Mehrheitsgesellschafter – es sind drei Familienstämme mit insgesamt 75 Prozent Anteil – mitgeteilt wird, befinde man sich mit der Stuttgarter Verlagsgruppe Holtzbrinck, die 25 Prozent des Kapitals hält und eine Option auf die Kapitalmehrheit hat, seit der ersten Jahreshälfte 1982 in gerichtlicher Auseinandersetzung mit dem Ziel, die Verbindung zu lösen. Die bisher gemachten Erfahrungen seien nicht geeignet, die Verbindung aufrechtzuerhalten.

MWM-Umsatz gewachsen

Mannheim (dpa/VWD) – Bei der Motoren-Werke Mannheim AG (MWM) hatte der Jahresüberschuß 1982 2 Mill. DM betragen. Der Umsatz des zur Knorr-Bremse-Gruppe gehörenden Unternehmens war um 11 Prozent auf 534 (482) Mill. DM gestiegen, bei einem Exportanteil von 59 (60) Prozent. Der Gruppenumsatz einschließlich der Produktionsgesellschaften in den USA, Brasilien und Spanien sowie der Vertriebstöchter erhöhte sich auf 900 (800) Mill. DM. Der Umsatz der gesamten Knorr-Bremse-Gruppe erreichte 1,5 Mrd. DM. Der Personalabbau auf derzeit 2664 Beschäftigte (1982: 2717) gilt als abgeschlossen.

Etwas mehr Strom verkauft

München (sz.) – Mit einem Plus von 0,8 Prozent auf 2,37 Mill. kWh hat die Überlandwerk Oberfranken AG, Bamberg, 1982 ihre nutzbare Stromabgabe gegenüber 1981 nur geringfügig steigern können. Der Umsatz erhöhte sich vor allem aufgrund einer Preiserhöhung um 9,9 Prozent auf 420,8 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 5,83 (5,2) Mill. DM wird nach Einstellung von 2,26 (1,63) Mill. DM in die freie Rücklage eine unveränderte Dividende von 5 DM auf 35,7 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet. Dieses war Mitte 1982 wegen der Fusion (per 1. Januar 1983) mit der Bayerischen Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft AG, Bayreuth, um 6,3 Mill. auf 42 Mill. DM aufgestockt worden.

NAMEN

Dr. Helmut Votteler, Seniorchef der Theodor Votteler Lackfabrik GmbH & Co. KG, Münchingen, wird am 23. Juni 70 Jahre.

Hans-Jochen Kahl wurde zum Geschäftsführer der Leybold-Heraeus GmbH, Köln, berufen.

Friedrich-Carl von Hof, Bremen, wurde zum Präsidenten und **Karl-Ernst Vaillant**, Remscheid, zum Vizepräsidenten der Bundesvereinigung der Firmen im Gas- und Wasserfach gewählt.

Rechtsanwalt **Norbert Goergen**, Chefjustitiar der Franz Haniel & Cie., GmbH, Duisburg, wurde zum Präsidenten der Internationalen Vereinigung des Rheinschiffsregister (IVR) gewählt.

K+S: Unverändert schwieriges Geschäft

DOMINIK SCHMIDT, **Kassel**

Die Kali und Salz AG (K+S), Kassel, rechnet für die zweite Jahreshälfte 1983 mit weiter anhaltenden Schwierigkeiten sowohl im Absatzgeschäft als auch bei der Erlössituation. Vor der Hauptversammlung erklärte K+S-Vorstandschef Otto Walterspiel, dauerhafte Voraussetzungen für eine Erholung und Belebung des Weltdüngermarktes seien noch nicht erkennbar. Dies gelte vor allem für den Übersee-Export. In den westeuropäischen Ländern zeige sich zwar eine gewisse Stabilität im Mengenabfluß; unzureichend seien aber die Erlöse.

In den ersten fünf Monaten 1983 konnte K+S den Umsatz um 7 Prozent auf 563 Mill. DM steigern – eine Folge höherer Lieferungen von Kali und Thomaskali in Europa sowie verbesserter Geschäfte mit einigen Magnesiumsalzen. Im Berichtszeitraum stieg der Kaliabsatz um 6 Prozent auf 883 000 t. Der Inlandsabsatz nahm um 10 Prozent auf 398 000 t Kali zu. Vor allem die Mehrnährstoffdünger-Hersteller orderten größere Mengen.

Eine erfreuliche Absatzbelebung verzeichnet K+S seit Beginn des neuen Düngejahres im Mai; der Auftragsbestand im Inland sei gut. Gleichzeitig hat das Unternehmen die Preise für Kali-Einzeldünger und Kieserit je nach Sorte um 3,8 bis 4,7 Prozent angehoben. Damit, so Walterspiel, sei aber nur ein Teil der Mehrkosten weitergegeben. Auch im europäischen Ausland seien Preiserhöhungen für Kali in unterschiedlichem Ausmaß durchgesetzt worden. Obwohl im Berichtszeitraum die Werke gut ausgelastet waren, wird K+S im Sommer für alle Werke Betriebspausen von vier bis sechs Wochen einlegen.

DEUTSCHE DUNI / Umsatzplus bei Servietten

Interesse an Einwegware

H. HILDEBRANDT, **Bramsche**

Knapp die Hälfte aller deutschen Haushalte haben im Vorjahr Papierservietten verwendet, vor einem Jahrzehnt waren es erst ein gutes Viertel. Die Deutsche Duni GmbH, Bramsche, Marktführer in diesem Bereich, ist zuversichtlich, daß sich die Nachfrage in den nächsten Jahren noch steigern wird und sich damit das für 1985 gesetzte Umsatzziel von 100 Mill. DM erreichen läßt. 1982 betrug der Umsatz 70,6 Mill. DM, ein Plus von 16,1 Prozent gegenüber den 60,8 Mill. DM des Vorjahres.

Die Deutsche Duni wurde 1958 als Papier-Handelsgesellschaft in Hamburg gegründet und verlegte 1972 ihren Sitz nach Bramsche, wo die Produktion im größeren Umfang aufgenommen wurde. Das Unternehmen gehört über seine Muttergesellschaft Duni Bila A/B, Hamstad, zum schwedischen Bonnier-Konzern, der in den Bereichen Papier, Farben, Elektronik, Verlagswesen und Presse („Dagens Nyheter") tätig ist.

Mit Papierservietten bestreitet die Deutsche Duni rund die Hälfte ihres Umsatzes. Dieser Markt wird jedoch zunehmend durch Handelsmarken und weiße Produkte preislich unter Druck gesetzt. Preiserhöhungen, bedingt durch steigende Rohstoffkosten, lassen sich daher kaum noch durchsetzen. Trotzdem spricht Duni-Geschäftsführer Liljenqvist noch von einer auskömmlichen Rendite, zu der auch die anderen Produkte des Hauses beitragen. Hierzu gehört u. a. Einweg-Geschirr, mit dem vor allem als Saisonartikel während der sommerlichen Grillperiode Spitzenumsätze getätigt werden. Papiertischtücher, Geschenkpapier und Kerzen runden das Sortiment ab, das zu zwei Drittel über den Einzelhandel an Endverbraucher abgesetzt wird. Das restliche Drittel geht an Großverbraucher wie die Gastronomie, aber auch an Reedereien und Luftfahrtgesellschaften. Hier liegen zur Zeit die größten Zuwachsraten.

Die Deutsche Duni beschäftigt gegenwärtig rund 400 Mitarbeiter und hat in den letzten Jahren insgesamt 21 Mill. DM in den Auf- und Ausbau der Betriebsanlagen in Bramsche investiert.

HERMES KREDITVERSICHERUNG / Noch wird an eine Wende nicht geglaubt

Rückgriff auf die Reserven war nötig

HARALD POSNY, **Hamburg**

Mit Fortüne, höherem Prämienaufkommen aus den Sanierungsmaßnahmen der Bestände und einer noch vorsichtigeren Risiko-Zeichnungspolitik hofft die Hermes Kreditversicherung AG, Hamburg, 1983 den technischen Verlust geringer als im Vorjahr zu halten. Dabei ist die Furcht des Vorstandsvorsitzenden Gerhard Beuck, das Risikopolster der Schwankungsrückstellungen noch einmal in Anspruch nehmen zu müssen, ebenso groß wie die Hoffnung, es nicht zu brauchen. Für Beuck ist der Höhepunkt der Insolvenzfälle noch nicht überschritten. Bis Ende April waren es 4301 Konkurse (plus 13 Prozent). Überdies sinken diese Zahlen erfahrungsgemäß erst mit ein- bis zweijähriger Verzögerung nach Beginn eines Wirtschaftsaufschwungs, da die Konkurse meistens Spätfolgen nach sich ziehen. In jedem Fall werde das technische Ergebnis unbefriedigend sein, zumal zum vierten Male hintereinander trotz kräftiger Expansion nicht die Reserven dotiert worden sind.

Vorsicht in der Zeichnungspolitik der Risiken bedeutet für Hermes, die Limite zwar nicht generell zu kürzen, sie aber auch nicht auszuweiten. Das gilt insbesondere für Deutschlands Sorgenbranche, den Stahl, die mit dem Zusammenbruch von Korf 1982 die Schadenquote mit 101,5 Prozent der auf 238 (203) Mill. DM gestiegenen Prämien erheblich belastet hat. Doch ein ähnliches Ereignis könnte über Nacht alle Anstrengungen zunichte machen.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres stiegen die Beiträge um zehn Prozent. Doch trotz der auf 65 (80) Prozent gesunkenen Schadenquote glaubt der Vorstand nicht an eine entscheidende Wende zum Besseren. Wie schon im Vorjahr hatte die Warenkreditversicherung bis Mai den stärksten Zuwachs, aber in der Schadenquote lag sie bislang ungünstiger. Die Warenkreditversicherung, die mit einem Prämienvolumen von 149 Mill. DM (plus 23,4 Prozent) die größte Teilsparte ist, hat auch 1982 für die Einbrüche im technischen Ergebnis gesorgt. Hermes, mit über 50 Prozent Marktanteil größter deutscher Kreditversicherer, weist trotz Auflösung eines Drittels (13,2 nach drei Mill. DM) der in früheren Jahren aufgebauten Schwankungsrückstellungen einen technischen Verlust von 11,2 (0,4) Mill. DM aus. Nur der Überschuß im allgemeinen Geschäft von 13,8 Mill. DM sichert einen Jahresüberschuß von 2,7 Mill. DM, aus dem mit Rücksicht auf die Großaktionäre (Münchner Rück, Allianz, Colonia) und deren frühere Mithilfe bei der Reservenbildung die auf 8 (16) Prozent halbierte Dividende gezahlt wird. Neben 47,7 Mill. DM Eigenkapital, davon 16 Mill. DM Grundkapital, sowie technischen Reserven von 145 (125) Mill. DM, weist Hermes im übrigen absolut gesunde Bilanzverhältnisse aus.

Die nicht in den Jahresabschluß einbezogenen, aber von Hermes federführend für den Bund bearbeiteten Ausfuhrgarantien und -bürgschaften stiegen 1982 um sieben Prozent auf 60 Mrd. DM neu in Deckung übernommener Beträge. Für politische Schäden wendete der Bund 768, für wirtschaftliche Schäden 38 Mill. DM auf. Auf Umschuldungsabkommen entfielen 124 Mill. DM. Die Rückflüsse aus Schadenzahlungen erhöhten sich auf 260 Mill. DM.

NORD/LB

Ergebnis weiter verbessert

dos. Hannover

Die Norddeutsche Landesbank erkennt trotz der insgesamt positiven Signale über den möglichen Konjunkturverlauf keine grundlegenden Veränderungen in der eher verhaltenen bis schleppenden Kreditnachfrage. Nach Angaben des Instituts erreichte das gesamte Neugeschäft in den ersten fünf Monaten 1983 einschließlich der Prolongationen von 1,3 Mrd. DM 3,2 Mrd. DM gegenüber 2,5 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Abweichend von der Stagnation der gewerblichen Kredite und des kommunalen Darlehensgeschäfts habe sich allerdings der Realkreditbereich positiv entwickelt.

Zuversichtlich äußert sich der Vorstand zu den Ertragsaussichten. Nachdem bereits 1982 die Ertragskraft erheblich gestärkt worden war, sei im Jahre 1983 erneut mit einer Verbesserung des Betriebsergebnisses (204,5 Mill. DM) zu rechnen. Für 1982 hatte die Bank einen Jahresüberschuß von 27,2 Mill. DM ausgewiesen. Vorab waren 170 Mill. DM zur Rückzahlung einer Zuschußverpflichtung des Landes Niedersachsen bereitgestellt worden.

Michelin erwartet langsame Belebung

nl. Stuttgart

Bei der Michelin Reifenwerke KGaA, Karlsruhe, geht man davon aus, daß sich die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte 1983 nur sehr langsam wiederbeleben wird. Gleichwohl erwarte man für dieses Jahr eine Stabilisierung der Ertragslage. Das Geschäftsjahr 1982 schloß die Tochter des gleichnamigen französischen Reifenkonzerns mit einem Überschuß von 8,9 Mill. DM ab, nachdem im Jahr zuvor noch ein Jahresfehlbetrag von 49,9 Mill. DM ausgewiesen worden war. Der Umsatz lag mit 2,13 Mrd. DM nur knapp über dem des Vorjahres. Zur Ergebnisverbesserung trugen günstigere Rohstoff- und Einstandspreise sowie eine Entlastung bei den Personalkosten bei.

Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich auf 9737 (10 107) per Jahresende. Das Absatzvolumen der Gesellschaft ging um 6 Prozent zurück, die Reifenproduktion verringerte sich um 3 Prozent. Investiert wurden über 120 Mill. DM – bei 78 Mill. DM Abschreibungen. Ein wesentlicher Teil dieses Betrages floß nach Landau.

IVECO MAGIRUS / Verlustausweis soll 1983 deutlich verringert werden – Hohe Kapitalspritze von Fiat

In der Schlußphase der drastischen Konsolidierung

WERNER NEITZEL, Ulm

Der über die Iveco voll zum Fiat-Konzern gehörende Ulmer Nutzfahrzeugbauer Iveco Magirus AG (frühere Magirus-Deutz AG) befindet sich nach Worten des Vorstandsvorsitzenden Bernd Kosegarten „im letzten Viertel" des Weges zu einer „drastischen Konsolidierung". Der Sanierungsplan für das in tiefrote Zahlen geratene Unternehmen solle bis Ende dieses Jahres durchgezogen werden. Neue Crash-Programme gebe es nicht. Voraussetzung sei allerdings ein Stillstand des herunterfahrenden Absatzes.

Markt- und Absatzlage sind freilich alles andere als rosig. Zwar scheint sich der deutsche Markt zu fangen, doch stehen dem Stagnationstendenzen und Schwächeerscheinungen auf den ausländischen, insbesondere den außereuropäischen Märkten gegenüber. Kosegarten: „Es ist eine Krise der ganzen Nutzfahrzeug-Branche."

Bei der Iveco Magirus AG ist der Auftragseingang in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres um 30 Prozent gesunken. Der Auftragsbestand schrumpfte um 25 Prozent, nachdem schon in den beiden vorangegangenen Jahren Auftragszahlen, Produktion und Absatz deutlich zurückgegangen waren.

Ziel sei es, in 1983 einen niedrigeren Gesamtverlust als im Vorjahr auszuweisen, kündigt Kosegarten vorsichtig an. Für 1982 hat das Unternehmen einen Jahresfehlbetrag von 189 Mill. DM nach einem Defizit von 47,8 Mill. DM im Jahr davor präsentiert. Das Minus im operativen Bereich belief sich allerdings nur auf 30 Mill. DM. Knapp 160 Mill. DM seien „Einmalverluste", denn fast 100 Mill. DM hiervon resultierten aus der Stillegung des Mainzer Omnibuswerks, der Rest aus dem Personalabbau und dem Verkauf von Beständen.

Beim Beschäftigtenabbau sei nicht geplant, über die im vergangenen Herbst beschlossenen Zahlen hinauszugehen. Danach wird das Unternehmen, das seine Belegschaft bis Ende 1982 um 26 Prozent auf 8917 Mitarbeiter reduziert hatte, den Belegschaftsstand um weitere 30 Prozent auf 6841 Mitarbeiter bis Ende 1983 zurückfahren. Darüber hinaus wird auch in den nächsten Monaten in erheblichem Umfang kurzgearbeitet.

Nach Abschluß der Sanierungsphase, die mit Verkäufen von Grundstücken, Konzentration in der Fertigung und organisatorischen Verbesserungen in Vertrieb und Kundendienst einhergeht, sieht Kosegarten Magirus zwar als kleineres Unternehmen, das aber besser als bisher nicht zuletzt auch durch den Iveco-Verbund für die Zukunft gerüstet sei.

Zum teilweisen Ausgleich der Verluste hatte sich Fiat über die Iveco zu einer Kapitalherabsetzung bei Iveco Magirus um 165 Mill. DM mit anschließender Wiederaufstockung auf 252 Mill. DM bereit gefunden. Überhaupt wertet Kosegarten die insgesamt fast 400 Mill. DM Kapitalzufuhr in den letzten drei Jahren wie auch die Zentralisierung der Entwicklungsarbeiten für schwere Lkw der Gruppe als Beweise für das Interesse des Fiat-Konzerns an der Beibehaltung des Standorts Ulm.

In 1982 war der Umsatz der Iveco Magirus AG unter kräftigem Abbau der Bestände leicht um 1,3 Prozent auf 2,41 Mrd. DM angestiegen. Der Exportanteil am Umsatz vergrößerte sich auf 70,4 (63) Prozent. Produziert wurden insgesamt 17 915 (18 232) Fahrzeuge, abgesetzt (einschließlich der Zulieferungen aus anderen Iveco-Werken) wurden insgesamt 23 143 (24 243) Fahrzeuge. Etwa die Hälfte des Inlandsabsatzes stammt aus der Ulmer Fertigung. Der inländische Marktanteil von Iveco Magirus bei Lkw über 5 Tonnen ging auf 13,7 (14,1) Prozent zurück, dagegen erhöhte er sich im Bereich der Lkw unter 5 Tonnen auf 4,6 (4,1) Prozent. Der Wettbewerb um Preise und Konditionen wird als weiterhin äußerst scharf bezeichnet.

Investiert wurden 46 (31) Mill. DM und abgeschrieben 58 (52) Mill. DM. Für 1983 sind 35 Mill. DM Investitionen vorgesehen. Vorrats- und Schuldenabbau führten zu einer um 200 Mill. auf 1,5 Milliarden DM verkürzten Bilanzsumme, weshalb auch der Eigenkapitalanteil auf 17,2 (15,2) Prozent zunahm.

ZELTINDUSTRIE / Positive Absatzchancen

Starker Import aus Fernost

HARALD POSNY, Köln

Die deutsche Campingzelt-Industrie schätzt ihre Absatzchancen zur Zeit durchaus positiv ein. Die Renaissance des Campingurlaubs habe zwar bisher noch nicht zu höheren Verkaufszahlen geführt, doch wird spätestens 1984/85 die Instandsetzungswelle älterer Zelte durch Ersatz- oder Neuanschaffungen abgelöst.

Dies berichtete die Fachgruppe Zelte im Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie mit Blick auf die Internationale Fachmesse für Sportartikel, Camping und Gartenmöbel (Spoga) vom 11. bis 13. September in Köln, die für die Zeltindustrie eine wichtige Darstellungsmöglichkeit ist. Voraussichtlich werden etwa 300 Anbieter aus 30 Ländern in Köln vertreten sein.

Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik rund 450 000 Zelte im Wert von rund 200 Mill. DM (zu Verbraucherpreisen) abgesetzt. Für 1983 wird mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet. Den Hauptteil davon bestreiten mengenmäßig die zu fast 90 Prozent importierten Hauszelte aus Niedriglohnländern des Fernen Ostens und aus Staatshandelsländern.

Junge Leute bevorzugten in den letzten Jahren zunehmend die leichtgewichtigen Hauszelte in Preislagen zwischen 200 und 300 DM. Die deutsche Produktion konzentriert sich zu 80 bis 90 Prozent auf Steilwandzelte und nur zu 15 bis 20 Prozent auf Hauszelte.

Wichtigste Exportländer für die deutsche Industrie sind die Niederlande, die etwa 50 Prozent des Gesamtabsatzes aus deutscher Fertigung abnehmen, Großbritannien, Benelux und Österreich.

Die Industrie ist davon überzeugt, daß es in der Bundesrepublik durchaus einen Markt für Zelte im Preis um 1000 DM gibt.

Allerdings scheint die Preisgrenze für Steilwandzelte seit über 10 Jahren bei durchschnittlich 700 bis 800 DM eingefroren zu sein. Diese Zeltart wird derzeit mengen- und wertmäßig zu 60 Prozent über Warenhäuser und Versender vertrieben, zu 25 Prozent über Verbrauchermärkte und Spezialisten und zu 15 Prozent über den Sportartikel-Fachhandel.

NATIONAL PANASONIC / Umsatz gesteigert

Video bringt Hauptgeschäft

J. BRECH, Hamburg

Die National Panasonic GmbH, Hamburg, die im Berichtsjahr 1982 ihr 20jähriges Bestehen in der Bundesrepublik feierte, ist weiter gewachsen. Wie das Unternehmen mitteilt, sind die Umsätze um 15 Prozent auf 630 Mill. DM ausgeweitet worden. In der Struktur des Geschäfts haben sich in den beiden großen Bereichen Video und Audio Veränderungen ergeben.

Die Sparte Video einschließlich Fernsehen steuert inzwischen 48 (45) Prozent zum Gesamtumsatz bei, der Bereich Audio/HiFi nur noch 27 (31) Prozent. Nahezu unverändert blieben die Anteile von Elektro (9 Prozent) und Industrielieferungen (16 nach 15 Prozent).

An dem, wie das Unternehmen schreibt, „hervorragenden Ergebnis" waren vor allem die Videogeräte VHS beteiligt. Deren starkes Absatzplus brachte im Bereich Video/Fernsehen einen Umsatzzuwachs von 21 Prozent. Die Industriesparte wuchs mit 27 Prozent relativ am stärksten, Elektro erreichte 15 Prozent. Lediglich bei Audio/HiFi mußte National Panasonic einen Umsatzrückgang von 5 Prozent hinnehmen. Auch dieses Ergebnis liege aber über dem Trend und sei auf die kontinuierlich fachhandelsbezogene Vertriebspolitik zurückzuführen, heißt es.

Im Jubiläumsjahr 1982 ist es nach den Worten des Hauptgeschäftsführers Seinosuke Kuraku gelungen, die Basis für ausgewogenes Wachstum in den kommenden Jahren zu stärken. Das Unternehmen habe die Partnerschaft zum Fachhandel noch vertieft und das Leistungsvermögen der Firma durch eine Reihe von Maßnahmen in den Bereichen Vertriebsorganisation, Service, Verwaltung und Datenverarbeitung erhöht.

National Panasonic fungiert auf dem deutschen Markt als Vertriebsgesellschaft für den größten japanischen Hersteller von Produkten der Unterhaltungs-, Büro- und Haushaltselektronik Matsushita Electonic Industries. Matsushita erreichte 1982 einen Konzernumsatz von rund 36,5 Mrd. DM. Als Gewinn weist das Unternehmen mit 44 Produktionsstätten und 34 Vertriebsgesellschaften 1,57 Mrd. DM aus. Die Nettorendite erreichte 4,3 Prozent.

WELT-Gespräch mit Armin Schram, Chef der Texaco

„Energieminister ist unnötig"

HANS BAUMANN, Essen

„Nach den beiden Krisen 1973/74 und 1979/80 verstärkt sich die Hoffnung, daß sich der Mineralölmarkt der Welt stabilisiert", sagt Armin Schram, Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche Texaco AG, Hamburg, in einem Gespräch mit der WELT. Der Preisanstieg für Rohöl in diesen Krisenjahren war nach Schram nicht wegen seiner Größenordnung so dramatisch, sondern wegen der abrupten, steilen Sprünge, die die Chance einer vorsichtigen Akzeptanz durch den Markt verhinderten.

Teilt Schram den Ruf nach einem Energieminister, der zur Zeit wieder laut wird? Die Antwort läßt nicht auf sich warten: „Nein." Die Volkswirtschaft und vor allem die Verbraucher sind nach Schram gerade in den Krisenjahren besonders gut gefahren. Die Kräfte der Marktwirtschaft haben – im Gegensatz zu vielen anderen Ländern – die Versorgung noch in Zeiten der relativen Knappheit gesichert und die Preise – gemessen an den explodierten Kosten – im Zaum gehalten.

Armin Schram, der promovierte Ingenieur und Chemiker, setzt uneingeschränkt auf die Marktwirtschaft und ihre selbstheilenden Kräfte, „wenn einmal Fehler gemacht werden". Marktwirtschaft ist für ihn „nicht betrügbar". So fragt er sich, welchen Sinn ein Energieminister haben könnte, wenn nicht den, hier und da „einzugreifen", den Markt also auszuschalten.

Von Westrik über Neef und Rohwedder bis zu Engelmann sei die deutsche Energiewirtschaft mit den zuständigen Fachbeamten unter dem jeweiligen Wirtschaftsminister gut gefahren. Ein Minister für den Teilbereich der Wirtschaft erhöhe nur die Gefahr des Dirigismus.

Blick für die Gefahr

Denn gegenüber dem mittelständischen Ruf sowohl aus dem Tankstellen- als auch aus dem Mineralölhandels-Bereich nach Spannen-Garantie, könnte ein Minister vielleicht geneigt sein, solchen Wünschen nachzugeben – womit der Anfang vom Ende der Wettbewerbswirtschaft im Bereich Mineralöl gekommen wäre. „Garantierte Spannen", so Schram, „deroutieren die Preise, weil immer jemand bereit sein wird, von den Spannen etwas herzugeben, um Markt zu gewinnen, wiederum zu garantierten Spannen, wodurch die Preisspirale neuen Antrieb nach unten bekommt."

Im Handel wachse aber die Erkenntnis für diese Zusammenhänge, sagt Schram. Als traditionell mit dem Handel eng verbunden, begrüße er diese Schärfung des Blickes für die Gefahr, die damit auf die ganze Branche zukäme.

Trotz dieser traditionellen Bindung an den Handel werde dieser nicht verschont bleiben, von „scharfen Anpassungsmaßnahmen", die der Mineralölwirtschaft auch in Zukunft nicht erspart blieben, im Transport (Tanker), in der Lagerhaltung, im Raffineriepark und eben auch im Handel.

Kampf um Marktanteile

Die Unruhe und zum Teil gar Hektik am Treibstoffmarkt ist für ihn eine direkte Folge des scharfen Wettbewerbs. „Der Benzinmarkt ist langfristig gesehen der interessanteste Markt für die Mineralölwirtschaft" sagt Schram. Und da man sich gute Positionen an diesem Markt sichern wolle, sei es so schwierig, die Preise an den Kosten zu orientieren. Der Autofahrer habe längst herausgefunden, daß er Nutzen ziehen kann aus diesem Ringkampf um Marktanteile.

Ist die Mineralölwirtschaft kurzfristig in der Lage, umweltfreundliche Kraftstoffe herzustellen? „Wir können jeden gewünschten Kraftstoff herstellen", erklärt Schram. Zunächst aber müsse die Politik einmal gute Umweltschutzgesetze machen, dann werde die Autoindustrie die erforderlichen Antriebsaggregate bauen und die Ölindustrie den dazu passenden Vergaserkraftstoff herstellen.

Braucht die Bundesrepublik keine Energiepolitik, die sich mehr an den Kosten als an den Mengen orientiert? „Eine extrem kostenorientierte Energiepolitik kann Bonn sich nicht leisten", sagt Schram. Die Energiepolitik müsse auch auf die Versorgungssicherheit achten. Wird gerade die aber nicht reduziert, wenn die Ölförderländer jetzt verstärkt Rohöl-Verarbeitungsanlagen errichten? „Die Versorgungssicherheit ist zweifellos größer, wenn man das Rohöl in der Bundesrepublik verarbeitet", räumt Schram ein. „Ich halte es aber für legitim, daß die Förderländer in eigene Veredlung investieren."

Teilt er die Sorge des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität Köln, daß die Gefahr eines tiefen Preiseinbruchs beim Rohöl noch nicht gebannt sei? „Die letzten Monate haben gezeigt, daß die Ölförderländer sensibilisiert sind", sagt Schram.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Montag an der New Yorker Comex. Schwächer notierte Kaffee. Kakao lag auf breiter Front fester.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	20. 06.	17. 6.
…l	349,75	348,75
…t.	360,00	359,75
…z.	374,75	374,00

Weizen Winnipeg (can. $/t)	20. 06.	17. 6.
Wheat Board cif		
St. Lawrence 1 CW	229,71	233,76
Amber Durum	133,16	236,08

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
…li	116,10	116,90
…kt.	122,10	122,50
…z.	125,50	125,80

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
…li	91,50	92,50
…kt.	91,10	92,70
…z.	-	-

Hafer Chicago (c/bush)	20. 6.	17. 6.
…li	155,75	155,25
…pt.	158,25	157,50
…z.	168,75	168,25

Mais Chicago (c/bush)		
…li	312,00	309,00
…pt.	292,00	290,25
…z.	273,00	273,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	20. 6.	17. 6.
…li	98,70	99,00
…kt.	102,00	102,20
…z.	104,50	104,70

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	20. 6.	17. 6.
…li	unerhältl.	unerhältl.
…pt.	unerhältl.	unerhältl.
…ov.	unerhältl.	unerhältl.
…n.	unerhältl.	unerhältl.

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
…pt.	unerhältl.	unerhältl.

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	20. 6.	17. 6
Terminkontr. Juli	124,80	126,75
Sept.	128,10	127,33
Dez.	125,90	126,55

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	2195	2140
Sept.	2240	2205
Dez.	2275	2241
Umsatz	3810	7100

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,25	9,81
Sept.	10,50	10,21
Okt.	10,77	10,48
Jan.	11,30	11,08
März	11,80	11,54
Umsatz	9 009	14 650

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	20. 6.	17. 6.
	9,92	10,34

Kaffee London (£/t) Robusta-Kontrakt	20. 6.	17. 6.
Juli	1651–1652	1660–1667
Sept.	1643–1644	1655–1658
Nov.	1626–1628	1636–1639
Umsatz	3147	2452

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1568–1567	1525–1526
Sept.	1588–1590	1536–1538
Dez.	1607–1608	1554–1555
Umsatz	5712	–

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	189,60–189,90	165,00–165,50
Okt.	177,10–177,25	172,00–172,20
Dez.	180,25–181,25	175,50–176,25
März	189,75–190,00	185,75–186,00
Mai	192,25–193,00	188,50–189,50
Umsatz	3852	7218

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	20. 6.	17. 6.
schw. Sarawak spez.	265,00	265,00
weißer Sarawak	372,50	370,00
weißer Muntok	372,50	370,00

Orangensaft New York (c/lb)	20. 6.	17. 6.
Juli	117,85	118,80
Sept.	116,85	117,50
Nov.	114,00	114,35
Jan.	108,90	108,80
März	108,50	108,45
Umsatz	400	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	20. 6.	17. 6.
Südstaaten fob Werk	27,00	27,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00

Sojaöl Chicago (c/lb)		
Juli	18,75	18,66
Aug.	18,98	18,80
Sept.	19,08	18,92
Okt.	19,20	19,05
Dez.	19,47	19,24
Jan.	19,82	19,27
März	19,90	19,40

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	21,00	21,50

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	14,50	14,50

Talg New York (c/lb)		
top white	15,25	15,50
fancy	14,75	15,00
bleachable	14,50	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,50	12,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	48,65	48,25
Juli	46,80	47,15
Aug.	44,05	44,10

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	59,70	60,00
Aug.	56,40	57,05
Febr.	57,85	56,90

Häute Chicago (c/lb)	20. 6.	17. 6.
Ochsen enth. schwere River Northern	51,00	51,00
Kühe enth. schwere River Northern	48,00	48,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	597,50	593,00
Aug.	609,00	599,00
Sept.	607,50	603,50
Nov.	617,00	612,00
Jan.	627,00	623,00
März	639,00	635,00
Mai	648,50	644,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	173,30	172,10
Aug.	174,80	173,30
Sept.	176,00	174,80
Okt.	177,20	176,00
Dez.	181,30	180,00
Jan.	183,50	182,20
März	186,90	185,50

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	20. 6.	17. 6.
Juli	284,80	285,00
Okt.	295,60	295,60
Dez.	300,80	302,00

Kokosöl New York (c/lb)	20. 6.	17. 6.
Westküste fob Werk	30,75	30,75

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	21. 6.	20. 6.
jegl. Herk. cif	600,00	600,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	455,00	455,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	362,50	355,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	121,00	121,25

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	685,00	675,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	240,00	241,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	20. 6.	17. 6.
Juli	79,28	75,27
Okt.	79,10	77,55
Dez.	80,17	78,10
März	81,40	79,40
Mai	81,55	79,55
Juli	81,70	79,85

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	54,625	54,625

Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	20. 6.	17. 6.
Aug.	443–449	441–445
Okt.	438–444	443–444
Dez.	435–441	441–442
Umsatz	17	137

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	17. 6.	16. 6.
Juli	44,10–44,30	44,10
Okt.	44,60–44,70	44,60
Dez.	45,10–45,20	45,10
März	45,50–45,60	45,50
Umsatz	13 500	11 250
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	20. 6.	17. 6.
Juli	565,0–567,0	565,0–567,0
Okt.	573,0–575,0	572,0–573,0
Dez.	587,5–589,0	586,5–587,0
Umsatz	40	23

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20. 6.	17. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	20. 6.	17. 6.
Juni	13 865	13 939
Juli	13 786	13 796

Kautschuk London (p/kg)	20. 6.	17. 6.
Nr. 1 RSS loco	75,00–77,00	72,75–74,00
Juli	76,50–77,50	73,20–73,30
Aug	75,60–76,00	72,30–73,00
Juli/Sept.	75,60–76,00	72,20–72,40
Tendenz: ruhig – stetig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	20. 6.	17. 6.
Nr. 1 RSS loco	249,50–250,50	245,00–245,00
Juli	251,50–252,50	247,00–248,00
August	254,50–255,50	250,00–251,00
Nr. 2 RSS Juli	242,00–243,00	243,50–244,50
Nr. 3 RSS Juli	244,50–245,50	240,00–241,00
Nr. 4 RSS Juli	231,50–232,50	234,00–235,00
Tendenz: stetig		

Jute London (£/lgt)	20. 6.	17. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	330,00	330,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troy ounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 lt = 76 WG – (–); BTD = (–); BTD = (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

Blei: Basis London	21. 6.	20. 6.
laufend. Monat	133,45–133,66	132,73–132,93
dreimonatig Monat	137,11–137,31	136,65–136,85

Zink: Basis London		
laufend. Monat	183,25–183,55	184,45–184,88
dreimonatig Monat	188,94–189,14	190,17–190,36
Produz.-Preis	199,45	199,41

Reinzinn 99,9%	3773–3811	3742–3775

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	21. 6.	20. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	449,42–451,73	438,96–441,31
Blei in Kabeln	111,25–112,25	110,50–111,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	425,50–429,50	425,50–429,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbezieher

Messingnotierungen

	21. 6.	20. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	364–363	358–374
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	405–412	401–406
MS 63	413–416	436–409

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	20. 6.	17. 6.
	30,93	30,85

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	21. 6.	20. 6.
Leg. 225	357–361	357–361
Leg. 226	359–364	359–364
Leg. 231	397–401	397–401
Leg. 233	402–412	402–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	21. 6.	20. 6.
Platin (DM je g)	37,55	37,15
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 300	34 300
Rücknahmepr.	33 500	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	34 450	34 120
Rücknahmepr.	33 430	33 100
verarbeitet	36 160	35 810
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 150	33 780
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	979,60	964,40
Rücknahmepr.	945,30	930,60
Verarbeitet	1023,00	1007,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	21. 6.	20. 6.
London 10.30	415,25	411,25
15.00	414,75	415,75
Zürich mittags	414,50–415,25	411,00–411,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 800	102 200
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	765,30	752,80
3 Monate	783,70	772,00
6 Monate	801,70	790,40
12 Monate	834,70	822,70

Platin (£-Feinunze)	20. 6.	17. 6.
London fr. Markt	279,25	276,55
Palladium (£-Feinunze) London 1 Händlerpr.	87,00	85,95

New Yorker Preise	20. 6	17. 6
Gold H & H Ankauf	415,75	412,50
Silber H & H Ankauf	1190,00	1157,00
Platin fr. Händlerpr.	417,00–420,00	407,00–412,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	130,00–132,00	129,00–131,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	1185,10	1169,00
Juli	1185,00	1172,00
Aug.	1191,70	1181,60
Sept.	1206,00	1190,00
Dez.	1235,00	1221,00
Jan.	1248,00	1233,50
März	1268,70	1251,50
Umsatz	17 680	26 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	20. 6.	17. 6.
Juni	75,80	74,65
Juli	75,90	74,85
Aug.	76,75	75,65
Sept.	77,40	76,25
Dez.	79,30	78,25
Jan.	80,15	78,95
März	81,35	80,12
Umsatz	8 718	11 300

Londoner Metallbörse

	21. 6.	20. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	959,00–960,00	951,50–952,50
3 Monate	986,00–987,00	979,00–979,50
Blei (£/t) Kasse	264,00–264,50	262,00–263,50
3 Monate	273,25–273,75	272,00–273,00
Kupfer Higher grade (£/t)		
mittags Kasse	1134,0–1134,5	1107,0–1107,5
3 Monate	1144,0–1144,5	1121,5–1122,5
abends Kasse	–	1118,5–1119,5
3 Monate	–	1132,5–1133,0
(Kupfer Standard) Kasse	1119,0–1120,0	1104,0–1105,0
3 Monate	1129,0–1131,0	1118,0–1119,0
Zink (£/t) Kasse	467,50–468,50	467,00–468,00
3 Monate	482,00–482,50	482,00–482,50
Zinn (£/t) Kasse	8895–8900	8925–8930
3 Monate	8910–8915	8925–8928
Quecksilber ($/fl)	–	285–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	81–86

HAMBURGISCHE LANDESBANK

Bekanntmachung

über die prospektfreie Zulassung zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg von

1. weiteren DM 40 000 000,-	8½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 184 – 264 683 –
Zinstermin:	1. Oktober, erstmals am 1. Oktober 1982
Zinslaufbeginn:	1. September 1982 (1. Kupon = 30 Zinstage)
Tilgung	am 1. Oktober 1986 zum Nennwert
2. weiteren DM 50 000 000,-	8 % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 187 – 264 686 –
Zinstermin:	2. November, erstmals am 2. November 1983
Tilgung:	am 2. November 1992 zum Nennwert
3. weiteren DM 50 000 000,-	8 % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 188 – 264 687 –
Zinstermin:	2. November, erstmals am 2. November 1983
Tilgung:	am 2. November 1988 zum Nennwert
4. weiteren DM 30 000 000,-	7¾ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 191 – 264 690 –
Zinstermin:	1. Dezember, erstmals am 1. Dezember 1983
Tilgung:	am 1. Dezember 1989 zum Nennwert
5. weiteren DM 40 000 000,-	8¼ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 192 – 264 691 –
Zinstermin:	1. Dezember, erstmals am 1. Dezember 1983
Tilgung:	am 1. Dezember 1987 zum Nennwert
6. weiteren DM 50 000 000,-	7½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 193 – 264 692 –
Zinstermin:	4. Januar, erstmals am 4. Januar 1984
Tilgung:	am 4. Januar 1988 zum Nennwert
7. DM 100 000 000,-	7 % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 194 – 264 693 –
Zinstermin:	1. Februar, erstmals am 1. Februar 1984
Tilgung:	am 1. Februar 1988 zum Nennwert
8. DM 30 000 000,-	7½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 195 – 264 694 –
Zinstermin:	2. März, erstmals am 2. März 1983
Zinslaufbeginn:	2. Februar 1983 (1. Kupon = 30 Zinstage)
Tilgung:	am 2. März 1987 zum Nennwert
9. DM 100 000 000,-	7 % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 196 – 264 695 –
Zinstermin:	16. März, erstmals am 16. März 1983
Zinslaufbeginn:	16. Februar 1983 (1. Kupon = 30 Zinstage)
Tilgung:	am 16. März 1987 zum Nennwert
10. DM 50 000 000,-	7½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 197 – 264 696 –
Zinstermin:	1. September, erstmals am 1. September 1983
Tilgung:	am 1. September 1989 zum Nennwert
11. DM 50 000 000,-	7½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 198 – 264 697 –
Zinstermin:	1. April, erstmals am 1. April 1984
Tilgung:	am 1. April 1983 zum Nennwert
12. DM 100 000 000,-	7 % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 199 – 264 698 –
Zinstermin:	15. April, erstmals am 15. April 1984
Tilgung:	am 15. April 1988 zum Nennwert
13. DM 120 000 000,-	7½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 200 – 264 699 –
Zinstermin:	2. Mai, erstmals am 2. Mai 1984
Tilgung:	am 2. Mai 1988 zum Nennwert
14. DM 50 000 000,-	7¼ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 201 – 263 201 –
Zinstermin:	1. Juni, erstmals am 1. Juni 1983
Zinslaufbeginn:	1. Mai 1983 (1. Kupon = 30 Zinstage)
Tilgung:	am 1. Juni 1987 zum Nennwert
15. DM 100 000 000,-	8 % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 202 – 263 202 –
Zinstermin:	1. Juni, erstmals am 1. Juni 1984
Tilgung:	am 1. Juni 1988 zum Nennwert
16. DM 30 000 000,-	7½ % Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 203 – 263 203 –
Zinstermin:	1. Juni, erstmals am 1. Juni 1984
Tilgung:	am 1. Juni 1988 zum Nennwert

der
Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg

Die Ausgabe der Emissionen wurde von dem Herrn Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg jeweils unter dem Geschäftszeichen VII A 2 W 2567 genehmigt.
Gemäß § 40 Abs. 1 Satz 1 des Börsengesetzes hat die Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg mit diversen Bescheiden, zuletzt vom 3. Juni 1983, genehmigt, daß es für die Einführung der vorgenannten Emissionen zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf. Die Zulassung der Wertpapiere zum Börsenhandel gilt damit als erfolgt.

Ausstattung

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind jeweils in mehreren Sammelurkunden verbrieft, die bei der Norddeutschen Kassenverein AG, Hamburg, hinterlegt sind. An diesen Sammelurkunden sind die Erwerber der Emissionen entsprechend ihrem Guthaben auf Girosammeldepot beteiligt. Rechte an den Sammelurkunden können im Rahmen des Effektengiroverkehrs in durch DM 100,– teilbaren Beträgen übertragen werden. Einzelurkunden werden nicht ausgefertigt, so daß Auslieferungsansprüche während der gesamten Laufzeit nicht geltend gemacht werden können.

Zinszahlung, Tilgung und Kündbarkeit

Die Zinsen für die Kommunal-Schuldverschreibungen werden nachträglich zu den genannten Zinsterminen gezahlt. Sie unterliegen der tarifmäßigen Besteuerung.
Die Verzinsung der Kommunal-Schuldverschreibungen endet bei der Serie 187 mit dem 1. November 1992, bei der Serie 188 mit dem 1. November 1988, bei der Serie 193 mit dem 3. Januar 1988, bei der Serie 195 mit dem 1. März 1987, bei der Serie 196 mit dem 15. März 1987, bei der Serie 199 mit dem 14. April 1988, bei der Serie 200 mit dem 1. Mai 1988 und bei den übrigen diese Bekanntmachung betreffenden Emissionen mit dem 30. des der Fälligkeit vorgehenden Monats.
Die Kommunal-Schuldverschreibungen werden zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen in einer Summe zum Nennwert zurückgezahlt. Sie sind unkündbar.

Besicherung

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten durch Deckungswerte gesichert. Über die Deckungswerte hinaus haftet die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – mit ihrem Vermögen.
Für die Verbindlichkeiten der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – haftet die Freie und Hansestadt Hamburg unbeschränkt.

Mündelsicherheit

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind gem. § 1807 BGB mündelsicher.

Lombardfähigkeit

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind nach Börseneinführungen bei den Landeszentralbanken lombardfähig.

Bekanntmachungen

Alle die Kommunal-Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen werden im Bundesanzeiger sowie in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.

Hamburg, im Juni 1983

Hamburgische Landesbank
– Girozentrale –

HAMBURGISCHE LANDESBANK
- GIROZENTRALE -

FINANZANZEIGEN

PHILIPP HOLZMANN
Aktiengesellschaft

Wir laden unsere Aktionäre zu der am Mittwoch, dem 10. August 1983, 10.00 Uhr, im Hause der Deutschen Bank AG, Frankfurt, Junghofstraße 5–11, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

ein.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für 1982 mit dem Geschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats
   Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzerngeschäftsberichts für 1982
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahrs 1982 von 28 000 000,– DM wie folgt zu verwenden:
   a) Ausschüttung einer Dividende von 10,– DM je Aktie zu 50,– DM mit einem Gesamtbetrag von 18 000 000,– DM.
      Unter Einbeziehung der anrechenbaren Körperschaftsteuer von 5,63 DM ergibt sich für unsere inländischen Aktionäre ein Ertrag von 15,63 DM je Aktie zu 50,– DM.
   b) Einstellung von 10 000 000,– DM in die Rücklage für Auslandsrisiken.
      Bei Annahme dieses Vorschlags entsteht ein zusätzlicher Ertrag in Höhe von 600 000,– DM, der ebenfalls der Rücklage für Auslandsrisiken zugeführt werden soll.
3. Entlastung des Vorstands
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu beschließen.
4. Entlastung des Aufsichtsrats
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung zu beschließen.
5. Wahl zum Aufsichtsrat
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, nachstehende Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre für die mit dem Ablauf der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung beginnende neue Amtszeit des Aufsichtsrats wiederzuwählen:
   a) Dr. rer. pol. Wilfried Guth, Königstein/Ts., Mitglied des Vorstands, Deutsche Bank AG
   b) Senator E. h. Dipl.-Ing. Kurt Hecker, Frankfurt, ehemaliger Vorsitzender des Vorstands, Philipp Holzmann AG
   c) Dr.-Ing. Günther Klätte, Heiligenhaus, Mitglied des Vorstands, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG
   d) Christoph von Metzler, Kronberg/Ts., Teilhaber des Bankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co.
   e) Senator E. h. Karl Gustaf Ratjen, Königstein/Ts., Vorsitzender des Vorstands, Metallgesellschaft AG
   f) Senator E. h. Prof. Dr. rer. nat. Dr.-Ing. E. h. Rolf Sammet, Bad Soden/Ts., Vorsitzender des Vorstands, Hoechst AG
   g) Dr. jur. Winfried Werner, Königstein/Ts., Direktor mit Generalvollmacht, Deutsche Bank AG

   Ferner schlägt der Aufsichtsrat vor, anstelle von Herrn Senator E.h. Dr.-Ing. Walter Kesselheim, der gebeten hat, von einer Wiederwahl abzusehen, Herrn

   Dr.-Ing. Karlheinz Kaske, Berg/Starnberger See, Vorsitzender des Vorstands, Siemens AG

   als Aufsichtsratsmitglied der Aktionäre zu wählen.
   Als Ersatzmitglieder für die Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre werden die Herren
   a) Dr. jur. Harald Rieger, Oberursel/Ts., Justitiar, Metallgesellschaft AG
   b) Dr. jur. Jürgen Lehmann, Kelkheim/Ts., Justitiar, Hoechst AG

   vorgeschlagen, und zwar mit der Maßgabe, daß Herr Dr. Rieger Ersatzmitglied für jedes der acht zur Wahl vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieder der Aktionäre wird; Herr Dr. Lehmann soll ebenfalls Ersatzmitglied für jedes der acht zur Wahl vorgeschlagenen Aufsichtsratsmitglieder werden, jedoch nur für den Fall, daß Herr Dr. Rieger als Ersatzmitglied nicht zur Verfügung steht.
   Der Aufsichtsrat setzt sich gemäß §§ 96 Abs. 1, 101 Abs. 1 des Aktiengesetzes und § 7 Abs. 1 Satz 1 Ziffer 2 des Mitbestimmungsgesetzes zusammen. Die Hauptversammlung ist an Wahlvorschläge nicht gebunden.
6. Wahl des Abschlußprüfers und des Konzernabschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1983
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, zum Abschlußprüfer und Konzernabschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1983 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens Donnerstag, den 4. August 1983, bei der Hauptverwaltung der Gesellschaft in Frankfurt, Taunusanlage 1, oder einer Niederlassung der nachstehend bezeichneten Banken in Frankfurt, Berlin, Bremen, Düsseldorf, Hamburg, München, Saarbrücken und Stuttgart während der üblichen Geschäftsstunden bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG
Effectenbank-Warburg AG.

Werden die Aktien bei einem Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist die Hinterlegungsbescheinigung bis spätestens Freitag, den 5. August 1983, bei der Gesellschaft einzureichen.

Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bank verwahrt und bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden

Frankfurt, im Juni 1983

Der Vorstand

Dividenden-Bekanntmachung
H. MAIHAK AKTIENGESELLSCHAFT

Meßinstrumente und Geräte der Feinmechanik und Elektrotechnik
Hamburg

Wertpapier-Kenn-Nr. 655 300

Gemäß Beschluß der ordentlichen Hauptversammlung vom 15. Juni 1983 gelangt für das Geschäftsjahr 1982 eine Bardividende von DM 3,00 je DM 50,00 Aktiennennbetrag nach Abzug von 25 % Kapitalertragssteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 35 unserer auf D-Mark lautenden Aktienurkunden ab sofort bei der

Commerzbank Aktiengesellschaft, Hamburg,

zur Auszahlung. Zusätzlich erhalten die Aktionäre eine Steuergutschrift von DM 1,69.

Hamburg, 15. Juni 1983 — DER VORSTAND

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken! W 286

KALI UND SALZ AKTIENGESELLSCHAFT KASSEL

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 21. Juni 1983 ist für das Geschäftsjahr 1982 die Ausschüttung einer Dividende von 3,– DM je Aktie im Nennbetrag von 50,– DM beschlossen worden

Die Auszahlung erfolgt ab 22. Juni 1983 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer auf den Gewinnanteilschein Nr 10 unserer Aktien.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende (= 1,69 DM) verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre anrechenbar ist.

Der Abzug von Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen inländischen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungs-Bescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet

Die Dividende wird bei der Gesellschaftskasse in Kassel und bei den in der vollständigen Dividendenbekanntmachung, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 112 vom 22. Juni 1983, genannten Kreditinstituten und ihren Niederlassungen ausgezahlt.

Kassel, den 22. Juni 1983 — Der Vorstand

AEG-TELEFUNKEN Kabelwerke AG Rheydt
Mönchengladbach 2

Wertpapier-Kenn-Nummer 634 800

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung am 10 Juni 1983 wurde beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1982 in Höhe von 8 640.000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 7,50 DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 57 600.000,– DM zu verwenden.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 4,22 DM je Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt ab 13. 06. 1983 gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 6 nach Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer durch die nachfolgenden Stellen.

Gesellschaftskasse in Mönchengladbach 2
Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln und Frankfurt/Main
Commerzbank AG, Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach 2
Deutsche Bank AG, Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach 2
Dresdner Bank AG, Düsseldorf, Köln und Mönchengladbach 2
Bankhaus Trinkaus & Burkhardt, Düsseldorf, Essen, Frankfurt/Main
Bank für Handel und Industrie AG, Berlin
Berliner Commerzbank AG, Berlin
Deutsche Bank Berlin AG, Berlin

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn ein inländischer Aktionär der auszahlenden Stelle eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamtes nach §§ 2b oder 13a KapStDV vorlegt bzw. eine solche Bescheinigung seiner Depotbank einreicht.

Mönchengladbach 2, im Juni 1983 — Der Vorstand

WAK 1784

Aktienkurse im Verlauf abbröckelnd

Kaufpause der Anleger machte den Berufshandel nervös

DW. – Im vorbörslichen Telefonverkehr hatte der Berufshandel am Dienstag noch auf eine freundliche Aktienbörse gesetzt. Als sich während der Börsenzeit aber herausstellte, daß die in- und ausländischen Anleger eine Kaufpause einlegten, wurden die Berufshändler nervös und stellten ihre vorbörslich aufgebauten Bestände wieder glatt. Das drückte bei der geringen Anlageneigung auf den Markt, so daß die meisten Notierungen im Verlauf wieder abbröckelten.

Die Auto-Hausse von Montag dauerte nur einen Tag. Zwar setzten die Autoaktien am Dienstag nochmals ausgesprochen freundlich ein, doch gaben die Notierungen dann nach. Die Farbennachfolger schlossen etwa auf Vortagsniveau. Unter den Elektrowerten blieben AEG mit plus 3,50 DM feundlich. Stromversorger lagen vernachlässigt und zeigten nur leichte Schwankungen.

Düsseldorf: Die freundlichen Anfangskurse konnten an der Düsseldorfer Börse nicht immer gehalten werden, so daß kleinere Verluste überwogen. So schlossen Stolberger Zink mit 1170 DM (plus 20 DM) und Huta mit 130 DM (plus 4,90 DM). Gerresheimer erhöhten um 1,40 DM auf 97 DM und Verseidag um 2 DM auf 80 DM. Nachgeben mußten Rheinwestkalk um 5 DM auf 155 DM und Keramag um 4 DM auf 144 DM.

Frankfurt: Autoaktien waren weiter freundlich. Von Nebenwerten notierten Maingas 225 DM (minus 25 DM), Mainkraft 530 DM (minus 10 DM), Lahmeyer 377 DM (plus 12 DM), Dyckerhoff-Vorzüge 172 DM (plus 6 DM), Dt. Steinzeug 210 DM (plus 9 DM) und Metallgesellschaft 240 DM (plus 9 DM). Hauptgesprächsthema an der Börse waren angebliche Aufkäufe von Kuwait in VW- und Degussa-Aktien.

Hamburg: HEW lagen nach Schwankungen bei 109 DM (unv.) und NWK-Vorz. bei 158,50 DM (plus 0,70 DM). Phoenix Gummi verkehrten auf unveränderter Basis zu 125 DM. Flensburger Schiffbau wurden mit 155 DM gehandelt. Holsten Brauerei gingen zu 274 DM (plus 3 DM) aus dem Markt. Schwächer lagen Hapag-Lloyd mit 47 DM (minus 1,50 DM). Haller Meurer wurden nach Plusankündigung mit 155 DM (plus 15 DM) taxiert.

München: Agrob Vz. verminderten um 11 DM auf 315 DM, und Dywidag erhöhten um 14 DM auf 286 DM. Flachglas gaben um 1 DM auf 297 DM nach und Leonische Draht um 4,30 DM. Gehe AG stockten um 7 DM auf 210 DM auf und Grünzweig um 2 DM auf 175 DM. Süd Chemie erhöhten um 10 DM auf 365 DM.

Berlin: Bergmann zogen um 10 DM an. Spinne Zehlendorf verbesserten sich um 5 DM, Orenstein um 3 DM und Herlitz Vorzüge um 2 DM. DeTeWe wurden um 10 DM und Tempelhofer Feld um 5 DM niedriger taxiert. Berthold büßten 5 DM, Dt. Hypobank Berlin 2 DM und Berliner Kindl 1 DM ein.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate

Fremde Währungen

Junge Aktien

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Toronto

London

Amsterdam

Mailand

Tokio

Wien

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Hongkong

Singapur

Madrid

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 21. 6.: 804 Optionen, 42 950 (48 750) Aktien, davon 77 Verkaufsoptionen: 4800 Aktien. Kaufoptionen: AEG 7-7,50, 7-75/3, 7-80/1,30, 10-70/10,15, 10-75/7, 10-80/4,10, 1-70/13, 1-80/8, 1-90/3,90, Siemens 7-340/8,80, 7-350/4,15, 10-360/8, 1-338,05/35, 1-340/30, 1-350/19 und 18,20, 1-360/13, 1-370/11, 1-380/7, VEBA 10-160/11, 1-170/7,80, BASF 7-140/7,80, 7-150/2,70, 10-150/5,50, Bayer 7-140/1,90, 10-140,7, 1-140/8,50, 1-150/6, Hoechst 10-140/11, 10-150/4,40, 1-150/8,50, 1-160/4,50, BMW 7-310/38, VW 7-190/4,10, 10-170/24, 10-190/9, 10-200/5,90, 1-170/32,50, 1-180/24,20, 1-190/18,60, 1-200/12, 1-220/5, Conti 7-85/15, 7-90/10,50, 7-95/6, 10-85/17, 10-90/15, 10-95/8,50, 10-110/4, 1-95/11,60, 1-110/4,40, Lufthansa 1-130/6,40, Commerzbank 7-160/28, 7-170/19, 10-180/17,50, 10-190/11,50, 10-200/6, 1-180/11,20, 1-190/14,10, 1-200/10, 1-210/7,40, Deutsche Bank 7-330/3,90, 10-330/10, 1-320/30, 1-330/19,40, 1-340-15, 1-370/5,. Dresdner Bank 10-190/8,60, 1-190/17, 1-200/7,50, Hoesch 7-55/2, 10-50/8, 10-55/4,40, 1-50/10, 1-55/6,90, 1-60/5, 1-64/4, 1-75/2, Mannesmann 10-150/6,90, 10-160/4,40, 1-160/10, 1-170/8,10 1-180/3,40, 1-190/2, Preisag 10-270/3, 1-200/20, 1-270/8, Thyssen 10-80/6,70, 1-80/11,20, 1-85/8,80 und 8, 1-90/4,20, Bay. Hypo 1-330/7,50, Bay. Vereinsbank 10-350/20, 1-380/13,40, Bewag 10-100/5, 10-110/3, Daimler 10-550/20, 10-570/12, Deutsche Babcock 7-170/1, 10-160/10,60, 1-180/3,50, Degussa 7-320/24, 7-330/16,15, 10-290/52, 10-330/20,80, Harpener 7-280/15,70, Klöckner 10-45/2,70, 1-45/3,95, Mercedes 10-460/36, 1-480/32, Schering 10-340/40, 10-350/28, Chrysler 10-70/10, 1-75/9, General Motors 10-180/11,40, IBM 1-300/33, Litton 10-170/21, Xerox 1-120/12,40, Philips 10-40/9,10, 10-45/6, 1-45/6,50, Royal Dutch 7-110/8, 10-110/9, 10-120/4,40, 1-110/14,20, 1-120/5,90, Elf Aquitaine 10-55/5, 1-55/6,80, Norsk Hydro 10-150/7,20, 1-150/13,20. Verkaufsoptionen: AEG 10-65/2,10, 10-70/2,90, 10-75/5, 1-60/1,30, 1-65/2,40, 1-70/5,30, Bayer 10-140/4,50, Hoecsht 7-150/8, BMW 10-320/3,40, VW 10-180/4, 10-190/9, 1-180/8, 1-190/12, Conti 1-90/3, 1-95/7,85, Hoesch 10-50/2,50, 10-55/4,60, Bay. Hypo 10-310/8, 10-320/15, 1-320/18, Daimler 1-550/24,20, Deutsche Babcock 7-160/3,60, GHH 7-170/6,60, Kali + Salz 10-190/3,70, Alcan 1-80/4,40, 10-75/5, 1-70/6,90, IBM 10-300/19,70, Litton 7-180/8, 10-180/12,60, Philips 10-45/2,40, 1-40/1,40, 1-45/3,85. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 21. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9⅞	5 –5⅛	5⅛–5¼
3 Monate	9⅞– 9⅜	5¼–5½	5⅛–5⅜
6 Monate	10⅛–10¼	5½–5¾	5 –5⅛
12 Monate	10¼–10½	6 –6¼	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 21. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1345,00	1632,85
10 US-Dollar (Indian)**)	1130,00	1331,25
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	655,40
1 £ Sovereign alt	255,00	310,75
1 £ Sovereign Elizabeth II	241,00	294,93
20 belgische Franken	183,00	240,69
10 Rubel Tscherwonez	255,00	316,40
2 südafrikanische Rand	240,00	293,80
Krüger Rand, neu	1066,00	1249,78
Maple Leaf	1065,00	1248,65

Außer Kurs gesetzte Münzen *)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	248,00	314,14
20 schweiz. Franken „Vreneli"	212,00	267,81
20 franz. Franken „Napoléon"	208,00	263,29
100 österr. Kronen (Neuprägung)	967,00	1183,11
20 österr. Kronen (Neuprägung)	199,00	247,47
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	134,47
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	457,00	555,96
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	144,64

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Das zu Beginn des Handels vorhandene Niveau von 2,5425 weckte am 21. 6. in Verbindung mit einer ½prozentigen Festigung der Euro-Dollar-Zinssätze kommerzielles Kaufinteresse. Ein Anstieg bis 2,5555 war die Folge. Die amtliche Notierung wurde mit 2,5530 festgestellt, wobei die Bundesbank mit einer Abgabe von 8,45 Mill. Dollar den Kursausgleich vornahm. Die größte Bewegung des Tages verzeichnete der portugiesische Escudo, der um knapp 2 Prozent auf 2,488 stieg, nachdem Gerüchte über eine angeblich unmittelbar bevorstehende Abwertung von der Regierung dementiert wurde. Die übrigen Währungen wiesen nur geringfügige Veränderungen auf. US-Dollar in: Amsterdam 2,8540; Brüssel 51,0025; Paris 7,6800; Mailand 1530,30; Wien 17,9860; Zürich 2,1134; Pfund/Dollar 1,5327.

Ostmarkkurs am 21. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Unter dem Eindruck steigender Dollar-Zinsen handelte man am 21. Juni alle Dollar-Depots mit höheren Abschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,07/0,97	2,98/2,88	5,78/5,[illegible]
Pfund/Dollar	0,01/0,04	0,08/0,12	0,24/0,[illegible]
Pfund/DM	2,20/0,80	5,10/3,70	8,90/7,[illegible]
FF/DM	30/14	88/70	190/17[illegible]

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 21. 6.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,25 Prozent; Dreimonatsgeld 5,45–5,6 Prozent.

Privatdiskontsätze am 21. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,4[illegible] Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 21. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/9 (Typ A) 4,00 (4,00)–6,00 (4,98)–(5,77)–8,50 (6,38)–9,00 (6,83)–9,50 (7,20). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,00 (4,00)–6,00 (5,00)–7,50 (5,82)–8,50 (6,[illegible])–9,00 (6,98)–9,50 (7,40)–9,50 (7,70) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,65, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,00, Rendite 7,75.

Bundesanleihen

		21. 6.	20. 6.
F 4 Abl 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bund 78 I	1/84	99,8	99,75bG
6 dgl. 64 I	1/84	100G	100
8 dgl. 76 I	2/84	100,8	100,75
7 dgl. 77	3/84	100,35	100,3
7½ dgl. 76 II	4/84	100,8	100,75
5 dgl. 78	5/84	98,85	98,85
6 dgl. 78 III	9/84	99,3	99,2
8¼ dgl. 76	9/84	101,96	101,95
6 dgl. 78 IV	12/84	99,15	99,15
6¼ dgl. 79	1/85	98,03	98,05
8½ dgl. 73 I	3/85	102,3	102,3
7 dgl. 79	4/85	99,7	99,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,1	100,1
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,9	100,9
8 dgl. 76 IV	10/85	101,2	101,2
5½ dgl. 78 II	3/86	95,95	95,95
5¼ dgl. 78	5/86	95,4	95,4
7¼ dgl. 76 I	12/86	98,5	98,5bG
6½ dgl. 79	1/87	98,2	98,2
7¼ dgl. 76 II	1/87	98,3bG	98,2
6¾ dgl. 77	4/87	96,9	96,8
6½ dgl. 77	7/87	95,95	95,95
6 dgl. 77	10/87	93,95	93,95
6 dgl. 78 I	1/88	93,7	93,7
6¼ dgl. 78 I	9/88	95,1	95,1
6½ dgl. 78 II	12/88	95	95G
6¾ dgl. 79	1/89	96,16	96,16
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,6	96,75G
F 6 dgl. 77	9/87	94	93,95
6 dgl. 78 II	7/89	93,15	93,15
6½ dgl. 77	5/89	94,3	94,3
8 dgl. 79 I	7/89	99,9	100,05
6 dgl. 78 I	2/90	91,15G	91,35
8 dgl. 80 II	7/90	100	100
9 dgl. 81	3/91	104,85	104,85
10½ dgl. 81	9/91	113,6	113,8G
10¼ dgl. 81	11/?	112,1	112,1G
8 dgl. 80 I	2/92	99,5	99,5
10 dgl. 82	2/92	111,15	111,15
9½ dgl. 82	7/92	108,7G	108,9
8 dgl. 82	11/92	99,35	99,5
7¾ dgl. 83	1/93	98,45G	98,45

Bundespost

		21. 6.	20. 6.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,16
8 dgl. 72 II	12/83	101,15	101,2g
6½ dgl. 68	6/88	98,55G	98,55
8 dgl. 72 I	9/87	101,2	101,2
10 dgl. 81	3/89	108,9	108,9
10¼ dgl. 81	6/89	109,7	109,7
8 dgl. 80	3/90	100	100
7¾ dgl. 80	9/80	98,4	98,4
8¾ dgl. 80	12/80	103,2	103,1
10½ dgl. 81	10/91	113,35bG	113,3

Länder – Städte

Bundesbahn

Bankschuldverschreib.

Rentenwerte leicht schwankend

Das Geschäft an den Märkten für festverzinsliche Wertpapiere verlief an der Dienstagbörse lustlos wie bei den Aktien auch. Bei relativ geringen Umsätzen schwankten die Kurse für öffentliche Anleihen zwischen minus 0,1 und plus 0,15 Prozentpunkten, wobei sich das Schwergewicht im Verlauf von den Minuskorrekturen auf kleinere Gewinne verlagerte. DM-Auslandsanleihen bröckelten eher ab. Der Pfandbriefmarkt tendierte sehr ruhig und praktisch unverändert.

	21. 6.	20. 6.
M 5½ Bayer.Hyba Pf 14	90,5G	90,25G
6 dgl. Pf 23	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 3	94,75G	94,5G
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	95,5G	95,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. 10 Pf 50	100G	100G

	21. 6.	20. 6.
Br 6½ dgl. Pf 77	93,3G	93,3G
8 dgl. Pf 42	99,5G	99,5G
8½ dgl. Pf 47	101,25G	101,25G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 65	89,5G	89,5G
5½ dgl. Pf 53	76G	78G
8 dgl. Pf 79	79,5G	79,5G
6 dgl. Pf 130	90,45G	90,45G
6½ dgl. Pf 133	86,5G	86,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9G
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	88,6G	88,6G

	21. 6.	20. 6.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,9G	97,9G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,3G
M 6 Südboden Pf 41	88G	88G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
8½ dgl. Pf 143	95,25G	95,25G
7 dgl. Pf 87	93G	93G
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 139	98,5G	98,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Privatplazierungen

Ausländische Aktien

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Generalvertretung/Auslieferungslager

Eine seriöse Existenz mit sicheren Aufträgen zu vergeben, es handelt sich um ein Produkt im Bereich der

Energiespartechnik

Ein völlig konkurrenzloses mineralisches Vollwärmeschutzsystem für Alt- und Neubauten. Alle bisherigen Isoliertechniken werden im Ergebnis mit weitem Abstand übertroffen. Beste Verkaufserfolge sind auf diesem expandierendem Markt gesichert. Bedingung: 50 m² Lager, einmal. Umlaufkapital und Inkasso: DM 22 500,–.

Bitte wenden Sie sich schriftlich an:

Büro R. Frisch
5500 Trier, Domänenstraße 160

Weltneuheit

Superverdienst für nette sympathische Damen mit einem Artikel, der fast in jedem Haushalt, aber auch bei Ärzten, in Altersheimen und vielen anderen Stellen einfach zu verkaufen ist.

Die Presse machte schon eine große Werbung.

Tel. 02 28 / 31 32 00 / 38, oder unter V 7678 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Für unseren Mandanten, ein selbständiges Unternehmen einer weltweit operierenden *Vertriebsgesellschaft für Ganzstahl-Schutzräume* (ATOM-BUNKER/GROSSRAUMTRESORE) mit Alleinverkaufsrecht in NRW suchen wir für den **regionalen** Vertrieb in NRW seriöse, engagierte

KONZESSIONÄRE

mit entsprechenden Verbindungen. Geringes Konzessionskapital (voll rückzahlbar) *erforderlich.*

stürwold & partner, Betriebsberatungsges. GBR.
In den Weinbergen 25, 5166 Kreuzau 4, Tel. 0 24 22 / 87 54.
Für einzelne Bundesländer können Konzessionen mit Alleinvertriebsrecht noch vergeben werden.

Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, *Beobachter vom Bau seit 1918,* Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

DIS Büro-Service. Ihr wirtschaftliches Büro in Frankfurt.

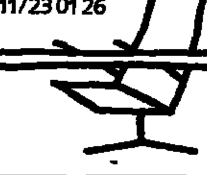
Moderne, komplett eingerichtete Büros u. Konferenzräume direkt am Hauptbahnhof. Für Tage oder auf Dauer.

Service-Leistungen „Rund ums Büro": Post-, Telefon-, Telex- und Teletex-Service, Schreib- und Sekretariats-Service, Geschäftsadresse.

Dolmetscher-, Übersetzer-, Werbe-, Druck- und Messe-Service.

Veranstaltungs-, Geschenke-, Shopping- und Sightseeing-Service, Kultur- und Freizeitprogramme.

Rufen Sie bitte Frau Fröhlich an.



DIS Büro-Service,
Karlstraße 16,
6000 Frankfurt/Main,
Tel. 06 11/23 01 26

ENGLISH BONE CHINA

Distributors wanted for an exquisite range of *Jewellery. Write to:*
R. G. Gifts Ltd.
2 Vine House, Weston, BATH,
BA1-4BT, England, or
Telex 4 49 212 LANTEL G.

Top-Artikel – Weltneuheit

27 Mio. Fahrzeuge brauchen ihn ... wir haben ihn, unseren

Ölboy
(patentiert)

Für Tankstellen, KFZ-Groß- und Einzelhandel suchen wir aktive Handelsvertreter (Gebietsschutz) für die ganze Bundesrepublik.
Bedingung: eig. Kfz, Eigenkapital erforderl.: ca. DM 3000,–.
Leistung: Tägliche Provisionsauszahlung.
Tel. Bewerbungen unter: 0 22 91 / 28 60, täglich von 7.30–15.30 Uhr, oder: 0 23 33 / 7 24 93

Handelsvertreter gesucht

Expandierendes Unternehmen der Sport- u. Freizeitbranche sucht für verkaufsstarkes

Fahrrad-/Fahrradzubehörprogramm

im Handel gut eingeführte Handelsvertreter für verschiedene Gebiete der Bundesrepublik.

Zuschr. erb. u. PK 46 657 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Water-Buggy

Der Umsatzrenner nach dem Surfbrett ... ! Der superschnelle Wasserflitzer für die ganze Familie. Programmierte Verkaufserfolge für Wiederverkäufer mit dem richtigen Riecher für Marktlücken. Rufen Sie an!

Tel. 0 72 21 / 6 62 06, H. Herrmann, Postfach 13, 7570 Baden-Baden 19

Diplom-Übersetzer

Engl./Franz., übernimmt schwierige Übersetzungen aus den Bereichen Recht, Wirtschaft, Technik, Kunstgeschichte.

Zuschr. erb. u. Z 7506 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Graf aus altem Adelsgeschlecht

sucht kapitalkräftigen Nachfolger. Titel kann durch Adoption übernommen werden. Zuschr. erb. u. U 7501 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GmbH-Gründung? Engl. Gesellschaft (Ltd.) od. deutsche GmbH?

Wir beantworten Ihre Fragen in diesem Zusammenhang. Selbstverst. liefern wir auch Ihre Ltd. zur Lösung Ihrer priv. u. geschäftl. Probleme.
Lynnwood Properties Ltd.
Postf. 37 23, D-3300 Braunschweig

Suche Exporteur u. Vertriebspartner

für Bundesrepublik u. Europa. – 80° Celsius Tiefkühllagertruhen, Spitzenqualität, tropenfest, überkompl., F. O. R. Hamburg, DM 6900,–.
T. 0 40 / 39 53 30

87% der Bevölkerung haben Fußprobleme ... Das können Ihre Kunden sein:

Akupressur-Sandalen mit Fußmassage

im Gesundheitstrend jetzt gefragter denn je ... modische Aufmachung ... Sehr gute Konditionen. Sehr gute Verkaufschancen. Abnehmerkreise: Schuhgeschäfte, Fußpflegeinstitute, Kosmetiksalons, Drogerei/Parfümerie, Sanitätshäuser.
Information von:
Baer GmbH, Postfach 345
7120 Bietigheim-Biss
Tel.: 0 71 42 / 5 18 13
(neue Tel.-Nr. ab 1. 7.: 4 20 35)

Alle Voraussetzungen für

Abfüllen
(techn. Flüssigkeiten bis ca. 5000 cP)

Lagern
(verpackte Pulver- und Flüssigwaren)

Versenden
(Lkw, Bahn)

bietet Firma nahe Stuttgart, beste Verkehrslage.

Zuschriften unter X 7680 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sonderposten – billig wie nie!

40 000 Stck. Schaffelle, natur, Langhaar oder Kurzhaar, i. Weiß u. Braun (Chromgerbung), *aus deutscher Gerberei,* 85–95 cm, Stck. DM 17,–, 95–110 cm, Stck. **DM 24,50**
10 000 Paar Lammfell-Hausschuhe (Größe 36–42), Paar **DM 15,–**
5000 Lammfell-Autositzbezüge, Stck. **DM 29,90**
15 000 Werkzeug-Sets, 16teilig, Etui 13x20 cm, Stck. **DM 2,80**
Mindestauftrag ab DM 500,– per NN. Lieferung ab Lager Frankfurt, netto Kasse + MwSt.

SCHÄFER AUTOFELLFABRIKATION
6000 Frankfurt/M. 1
Hanauer Landstr. 80
Telefon 06 11 - 49 29 97

Haus als Lagerraum

ab 1. Sept. oder sofort zu vermieten. AB Frankfurt–Basel, Abf. Achern, z. B. zur Belieferung von Baden-Württemberg. Übernehme gerne Lagerverwaltung evtl. auch Auslieferung.

Angeb. u. Y 7681 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Handzettelverteilergruppen aus der gesamten Bundesrepublik m. Transporter gesucht. T. 0 45 35 / 83 56.

Privat-Theater

(kein Ensemble – nur Gastspiele –) in deutscher Großstadt sucht tätigen oder stillen Teilhaber, da bisheriger Partner gesundheitsbedingt ausscheiden muß.
Angeb. erb. u. W 7679 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DM 2000,– bis DM 3000,– monatl.

nebenbei, im Hauptberuf entsprechend mehr, durch Edelmetallankauf. Das „Know-how" erhalten Sie durch uns. Info geg. DM 20,– Schutzgebühr (wird bei Mitarbeit verrechnet.
Martin Gleiniger, Laher Kirchweg 21, 3000 Hannover 51

Junge Geschäftsfrau Raum FFM. sucht Teilhaber.
Angeb. u. U 7677 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir führen und betreuen

für solide Auftraggeber im Bereich BRD konsequent und zuverlässig

Bauvorhaben

durch. Anfragen an:
Dub Baubetreuung und Immobilien
Trockener Kamp 17
3200 Hildesheim
Tel. 0 51 21 / 2 28 53

Hohe Provision für die Vermittlung von Werbeaufträgen (auch für erfolgreiche Akquisitionstips) Tel. 0 40 / 2 71 33 42

Firma Herbert Preuss

Industrieanlagen – Stahlbau + Montagen im In- u. Ausland übernimmt kurzfristige Aufträge.

Tel. Geschäft 0 21 06 / 7 08 09
Priv. Sa., So. 0 21 82 / 64 07
4047 Dormagen, Anemonenweg 5a.

Eine sichere Existenz

mit überdurchschnittlichen Verdienstmöglichkeiten, DM 120.000,— p. a. und mehr, bieten wir Ihnen, wenn Sie sich hauptberuflich selbständig machen wollen.

Wir suchen:

Selbständige Repräsentanten

für unser überregionales Dienstleistungsunternehmen. Wir sind präsent im In- und Ausland.

Was wir erwarten:

- einen guten Leumund
- sicheres und gewandtes Auftreten
- gepflegte Erscheinung
- Geschick und Takt im Umgang mit Menschen
- Sie sollten im Alter zwischen 35 und 50 sein
- Eigenkapital

Über Einzelheiten der Position möchten wir Sie gerne in einem persönlichen Gespräch unterrichten.

Bitte bewerben Sie sich (mit tab. Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Lichtbild) und sagen Sie uns auch, wann Sie frühestens Ihre Tätigkeit aufnehmen können. Senden Sie Ihre Unterlagen unter

Handelsvertreter

für patentierte Neuheit auf dem Autozubehörmarkt, haupt- oder nebenberuflich für verschiedene Postleitzahlgebiete gesucht. Es mögen sich nur Herren bewerben, die auf dem Autozubehör- und *Freizeitmarkt bestens eingeführt sind.*

Günter Dipp, Allein-Import und Vertrieb
Rheinstahlstraße 4, 4000 Düsseldorf, Tel.: 02 11 / 71 20 49

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?

AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!

Informationen durch:

HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 - 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

Gesucht – freie Mitarbeiter für Außendienst

Arbeitsgebiet: Anlageberatung in der Bundesrepublik, in Österreich, in den USA, Kanada und Australien sowie *asiatische Länder.*
Geboten: Hoher Verdienst (sechsstellig)!
Erforderlich: Sicherheitseinlage. (Wird mit 12% p. a. verzinst!)
Bewerbungen an: J. W. Treuhand, Studentenweg, CH–6390 Engelberg.
(Bitte nur schriftliche Anfragen!)

STELLENGESUCHE

Volljurist (30)

mit Banklehre und Praxis in Industrie und Dienstleistung, ausgeprägter Neigung zu Wirtschaft, Betriebswirtschaft und Finanzen, sucht interessante, herausfordernde und

ausbaufähige Aufgabe in Industrie oder Dienstleistung

z. B. als Geschäftsleitungs-Assistent o. ä. Er bringt mit: technisches Interesse, Wendigkeit, Mobilität und die Bereitschaft zu Auslandseinsatz (gutes Englisch und Französisch). **Da ihm weniger an einem hohen Anfangseinkommen als vielmehr an der Möglichkeit liegt, fundierte Praxis und Berufserfahrungen zu erwerben, ist er in der Dotierungserwartung flexibel.**

Vertrauliche Kontaktaufnahme erbeten unter AA 832406 über **DIE PERSONALANZEIGE, Chiffredienst, Postfach 2 80, 6140 Bensheim 1.**

Technische Führungskraft

43 Jahre, led., Ing. grad., Fertigungstechnik, Industrial Engineering, langjährige erfolgreiche Führungserfahrung in Groß- und mittelständischen Unternehmen der metall- und holzverarbeitenden Industrie, unternehmerisch denkend und handelnd, belastbar, möchte sich verändern, angestrebte Position: Geschäftsleitung, technische Leitung, Beteiligungen nicht ausgeschlossen.
Kontaktaufnahme unter T 7500 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bauingenieur / Dipl.-Ing.

42 Jahre, führungserfahren, kostenbewußt, i. Hoch- u. Ingenieurbau sowie schlüsselfertigen Bauen, i. d. Bereichen Planung, Projektierung, Budgetierung, Akquisition, Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung, Kalkulation, Abnahme u. Abrechnung sowie Finanzierungs- u. Kostenkontrollwesen, sucht neuen verantwortungsvollen Aufgabenbereich u. Wirkungskreis mögl. i. R. HH, Niedersach. o. Schl.-Holst.
Zuschr. erbeten u. PY 46618 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Vertriebsleiter

38 Jahre, verh., z. Z. Geschäftsführer eines mittleren Unternehmens, möchte sich aus privaten Gründen verändern (mögl. Rhein/Main, aber nicht Bedingung). Langjähr., erfolgreiche Tätigkeit in der Elektrobranche (braune Ware), Auslandserfahrung (u. a. längere Tätigkeit in Sales-promotion und Marketing für intern. Großkonzern).
Angebote bitte u. T 7676 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH)

Elektrotechnik, Impuls- und Digitaltechnik, 26 J., Absolvent, mit Facharbeiterbrief und guten theoretischen Kenntnissen, sucht Anfangsstellung im Raum Hamburg zum baldmöglichen Arbeitsantritt. Besondere Interessen: Entwicklung digitaler Elektronik, Mikroprozessortechnik.
Zuschriften erbeten unter Z 7682 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Gesprächspartner für Führungspositionen **P&M** Bonn Telefon 02 28 / 2603-0

Die aktive Gestaltung der Unternehmenspolitik und die optimale Steuerung von Unternehmen auf Erfolgskurs sind die markantesten Merkmale meiner Persönlichkeit

Neben unternehmerischem Geschick und der fachlichen Kompetenz in allen kaufmännischen Bereichen bin ich als aktiver Gestalter nicht nur in der Lage, Impulse zu geben, sondern besitze auch die langjährige Führungsbefähigung, qualifizierte Mitarbeiter durch Vorbild leistungsorientiert zu motivieren. Ich suche eine neue Herausforderung als

Vorstandsmitglied
oder
Geschäftsführer

eines Maschinenbau- und metallverarbeitenden Unternehmens. Ich bin 43 Jahre alt, belastbar, aktiv, voller Unternehmergeist und in der Lage, auch Unternehmen, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Phase befinden, erfolgsorientiert zu führen. Sollten Sie diese wenigen Hinweise interessieren, so bitte ich um Kontaktaufnahme mit der mich vertretenden Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Poppelsdorfer Allee 45, 5300 Bonn 1 unter Angabe der Kennziffer V/6197. Gern erwartet dort Herr Kretschmer als Ihr und mein Kontaktpartner Ihren Anruf unter der Rufnummer 0228/2603-1 16.

Personal & Management Beratung
Wolfram Hatesaul GmbH

Exportkaufmann

Franzose, 45 J., Deutsch und Englisch in Wort und Schrift, Kenntnisse Italienisch und Spanisch, Erfahrg. Verkauf Chemikalien und Kunststoffe, sucht wegen Verstaatlichg. der jetzigen Fa. Posten mit gemischter Schreibtisch- und Akquisitionstätigkeit. Ist-Eink. 65 000 DM p.a. Nicht ortsgebunden.
Tel. 0 03 31 / 2 26 66 46 oder an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Südafrika

Speditionskaufm., 41 Jahre, seit 64 in Südafrika in leitender Position, sucht neue, leitende Tätigkeit vorzugsw. f. deutsches Unternehmen. Zuschr. erb. u. PP 46 623 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Betriebswirt/Touristik

u. Fremdsprachensekretärin, 33 J., Abitur, Steno u. EDV, fl. Engl./Franz./Span., Auslandserfahrung bei gr. Reiseveranstalter, sucht ab 1. 10. interess. Tätigkeit.
Zuschr. erb. u. PD 46651 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Estrichlegermeister

43 J., handwerkl. wie kaufmännisch versiert, seit 12 J. als Meister tätig, sucht Stellung.
Zuschr. u. S 7609 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

DIPLOM-KAUFFRAU

Dipl.-Betriebswirtin, 28 J., Prädikatsexamen, sucht interessante Startposition im Personalbereich oder verwandten Gebieten zum 1. 10. 83 im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. B 7508 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Gelernter Berufsjäger

mit land- und forstwirtschaftlichen Kenntnissen, sucht im Ausland Anstellung als Berufsjäger oder Verwalter eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes.
Angeb. erb. u. D 7688 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Konditorin

3. Gesellenjahr, 25 Jahre, sucht zwecks Weiterbildung neuen Wirkungskreis.
Korte, Tel. 02 31 / 61 49 68

Lokführer (DR)/Aussiedler

39 J., verh., seit 11 Mon. in d. BRD, örtl. ungeb., m. Kenntn. i. Hydraulik, Elektrotechnik, Dieselmotoren, Heizungsanlagen (Kesselwärterbr.), sucht passende Anstellung.
Ang. erb. u. E 7687 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

DIPL.-ING. (TU + FH)

Maschinenbau (Werkstofftechnik + Verfahrenstechnik), Maschinenschlosserlehre (36 Jahre), seit 6 Jahren Entwicklungsingenieur mit Aufgaben in Konstruktion, Versuch und Fertigung, sucht neue Aufgabe im Bereich Fertigungsentwicklung/Werksleitung. Bevorzugt: kleines oder mittleres Unternehmen in Norddeutschland.
Ang. erb. u. C 7685 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Philologin

1. Staatsexamen, Engl. u. Franz., sucht Beschäftigung ab August. Raum Hamburg, Itzehoe, Neumünster oder Kiel.
Angeb. u. PR 46 624 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Unternehmensberater

Qualifizierter Unternehmensberater, Dipl.-Kfm., 46 Jahre, *mit* breitem Anwendungsspektrum, sucht partnerschaftliche Mitarbeit in einer Hamburger Unternehmensberatung.
Kontaktaufnahme erbeten unter N 7518 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jg. Mann, 35 J., sucht neuen Wirkungskreis als **Kundendienstmonteur,** v. Beruf Bürom.-Mech., Gebiet Niedersachsen. Angeb. erb. u. L 7516 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bankprokurist

38 J., überw. im Kreditgesch., engl. Sprachkenntn., sucht sich zu verändern nach Hamburg. Wohnung vorhanden.
Ang. erb. u. B 7684 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industrie-Kfm.

Sprachk. engl./franz. u. Jurastudim sucht ab sofort oder später eine Stellung. Zuschr. erb. u. PJ 46 656 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Assistentin

42 J., verh., vielseitig, zuverlässig u. selbständig arbeitend, sucht anspruchsvolle Aufgabe halbtags in Hamburger Unternehmen oder Verlag. Angeb. m. Gehaltsrahmen erb. unter PB 46650 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Vertriebsingenieur

41, ungekündigt, f. Steckverbinder u. LWL-System, sucht neuen Wirkungskreis mögl. Norddeutschl. 13 J. Berufserfahrung. Zuschriften u. V 7612 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exam. Krankenschwester

sucht zum 1. 9. 83 Anstellg. im Krankenhs., Altenheim, Pflegeheim oder Privatpflege.
Zuschr. erb. u. PA 46649 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Handelsvertreter, 35 J.

sucht für Niedersachsen Bestükkung und Reparatur von Automaten.
Angeb. erb. u. P 7519 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Volkswirt

33, ledig, EDV-Fachmann für Wirtschaft, DV-Org.-Praxis mit Ausl.-Erfahr., nautisches Praktikum, sucht inter. Tätigkeit im Bereich Schiffahrt, auch mit Ausl.-Einsatz.
Angeb. erb. u. R 7674 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Geograph M. A.

30 J., led., gutes Examen März 83, (Nebenfächer: VWL, Geologie, Neuere u. Wirtsch.- u. Soz.-Geschichte); Studienschwerpunkte: *Regionalplanung,* Entwicklungsländerprobl., Abfallbeseitigung; Sprachkenntnisse: Englisch, Neugriechisch, Spanisch, sucht Anfangsstellung (auch Ausland), nicht unbedingt studienbezogen.
Zuschriften unter P 7673 an WELT-Verlag, *Postfach 10 08 64, 4300 Essen.*

Vertriebsleiter

Wirt.-Ing., 46 J., Flurförderfahrzeuge, Lüftung – Klima, nicht branchengebunden

erfüllt die Anforderungskriterien für den erfolgreichen Vertrieb.

Zuschr. erb. u. M 7451 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsorientierter Niederlassungsleiter

einsatzfreudig, 35 J., tätig im Investitionsgüter- und Dienstleistungsbereich, erfahren in der Mitarbeiterführung und der Steuerung des Außendienstes, sucht neue Aufgabe für Norddeutschland mit Standort Hamburg.
Angeb. erb. u. R 7520 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufm. Geschäftsführer, 44 Jahre

der aus pers. Gründen seine derzeitige Position aufgibt, sucht neuen Wirkungskreis. Meine Stärken liegen im Handel bzw. im Ein- u. Verkauf von Agrargütern, bes. des intern. Getreide- u. Ölsaathandels mit besten Kontakten zu Zentral-Genossenschaften, dem Handel, der Industrie u. dem Lebensmittelbereich. Auch eine Tätigkeit in anderen Bereichen, für die z. T. nur der obige Kreis in Frage kommt, dürfte von Interesse sein. Ich habe Verhandlungsgeschick u. gute Kontakte zu Behörden, bin reisebereit, flexibel u. belastbar. Evtl. kann Kapit.-Beteiligung geboten werden.
Angebote erb. u. C 7509 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Leitender Betontechnologe

(E. Nachweis nach DIN 1045 – 5. 2.2.7.)

sucht Stelle im In- oder Ausland. Gute Kenntnisse in Schalungstechnik und Statik.

Laufbahn: Maurer
Polier
Bauführer
Betriebsleiter und Geschäftsführer (Fertigbetonwerk, Hoch- und Stahlbetonbau)

Alter: 42 Jahre

Zuschriften unter M 7517 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Südafrika / Australien

Exportmanager, 36 J., Engl., Afrikaans, Franz., erf. Praktiker: Anlagen- u. Handelsgeschäft, langj. Markt- u. Landeskenntn. inkl. Anrainerstaaten, sehr gute Verbindungen, sucht Filialleitung: Aufbau od. Übernahme.
Angeb. u. A 7683 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Öffentlichkeitsarbeit in verantwortlicher Funktion

Ab Anfang 84 suche ich eine neue Aufgabe. Als 37jähriger, verheirateter Dipl.-Ökonom biete ich eine akademische Ausbildung in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Politologie, Elektrotechnik u. Industrieerfahrung in Stab, Linie u. als Geschäftsführer, Engagement und den Willen zum Erfolg.
Zuschriften unter U 7611 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



STELLENANGEBOTE

Wir suchen sattelfesten

Verkaufsingenieur

für hochwertige Werkzeugmaschinen.
Gebiet: Nordrhein-Westfalen
Einstellung: kurzfristig

Ihre Bewerbung richten Sie bitte unter S 7675 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Junger tatkräftiger D.-I. TH Maschinenbau

mit prakt. Erfahrung, umfassende techn. evtl. elektronische u. engl. Kenntn. als Assistent der Geschäftsleitung gesucht.
– Mittelständ. Betrieb, Raum Darmstadt –

Antworten bitte direkt an Postfach 75 02 04, 6000 Ffm-75, Flughafen

Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher *Start möglich.*

CPA, Postf. 11 04 41, Ffm. 11

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffre-Nummer auf dem Umschlag vermerken!

„BEI EINER PROFILTIEFE VON NUR NOCH 3 MM AN DER DÜNNSTEN STELLE EINES REIFENS WIRD ES ZEIT, ETWAS FÜR DIE EIGENE SICHERHEIT ZU TUN"

DEUTSCHE VERKEHRSWACHT

Wir sind Teil des größten medizinisch-analytischen Labors der Bundesrepublik und betreiben eigene

Software-Analytik- und Elektronik-Entwicklung

für die Bereiche Labordatenverarbeitung, Laborautomation und Entwicklung Praxiscomputer suchen wir

Programmierer
Informatiker
Elektronik-Ingenieure

Vorwiegend eingesetzte Systeme: Prime und Altos Computer
Programmier-Sprache: *Fortran und „C"*
Betriebssysteme: Primos, UNIC

Ausführliche Bewerbungsunterlagen mit handgeschriebenem Lebenslauf und Lichtbild erbeten an

Syscomp GmbH und Co. KG, Stadionstr. 5a, 8900 Augsburg

Junger energischer Volks- o. Betriebswirt

mit einigen Jahren praktischer Erfahrung in Industrie o. W.P.-Gesellschaft, techn. Verständnis u. engl. Kenntn. als Direktionsassistent gesucht. – Mittelständ. Betr. – Raum Darmstadt.

Antworten bitte direkt an Postfach 75 02 04, 6000 Ffm-75 Flughafen

Wir sind ein mittelständisches Maschinenbau-Unternehmen und haben zum nächstmöglichen Termin die Position des

Leiters der Arbeitsvorbereitung

neu zu besetzen.

Voraussetzungen hierfür sind die Ausbildung als Maschinenbauingenieur in der Fachrichtung Fertigungstechnik, umfangreiche REFA-Ausbildung mit Kenntnissen in der Fertigungssteuerung, Terminwesen und Kostenrechnung sowie Erfahrungen aus dem Bereich der Investitionsgüterindustrie (Großmaschinen- und Apparatebau).

EDV-Kenntnisse auf dem Gebiet der Fertigungssteuerung und Materialverwaltung sind notwendig.

Wir bieten ein leistungsgerechtes Gehalt und eine interessante Aufgabe in *einem erfolgreichen Unternehmen. Der Fähigkeit der Zusammen*arbeit wird große Bedeutung beigemessen.

Wenn Sie bereit sind, eine solche Aufgabe engagiert und zielstrebig zu übernehmen, bitten wir um Ihre Bewerbung, oder nehmen Sie telefonisch Kontakt mit unserer Personalabteilung auf.

ALFELDER EISENWERKE
CARL HEISE KOM.-GES., Postfach 13 50, 3220 Alfeld (Leine),
Tel. 0 51 81 / 7 60

SCHWIMMEN

Michael Groß geht wieder auf Rekordjagd

sid/dpa, **Hannover**

Michael Groß ist wieder auf Rekordjagd: Nur fünf Tage nachdem ihm Sven Lodziewski bei den „DDR"-Meisterschaften in Gera den Europarekord über 200 m Freistil entrissen hatte, erzielte der 19 Jahre alte Weltmeister aus Offenbach einen Rekord für den Bereich des Deutschen Schwimm-Verbandes. Zum Auftakt der deutschen Meisterschaften erreichte er im Stadion-Bad von Hannover 1:49,44 Minuten. Die europäische Bestmarke von Lodziewski (1:49,30) verfehlte er nur um 14/100 Sekunden.

Dabei hatte Groß in den letzten Wochen noch darüber geklagt, daß er durch die kühle Witterung und weil ihm in Offenbach keine Halle zur Verfügung stehe, stark in Trainingsrückstand geraten sei. Die Zeit von Lodziewski hat ihn offenbar angestachelt.

Groß war sogar glücklich darüber, den Europarekord los zu sein. „Das hat mir gerade noch zu meiner Motivation gefehlt", sagte der zweimalige Weltmeister, „jetzt lange ich wieder zu." Die Ursache für diese gelassene Heiterkeit erklärt Groß so: „Spätestens seit der Weltmeisterschaft von Guayaquil hatte ich Probleme, mich zu motivieren. Mein einziges Ziel war immer, besser zu sein als ich selbst, meine eigenen Zeiten zu unterbieten. Irgendwie sieht man dann kein Land mehr." Aus dem Gejagten ist wieder ein Jäger geworden (das Ergebnis des Finales über 200 m Freistil stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest).

Einer der Konkurrenten von Groß ist ein 19 Jahre alter Student, der bei den Olympischen Spielen in Los Angeles für drei Länder starten könnte: Alexander Schowtka wurde in Venezuela geboren, wuchs in Ecuador auf und lebt seit 15 Monaten in Hamburg. Als Sohn deutscher Auswanderer besitzt er alle drei Staatsbürgerschaften. Sportlich hätte er es am leichtesten, sich für eines der südamerikanischen Länder zu qualifizieren. Er hat sich aber erst einmal für Deutschland entschieden – er studiert in Hamburg Mathematik. Mit einer Bestzeit von 1:56,5 Minuten über 200 m Freistil kam er nach Hamburg, hier steigerte er sich bereits auf 1:52,57. Innerhalb der SG Hamburg hat Schowtka in kurzer Zeit eine Art Vorbildfunktion übernommen. Trainer Jürgen Greve sagt: „Die Mischung aus südländischem Temperament und deutscher Gründlichkeit ist ideal. Er arbeitet hart, hat dabei aber seine Lockerheit nicht verloren."

FUSSBALL

Schalke beschloß: Kein Vertrag für Sundermann

B. WEBER, **Gelsenkirchen**

Wochenlang hatte Schalkes Vorstand seinen Trainer Jürgen Sundermann gedrängt, einen neuen Vertrag zu unterschreiben – wochenlang hatte Sundermann seinen Arbeitgeber hingehalten. Zuletzt am Montag mittag, als er noch einmal „um eine 24stündige Bedenkzeit" bat. Am Montag abend platzte Vereins-Präsident Hans-Joachim Fenne der Kragen. Er trommelte seine Vorstandskollegen zusammen und die beschlossen dann einstimmig: Sundermann muß gehen, sein Vertrag wird nicht verlängert.

Wohin er gehen wird, ist im Moment noch unklar. Der französische Zweitligaklub FC Mülhausen, der Sundermann verpflichten wollte und in gleicher Weise von ihm vertröstet wurde, hat inzwischen Jean Banido von AS Monaco geholt. Jetzt soll sich Racing Straßburg um Sundermann bemühen.

Daß der Schalker Vorstand dem Trainer den Laufpaß gegeben hat, hat aber nicht nur mit dessen Hinhaltetaktik zu tun. Fest steht, daß die meisten Schalker Spieler schon seit langem nicht mehr mit Sundermanns Arbeit zufrieden waren. Und auch Fenne äußerte gestern gegenüber der WELT zum ersten Mal Zweifel an den fachlichen Qualitäten des Trainers: „Wie er die Mannschaft für die beiden Qualifikationsspiele gegen Uerdingen eingestellt hat, ist sicherlich nicht als optimal zu bezeichnen." Schalkes Manager Rudi Assauer bemühte sich, seinen Freund Sundermann zu retten. Gestern mittag erklärte der Manager: „Ich gehe davon aus, daß er noch nicht endgültig weg ist."

In Schalke herrscht nach dem Abstieg offenbar Chaos. Der Fan-Club „Blau-Weiß Kohlenpott" ist so verbittert, daß er eine Unterschriftenaktion in Gang gesetzt hat – mit dem Ziel, den Vorstand und auch Manager Assauer zu stürzen. Innerhalb von zwei Stunden kamen mehr als 200 Unterschriften zusammen.

Klarheit herrscht hingegen darüber: Stürmer Wolfram Wuttke wird zum HSV wechseln und Mittelfeldspieler Uli Bittcher hat einen Drei-Jahres-Vertrag bei Borussia Dortmund unterschrieben. Ilyas Tüfekci soll an Fenerbahce Istanbul ausgeliehen, Jochen Abel an Royal Antwerpen verkauft werden.

TENNIS / Wimbledon versucht, die Spieler zu erziehen – Argentinier Vilas schon in der ersten Runde ausgeschieden

Die Überraschung aus Nigeria: Nduko Odizor

DW. **London**

Das Tennis-Turnier von Wimbledon begann mit einer großen Überraschung. Der Argentinier Guillermo Vilas, an Nummer vier gesetzt, schied bereits aus. Sein Bezwinger (3:6, 5:7, 7:6, 7:5, 6:2) ist der einzige Schwarz-Afrikaner in der Weltrangliste (Platz 81): Nduka Odizor (24) aus Nigeria.

Vilas, der als Spezialist für Sandplätze in Wimbledon noch nie sehr gut abgeschnitten hat, macht für seine Niederlage die drohende einjährige Sperre verantwortlich: „Ich habe ganz andere Dinge im Kopf. Diese Sperre könnte das Ende meiner Karriere bedeuten. Unter diesen Umständen kann ich nicht in Ruhe Tennis spielen."

Nduka Odizor wurde vor neun Jahren von einem amerikanischen Professor in Lagos entdeckt. Er studierte an der Universität Houston, wo er 1981 auch zum „Athleten des Jahres" gewählt wurde. In der englischen Presse wurde der Nigerianer gestern wegen seiner Reflexe mit einem Artisten verglichen, der eine Gewehrkugel mit den Zähnen auffängt.

Peter Elter aus Essen und der Neußer Andreas Maurer haben durch Siege über den Holländer Schapers und den Amerikaner Mike Brunnberg die zweite Runde erreicht. Ausgeschieden ist der Stuttgarter Damir Keretic. Elter spielt nun gegen Tim Gullikson, Maurer gegen Victor Amaya (beide USA).



Jubelsprung nach dem Sieg: Nduko Odizor aus Nigeria. FOTO: AP

McEnroe droht Disqualifikation, gegen eine Klage ist der Club versichert

CLAUS GEISSMAR, **London**

Eigentlich hätte der Wimbledon-Club diese Nachricht lieber geheimgehalten. Der Vorstand des All England Lawn Tennis and Croquet Club hat sich mit 10 Millionen Mark dagegen versichert, daß er von einem disqualifizierten Spieler verklagt wird. Für den ungewöhnlichen Versicherungsvertrag war sofort eine Prämie von 120 000 Mark fällig. Und obwohl in dem Vertrag nicht ein einziger Spielername auftaucht, ist jedermann klar: Wimbledon versucht, sich gegen John McEnroe zu versichern. Falls McEnroe disqualifiziert wird, will sein Vater, ein Rechtsanwalt, Klage einreichen.

In Wimbledon saß Rechtsanwalt McEnroe sieben Meter von seinem Sohn entfernt, als es dem 24 Jahre alten Amerikaner wieder nicht gelang, sich auf die feine englische Tennisart einzustellen. Er brüllte ins Publikum. Und als Linienrichter Mark Newham ihm den fünften Fußfehler ankreidete, schrie er ihn an: „Haben Sie überhaupt eine Ahnung, was Fußfehler sind?" McEnroes erster Wimbledon-Sieg gegen seinen Landsmann Ben Testerman (6:4, 7:6, 6:2) war voller kleiner Zwischenfälle. Nur die großen Zwischenfälle, gegen die sich Wimbledon nun versichert hat, blieben noch aus.

Mike Davis, Direktor der Spielergewerkschaft ATP, sagte: „So geht es nicht weiter. Es müssen endlich drastische Maßnahmen getroffen werden. In Amerika gibt es schon Jugendturniere, bei denen 15jährige Schläger schmeißen, fluchen und Schiedsrichter beschimpfen. Nach dem Vorbild von McEnroe halten sie diese Methoden für den richtigen Weg nach Wimbledon."

Den Tennisfunktionären ist endlich klar geworden, daß Geldstrafen im modernen Tennis wirkungslos sind. Spieler wie McEnroe können selbst 10 000 Dollar aus der linken Hosentasche bezahlen. Wirklich bestrafen kann man diese Superstars der Weltspitze nur, wenn man sie nach schweren Zwischenfällen sofort disqualifiziert. Und genau darauf hat sich Wimbledon vorbereitet. Die Spielergewerkschaft ATP steht hinter dem Clubvorstand. Denn die meisten Spieler sind selbst dafür, daß die Disziplin wiederhergestellt wird. Wenn der „Superbengel" (superbrat) McEnroe Tumulte auslöst, sind seine Gegner mehr in der Konzentration gestört als er selber.

John McEnroe spielt in Wimbledon nicht in derselben Form wie der als Nummer eins gesetzte Titelverteidiger Jimmy Connors. Um die verletzte linke Schulter zu schonen, hat sich McEnroe von einem normalen Holzrahmenschläger auf einen mittleren (midsize) Großkopfschläger umgestellt. Mit dem neuen Schläger haben vor allem seine Aufschläge an Tempo und Gefährlichkeit verloren. Und McEnroe ahnt auch, daß am bisher strahlend blauen Himmel von Wimbledon noch Sturmwolken aufziehen können: „Alle reden davon, daß mir etwas Furchtbares passieren kann. Mich langweilt das schon."

Der Londoner Versicherungsmarkt ist weniger gelangweilt. Die plötzlichen Prämieneinnahmen aus Wimbledon haben das Turnier noch spannender gemacht. Vater McEnroe bleibt auf alle Fälle zwei Wochen in London. Denn für das Wimbledon-Juniorenturnier in der nächsten Woche hat sich Johns 17jähriger Bruder Patrick McEnroe qualifiziert. Und jeder, der es wissen wollte, konnte sich von Rechtsanwalt McEnroe in Wimbledon versichern lassen: „Patrick ist wirklich ein artiger Junge."

STAND-PUNKT / *Machtkämpfe*

Das ist so bei Rudeln, ein Leittier muß sein. Es bestimmt, was und wie gejagt wird und wie groß die Happen ausfallen, die jeder von der Beute erhält. Löwen machen das so, Wölfe – und auch Fußballer.

Und wie es dann so gehen kann, bei Löwen, Wölfen und Fußballern: Wenn das Leittier alt und müde wird, kommen andere und melden Herrschaftsansprüche an. Denn für nichts haben Herrschaftshungrige einen so sicheren Blick wie für die erste Schwäche der Führerfigur. Sie umschleichen den, dessen Position sie wollen. Mehr geschieht zunächst noch nicht, bei Löwen, Wölfen – und bei Fußballern.

Das ist das Stadium der Drohgebärden. In diesem befinden sich gerade, so hörten wir aus dem fernen Hongkong, Uli Hoeneß und Paul Breitner. Zuerst hat der Manager den Kapitän angefaucht, von dem man ja weiß, daß er künftig für den FC Bayern doch noch den Teil seines Körpers einsetzen will, der unbeschadet über die 13 Profijahre gekommen ist: den Kopf. Sein Freund, der Manager, hat zwar zunächst gemeint, da würden sie sich nicht ins Gehege kommen. Aber dann ist ihm offenbar doch aufgegangen, daß einer ja das Sagen haben muß. Bei den Fußballern wie bei den Löwen und Wölfen. Er hat seinen Freund, den Kapitän, unverblümt aufgefordert, die Klappe zu halten. Seitdem spricht Breitner nicht mehr mit, nurmehr über Honeß. Der habe wohl jetzt sein wahres Gesicht gezeigt, habe ihn in den 13 Jahren ihrer Beziehung ständig angelogen. Und nun sollten die Bayern, bitteschön, ohne ihn weiterwurschteln.

Das ist halt so, daß die Herrschaftshungrigen genau wissen, wann sie selbst stark oder die Konkurrenten schwach genug sind. Auf diesen Zeitpunkt können sie warten. Und wenn es 13 Jahre dauert. So ist das bei Löwen, Wölfen und Fußballern. EDGAR FUCHS

SPORT-NACHRICHTEN

Derby-Rekord

Hamburg (kgö) – Das 114. Deutsche Galopp-Derby am 3. Juli in Hamburg wird als Rennquintett-Rennen gelaufen. Die Dotierung des Rennens ist neuer Rekord: 508 350 Mark, davon 279 175 Mark für den Sieger. Noch 34 Pferde sind startberechtigt, wahrscheinlich werden 24 laufen.

Verfahren gegen Zebec?

Frankfurt (sid) – Hans Kindermann, Vorsitzender des Kontrollausschusses des DFB, prüft, ob ein Verfahren gegen Trainer Branko Zebec notwendig ist. Der Bund Deutscher Fußball-Lehrer hatte Zebecs Alkoholprobleme als „schädlich für den Berufsstand und Negativ-Beispiel für die Jugend" angeprangert.

Aachen: Irischer Sieg

Aachen (sid) – Das 47. Aachener Reitturnier begann mit einem ausländischen Erfolg. In einem Zeitspringen gewann der Ire Paul Darragh auf Carroll in 52,28 Sekunden vor dem deutschen Vizemeister Achaz von Buchwaldt auf Intschu Tschuna (54,84).

Hammer-Weltrekord

Moskau (sid) – Sergej Litwinow verbesserte gestern den Hammerwurf-Weltrekord in Moskau auf 84,14 m. Der 25jährige Olympiazweite aus der UdSSR steigerte seine eigene Bestmarke vom 4. Juni letzten Jahres um 16 Zentimeter.

Zehnmal über sieben Meter

Moskau (sid) – Swetlana Zorina ist die zehnte Weitspringerin der Welt, die die Sieben-Meter-Marke übertraf. Bei der Spartakiade in Moskau erreichte sie 7,04 m. Zwei weitere herausragende Leistungen: 45,44 Sekunden von Viktor Markin über 400 m und 48,78 Sekunden von Alexander Charlow über 400 m Hürden.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Wimbledon, Herren, erste Runde: Bauer (USA) – Keretic (Deutschland) 7:5, 7:5, 7:5, Panatta (Italien) – Clerc (Argentinien) 6:1, 6:4, 6:2, Fleming (USA) – Bates (Großbritannien) 7:6, 6:3, 6:2, Elter (Deutschland) – Schapers (Holland) 6:2, 6:2, 6:4, Sandy Mayer (USA) – Davis (USA) 6:2, 6:4, 6:2, Maurer (Deutschland) – Brunnberg (USA) 3:6, 6:1, 6:4, Connors (USA) – Edwards (USA) 6:4, 7:5, 6:3. – Damen, erste Runde: Wade (Großbritannien) – Tobin (Australien) 1:6, 7:5, 6:4, King (USA) – Sayers (Australien) 7:5, 6:3, Hanika (Deutschland) – Bowes (USA) 6:3, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 447 007,90 Mark, 2: 178 803,10, 3: 4510,10, 4: 99,80, 5: 8,30. – **Toto, Elferwette:** 1: 7703,40, 2: 461,60, 3: 39,30. – 6 aus 45: 1 und 2: unbesetzt, 3: 5648,80, 4: 66,90, 5: 6,20. – **Rennquintett, Rennen A:** 1: 521,50, 2: 186,00. – **Rennen B:** 1: 564,20, 2: 324,70. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 150 104,40. (ohne Gewähr)

Zuerst wollte sie keiner: E. M. Remarques Romane

Weiße Mäuse zur Premiere

Zwei Lektoren des Ullstein Verlages, Max Krell und Cyrill Soschka, können für sich in Anspruch nehmen, den Weltruhm eines kleinen Scherl-Redakteurs begründet zu haben. Erich Maria Remarque, am 22. Juni 1898, also vor genau 85 Jahren in Osnabrück als Erich Paul Remark geboren, erst Dorfschullehrer, dann Werbefachmann bei Continental in Hannover, schließlich in Berlin bei „Sport im Bild", hatte den Kriegsroman, den er sich von der Seele schrieb, mindestens einem Dutzend Verlegern angeboten, auch seinem eigenen. Keiner wollte ihn haben, nur Ullstein griff auf die ungestüme Empfehlung der beiden Lektoren hin zu. Die im gleichen Haus erscheinende „Vossische Zeitung" übernahm den Vorabdruck in Fortsetzungen – ihre Auflage soll sich darauf verdoppelt haben. Die Zeit war 1928 reif für einen Roman über die blutige Auseinandersetzung, in dem nichts beschönigt wurde.

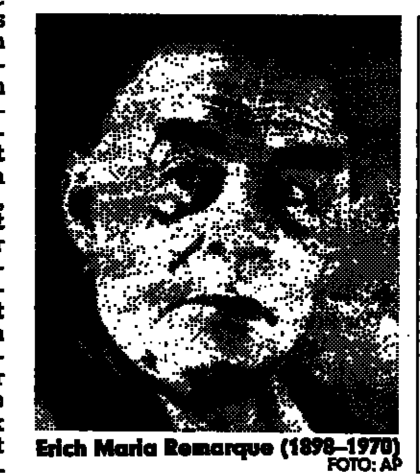
Die Nacht von Lissabon – ZDF, 22.50 Uhr

In der Tat paßte das Buch besser zu Ullstein als in den Zeitungskonzern des Geheimrats Hugenberg von der Deutschnationalen Volkspartei. Deren politischen Nachbarn bei der NSDAP mißfiel es sogar so sehr, daß sie die Berliner Premiere der amerikanischen Verfilmung durch Loslassen von weißen Mäusen störten – ein Streich in der Manier von Josef Goebbels. Doch da war der millionenschwere Erfolgsautor schon in die Schweiz übergesiedelt, an den Lago Maggiore, wo er sich die einst von Arnold Böcklin bewohnte Villa „Casa Monte Tabor" kaufte. Später ging er dann in die Vereinigten Staaten, und 1947 nahm er die amerikanische Staatsbürgerschaft an.

Zutiefst enttäuscht von der Haltung seiner Landsleute, die seine Wahrheitsliebe mit Defaitismus verwechselten, war er allmählich in ein internationales Milieu geglitten, das man als Jet-set bezeichnen könnte, wenn damals schon Passagiere in Düsenflugzeugen befördert worden wären. Er war mit Marlene Dietrich und mit Greta Garbo befreundet und heiratete, nach der Scheidung, Wiederheirat und zweiter Scheidung von seiner ersten deutschen Frau die Ex-Gattin von Charlie Chaplin, die Schauspielerin Paulette Goddard, mit der er schließlich in seine Villa in Porto Ronco bei Ascona zurückkehrte. Nach Deutschland ist er nur zu Stippvisiten gekommen, so 1956 nach Berlin, wo sein Stück „Die letzte Station" aufgeführt wurde, das Abenteuer einer blonden Deutschen, die einen Untergrundkämpfer im Keller versteckt. 1970 ist Remarque im Tessin gestorben.

Als ganz junger Mensch hatte er an Romanen geschrieben, in denen elegante Herrschaften kostspielige Sportarten ausübten und luxuriöse Reisen machten. Einige dieser Stoffe hat der weltberühmte Autor später noch aufgearbeitet. Aber der Schwerpunkt seines Schaffens lag bei den grimmigen Grenzsituationen, mit denen Konzentrationslager und Zweiter Weltkrieg über die Menschheit gekommen waren. Darunter waren Bücher und Vorlagen zu Filmen, deren Erfolg zwar hinter dem seines Romans über den Weltkrieg Nr. 1 zurückblieb, aber immer noch groß genug war, wie etwa „Arc de Triomphe", die Geschichte des Arztes Ravic, der in Paris illegal praktizieren muß. Auch in „Die Nacht von Lissabon" geht es um die Flucht vor der Gestapo und die Angst um das amerikanische Einreise-Visum.

Remarque verstand es wie kaum einer die Drangsale solcher gehetzten Menschen oder, wie in „Der Funke Leben", die Leiden von KZ-Insassen zu schildern. Manche seiner Kritiker haben sich nicht enthalten können, auf die Kluft zwischen seiner privaten Existenz und dem von ihm dargestellten Elend hinzuweisen. Ganz generell übrigens ist die Literaturkritik mit ihm ziemlich unsanft umgegangen, während seine Leser so treu zu ihm hielten wie sein Verleger Josef Witsch in Köln. Und obwohl „Im Westen nichts Neues" sicherlich auf jedem der Scheiterhaufen gelegen hat, die der NS-Studentenbund am 10. Mai 1933 errichtete, nimmt der Name Remarque bei der Erörterung der Emigranten-Literatur keinen sehr bedeutenden Platz ein. HELLMUT JAESRICH



Erich Maria Remarque (1898–1970) FOTO: AP

KRITIK

Walter Ulbricht im O-Ton

Der dreiteilige Fernsehfilm **Das Dorf** (ZDF) unternahm den Versuch, die Entwicklung vom Kriegsende 1945 bis in unsere Tage in einem mitteldeutschen Dorf nachzuzeichnen. Stationen waren der Einmarsch der Russen, die Flucht der enteigneten Bauern, das quälende Zögern einzelner, ob sie nun ebenfalls fliehen sollten oder nicht, die Kollektivierung durch die zwangsweise Eingliederung in die LPG und das Sichabfinden mit dem Alltag in der „DDR".

Wurde im 1. Teil noch der Knoten dramaturgisch geschürzt und der Zuschauer nicht ohne Spannung auf den Fortgang des Geschehens entlassen, so blieb der 2. Teil dem Thema Flucht vorbehalten. Da brummten die Rosinenbomber als zeitlicher Hinweis nach West-Berlin. Und wir erfuhren, daß sechs von 24 Höfen in Dübritz bereits leerstehen. Der Druck auf die Bauern setzte ein, wer sich nicht der LPG anschloß, bekam ein Hakenkreuz ans Scheunentor.

Dazwischen Ulbrichts Phrasen in Originalton vom Aufbau und den Segnungen des Kommunismus. „Der kalte Sommer", so der Titel des 2. Teils der Trilogie, erzählte etwas zu langatmig die Geschichte vom Bleiben oder Fliehen. Die Härte der Auseinandersetzung um dieses zentrale Problem, vor dem die mitteldeutschen Bauern damals standen, erschöpfte sich zu sehr im nebensächlichen Geschehen. Es fehlte in der Aussage die wirkliche Not, die Angst.

Der 3. Teil könnte heute oder gestern abgedreht worden sein. Gefeiert wurde in Dübritz der internationale Frauentag mit Kaffee und Kuchen, mit der Rede des gewandelten, nunmehr überzeugten Romanowski, denn er ist ja jetzt der LPG-Vorsitzende. Die sozialistischen Phrasen gehen ihm ohne Stocken über die Lippen. Mittenhinein der Besuch von Vera mit Tochter, sie kommen mit dem Pkw aus München, wohin der Vater, einst der größte Bauer im Dorf, mit der Familie damals floh. Ein Wiedersehen, verhalten freundlich, aber das Fremdgewordensein wird deutlich. Dies besonders in den Gesprächen mit Helmut, dem Jugendfreund, der nunmehr überzeugter kommunistischer Lehrer ist.

Zur Staffage dient ferner eine „DDR"-Theatergruppe, die ins Dorf kommt, um ein Schauspiel aufzuführen. Es kommt zu mancherlei Problemen, weil der Bühnenwagen mit Achsenbruch liegengeblieben ist und von der Nazifahne bis zur Uniform vieles fehlt. Improvisation und Mangel, mit diesem Abgesang klingt der Film auch aus. „Der Sozialismus hat uns kein Glück gebracht", sagte Tante Waltraud und umriß damit eindeutig den dörflichen Alltag in der „DDR", wie er sich heute bietet.

Fazit: Eine Trilogie, die, gestrafft auf zwei Teile, sicher wirksamer gewesen wäre. Aber ein Drehbuch von Peter Steinbach mit treffsicheren, oftmals hintergründigen Dialogen. Einfühlsam und überzeugend setzte Regisseurin Claudia Holldack das Geschehen ins Bild, wobei ihr eine vorzügliche Kameraführung zur Seite stand. Lebensecht auch die Schauspieler, die in ihrer Unaufdringlichkeit glaubwürdig waren. Besonders hervorzuheben sind Renate Bleibtreu, Franz Buchrieser, Ilse Pagé, Tilly Lauenstein und Werner Berndt.

Ein Film, der trotz mancher Mängel ein Stück bäuerlicher Geschichte in Mitteldeutschland nachvollzog und der auch hierzulande so manchen Betrachter nachdenklich gemacht haben sollte.

SIEGFRIED IHLE

STUDIO

Dem Leiter der Report-Redaktion beim SWF, **Franz Alt** wird am 20. Juli durch den Münchner Oberbürgermeister Erich Kiesl die Ludwig-Thoma-Medaille der Stadt München verliehen. Der Preis wird von einer Kommission des Münchner Stadtrats vergeben. Ferner erhielt Alt den mit 10 000 Mark dotierten Joseph-E.-Drexel-Preis, benannt nach dem früheren Nürnberger Verleger. Der Preis wird seit 1956 für besondere publizistische Leistungen vergeben. Alt erhielt die Auszeichnung für „den Mut, die Eigenständigkeit und die Verantwortung", die seine publizistische Arbeit prägen.

*

Die Originalstimmen von Weltstars wie Fred Astaire, Judy Garland, Gene Kelly, Danny Kaye, Rita Hayworth und Bing Crosby können Besitzer von Fernsehgeräten mit Mehrkanal-Ton innerhalb der Wiederholung der ZDF-Sendereihe **Des Broadways liebstes Kind** empfangen. Diese Musicals wurden nachträglich mit dem Originalton ausgestattet, so daß die Zuschauer wahlweise die Synchronisation oder das englische Original hören können.







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Der Kongreß tanzt
11.25 Unser Kosmos
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Tiere vor der Kamera
Schneeaffen in Japan
Film von Ernst Arendt und Hans Schweiger
17.00 Denkste!?
Flucht nach Hause (2)
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Lebensläufe (1)
Die Geschichte der Kinder von Golzow in einzelnen Porträts
„DDR"-Dokumentarfilm von 1981
Von Winfried Junge und Hans-Eberhard Leupold
„Lebensläufe dokumentiert normale, für Bürger der DDR typische Lebensgeschichten, Lebensumstände, Lebenshaltungen. Schlußpunkte werden nicht gesetzt ... Die Wahl des Ortes Golzow, Kreis Seelow im Bezirk Frankfurt/Oder, und des Jahres 1961 für den Beginn der Chronik können als zufällig angesehen werden", heißt es in einer Produktionsmitteilung der DEFA. „Ebenso verhält es sich mit der Beschränkung auf etwa die Hälfte der Schüler der Klasse. Die Materialien von neun von ihnen rechtfertigen bisher Einzelporträts." Zu den ersten fünf Porträts: 1. Jürgen W. – geht acht Jahre zur Schule, wird Maler und Tapezierer. 2. Gudrun K. – schließt die Schule mit der 10. Klasse ab, wird Köchin, Genossin, Kreistagsabgeordnete. 3. Bernd O. – wird Chemiefacharbeiter. 4. Brigitte H. – lernt Facharbeiter für Geflügelzucht. 5. Dieter F. – beginnt eine Zimmermannslehre.
22.30 Tagesthemen
Anschließend:
23.00 Lust und Frust
Die Grünen im Bundestag
23.45 Tagesschau

ZDF

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Captain Future
15.45 Henry Winklers Theatershow
16.30 Ferienkalender
16.50 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
Das Geister-Kanu (2)
17.15 Enorm in Form
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
18.10 Das geht Sie an
Wer haftet bei Pauschalreise-Zusagen?
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Bilder, die die Welt bewegten
13 neue Folgen
Sturmflut in Holland
19.00 heute
19.30 Konsul Möllers Erben
Siebenteiliger Fernsehfilm über eine Hamburger Kaufmannsfamilie nach dem Roman von Adolph Wittmaack (1. Teil)
20.15 Bilanz
Im Gespräch: Benzin ohne Blei – Hindernislauf für den Umweltschutz / Kontrovers: Lebensversicherungen – Kapitalanlage oder legaler Betrug? / Vor Ort: Bei Mannesmann – umstrittene Teilzeitarbeit nach der Lehre / Sozialreport: Arbeitsmarkt – von der Uni auf die Straße / Tips: Reiserecht – Urlaubspech – wann gibt's Schadensersatz?
Moderation: F. Ost
21.00 heute-journal
21.20 Mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Denver-Clan
Harte Schläge
22.10 Aus der Aachener Soers
Internationales Reit- und Springturnier CHIO
22.50 Die Nacht von Lissabon
Tragische Liebesgeschichte nach Remarques Roman
00.40 heute







Alles dreht sich um Affen in der ARD-Sendung „Tiere vor der Kamera" (16.15 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (6)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Bochum
21.45 Auslandsreporter
Axel Plantiko aus Mexico City: Der Fotograf und seine Stadt
22.15 Die verschworenen Kinder
Franz. Spielfilm, 1976
23.55 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Leben im Wassertropfen
19.15 Seefahrt ist not! (6)
Sicherheit auf Tankschiffen
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Widerstandsrecht gegen Atomraketen?
22.05 Honigblüten
Franz. Spielfilm, 1976
23.40 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter ...
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus
19.30 Antiquitäten in Serie (11)
Jugendstil-Lampen – Experten über Echtheit und Fälschung
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Drei aktuell
21.15 Autoreport
21.20 Halbzeit
21.55 Club 2
Südafrika heute

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg 1
Volkswirtschaftslehre (6)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rock aus dem Alabama
King Crimson Special
20.15 Museen der Welt
Die Alte Pinakothek in München
21.00 Ich kämpfe um mein Kind
Australischer Spielfilm, 1979
22.25 Nachtschalter unterwegs
Zürich: Der Hang zum Gesamtkunstwerk

BAYERN

18.15 Marco
18.40 Kinder-Verkehrs-Club
18.45 Rundschau
19.00 Wir tragen am „Erbe" unserer Eltern
19.45 Poldark (10)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Teleclub
Ich kämpfe um mein Kind
Austr. Spielfilm, 1979
23.10 Rundschau
23.15 News of the Week

---

†

Wir trauern um unseren geliebten Vater und Großvater

Theodor Scheiwe

geb. 5. 10. 1897 gest. 19. 6. 1983

der heute in den Frieden Gottes heimgegangen ist.

Seine Tatkraft, Aufgeschlossenheit und sein Familiensinn werden uns stets Vorbild sein.

Paula Nesseler geb. Scheiwe
Franz-Arnold Nesseler
Ursula von den Driesch geb. Scheiwe
Paul von den Driesch
Peter Scheiwe
Idalies Scheiwe geb. Mayer
Barbara Roberg geb. Scheiwe
Julius Roberg
Dr. med. Eva Löer geb. Scheiwe
Dr. med. Hans-Ullrich Löer
Beate Schmelter geb. Scheiwe
Peter Schmelter
Cornelia von Lovenberg geb. Scheiwe
Andreas von Lovenberg
und Enkelkinder
Katharina Holtorf

4400 Münster, Wolbecker Str. 166

Meine innigstgeliebte Frau

Dörte Dibbert

geb. Kindt

* 2. 12. 1936 † 14. 6. 1983

hat mich leider viel zu früh verlassen.

In tiefer Trauer
Siegfried Dibbert
und alle Angehörigen

2000 Hamburg 76, Mundsburger Damm 36

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 27. Juni 1983, um 15.00 Uhr in Halle B des Krematoriums Hamburg-Ohlsdorf.

Statt zugedachter Blumen und Kränze wird um eine Spende für die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Kto. Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50), Nr. 1280 / 196773, gebeten.

Herr, dein Wille geschehe!

†

Kaufmann

Ernst Drauschke

* 25. 3. 1910 † 20. 6. 1983

Wir sind traurig, daß er gestorben ist, aber wir sind dankbar, daß wir ihn hatten.

Christine Drauschke geb. Bernards
Ernst-Peter Drauschke
und Frau Christel geb. Kleine-Bley
Gerhard Drauschke
und Frau Anne-Kathrin Brand-Drauschke
Christa Drauschke
Johannes Jessberger
Barbara als Enkelkind

4600 Dortmund-Wambel, den 20. 6. 1983
Sendstraße 150

Die heilige Messe für unseren Verstorbenen feiern wir am Donnerstag, dem 23. Juni 1983, um 11.30 Uhr in der St.-Meinolfus-Kirche in Dortmund-Wambel, Rabenstraße. Anschließend ist um 13 Uhr die Beerdigung von der Haupttrauerhalle des Hauptfriedhofes in Dortmund aus. Fahrgelegenheit mit Bus um 12 Uhr ab Kirche.

Statt freundlich zugedachter Blumen und Kränze bitten wir im Sinne des Verstorbenen um eine Spende für den Neubau des Pfarrheims St. Meinolfus, Kto.-Nr. 311 000 837 bei der Stadtsparkasse Dortmund.

Von Beileidsbezeugungen am Grabe bitten wir höflichst Abstand zu nehmen.

Plötzlich und unerwartet starb am 14. Juni 1983

Dörte Dibbert

Alle, die mit ihr zusammen arbeiteten, werden sie sehr vermissen.

Axel Springer Verlag AG

Nach langer, geduldig ertragener Krankheit verstarb am 18. Juni 1983 unser Gesellschafter und Seniorchef, Herr

Karl Sieber

Ingenieur VDI

im Alter von 78 Jahren.

Bis zuletzt widmete er sein Denken und seine ganze Schaffenskraft dem Fortschritt der Technik und dem Wohle seiner Firmen und deren Mitarbeiter.

KARL SIEBER GMBH + CO. KG
Fabrik für Umformwerkzeuge, Norderstedt und Hitzacker/Elbe

ALBERT STECH GMBH + CO. KG
Hamburg-Wandsbek

SIEBER TOOL ENGINEERING CORP.
Chicago, USA

EUROTOOL GMBH
Bad Münstereifel-Eicherscheid

Die Beisetzung findet auf Wunsch des Verstorbenen im engeren Kreise statt.

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode; Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 885 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 184 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 922 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 412 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 723 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 523 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Mit Sex fängt man Mäuse

he. – Nach der Premiere im Londoner Westend war die Komödie in Bausch und Bogen verrissen worden. Das war vor über zwölf Jahren. Jetzt erlebte das Stück „No sex please, we are British" (Kein Sex, bitte, wir sind doch Engländer) seine 5000. Aufführung. In die Theatergeschichte war dieser Dauerbrenner bereits im Februar 1979 eingegangen: als die Komödie, die sich länger als jede andere ohne Unterbrechung auf dem Spielplan gehalten hat.

Produzent John Gale erinnert sich heute noch mit gemischten Gefühlen an den 3. Juni 1971: Die Leute lachten und reagierten nicht. Es war der reinste Fehlstart. Und dann waren auch noch die Rezensionen ohne Ausnahme vernichtend, bis Harold Hobson das Stück in der „Sunday Times" über den grünen Klee lobte."

Aber das Stück triumphierte über seine Kritiker. Volle Häuser seit Jahren, zuerst im Strand-Theater, neuerdings im Garrick Theater. Ganze Busladungen aus der Provinz. Tausende von Ausländern wollen unbedingt erfahren, was es mit dem Sexleben der Engländer auf sich hat.

Die Schauspielerin Evelyn Laye, die zur Originalbesetzung gehörte, erinnerte sich daran, wie verzweifelt der Produzent nach dem Reinfall war: „Ich sagte ihm, er solle sich die Sache doch nicht zu Herzen nehmen. Natürlich werde dieses Stück noch ein Riesenerfolg. Ich habe einen sechsten Sinn dafür, und ich verlasse mich immer auf meinen sechsten Sinn. Dabei hatten mir alle abgeraten, mich auf dieses Stück einzulassen."

In dem Lustspiel ohne Tiefgang haben schon Hunderte Schauspieler mitgewirkt. 3,5 Millionen Besucher haben es gesehen. Und John Gale kann lachen, denn die Bühnengaudi hat schon 20 Millionen Mark eingespielt. Trotzdem rangiert er im Guinness-Buch der Rekorde nur an zweiter Stelle. Agatha Christies „Mausefalle" hat dem britischen Sex nämlich fast zwei Jahrzehnte voraus. Sie schnappt nun schon im 30. Jahr zu.

Bilanz des 18. Sängerbund-Festes in Hamburg

Was Windjammer raunen

Als der Goethe-Freund Friedrich Zelter im Jahre 1809 in Berlin in romantischer Erinnerung an die Tafelrunde des legendären Königs Artus den Geist der Liedertafel weckte, mochte er kaum ahnen, daß er eine Bewegung in die Welt setzte, die nach 170 Jahren immer noch die Kehlen vibrieren läßt. Mögen die jungen Leute heute auch anders zwitschern, als die Alten sungen, gesungen wird allen Abkündigungen zum Trotz nicht nur in der Badewanne. Der Volkskundler Ernst Klusen schrieb 1974 nach umfangreichen Erhebungen: „Der Bundesbürger singt... Fast zwei Drittel singen zuweilen, fast ein Drittel oft, ein kleiner Rest nie, wobei die mehr geselligen Typen eher unter den oft Singenden anzutreffen sind."

In diesen Tagen fielen die Sänger nun in Hamburg ein. Aus allen Gegenden der Bundesrepublik und Österreich rollten sie heran und tauchten Jungfernstieg und Wallanlagen in ein babylonisches Dialektgewirr, untermischt mit herzhaft gestemmten Lobgesängen auf Frau Musica und Fräulein Antonia.

Auch aus dem nahen und fernen Auslande flogen die Sangesbrüder und -schwestern (welche letztere es, anders als zu Zelters mannhaften Zeiten, ja auch längst gibt) frohgemut herbei: auslandsdeutsche Chorvereinigungen von Texas bis Australien, dazu Gastchöre aus den Niederlanden, aus Ungarn, Polen und Bulgarien. Insgesamt mehr als 50 000 Kehlen, beschirmt und wohl verteilt vom Organisationskomitee des Deutschen Sängerbundes.

Irgendwo wies jeder Chor seine Kunst vor: Der einheimische Monteverdi-Chor natürlich im „Michel", wo Jürgen Jürgens eine erlesene Wiedergabe der von ihm anhand der Originalfassung eingerichteten „Marien-Vesper" Claudio Monteverdis beisteuerte. In der Musikhalle sangen der polnische Knabenchor „Szpaki" aus Gnesen brav, der gemischte Chor Pernik aus Bulgarien kernig, die „Vox humana Vác" aus Ungarn kopftönig-homogen, virtuos und „urmusikalisch". Abordnungen von der Weinstraße, vom Maintal und aus den Südtiroler Alpen, aus Stadein und Winkelhaid ließen sich auf der „Singenden Meile" hören: zwischen Colonnaden, Jungfernstieg/Binnenalster und Rathausmarkt unter der sengenden Junisonne. Aber auch die Krankenhäuser und Altenstätten hatten sie nicht vergessen, singend zu besuchen.

Sogar Ur- und Erstaufführungen waren zu verzeichnen. Während man seitens der Zugereisten in aller Regel auf Bewährte und Gewohnte setzte, trat die Hamburger „Chorgemeinschaft Ohe" für die Kantate „Inseln ünner den Wind" nach Gedichten des niederdeutschen Verseschmiedes Norbert Linke 1980 im Auftage des Sängerbundes Hamburg komponiert. Eine Neuauflage schifferklavierverbrämter Windjammer-Romantik, die von sturmgewohnten Seebären, exotischen Liebesabenteuern und Sehnsucht nach der Heimat raunt, hob der „Männerchor der Chorgemeinschaft Salia" brusttönig aus der Taufe: schmissig arrangiertes Seemannsgarn aus der Unterhaltungskiste von Nils Sustrate.

Begonnen hatte das 18. Chorfest des Deutschen Sängerbundes, das nur alle sieben Jahre stattfindet, mit einem Festakt im Hamburger Rathaus. Von der Funktion, die dem Chorsingen in Stadt und Land zukommt, war da die Rede: Zellen des zwischenmenschlichen Zusammenhalts zu bilden – in einer Zeit, da der einzelne mehr denn je in der Gefahr schwebt, seine sozialen Kontakte zu verlieren. „Singen heißt verstehen" war darum auch die Losung, als wäre auf den Flügeln des Gesanges mit Leichtigkeit die Welt zu retten. Doch leider haben wir – obwohl sie hier in Hamburg ausgespart waren – auch recht martialische Klänge im Ohr.

LUTZ LESLE

Zur Übergabe des Ephraim-Palais an Ost-Berlin

Zuletzt drohte Schilda

Als gestern die ersten Lastwagen des „DDR"-Spediteurs „VEB Deutrans" zu einem verwilderten Gelände hinter dem ehemaligen Berliner Kammergericht im Bezirk Kreuzberg fuhren, dort mit Hilfe Westberliner Arbeiterhände graue Steinquader aufluden und über den Übergang Heinrich-Heine-Straße wieder im Ostteil der Stadt verschwanden, wurde damit der Grundstein für ein langgehegtes Vorhaben Ost-Berlins gelegt. Mit der Übernahme der Steine des Ephraim-Palais werden die Pläne der SED-Architekten, rechtzeitig zur 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987 den ursprünglichen Stadtkern um die Nikolaikirche in neuer Aufmachung zu präsentieren, immer realistischer.

Der Entschluß des Berliner Senats, mit der Übergabe der rund 2000 Steinquader, Säulen und Balkonteile den Wiederaufbau des 1935 abgetragenen Palais an historischer Stelle zu ermöglichen, wird getragen von dem Wunsch, ein „Zeichen der Offenheit" gegenüber Ost-Berlin zu geben, so Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker. Die vor genau einer Woche im Schöneberger Rathaus abgesegnete Überstellung der Fassadenteile setzt eine Politik fort, die mit der Übergabe der von Schinkel geschaffenen Schloßbrückenfiguren vor zwei Jahren unter dem damaligen Bürgermeister Hans-Jochen Vogel begann. Im Gegenzug waren dem Berliner Senat von Ost-Berlin hochkarätiges Kulturgut aus dem Archiv der Königlich-Preußischen Porzellanmanufaktur (KPM) ausgehändigt worden.

Ob die Anlieferung der Ephraim-Quader eine ähnliche Gegengabe aus dem Ostteil der Stadt nach sich führt, ist derzeit offen. Weizsäcker betonte, es gebe keine förmliche Vereinbarung im Sinne eines Austausches. Im Rahmen der „dauernden Aufgabe, das gewachsene Stadtbild Berlins insgesamt und gemeinsam zu erneuern", so Weizsäcker, ließ der Senat jedoch durchblicken, daß Interesse an kulturhistorisch bedeutenden Stücken wie beispielsweise den Beständen des Tegeler Humboldt-Schlosses vorhanden ist, die 1945 auf die Ost-Berliner Museumsinsel geschafft wurden und noch heute dort lagern.

Mit der Übergabe der nach Worten des Berliner Landeskonservators Helmut Engel „sehr gut" erhaltenen Fassadenteile legte der Senat endgültig Überlegungen zu den Akten, das Ephraim-Palais im freien Teil der Stadt wiederaufzubauen. Neben hohen finanziellen Belastungen schreckte jedoch auch der Gedanke an einen Schildbürgerstreich. Denn seit Februar 1981 hatte Ost-Berlin den festen Willen signalisiert, das Gebäude nur zwanzig Meter vom ursprünglichen Standort zu rekonstruieren.

So wären ohne ein Einlenken des Berliner Senats zwei Neuschöpfungen jenes Berliner Bürgerhauses der Rokoko-Ära entstanden, das der Bankier und Münzpächter Friedrich des Großen, Veitel Ephraim, im Jahre 1766 durch Umbauten entstehen ließ. Die gewaltigen Säulen des Palais, die den Haupteingang flankierten und den Balkon des ersten Obergeschosses trugen, waren ein Geschenk des „Alten Fritz" an seinen Günstling – so honorierte dieser die Unterstützung seines Finanziers während des Siebenjährigen Krieges.

Im Jahr 1843 ging das Palais in den Besitz Preußens über, 1935 wurde es zwecks Erweiterung des Mühlendammes abgetragen. Dabei numerierten die Arbeiter Stein für Stein für einen späteren Wiederaufbau. Rund 94 Prozent der Fassade, so die Expertenschätzungen, überstanden den Krieg unbeschadet; zuletzt lagerten sie seit nunmehr zwei Jahren auf dem Wiesengrund hinter dem heutigen Berlin-Museum.

Wenn in drei Wochen der Transport der Ephraim-Fassade nach Ost-Berlin abgeschlossen ist, wird die von Berlins Politikern beschworene Geschichtsgemeinschaft der geteilten Stadt weiter an Konturen gewonnen haben. Richard von Weizsäcker hofft nun, daß die Übergabe der Ephraim-Steine auch „andere Felder der Zusammenarbeit zwischen Ost und West" weiter öffnet.

FRIEDEMANN DIEDERICHS

Bernsteins Oper „A Quiet Place" uraufgeführt

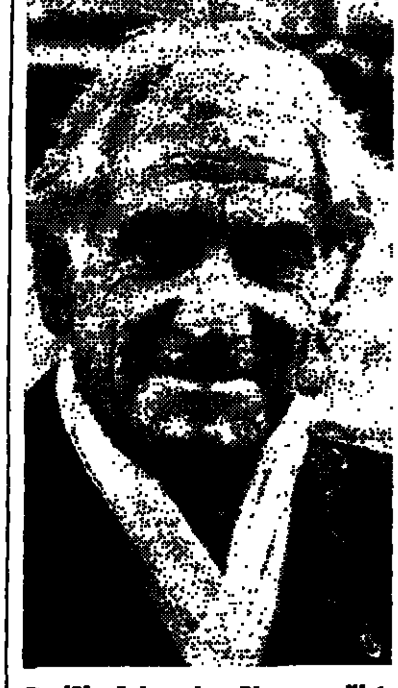
Zwölf Töne klagen im Leichenhaus

Leonard Bernstein, sattelfest in allen Sparten der ernsten und unterhaltenden Musik, hat sich jetzt an einer abendfüllenden Oper versucht. Es ist sozusagen die Fortsetzung einer Etüde von 1952. Vor dreißig Jahren schrieb er nämlich Text und Musik zu einem Operchen im Stile von Hindemiths früheren Einaktern. „Trouble in Tahiti" handelt vom Leben in Amerikas Vorstädten (der Titel bezieht sich auf einen Film, der dramaturgisch wichtig ist), von einem sich dauernd streitenden und immer aneinander vorbeiredenden Ehepaar. Ein singendes Jazztrio kommentiert, wie ein griechischer Chor, dieses Geschehen.

Im Lauf der Jahre hat Bernstein immer wieder an eine Fortsetzung gedacht. Nun ist sie da: „A Quiet Place" (nach einem „Stillen Platz" sehnt sich das Ehepaar in „Trouble in Tahiti"). Für David Gockley, den Leiter der sich im amerikanischen Musikleben immer stärker in den Vordergrund schiebenden Houston Grand Opera, war es sicherlich ein Coup, daß Bernstein ihm die Uraufführung seines neuesten Werkes anvertraute: Das Kennedy Center in Washington und die Mailänder Scala sind die beiden Institutionen, die es noch in diesem Jahr nachspielen werden.

Dem Einakter „Trouble in Tahiti" folgte in Houston nun „A Quiet Place". Die neue Oper schreibt die alte fort: Dinah, die Frau in „Tahiti", ist an den Folgen eines durch Alkohol selbstverschuldeten Autounfalls gestorben. Zur Trauerfeier bei einem Bestattungsunternehmen sind Sam, ihr Mann (auch er aus „Tahiti"), andere Verwandte und Freunde versammelt. Schließlich erscheinen auch Dinahs Kinder, die 30jährige Dede mit ihrem Mann François, und der 40jährige Junior, der – wie sich später herausstellt – nicht nur ein homosexuelles Verhältnis mit François hatte, sondern auch eine inzestuöse Bindung zu seiner Schwester beschreibt. Es bleibt ungesagt, ob sein psychopathisches Erscheinungsbild Ursache oder Folge dieser Beziehungen ist.

In den vier Szenen der Oper bemüht sich die Familie, angesichts des Todes wieder zueinander zu finden, und der Librettist Stephen Wadsworth will uns glauben machen, daß es am Ende trotz aller Schwierigkeiten gelingt. Aber sowenig uns Bernstein mit einem artifiziellen Happy End in „Tahiti" davon überzeugen kann, ebensowenig vermag das jetzt auch Wadsworth. Daß diese in den Grundfesten ihres Zusammenhaltes erschütterte Familie den „Stillen Platz" finden könnte, überzeugt als Botschaft nicht.



Dreißig Jahre den Plan gewälzt: Leonard Bernstein. FOTO: PETER PEITSCH

Im Gegensatz zu „Tahiti", für das Bernstein ein weitgehend gereimtes Libretto selbst schrieb, greift „A Quiet Place" auf die amerikanische Umgangssprache der 80er Jahre zurück: halbe Sätze, ungrammatikalisch, nicht selten vulgär, oft zögernd, stammelnd geäußert, mit häufigen Wiederholungen und – um den Naturalismus noch zu steigern – mit zahlreichen französischen Brocken des Frankokanadiers François vermischt. So haben Menschen in der Oper noch nie gesprochen und gesungen.

Bernstein benutzt ein volles Orchester: Neben den üblichen Streichern verdreifachte Holzbläser, vier Hörner, drei Trompeten und Posaunen, Tuba, drei Schlagzeuger, Kesselpauke, Harfe, Klavier und ein zusätzliches elektronisches Schlagzeug. Die vier Szenen, in die die Oper zerfällt, sind fast symphonisch angelegt, wobei man ohne weiteres an Bernsteins musikalisches Idol Mahler denken darf: explosiv der erste Satz, nachdenklich der zweite, der dritte ein Scherzo und das Finale ein resignierendes Adagio (wie bei Mahlers „Neunter").

Natürlich setzt Bernstein auch andere musikalische Mittel ein, um dem abgerissenen Dialog gerecht zu werden: serielle Musik bis hin zur Zwölftonmusik, die die Worte des Bestattungsunternehmers begleiten (die in dieser Absicht zugrundeliegende Symbolik zu deuten, überläßt der Komponist dem Hörer), Ton-Clusters, aber dann auch wieder romantisch-konventionelle Arien. Damit erweist sich Bernstein wieder einmal als der große musikalische Pragmatiker, der sich keiner Richtung verschreibt und alle in sein Werk eingehen läßt. Seine Musik wirkt da am stärksten, wo das Libretto ihm die entsprechenden Möglichkeiten verschafft. In „A Quiet Place" ist es vor allem die textlich am besten durchgearbeitete erste, fast dreiviertelstündige Szene der Trauerfeier, in der die Charakterisierung der handelnden Personen in Wort und Ton am besten gelungen ist. Eine siebenteilige kontrapunktische Ensembleszene stellt hier den Höhepunkt dar.

Die bewegende Dramatik des Anfangs wird allerdings im weiteren Verlauf nur noch gelegentlich erreicht. Hinzu kommt, daß man immer geringere Neigung verspürt, sich mit einer der vier Hauptpersonen zu identifizieren: Ihr Tun (und Lassen) trägt dazu bei, daß dem Hörer der Ausgang bedeutungslos erscheint. Das kann freilich in keiner Weise die große Leistung der Houston Grand Opera schmälern, die mit wenig bekannten Sängern unter der Leitung ihres ständigen Dirigenten John Demain Bedeutendes vollbrachte. Es war sicherlich nicht einfach, die Oper, an der buchstäblich bis in die letzten Tage hinein immer noch gefeilt und geändert wurde, auf die Bühne zu bringen. „Trouble in Tahiti", das der Uraufführung vorangestellt war, erwies sich dabei als höchstens noch von historischem Interesse, weil diese Oper erkennen läßt, welche Entwicklung Bernstein in den letzten drei Jahrzehnten genommen hat. Aber auch „A Quiet Place" wird es nicht leicht haben. Die Oper ist kaum übersetzbar, da die hier benutzte idiomatische Sprache nicht durch eine andere ersetzt werden kann, ohne die musikalische Struktur zu zerstören.

Nach einigem Zögern nahm der Beifall stürmische Formen an, zumal, als Bernstein auf der Bühne erschien, um allen Mitwirkenden zu danken.

HENRY MARX

Wien: Werfels „Jacobowsky" unter Otto Schenk

Hauptrolle für Oldtimer

Man könnte fast meinen, Franz Werfel habe, als er sein Theaterstück „Jacobowsky und der Oberst" entwarf, an die Inszenierung gedacht, die ihm nun von Otto Schenk im Wiener Burgtheater zuteil geworden ist. Sagte er doch, es sei die Komödie einer Tragödie; und anders als komödienhaft kann diese Aufführung kaum gesehen werden. Schließlich ist seit dem Jahre 1943, als Werfel unter dem Eindruck furchtbarer Erlebnisse das Stück geschrieben hat, ein halbes Säkulum vergangen. Der heilsame Schrecken hat sich inzwischen verflüchtigt. Man kann die damaligen Zustände nur graviter mutatis mutandis auf heutige, zweifellos auch vorhandene Greuel beziehen.

Der polnische Oberst (Klausjürgen Wussow) dezidiert trotz höchst gelungener Artikulation keine Heldenfigur mehr. Die sehen heute in Polen anders aus. Und der Ostjude Jacobowsky (Kurt Sowinetz), der das Überleben in Jahrhunderten der Verfolgung gelernt hat, trägt geradezu nostalgische Züge. Man fragt sich also nach den Gründen für eine Wiederaufführung und meint sie in dem, wie immer, überaus überlegten und informativen Programmheft zu finden, das sich lebhaft bemüht, dem Leser Werfel ebenso nahezubringen, wie er selbst es mit seinem Jacobowsky dem Zuschauer gegenüber unternommen hat.

Gewiß, in seiner Katharsis gewinnt auch der Oberst, aber fast alles Licht fällt doch auf seinen jüdischen Landsmann. Zu Recht. Er ist die Mittelpunktfigur und menschlich hochinteressant. Nur: Selbst ein so großartiger Autor wie Werfel scheint die Gefahr nicht geahnt zu haben, die er mit seiner bis zur Einseitigkeit getriebenen Sympathie für ihn beschwört. Die Hochstilisierung vermag den Goodwill, der sich ganz selbstverständlich in Humanität zu üben bestrebt ist, kopfscheu oder wenigstens ratlos zu machen, was eigenartigerweise ganz allgemein selbst den klügsten Köpfen des Judentums nicht bewußt zu sein scheint.

Dies also am Rande einer äußerst wohlgeformten und technisch hochdotierten Aufführung, in der ein echter Citroën-Oldtimer mitspielt und naturalistische Schreckensbilder des Krieges (Bühnenbild von Matthias Kralj) mehr illustrativ als erschütternd wirken. Großer Beifall.

ERIK G. WICKENBURG



Der Durchbruch kam in London: „Der Seiltänzer mit seinem verletzten Kind" von G. Doré, 1874, aus der Straßburger Ausstellung. FOTO: MUSEUM STRASSBURG

Straßburg zeigt Gustave Doré als Maler

Höllisches im Großformat

Gustave Doré ist als Illustrator großer klassischer Literatur, von Balzac und Rabelais, von Dante und vor allem der Bibel weltberühmt geworden. In Frankreich gilt er noch immer als der bekannteste Künstler des 19. Jahrhunderts. Doch als Maler – wer kennt und nennt ihn so?

Die große, zum Andenken an Dorés 100. Todestag von den Museen der Stadt Straßburg veranstaltete Ausstellung (fast 700 Nummern) gibt zum ersten Mal Gelegenheit, zu prüfen, wie es mit dem Maler Doré bestellt ist. Denn noch nie hat es im Laufe der letzten hundert Jahre eine auch nur im entferntesten ähnliche Darbietung gegeben, die in so betonter Weise dem malerischen Œuvre des Künstlers gewidmet gewesen wäre.

Diesem gerecht werden, heißt freilich, auch seine Lebensumstände und persönlichen Eigenschaften in die Betrachtung mit einbeziehen. Der 1832 geborene Elsässer Doré, schon früh nach Paris verpflanzt, entfaltete dort rasch sein zeichnerisches Talent. Sein Humor, sein Witz (zuweilen an Busch erinnernd), seine Treffsicherheit, seine mit einem phänomenalen visuellen Gedächtnis verbundene Beobachtungsgabe verhalfen ihm zu frühem Ruhm. Aber er zielte höher, als im „Journal pour Rire" zu prunken. Sein Ziel war die Malerei.

Doré ist ein Musterfall für die Psychoanalyse. Er blieb infantil, stak in einer extremen Mutterbindung bis zu deren Tod (sie starb zwei Jahre vor ihm), fand nie zu seiner eigenen Identität und litt unter schwerer Todesfurcht. Alles das glaubt man seinen Bildern anzusehen. Sie erinnern an quälende Knabenträume, gleichen Beschwörungen, deren Bannkraft man sich nicht entziehen kann.

Obwohl Zeitgenosse Manets, stand dieser Maler außerhalb aller Kunstdebatten; halb mystisch, halb realistisch, mischten sich in seiner Kunst Magie und Religion. Man hat gesagt, es sei sein Verbrechen gewesen, populär zu sein – eine Popularität, die enorm gewesen sein muß. Sie galt freilich dem Illustrator – und das gerade lehnte er ab. Er wollte den Illustrator töten, damit man von ihm nur noch als Maler spreche. Denn er glaubte, ein geborener Maler zu sein. Und doch hatte er als Maler nur Mißerfolge – bis zu dem Augenblick, wo man ihm 1868 in London eine „Doré-Gallery" errichtete, in der er alljährlich seine neuen Bilder zeigen konnte.

Es waren dies jene berühmt-berüchtigten Riesenleinwände, bis zu 6 mal 10 Metern und mehr, die dann bis 1892 englisches Tagesgespräch waren: Allegorien und religiöse Themen und bis ins Gigantische gesteigerte Darbietungen aus der Literatur – etwa „Dante und Virgil im neunten Kreis der Hölle". Ein fast die Breite des Straßburger Saales sprengendes Gemälde von irritierender Faszination: eines der ganz wenigen, die noch erhalten geblieben sind. Denn zehn Jahre nach Dorés Tod wanderten sie über den großen Teich, erregten in Amerika Aufsehen – und verschwanden dann spurlos.

Doch Doré hat auch anderes gemalt, und davon bringt Straßburg jetzt gute Beispiele. Es sind neben Allegorien, die uns fremd bleiben, vor allem die Landschaften, in denen Doré uns nahe kommt. Am Ende seines Lebens malte er viel in Schottland, da er die geliebte elsässische Heimat nach 1871 nicht wieder betreten wollte. Aber auch diese Landschaften hat er dramatisiert und oft kaum durchgeführt; er hatte die „Unlogik der Leidenschaft", wie Gautier schrieb. Das, was den heutigen Betrachter wohl am meisten anspricht, sind die Aquarelle – eine Kunstübung, der er sich erst in seinem letzten Jahrzehnt widmete. Sie – und nicht die fast grotesken plastischen Versuche – sind es, die dem Auge wohltun: Wald-, See- und Bergblicke, oft in jenem zarten Dämmerlicht, in dem der Maler ein Meister war.

Trotzdem: Der Eindruck dieser großartig arrangierten Ausstellung bleibt zwiespältig. Sie hat internationalen Rang – und zeigt einen Künstler, der diesen Rang nicht erreichen konnte. (Bis 31. August)

HEINRICH W. PETZET

Wedekinds „Musik" am Residenztheater

Frl. Isolde Hühnerwadel

Tristan-Klänge, eine baumelnde nackte Glühlampe vor dem dunklen Vorhang und eine hohle Geisterstimme „Bei Nacht und Nebel". So beginnt Frank Wedekinds „Musik" im Münchner Residenztheater. Ein gutes Stück? Ein polemisches auf jeden Fall, auch ein nach 75 Jahren immer noch aktuelles Stück. Geht es doch auch um den Paragraphen 218 (hier 812). Letztlich ein Stück, dessen aggressiver Zynismus heute, da Frauen- und Gleichberechtigungsprobleme viel komplizierter geworden sind, keineswegs stumpf geworden ist.

„Musik", dem ein Münchner Sittenskandal von 1906 zugrunde liegt, ist die Geschichte eines Absturzes. Das Fräulein Klara Hühnerwadel hat seine schweizerische Heimat verlassen, um Wagner-Sängerin zu werden. Doch statt von der Muse wird sie vom Musikus geküßt. Das Erwachen aus diesem Musik-Traum ist fürchterlich: Schwangerschaft, Abtreibung, Gefängnis, erneute Schwangerschaft und dann der Tod des Kindes. Ein gesellschaftlicher Fallgrund, wie er tiefer nicht sein kann.

Am Beispiel dieser Klara zeigt sich, daß die lächerlichsten Tragödien auch die grausamsten sind. Mitleidlos, als „kaltherzige Karikatur" wollte Wedekind den Fall Hühnerwadel demonstrieren. Regisseur Rolf Stahl setzt schrill und kalt die Kontraste, überdreht mitunter ins Expressionistische, andererseits steuert er auf einen eleganten Manierismus hin. Das ist faszinierend anzusehen.

Eine Bravourrolle für eine Schauspielerin ist diese Klara. Gundl Ellert spielt das widersprüchliche Mädchen, schwankend zwischen Kleinbürgerwelt und Theatertraum. Zu Beginn steht diese verkümmerte Mädchenfigur mit Seidenhemd, Straps und Hut am schmalen Dachfenster und zählt die Turmschläge. Wenn dann Else Reißner, Ehefrau des Gesangspädagogen (Gaby Dohm), mit wippendem Federhut hereinrauscht, dann bieten die beiden Frauen einen Auftritt, der es in sich hat. Da hüpft Klara zweimal vom Flügel, um ihre Qual zu demonstrieren; und Gattin Reißner wälzt sich in seidenen Plumeaus, um die Not ihrer Frigidität vorzuzeigen. Zwar erinnert das mehr an Genet als an Wedekind. Und doch bietet diese Inszenierung mit ihren konstruierten Kontrasten einen spannenden Theaterabend: wie sich die parodistische Absicht und dieser scheintragische Stoff stets in der Schwebe halten, sich gegenseitig relativieren.

Im zweiten Akt, im Gefängnis, zeigt man Wedekind sozusagen im Rohzustand. Eine eingeknickte Gestalt nun diese Klara, drangsaliert von einer perversen Aufseherin (Karin Romig). Hier wird mit erschreckender Genauigkeit die elende Wirklichkeit aufgezeigt. Kein Gedanke daran, daß sich die Geschichte in ein angenehmes Rührstück auflösen könnte.

Die Männer sind in dieser grobpolemischen Kleinwelt böse Karikaturen. Allen voran der Gesangspädagoge Josef Reißner in Gestalt von Karl-Heinz Pelser mit Doppelmoral unter maßgeschneidertem weißem Trachtenanzug. Aber auch der Arzt (Klaus Guth), ein medizinisches Ekel por exellence, und der Literat Lindekuh (Gerd Anthoff) als Sittenprediger.

Heinz Hauser hatte die Bühne gebaut: ein aseptisch-abstraktes Gefängnis; eine muffig-realistische Bürgerwohnung mit Stucks „Sünde" an der Wand. Scheinmoral, wohin man auch blickte.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Köln programmiert Flimms Abgang

fx. Köln

Der Hauptausschuß des Rates der Stadt Köln hat einstimmig beschlossen, den Vertrag mit Jürgen Flimm als Intendant des Schauspiels Köln um ein Jahr bis zum Ende der Spielzeit 1984/85 zu verlängern. Dem Antrag des Kulturdezernats, den Vertrag bis 1986 zu prolongieren, will der Hauptausschuß nur unter der Bedingung zustimmen, daß Flimm, der mit Hamburg wegen einer Übernahme der Leitung des Thalia Theaters ab 1985 verhandelt, seine Bereitwilligkeit erklärt, in Köln zu bleiben.

„Das Militär inspiriert die Kultur"

JGG, Warschau

Der Kultur- und stellvertretende Politchef der polnischen Streitkräfte, Brigadegeneral Albin Zyta, hat auf einem kulturmilitärischen Symposium eine weitere Militarisierung der polnischen Kultur angekündigt. Die Kultur könne nicht ein Wert in sich sein, deswegen habe in Zukunft Wehrertüchtigung eine vorrangige Thematik zu sein, die den Kunstschaffenden besonders „nahe stehen" müsse. Das polnische Militär werde sich mehr denn je als „Inspirateur und Mäzen der Kultur" betätigen, da gerade die polnischen Streitkräfte die Vaterlandsliebe und die Traditionen der nationalen Kultur pflegten. Armee und Künstler sollten sich gegenseitig geistig „durchdringen", sagte der General.

Kein Hersfeld-Preis nach den Querelen

Fx. Bad Hersfeld

Die Hersfelder Gesellschaft der Freunde der Stiftsruine, die seit 1961 für die besten schauspielerischen Leistungen bei den alljährlichen Festspielen verleiht, hat sich entschlossen, diesen Preis 1983 nicht zu vergeben. Die Gesellschaft begründet diesen Schritt mit den Querelen, die nach einem Hersfelder Treffen ehemaliger Mitglieder der Waffen-SS innerhalb des Ensembles und zwischen diesem und dem kommissarischen Intendanten Hans-Gerd Kübel entstanden sind. Der Magistrat der Stadt Bad Hersfeld hat unterdessen mit der Mehrheit von CDU und FDP Kübel „erneut und uneingeschränkt" das Vertrauen ausgesprochen.

Shakespeare-Preis für David Hockney

DW. Hamburg

Am morgigen Donnerstag wird im Kaisersaal des Hamburger Rathauses der diesjährige Shakespeare-Preis der Stiftung F. V. S. an den englischen Maler und Grafiker David Hockney verliehen. Die mit 25 000 Mark dotierte Auszeichnung gilt dem Anteil des englischsprachigen Europa an der Pflege des europäischen Kulturerbes. Ein Stipendium von 9000 Mark erhält Jasper Morrison.

Ungarn bekommt Amerika-Lehrstuhl

AP, Budapest

In Budapest ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das die Schaffung eines aus amerikanischen Privatmitteln finanzierten Lehrstuhls für Amerikanistik an der Universität der ungarischen Hauptstadt vorsieht. Amerikanische Professoren sollen dort künftig Vorlesungen über Geschichte, Politik, Sprache und Kultur der USA halten. Beobachter halten dies für einen einmaligen Vorgang in einem Ostblockland. Das Abkommen hat zunächst eine Laufzeit von zehn Jahren.

Speyerer Domchor feiert tausendjähriges Bestehen

dpa, Speyer

Auf ein tausendjähriges Bestehen kann der Speyerer Domchor in diesem Jahr zurückblicken. Zum Auftakt mehrerer Jubiläumsveranstaltungen erinnerte Domdekan Prälat Bruno Thiebes in der Speyerer Stadthalle an die erste urkundlich erwähnte Musik im Speyerer Dom im Jahre 983. Dem traditionsreichen Speyerer Domchor, einem der ältesten deutschen Kirchenchöre, gehören 102 Sängerinnen und Sänger an. Der gute Kontakt zu anderen Domchören soll im Spätherbst bei Veranstaltungen dokumentiert werden, an denen die Kirchenchöre von Freiburg, Limburg, Trier, Mainz und Straßburg mitwirken wollen.

Koestlers Testament: Parapsychologie

AFP, London

Der Schriftsteller und Essayist Arthur Koestler und seine Frau Cynthia, die im vergangenen März gemeinsam freiwillig aus dem Leben schieden, haben in ihrem Testament ihr gesamtes Vermögen von rund 600 000 Dollar für die Gründung eines Lehrstuhls für Parapsychologie an einer britischen Universität bestimmt. Arthur Koestler, der Gründungsmitglied des Verbands „Exit" für freiwillige Euthanasie war und selbst an einer schweren Leukämie litt, schrieb in seinem Testament: „Ich möchte meinen Freunden mitteilen, daß ich ihre Gesellschaft in Frieden verlasse und mit ein wenig Hoffnung auf ein unpersönliches Leben nach dem Tode, jenseits der Grenzen von Raum, Zeit und Materie und jenseits unseres Verstehens."

Gerling meldete sich aus Schweizer Klinik

Nach Fahndung will Konzernchef Gericht „behilflich" sein

WILM HERLYN, Köln

So ungewöhnlich der Kölner Strafprozeß um den Zusammenbruch der Herstatt-Bank ist – er ging gestern in seine 337. Runde –, zu so ungewöhnlichen Mitteln muß das Gericht greifen. Da wird der Butler in Beugehaft genommen, um so sein Gedächtnis aufzufrischen, da muß die Ehefrau statt des Mannes erscheinen, da steht gar zu vermuten, daß die offensichtlich wahren Schuldigen – nämlich Iwan D. Herstatt und sein Chefdevisenhändler Danny Dattel – nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Gestern nun eilte Irene Gerling per Jet aus London herbei – auf Drängen des Gerichtes. Sie bekannte als Zeugin, was Richter Ulrich Höppner längst wußte. Ihr am Vortag unentschuldigt abwesender Gatte Hans könne nicht kommen, er liege in einer Schweizer Spezialklinik am Bodensee.

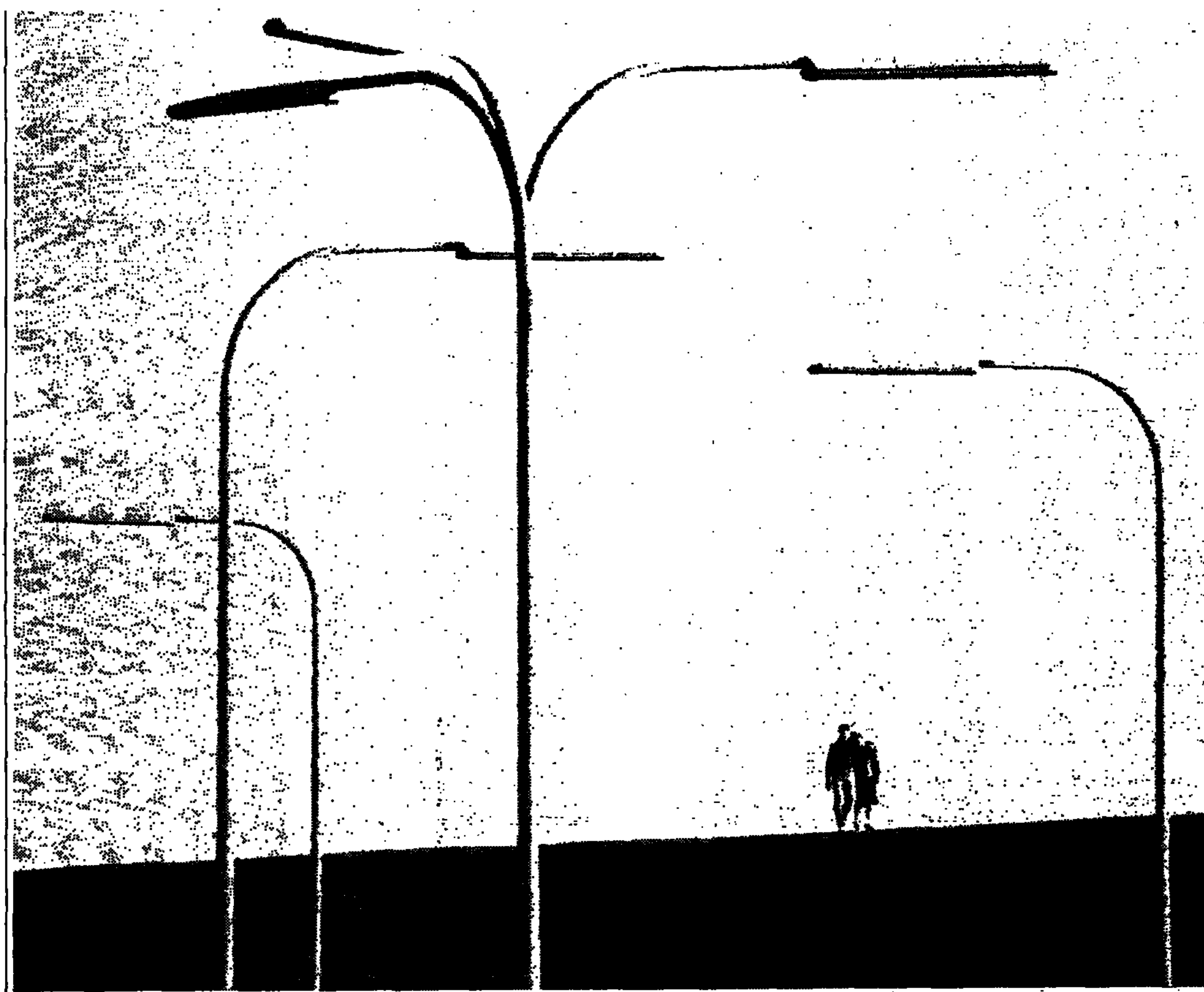
Als Gerling am Montag um 9.15 Uhr nicht wie gewünscht als Zeuge vor die Schranken des Gerichts getreten war, riß Höppner der Geduldsfaden. Wußte er doch, daß Gerling zwar immer wieder durch ärztliche Atteste von der Aussagepflicht befreit wurde, andererseits aber Anfang Juni in New York und Toronto Aufsichtsrats- und Vorstandssitzungen leiten konnte.

Höppner sandte Polizei zur schloßähnlichen Villa in der Parkstraße des vornehmen Kölner Vorortes Marienburg aus, die aber nur mit dem 45jährigen Butler Hans Klöpping zurückkam. Dieser diente dem Gericht drei Versionen an:

- er wisse rein gar nichts;
- er könne sich vorstellen, daß der Chef samt Chauffeur und blauem 500 SE Coupé gen Allensbach gereist sei – dort besitzt Gerling ein Landhaus – oder, nach Beugehaftverordnung durch Höppner, die das Gedächtnis des Dieners auffrischen sollte,
- Herr Gerling sei schon am Sonntag zu seinem Sohn Rolf (29) nach Zürich geflogen.

Nun besitzt das Gericht ein Attest des Arztes von Gerling, in dem bescheinigt ist, daß der Patient schwer herzkrank sei, daß er darüber hinaus sogar noch immer unter Schockwirkung wegen eines Einbruches in sein Haus am 13. Juni stehe. Die Täter hatten am Abend gegen 22 Uhr – die Alarmanlage war ausgeschaltet – Beute in Höhe von etwa 650 000 Mark gemacht: Schmuck, Bargeld, Goldmünzen. Zudem argumentierte Gerlings Hamburger Anwalt Christian Wilde, sein Mandant könne sich nicht der „aggressiven Atmosphäre des Prozesses" aussetzen. Anderenfalls müsse er ernstlich um die Gesundheit Gerlings bangen. Wilde teilte dann aber am Abend dem Gericht mit, Gerling sei in der Klinik und bereit, sich vernehmen zu lassen, „um der Kammer behilflich zu sein". Vorsorglich wies er nochmals darauf hin, der Zusammenbruch der Bank im Sommer 1974 habe tiefe seelische Spuren bei seinem Mandanten hinterlassen. Richter wie Staatsanwalt ließen keinen Zweifel an ihren Zweifeln, und Sven Thomas, Anwalt des angeklagten früheren Herstatt-Direktors Heinz Hedderich, merkte mokant an, Gerling habe schon einmal seine Bereitschaft, sich amtsärztlich untersuchen zu lassen, in letzter Sekunde zurückgezogen.

Beim Zusammenbruch der Bank war der Gerling-Konzern mitbetroffen: Hans Gerling hielt mehr als 80 Prozent der Bankanteile. Nach langem Kampf zahlte er 200 Millionen Mark an die Herstatt-Gläubiger, wurde vorübergehend entmachtet, ist heute aber wieder Vorstandsvorsitzender der Konzern-Holding.



Lichtblick FOTO: FRANZ E. MÖLLER

Rekordbeute für Juwelenräuber: 24 Millionen Mark

AP, London

Die Fahndung nach fünf bewaffneten Gangstern, die am Montag bei einem Überfall auf ein Juweliergeschäft im Londoner Westend Schmuck und Edelsteine im Wert von sechs Millionen Pfund, rund 24 Millionen Mark, erbeuteten, erbrachte auch gestern noch keine heiße Spur. Nach Angaben der Behörden war der Überfall mit der bisher vermutlich größten Preziosen-Beute in der britischen Kriminalgeschichte innerhalb von sechs Minuten vorüber. Passanten oder Inhaber angrenzender Geschäfte hätten von dem Raub nichts bemerkt.

Vier maskierte Männer und ein „vornehm gekleideter Herr" hatten das Geschäft eines Inders ausgeraubt, dabei aber nur die wertvollsten Dinge mitgenommen. Nach dem Überfall kappten die Gangster die Alarm- und Telefonleitungen. Die Polizei vermutet, daß die Täter einer von drei größeren Räuberbanden angehören, die in diesem Jahr schon drei große Überfälle inszenierten.

Ärztlicher Fehler definiert

dpa, Karlsruhe

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat gestern die Bedingungen für einen „ärztlichen Behandlungsfehler" erläutert: Danach liegt dann ein Behandlungsfehler vor, wenn dem Mediziner ein Fehlverhalten nachgewiesen wird, das ihm aus objektiver ärztlicher Sicht und aufgrund seines Wissens- und Ausbildungsstandes „schlechthin nicht unterlaufen durfte". (Az.: VI ZR 270/81 vom 10. Mai 1983)

Zehn Millionen-Schaden

dpa, Bad Salzuflen

Auf acht bis zehn Millionen Mark beläuft sich der Schaden, den ein Großfeuer in einer Fabrik für Bauelemente aus Kunststoff in Bad Salzuflen angerichtet hat. Bei dem Brand, der vermutlich bei Dachdeckerarbeiten entstanden war, bildeten sich auch giftige Salzsäure-Dämpfe. Verletzt wurde niemand.

Wieder Beben in Japan

AP, Tokio

Der Nordwesten Japans, der vor knapp einem Monat von einem schweren Erdbeben erschüttert wurde, bebte gestern erneut. Die Erdstöße erreichten die Stärke 6,9 auf der nach oben offenen Richterskala. Vor vier Wochen betrug sie 7,7. Menschen sollen bei dem gestrigen Beben nicht verletzt worden sein.

Nebenkläger abgewiesen

dpa, Monza

Der Prozeß um die Umweltkatastrophe von Seveso ging gestern in Monza mit nur 220 der ursprünglich 300 Nebenkläger weiter. Montag abend hatte das Gericht 80 Nebenkläger von der Verhandlung ausgeschlossen mit der Begründung, sie gehörten nicht zu den direkt Betroffenen.

Dioxin im Straßenbelag

AP, St. James

Auf einer Straße bei St. James im US-Bundesstaat Missouri ist im Belag eine so hohe Verseuchung mit der giftigen Chemikalie Dioxin festgestellt worden, daß die Anwohner aufgefordert wurden, ihre Häuser zu verlassen.

Schnelles Flaggschiff

HOR. Ingolstadt

Das neue Flaggschiff des VW-Konzerns, der Audi 200, wird gleich nach der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt an die Händler ausgeliefert. Mit dem 136-PS-Einspritzmotor kostet die preiswerteste Ausführung 38 950 Mark, die 182-PS-Turbo-Version wird für 43 500 Mark verkauft. Dieses Modell, dank günstiger Aerodynamik 235 km/h schnell, gilt als schnellste Serienlimousine der Welt.

Prozeß um die verhängnisvollen Minuten von Gauting

Gericht muß entscheiden, ob Polizist sich des Totschlags oder der fahrlässigen Tötung an einem Schüler schuldig machte

PETER SCHMALZ, München

Sein Lieblingswort ist „todsicher". Immer wieder garniert Polizeiobermeister Friedrich Konzack damit vor dem Münchner Schwurgericht seine Sätze, mit denen er sich gegen die Anklage des Totschlags an dem 14jährigen Schüler Jürgen Bergbauer zur Wehr setzt. „Todsicher" sei der Schatten hinterm dunklen Fenster verschwunden gewesen, bevor er seinen Warnschuß in den Raum „hineinsetzte", „todsicher" habe er damit niemanden gefährden können, erzählt der 30jährige Beamte, ohne sich über das Makabre seiner Wortwahl bewußt zu werden. Denn unstreitig und tatsächlich sicher ist nur das Resultat seines nächtlichen Einsatzes am Jugendzentrum der oberbayerischen Gemeinde Gauting: der Tod des Schülers durch einen Kopfschuß aus der Dienstwaffe von Konzack.

Der Prozeß, der auf fünf Tage angesetzt ist und der gestern unter großem Publikumsandrang begonnen hat, löste in den ersten Stunden noch nicht die Rätsel um jene Minuten in der Nacht zum Sonntag, dem 20. März, in denen der schmächtige und allseits beliebte Jürgen sterben mußte.

Konzack, der Sohn einfacher Eltern, im örtlichen Fußballverein, bei der Wasserwacht und bei der Theatergruppe aktiv und während seiner Dienstzeit als Polizist durchschnittlich bis gut beurteilt („ausgeglichenes Wesen, stets einsatzfreudig, handelt auch in schwierigen Situationen umsichtig"), scheint nach Meinung der Anklagevertreter in dieser Nacht überfordert gewesen zu sein.

Nach einer Serie von 27 Einbrüchen hatte die Zivile Einsatzgruppe aus dem nahen Fürstenfeldbruck eine Observation für mehrere Nächte geplant. Nach der ersten ereignislosen Nacht übernahm Konzack als dienstältester Beamter die Leitung und postierte sich mit einem Kollegen im Rathaus, das dem Jugendzentrum gegenüber liegt. Ein Posten saß in der Sparkasse und zwei getarnte Fahrzeuge warteten in der Nähe.

Gegen 0.45 Uhr entdeckten die Beamten Jürgen Bergbauer auf der anderen Straßenseite. Er war spät von einer Party zurückgekommen und wollte – wie schon oft – im Jugendheim übernachten. Kaum war er im dunkle Hofraum verschwunden, hörten die Beamten ein Klirren.

In diesem Augenblick machte der Beamte, der von Ehrgeiz nicht ganz frei ist und der in einem Jahr seiner zivilen Streifentätigkeit 50 Festnahmen verbuchen konnte, seinen ersten folgenschweren Fehler: Anstatt als Einsatzleiter den Überblick zu bewahren und seine Männer zu leiten, stürmte er laut Staatsanwalt „schnellstens" aus dem Rathaus, ohne sich ein Funkgerät zum Kontakt mit seiner Gruppe zu greifen. Er rannte so kopflos über die Straße, daß er nicht das herannahende zivile Einsatzfahrzeug registrierte, lief in den Hofraum und entdeckte eine eingeschlagene Fensterscheibe.

Nun folgte, so die Anklage, eine Kette von Unkorrektheiten, die der Polizeidienst-Verordnung 100 so gravierend zuwiderlaufen, daß sie in ihrer Massierung ein perfektes negatives Lehrbeispiel für künftige Polizeiseminare abgeben könnten. Der von seiner Gruppe abgeschnittene Einsatzleiter wartete nicht auf seine Leute, sondern ließ sich mit gezogener Waffe durch ein vermeintliches Geräusch an ein dunkles Fenster locken. Im Laufen will er „überlaut" gerufen haben: „Halt, Polizei, sofort herauskommen!" Zeugen haben diesen Ruf zwar nicht gehört – und auch Konzack verhielt sich danach so, als habe er nicht gerufen.

Denn anstatt die Wirkung seiner Worte in sicherer Deckung abzuwarten, trat er von außen dicht ans Fenster und wollte hineinsehen. Für einen bewaffneten Gangster hätte der Beamte gegen den Nachthimmel eine fast ideale Zielscheibe abgegeben.

Plötzlich habe er drinnen einen Schatten bemerkt und dann einen Stoß verspürt, als sei der Fensterflügel ihm gegen die Pistole geschlagen worden. Er sieht Mündungsfeuer und hört einen Knall. Aus seiner Pistole hat sich ein Schuß gelöst, Konzack aber glaubt, der Unbekannte habe auf ihn geschossen. „Es war Wahnsinn." Wahnsinnig erscheint Anwalt Rolf Bossi, der die Mutter des toten Buben als Nebenklägerin vertritt, was der Beamte dann tat: Obwohl ein Warnschuß steil in die Luft abgegeben werden muß, habe Konzack noch zweimal auf das Fenster gefeuert. Ein Schuß ging in den Raum, einer schlug in die Außenmauer.

Bossi aber will während des Prozesses beweisen, daß es dieser angeblich erste Warnschuß war, der Jürgen Bergbauer tötete. Sollte allerdings die Version des Beamten zutreffen, so gab Richter Hans Joachim Brüning bereits zu bedenken, dann könnte die Tat statt Totschlag auch nur ein Vergehen der fahrlässigen Tötung sein.

LEUTE HEUTE

Staatsanwalt als Tramp

Staatsanwalt **Bryant Huff** (50) hat ein seltsames Hobby: Zum zweiten Mal verbringt er seinen ganzen Jahresurlaub als Tramp auf Güterzügen kreuz und quer durch die USA reisend. Nur eine Station der vierwöchigen Reise steht schon jetzt fest, das Städtchen Britt in Iowa, wo sich die Güterzugtramps, hier Hobos genannt, zu ihrem traditionellen Jahrestreffen zusammenfinden. Nach dieser zweiten Reise will er einen Roman aus dem Hobo-Milieu schreiben.

Rolle ohne Reiz

Christopher Reeves (30) hat sich seines berühmten Umhanges entledigt. Fünf Jahre Supermann seien genug, sagte er jetzt zum US-Start von „SUPERMAN III". Superman IV, bereits geplant, läuft also ohne den muskelbepackten Amerikaner. „Ich bin geflogen", erklärte er seine Entscheidung, „ich bin geliebt und gehaßt worden, ich habe die Welt angehalten und die Zeit zurückgedreht. Ich war der Freund von Kindern und kleinen Tieren. Ich habe Katzen von Mammutbäumen gerettet. Was also bliebe mir als Supermann noch zu tun?"

Märchen aus 1001 Nacht wurde zur dummen Geschichte

HELMUT VOSS, London

Kellner, Taxichauffeure und Kofferträger in dem nahe Edinburgh gelegenen schottischen Landkreis East Lothian haben zur Zeit Grund zur Trauer. Eine sicher scheinende permanente arabische Trinkgeldquelle ist wieder versiegt, bevor sie auch nur nennenswerte Kostproben entnehmen konnten: Die Firma Thamoud (Scotland) Ltd. ist im Edinburgher Court of Session mit Außenständen von „erheblich mehr als 120 000 Pfund", umgerechnet mehr als 480 000 Mark, liquidiert worden.

Hinter dem arabischen Namen – Thamoud steht im Koran für einen heute ausgestorbenen arabischen Stamm – verbarg sich das ehrgeizige Projekt eines 45jährigen saudiarabischen Geschäftsmannes. Scheich Mohammed Amer Kushail Al-Abdaly, ein schwerreicher, whiskytrinkender Landwirtschaftsexperte aus Dschiddah, kam im Sommer des Jahres 1980 mit dem Ziel nach Schottland, dort unter einem Kostenaufwand von 15 Millionen Pfund, rund 60 Millionen Mark, eine exklusive Privatklinik für schwerreiche Araber, eine, wie er es nannte, „Oase der Vernunft bei den Kosten für medizinische Behandlung", zu errichten.

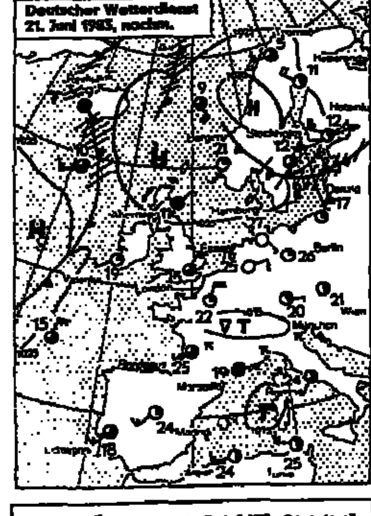
Die Anfänge waren mehr als vielversprechend. Der Besucher im weißen Burnus kaufte in East Lothian für 800 000 Mark das riesige Landhaus Whittingham House. Das zuletzt als Privatschule benutzte Anwesen hatte früher der Familie des in arabischen Staaten nicht sehr geschätzten ehemaligen britischen Premier- und Außenministers Arthur Balfour gehört, dessen Balfour-Deklaration 1917 die Voraussetzung für die Schaffung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" geschaffen hatte.

In den Monaten darauf jettete der Scheich viel, eröffnete ein Büro in Edinburghs vornehmer George Street, sprach davon, daß er saudiarabische Fliesenleger, japanische Elektriker und koreanische Gärtner einfliegen lassen werde, nannte das künftige Krankenhaus nur noch „Palast" – bis zum September vorigen Jahres. Seitdem hat sich Al-Abdaly nicht mehr im Lande des Whiskys sehen lassen.

Er hatte zuerst Ärger mit dem örtlichen Gemeinderat, der ihm viele Monate die Baugenehmigung verwehrte. Dann überwarf er sich offenbar mit seiner ihn mitfinanzierenden Familie. Schließlich klopften so viele Gläubiger an die Tür des „Palastes" – nach der letzten Zählung waren es 28 –, daß Thamoud (Scotland) Ltd. sich für zahlungsunfähig erklären mußte. (SAD)

WETTER: Örtlich Gewitter

Wetterlage: Das Hoch über der Ostsee beeinflußt zunächst noch den Norden und Osten Deutschlands. Im Einflußbereich eines flachen Tiefs über Frankreich gelangt in die übrigen Gebieten feucht-warme Luft aus südlichen Breiten.



Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Berlin: Im Norden und Osten sonnig und trocken mit Tageshöchsttemperaturen zwischen 26 und 30 Grad. In den anderen Gebieten wolkig mit Aufheiterungen und Schauern oder Gewittern, dabei Nachmittagstemperaturen zwischen 22 und 26 Grad. Nächtliche Tifsttemperaturen bei 13 bis 18 Grad.

Weitere Aussichten:

Vereinzelt Wärmegewitter bei Fortbestand der sommerlichen Witterung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	26°	Kairo	33°
Bonn	26°	Kopenh.	23°
Dresden	25°	Las Palmas	23°
Essen	25°	London	15°
Frankfurt	24°	Madrid	24°
Hamburg	25°	Mailand	19°
List/Sylt	22°	Mallorca	21°
München	20°	Moskau	10°
Stuttgart	18°	Nizza	22°
Algier	24°	Oslo	18°
Amsterdam	24°	Paris	22°
Athen	25°	Prag	23°
Barcelona	22°	Rom	24°
Brüssel	23°	Stockholm	12°
Budapest	22°	Tel Aviv	31°
Bukarest	26°	Tunis	26°
Helsinki	12°	Wien	21°
Istanbul	25°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.06 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; Mondaufgang: 20.04 Uhr, Untergang: 3.49 Uhr.

* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Bonner Bestseller mit neuem Rekord

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das Werk ist mehr als 800 Seiten stark, erscheint in der Regel alle vier Jahre und gilt in Bonn als Bestseller besonderer Art: das „Handbuch des Deutschen Bundestages". An sich nur für den Hausgebrauch gedruckt, wird es mit seinem Hauptteil „Biographische Angaben der Abgeordneten" zu einem großen Fest der Selbstdarstellung von nunmehr 520 Volksvertretern.

Zwar bestätigt Bundestagspräsident Rainer Barzel im Vorwort des soeben für die 10. Wahlperiode erschienenen Büchleins, daß im Hohen Hause „keiner ein besseres Mandat hat als ein anderer", aber manche haben doch etwas mehr Phantasie und Weitsicht. Joseph Fischer von den „Grünen" schlägt den bisherigen Rekord an Kürze. Er gibt bekannt: „Geboren 12. April 1948. Mitglied des Bundestages seit 1983." Das sind zwei Halbzeilen auf der ihm zustehenden Seite – das äußerst Vorstellbare an Datenschutz. Wie anders dagegen der Abgeordnete Klaus Lohmann von der SPD aus Witten. Er ist „sechsfacher Deutscher Mannschaftsmeister im Ringen, Mitglied in 35 weiteren Vereinen und Verbänden", nach 13 Jahren Untertagearbeit im Bergbau zudem noch SPD-Geschäftsführer, Kreis-Unterbezirksgeschäftsführer, Mitglied von Verwaltungs- und Aufsichtsräten – und schließlich ja auch noch Oberbürgermeister der Stadt Witten.

Mehr als hundert „Neue" sind mit ihren mehr oder weniger ausführlichen Biographien im neuen Handbuch vertreten. Bisher konnte man davon ausgehen, daß die „Alten" ihre einmal geschriebenen Lebensläufe von Fall zu Fall ergänzen, daß sie also länger werden. Mit dieser Praxis hat der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer aufgeräumt. Auch er bringt nur zwei Sätze zu Papier: „Geboren am 12. November 1940 in Offenburg, evangelisch, verheiratet. Mitglied des Bundestages seit 1972." Kein Wort mehr vom juristischen Weg oder vom Amt des persönlichen Referenten des CDU-Generalsekretärs 1970/71.

Fast verschwunden sind die bisher doch noch recht häufigen Angaben der älteren Mitglieder des Bundestages über die Kriegszeit. Josef Grünbeck, Neuzugang für die FDP, Jahrgang 1925, verzeichnet noch, daß er Leutnant bei den Gebirgsjägern war, Uwe Ronneburger als sein Parteifreund vermerkt seine Tätigkeit als „Oberleutnant z. S. d. R. auf einem Torpedoboot", aber die vor Jahren noch normale Formel bei den männlichen Angehörigen des Parlaments, „Arbeitsdienst, Wehrdienst, Kriegsgefangenschaft" ist endgültig aus der Mode.

Neue Mode ist es, die Angehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nicht mehr bekanntzumachen – durchgehend wird bei den „Grünen" so verfahren, deren Sprecherin Petra Kelly aber immerhin schreibt, daß sie das „Katholische Mädcheninternat (Englisches Institut) in Günzburg/Donau" besucht hat. Als Neuheit hat sie eingeführt, die klassifizierung ihres Universitätsabschlusses zu nennen: „B. A. cum laude". Ihr Parteifreund Julius Krizsan erklärt sich im Lebenslauf als „Antifaschist", vom „Grünen" Walter Schwenninger erfährt man, daß er zwölf Jahre nach Absolvierung des Wehrdienstes von 1962 denselben 1974 ordnungshalber „nachträglich verweigert" hat.

So frei wie im Text ist der Abgeordnete mit der Hergabe seines Foto-Porträts zur Wiedergabe im Nachschlagewerk. Manche werden nie älter, und der Mut mancher Damen ist zu bewundern.

ZU GUTER LETZT

Schild vor einer Taverne in Heraklion auf Kreta: „Speisen Sie bei uns, auch wenn Sie kein Griechisch sprechen. Wir reden sehr gutes gebrochenes Deutsch."